

**Christen und Muslime in Niedersachsen.  
Beiheft 7, 2017**

**Christen und Muslime  
in Niedersachsen  
Mitteilungen 2010–2013**

**Kirche und Islam**



Christen und Muslime in Niedersachsen.  
Beiheft 7, 2017  
**Christen und Muslime in Niedersachsen**  
**Mitteilungen 2010 – 2013**

**Herausgeber:** Haus kirchlicher Dienste der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers  
**Verantwortlich:** Dr. W. Reinbold, Kirche und Islam (V.i.S.d.P.)  
**Hausanschrift:** Archivstraße 3, 30169 Hannover  
**Postanschrift:** Postfach 265, 30002 Hannover  
**Fon:** 0511 1241-972 **Fax:** 0511 1241-941  
**E-Mail:** reinbold@kirchliche-dienste.de  
**Internet:** [www.kirchliche-dienste.de](http://www.kirchliche-dienste.de)  
**Druck:** Haus kirchlicher Dienste, gedruckt auf Recyclingpapier aus 100% Altpapier (11395)  
**Auflage:** 20

## Inhalt

4	Vorwort
5	Jahrgang 2010
9	2, 2010
13	3, 2010
17	4, 2010
21	5, 2010
25	6, 2010
29	7, 2010
33	8, 2010
37	9, 2010
41	10, 2010
45	11, 2010
49	Jahrgang 2011
53	2, 2011
57	3, 2011
61	4, 2011
65	5, 2011
69	6, 2011
73	7, 2011
77	8, 2011
81	9, 2011
85	10, 2011
89	Jahrgang 2012
93	2, 2012
97	3, 2012
101	4, 2012
105	5, 2012
109	6, 2012
113	7, 2012
117	8, 2012
121	9, 2012
125	10, 2012
129	11, 2012
133	Jahrgang 2013
137	2, 2013
141	3, 2013
145	4, 2013
149	5, 2013
153	6, 2013
157	7, 2013
161	8, 2013
165	9, 2013

## **Vorwort**

Seit 2010 veröffentlicht das Arbeitsfeld Kirche und Islam im Haus kirchlicher Dienste der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers einen Newsletter zum christlich-muslimischen Dialog in Niedersachsen.

Der Newsletter erscheint etwa zehn mal im Jahr. Er fasst auf drei, höchstens vier Seiten zusammen, was sich in Niedersachsen und darüber hinaus in den christlich-muslimischen Beziehungen getan hat.

Mittlerweile liegen sieben Jahrgänge des Newsletter vor, und von unseren Lesern und Leserinnen hören wir immer öfter, dass sie den Newsletter für sich als Quelle entdeckt haben und dass sie ihn in ihren eigenen Beiträgen zur Sache entweder bereits zitieren oder in Zukunft gern zitieren würden.

Wir haben uns daher entschlossen, die Newsletter zu Sammelbänden zusammenzufassen, deren ersten wir hiermit vorlegen.

Online finden Sie den Sammelband unter [www.kirchliche-dienste.de/islam](http://www.kirchliche-dienste.de/islam) oder über die Elektronische Zeitschriftenbibliothek unter [ezb.uni-regensburg.de/?2596535](http://ezb.uni-regensburg.de/?2596535).

Hannover, im Juni 2017

Wolfgang Reinbold

# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 1, 2010

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Imam-Ausbildung in Osnabrück startet 2010

Die an der Universität Osnabrück geplante Ausbildung und Fortbildung von Imamen startet bereits zum Wintersemester 2010/2011. Das Land plant zunächst ein zweisemestriges Weiterbildungsangebot.

Ziel ist es, die Kompetenzen der Imame in den Bereichen Politik und Gesellschaft, Gemeindepädagogik und Sprache zu verbessern. In den Moscheen kommt den Imamen meist eine Brückenfunktion zwischen Gemeinde und Gesellschaft zu. "Um diese Funktion optimal wahrnehmen zu können, benötigen die Imame ein umfassendes Wissen über Strukturen, Abläufe und Institutionen in Deutschland", sagte Innenminister Schünemann. Dazu werde der Studiengang in Osnabrück künftig beitragen. (mehr).

#### 1.2. DITIB-Moschee in Emden eröffnet

Die erste Moschee Ostfrieslands ist Anfang Oktober am Hauptbahnhof in Emden eingeweiht worden. Der Vorsitzende der Gemeinde, Senol Sahinler, sagte bei der Eröffnung, die Moschee sei für jeden zu jeder Zeit offen. Die Emdener Gemeinde habe sich auf die Fahnen geschrieben, den Dialog voranzutreiben. „Sie soll eine Bereicherung für Emden sein. Lassen Sie uns gemeinsam für ein besseres Zusammenleben arbeiten.“ In Emden leben etwa 1300 Muslime. (mehr).

#### 1.3. Milli Görüş plant Moschee in Laatzen

Auf einer Fläche von rund 160 Quadratmetern in einem Gebäude an der Hildesheimer Straße sollen unter anderem eine Bibliothek, ein Arbeits- sowie ein Mehrzweckraum entstehen. Geplant ist ein 53 Quadratmeter großer Gebetsbereich, der mit einem Vorhang in einen Bereich für die Männer und die Frauen abgetrennt werden kann. Bauherr ist der Vorsitzende der Anfang des Jahres in Laatzen gegründeten Ortsgruppe der IGMG, Mehmet Öztürk aus Rethen. Nach Auskunft Öztürks gehören derzeit 30 Mitglieder zur IGMG Laatzen (mehr).

#### 1.4. DITIB Niedersachsen: Ausbildung von ehrenamtlichen Dialogbeauftragten

Der DITIB-Landesverband Niedersachsen hat damit begonnen, ehrenamtliche Beauftragte für interkulturelle und interreligiöse Zusammenarbeit auszubilden. Ziel des bundesweit angelegten Projektes proDIALOG@DITIB ist es, dass jede DITIB-Moschee in Niedersachsen künftig kompetente Dialogbeauftragte hat. Sie sollen zur besseren Integration der Gemeindemitglieder in das kommunale Leben beitragen. Das Projekt wird gefördert durch den Europäischen Integrationsfonds und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Ein besonderes Augenmerk liege dabei auf dem Abbau von Vorurteilen gegenüber „dem Anderen“, sagte Emine Uğuz vom Landesverband dem newsletter. Durch die hohe Beteiligung von jungen Frauen wolle man darüber hinaus stereotypen Vorstellungen über die Geschlechterrolle muslimischer Frauen entgegenwirken. (mehr).

#### 1.5. „Rat der Religionen“ Hannover gewählt

Das seit 1991 bestehende „Forum der Religionen“ in Hannover hat im Oktober einen „Rat der Religionen Hannover“ gewählt. Ihm gehören Repräsentanten der sechs im Haus der Religionen vertretenen Religionsgemeinschaften an: Christen, Juden, Muslime, Hindus, Buddhisten und Bahai. Sprecher des Rates sind der stellvertretende Stadtsuperintendent Thomas Höflich und Hilal Al-Fahad. Der Rat der Religionen leitet das Haus der Religionen, er versteht sich als Ansprechpartner für Stadt und Politik in allen das Zusammenleben der Religionen betreffenden Fragen. (mehr).

#### 1.6. Juristen halten verdachtsunabhängige Kontrollen für verfassungswidrig

„Kontrollen am Eingang zur Moschee verletzen das Grundrecht der Religionsfreiheit“, sagte der frühere Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Gottfried Mahrenholz, bei einer Anhörung im Innenausschuss des Landtags. Kay Waechter, Universitätsprofessor in Hannover und Richter am Oberverwaltungsgericht Lüneburg, kritisierte, die verdachtsunabhängige Kontrolle sei entwickelt worden, um die kurz nach der Wende aufgetretenen massenhaften Autoschiebereien nach Osteuropa in den Griff zu bekommen. Dass die Polizei die Vorschrift nun auf Moscheekontrollen anwende, sei immerhin „eine Phantasielistung“, aber unzulässig. SPD, Grüne und Linke forderten Innenminister Uwe Schünemann (CDU) auf, die Überprüfung von Muslimen nach dem Freitagsgebet unverzüglich einzustellen. (mehr).

## 2. Allgemeine Lage

### 2.1. Schweizer Volksabstimmung zum Minarett-Verbot

Der Osnabrücker Islam-Wissenschaftler Bülent Ucar hat die Schweizer Volksabstimmung als Verstoß gegen die Menschenrechte kritisiert. „Mein Demokratieverständnis sagt mir, dass man Grundrechte nicht zum Gegenstand von Volksabstimmungen machen darf,“ sagte der Professor für islamische Religionspädagogik dem epd Niedersachsen-Bremen. Gleichzeitig rief er die Muslime dazu auf, die Architektur der Minarette so zu verändern, „dass die Mehrheitsbevölkerung sie nicht als Fremdkörper wahrnimmt“. Minarette nach osmanischem Stil passten nicht in die europäische Baukultur, sagte Ucar. Er plädierte dafür, dass die Muslime in Deutschland und Europa eigene Formen entwickelten.

Der Islam-Beauftragte der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, Pastor Wolfgang Reinbold, wertete das Schweizer Referendum unterdessen als „ein verheerendes politisches Signal“. Islamgegner in ganz Europa könnten sich davon bestärkt fühlen, sagte er dem epd. Die Landeskirche versuche dem Trend der Islamfeindschaft im Interesse eines friedlichen Miteinanders von Christen und Muslimen entgegenzutreten. „Die Muslime in Deutschland sind deutsche Muslime, denen das Grundgesetz und damit die Religionsfreiheit genau so zusteht wie allen anderen“, sagte Reinbold. (epd Niedersachsen-Bremen Nr. 145, 2119, 2.12.09).

### 2.2. Hessischer Kulturpreis verliehen

Nach monatelangen Querelen hat Hessens Ministerpräsident Roland Koch am 27. November den diesjährigen hessischen Kulturpreis verliehen. Für Verdienste um den interreligiösen Dialog wurde neben Salomon Korn, Karl Lehmann und Peter Steinacker auch Navid Kermani ausgezeichnet, um dessen Teilnahme es zuvor heftige Auseinandersetzungen gegeben hatte.

Bei der Preisverleihung sagte Kermani, er teile die Einschätzung nicht, nach der die Querelen offenbart hätten, wie tief die Gräben zwischen den Religionen seien. Dieser Einschätzung liege eine falsche Erwartung zugrunde. „Eine multikulturelle, multireligiöse Gesellschaft wird niemals eine konfliktfreie Gesellschaft sein. Entscheidend ist, ob sie ihre Konflikte auf friedliche und konstruktive Weise austrägt. Und das war der Konflikt, der hinter uns liegt: Er war bei aller Schärfe im Ton friedlich, und er war konstruktiv.“ (mehr).

### 2.3. Durchsuchungen bei Milli Görüş: IGMG spricht von Rufmordkampagne

Die Staatsanwaltschaft München verdächtigt den Generalsekretär der IGMG, Oğuz Ücuncü, Mitglied einer kriminellen Vereinigung zu sein. Mehrmals haben die Finanzämter im Jahr 2009 die Räume der IGMG-Zentrale in Köln durchsuchen lassen. In einer Erklärung vom 4. Dezember spricht Milli Görüş jetzt von einer Rufmordkampagne. „Wir vertrauen auf den Rechtsstaat und gehen davon aus, dass sich die Gerichte ausschließlich an rechtstaatlichen Grundsätzen orientieren werden. Deshalb werden wir mit allen zu Gebote stehenden rechtlichen Mitteln gegen die Maßnahmen vorgehen“, so der Vorstand der IGMG (mehr).

## 3. Veranstaltungen und Projekte

### 3.1. Im Dialog mit Abraham – Wie viel Theologie braucht die christlich-islamische Verständigung?

15.–17. Januar 2010, Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, Berlin.

Referenten u.a. Angelika Neuwirth, Wolf Krötke, Hamideh Mohagheghi (mehr).

### 3.2. Ausschreibung: Text für ein Musical zum Thema „Abraham“.

Das Haus kirchlicher Dienste in Hannover hat den Text für ein Musical zum Thema „Abraham“ ausgeschrieben. Hauptzielgruppe des Musicals sind Schülerinnen und Schüler ab 15 Jahre. Der Text soll die Figur des Abraham in Verbindung bringen mit der heutigen Lebenswelt jüdischer, christlicher und muslimischer Jugendlicher. Termin für die Abgabe des Exposé's ist der 15. Februar 2010. (mehr).

### 3.3. Veranstaltungsreihe: Religionen in Hannover stellen sich vor

Im Haus der Religionen in Hannover stellen sich in einer kleinen Reihe drei Religionsgemeinschaften vor, die wenig bekannt sind. Die Termine:

18. Februar 2010: Yeziden – Wer ist das?

25. März 2010: Ahmadiyya – Wer ist das?

15. April 2010: Aleviten – Wer ist das?

Zeit: jeweils Donnerstag, 19.30 Uhr.

Ort: Haus der Religionen, Böhmerstr. 8, 30173 Hannover. (mehr).

## 4. Meinungsforschung

Im Jahr 2009 ist eine Vielzahl von Publikationen zur Lage der Muslime in Deutschland erschienen. Die beiden wichtigsten Dokumente sind die Folgenden:

Die Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“, herausgegeben im Auftrag der Deutschen Islam-Konferenz (hier; Zusammenfassung hier; Kurzzusammenfassung hier).

Der „Gallup Coexist Index 2009: A Global Study of Interfaith Relations. With an in-depth analysis of Muslim integration in France, Germany, and the United Kingdom“ (hier).

Wichtige Ergebnisse:

- Die Zahl der Muslime in Deutschland ist vermutlich höher als bisher angenommen: zwischen 3,8 und 4,3 Millionen, davon 6,2% in Niedersachsen. Knapp die Hälfte der Muslime mit Migrationshintergrund sind deutsche Staatsangehörige.
- Es gibt Defizite bei der strukturellen Integration insbesondere der türkischen Migranten, die beim Indikator Schulbildung schlecht abschneiden. Die Studie der Deutschen Islam-Konferenz erklärt das durch sehr niedrige Werte bei türkischen Frauen der ersten Generation.
- Es gibt einen Bildungsaufstieg bei den nachfolgenden Generationen, insbesondere bei Musliminnen.
- 76 Prozent der Muslime sprechen sich für die Einführung von islamischem Religionsunterricht an öffentlichen Schulen aus.
- Die soziale Integration ist besser als vielfach angenommen: Mehr als die Hälfte der Muslime über 16 Jahre sind Mitglied in einem deutschen Verein, nur 4 Prozent sind ausschließlich Mitglied in einem herkunftslandbezogenen Verein. Fast alle muslimischen Kinder nehmen am gemischtgeschlechtlichen Sport- und Schwimmunterricht teil (99% / 97,1%).
- Geringer Organisationsgrad: Nur 20 Prozent der Muslime sind in religiösen Vereinen und Gemeinden organisiert, nur 10 Prozent kennen den Koordinierungsrat der Muslime (von ihm ohne Einschränkung vertreten fühlen sich 1,9%).
- Respekt vor dem anderen Glauben und Vertrauen in die zentralen Institutionen des Staates sind unter deutschen Muslimen stärker ausgeprägt als in der Gesellschaft insgesamt (auf die Frage: „Behandeln Sie Andersgläubige immer mit Respekt?“ antworten 78% der Muslime mit Ja, gegenüber 66% insgesamt; Vertrauen in die Bundesregierung haben 61%, gegenüber 36% insgesamt).

## 5. Literatur: Neuerscheinungen

### 5.1. Bücher

Chr. Böttrich/B. Ego/F. Eißler, Abraham in Judentum, Christentum und Islam, Göttingen 2009

dies., Jesus und Maria in Judentum, Christentum und Islam, Göttingen 2009

F. Eißler (Hg.), Muslimische Einladung zum Dialog. Dokumentation zum Brief der 138 Gelehrten („A Common Word“), EZW-Texte 202, 2009 (der Text des Briefes hier).

N. Kermani, Wer ist Wir? Deutschland und seine Muslime, München 2009

A. Th. Khoury (Hg.), Themenkonkordanz Koran, Gütersloh 2009

M. Rohe, Das islamische Recht. Geschichte und Gegenwart, München 2009.

### 5.2. Aufsätze

H. H. Behr, Ein Saphir mit Schliff. Zur Stellungnahme der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş e.V. (IGMG) gegen das Schulbuch Saphir, ZRLI 5, 2009, 2–25 (s.u.).

## 6. Internet: Neues und Empfehlenswertes

Empfehlenswert ist die Seite [www.ufuq.de](http://www.ufuq.de) mit einem im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Newsletter „Jugendkultur, Religion und Demokratie. Politische Bildung mit jungen Muslimen“ (mehr).

Die von Harry Harun Behr (Universität Erlangen-Nürnberg) herausgegebene Zeitschrift für die Religionslehre des Islam (ZRLI) lässt sich hier kostenlos als pdf bestellen.

Hannover, den 16. Dezember 2009

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 2, 2010

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Verbotsunabhängige Moscheekontrollen werden eingestellt

Nach der teilweise scharfen Kritik prominenter Juristen (s. Mitteilungen 1, 2010, S. 1) hat jetzt auch der juristische Beratungsdienst des Landtages die verdachtsunabhängigen Kontrollen niedersächsischer Moscheen für verfassungswidrig erklärt. Ministerpräsident Wulff teilte am 2. Februar mit, dass die Kontrollen eingestellt werden. Darüber habe im Kabinett Einvernehmen geherrscht. Innenminister Schünemann stand mit seiner Überzeugung, die Kontrollen seien unverzichtbar, zuletzt allein da und lenkte schließlich ein (mehr).

#### 1.2. HAZ: Minarettbau in Niedersachsen kein Thema

Die meisten Moscheen in Niedersachsen sind unauffällige Bauten, von außen kaum zu erkennen. Ehemalige Werkstätten im Industriegebiet, Garagen im Hinterhof, auf dem Land auch einmal ein umgebauter Kuhstall, das ist die Realität. An repräsentative Bauten zu denken ist für die meisten Gemeinden ganz unmöglich, so die Hannoversche Allgemeine Zeitung. Die Probleme sind andere: Wie lässt sich ein Imam finanzieren? Wie bezahlt man die Heizkosten? Wie organisiert man zuverlässig Moscheeführungen (HAZ, 16.1.2010, mehr).

#### 1.3. Buxtehude: Wirbel um möglichen Verkauf des Gemeindehauses an die Moschee

Das Matthias-Claudius-Haus der St.-Petri Gemeinde Buxtehude steht seit einigen Monaten zum Verkauf. Jetzt hat der Vorstand der Moschee Buxtehude das Gebäude besichtigt und Interesse bekundet. „Wir sind interessiert, das Haus gefällt uns – auch, weil unser Zentrum am Schützenhofweg zu klein geworden ist“, sagte der Vorsitzende der Gemeinde, Aytekin Esen, dem Buxtehuder Tageblatt (mehr). Nach dem Artikel im Tageblatt griff N3 das Thema auf und sendete einen ausführlichen Bericht in den Abendnachrichten. Der Buxtehuder Superintendent Helmut Blanke sagte, das Verhältnis zwischen der evangelischen Kirche und der Moscheegemeinde sei gut und konstruktiv. Sollte die Moscheegemeinde ein Gebot für den Kauf der Immobilie vorlegen, werde man es prüfen. Für Aufregung sorgt die Tatsache, dass es sich bei der Moschee um eine Milli Görüş-Moschee handelt. Die Hinweise darauf hatte die Gemeinde zwischenzeitlich von ihrer Homepage gestrichen. Jetzt nimmt sie in einer Presseerklärung Stellung zu den Medienberichten (mehr).

#### 1.4. Streit um Frauen in Hannoverscher Moschee: Verein kündigt rechtliche Konsequenzen an

In der Al-Huda-Moschee in Hannover gibt es erbitterten Streit um die Nutzung der Räume. Eine Frauengruppe hatte in der Moschee eine Zeit lang Arabischunterricht und islamische Unterweisung für Kinder angeboten. Auch Kurse zur religiösen Bildung von Frauen wurden in Eigenregie durchgeführt. Jetzt hat der Vorstand der Gruppe den Zugang zur Moschee verweigert. Kritiker sprechen von einer gezielten Abwertung der Frauen, denen man zu verstehen gegeben habe, ihr ehrenamtliches Engagement sei in der Moschee unerwünscht. Nicht einmal zum Gebet sei die Gruppe willkommen gewesen (mehr). Der Trägerverein der Moschee, die „Gesellschaft Islam Verstehen e.V.“, spricht in einer dem Newsletter vorliegenden Gegendarstellung von Rufschädigung und hat rechtliche Konsequenzen angekündigt.

#### 1.5. Durchsuchung von Moscheen auch in Niedersachsen

Bei einer bundesweiten Durchsuchung hat die Polizei am 20. Januar Datenträger, Computer und verbotene Bücher sichergestellt. Gefahndet wurde insbesondere nach der Schrift „Frauen im Schutz des Islam“, die von der Bundesprüfstelle im Januar 2009 auf den Index gesetzt worden ist. Sie beschreibt unter anderem, wie man eine „ungehorsame Frau“ schlägt, ohne Spuren zu hinterlassen. Das Buch wurde im Umkreis des salafistischen Predigers Pierre Vogel vertrieben. In Niedersachsen wurde unter anderem das „Islamische Bildungs- und Kulturzentrum Braunschweig e.V.“ durchsucht, das dem Verfassungsschutz (mehr) seit Jahren als Knotenpunkt der Islamistszene in Deutschland gilt (mehr).

#### 1.6. „Moschee DE“ im Schauspiel Hannover

Mit dem Streit um einen Moscheebau setzt sich das Theaterstück „Moschee DE“ auseinander, das am 27. Februar in Hannover uraufgeführt wird. Vorlage für die Produktion von Robert Thalheim und Kolja Mensing war der Streit um den Moscheebau in Berlin-Heinersdorf. „Moschee DE“ nimmt ihn zum Anlass für eine Forschungsreise in den deutschen Alltag. Welche Menschen verbergen sich hinter den Schlagzeilen und den teils reißerischen Fernsehberichten über den vermeintlichen Kampf der Kulturen? (mehr).

## 2. Allgemeine Lage

### 2.1. Frankreich: Ganzkörperschleier ist Einbürgerungshindernis

Nach der Diskussion um ein Verbot der Burka hat der französische Einwanderungsminister Eric Besson Anfang Februar Fakten geschaffen: Der Einbürgerungsantrag eines Marokkaners, der das Tragen des Ganzkörperschleiers propagiert und dessen französische Frau den Schleier trägt, wurde abgelehnt. Das Tragen des Schleiers sei unvereinbar mit den Prinzipien der Republik, erklärte Besson.

Der Leiter einer Moschee in Drancy hat sich derweil für ein Verbot der Burka ausgesprochen. Sie sei ein Instrument sexistischer Unterdrückung und habe in Frankreich keinen Platz (mehr).

### 2.2. Muezzinruf in der Moschee Rendsburg: Bauamt hat entschieden

Im Streit um den Gebetsruf der im Jahr 2009 eröffneten Moschee hat das Bauamt der Stadt jetzt entschieden: Der Ruf des Muezzins darf per Lautsprecher verstärkt werden, allerdings nur mit einer Lautstärke von 42 Dezibel. Das entspricht nach Angaben der Stadt der Lautstärke von Vogelgezwitscher. Die Moscheegemeinde will diese Entscheidung akzeptieren, auch wenn sie enttäuscht ist. „Unter Religionsfreiheit verstehe ich etwas Anderes“, so Ahmet Yazici vom norddeutschen Bündnis Islamischer Gemeinden (mehr).

Vorausgegangen war ein monatelanger Streit um den Gebetsruf. Nach den Wünschen der Moscheeleitung sollte der Ruf per Lautsprecher vom Minarett erschallen. Kritiker wehrten sich gegen die Pläne. Der Muezzinruf sei eine Machtdemonstration, die die Bürger dazu zwingt, an einer gottesdienstähnlichen Handlung teilzunehmen. 800 Unterschriften hatte die Initiative „Kein öffentlicher Gebetsruf“ gesammelt und dem Rendsburger Bürgermeister übergeben. Das Recht, von Religion verschont zu werden, dürfe nicht geringer geachtet werden als die aktive Religionsfreiheit (mehr).

### 2.3. Anschlag auf Mohammed-Karikaturisten Westergaard

Mit einer Axt und einem Messer drang ein aus Somalia stammender Angreifer am Neujahrstag in das Haus des als „Mohammad-Karikaturisten“ bekannt gewordenen dänischen Zeichners Kurt Westergaard in Aarhus ein. Westergaard konnte Alarm schlagen, und die Polizei war binnen Minuten zur Stelle. Der Angreifer wurde von den Beamten angeschossen. Die Justiz wirft ihm versuchten Mord vor (mehr).

### 2.4. Auseinandersetzungen in Nigeria eskalieren

Bei gewalttätigen Unruhen zwischen Christen und Muslimen in der nigerianischen Stadt Jos ist die Zahl der Toten nach Angaben der Organisation Human Rights Watch am dritten Januarwochenende auf 200 gestiegen. Nigerias Regierung entsandte die Armee in die Stadt, um die Ausschreitungen zu beenden. Im Zentrum von Jos waren seit dem 17. Januar Moscheen, Kirchen und Häuser angezündet worden. Entgegen einem Bericht der Bild-Zeitung vom 23.1. herrscht über die Ursachen der Unruhen Unklarheit. Ignatius Kaigama, der Erzbischof von Jos, der sich seit langem für die christlich-muslimische Verständigung einsetzt, vertritt die Auffassung, der Konflikt habe mit Religion nichts zu tun. „Religion wird instrumentalisiert, um ethnische und politische Interessen leichter durchzusetzen“ (epd-Wochenspiegel 4/2010, 29; mehr).

### 2.5. Hessen-Nassau: Thesenpapier zum islamischen Religionsunterricht

Das Zentrum Ökumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau hat ein Thesenpapier zum islamischen Religionsunterricht vorgelegt. Ein wichtiger Schritt zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichtes nach § 7.3 Grundgesetz könne die Einbeziehung säkularer Muslime in die muslimischen Verbände sein, heißt es in dem Papier. „Ein islamischer Religionsunterricht muss mehrheitlich anerkannt sein. Säkulare und laizistische Positionen müssen bei der inhaltlichen Gestaltung mitbedacht werden.“ Die muslimischen Verbände könnten Einzelpersonen, „die für ihre säkularisierte und liberale Haltung bekannt sind“, einbeziehen (mehr).

### 2.6. IGMG kündigt Strafanzeige gegen „Report“ an

In einem am 8.2. in der ARD gesendeten Bericht hat das Magazin Report (München) schwere Vorwürfe gegen die IGMG erhoben: Sie stehe dem islamistischen Terrorismus nahe und verbreite in ihren Schulungen antisemitische und anti-demokratische Propaganda (mehr).

In einer Presseerklärung kündigt die IGMG jetzt an, Strafanzeige gegen die beiden Autoren des Berichtes zu stellen. Die Vorwürfe entbehrten jeglicher Grundlage. Vermutlich hätten entweder die Journalisten oder derjenige, der ihnen dieses Material zugespielt habe, die volksverhetzenden Inhalte mit IGMG-Inhalten vermengt, so der Generalsekretär der IGMG, Oğuz Uçuncü (mehr).

### 3. Veranstaltungen

#### 3.1. Imamausbildung in Deutschland

25.–27. Februar 2010, Universität Osnabrück

Referenten: Bülent Ucar, Rauf Ceylan, Arnulf von Scheliha, Martina Blasberg-Kuhnke, Uwe Schüemann sowie Islam- und Religionswissenschaftler, Christliche Theologen und Juristen aus Deutschland und ganz Europa (mehr).

#### 3.2. Schmerzpunkt Mission – Darf man andere Menschen von seiner Religion überzeugen wollen?

26.–28. März 2010, Evangelische Akademie Berlin, Berlin-Schwanenwerder

Leitung: Rüdiger Sachau (mehr).

### 4. Meinungsforschung

Nach einer im Dezember 2009 publizierten Umfrage des von der Soros-Stiftung getragenen Open Society Institute (mehr) fühlen sich mehr als 60% der europäischen Muslime ihrem Land verbunden oder sehr verbunden (Nicht-Muslime: 70%). Mehr als 70% der europäischen Muslime fühlen sich ihrer Stadt und ihrem Stadtteil verbunden oder sehr verbunden (Nicht-Muslime: 76%).

Als Deutsche (Engländer, Franzosen, usw.) fühlen sich 49% der befragten Muslime (Nicht-Muslime: 77%). Indes glauben nur 25% der Muslime, dass die Mehrheitsgesellschaft sie für Deutsche hält (bzw. Engländer, Franzosen, usw.).

Die Autoren der Studie weisen darauf hin, dass die Zugehörigkeitswerte in Deutschland signifikant niedriger sind als in den anderen untersuchten Ländern. Während 82% der in Leicester Befragten sich für Engländer erklärten, sind es in Berlin nur 25% und in Hamburg nur 22%. Gerade einmal 11% glauben, dass die Mehrheitsgesellschaft sie für „Deutsche“ hält (mehr).

### 5. Literatur: Neuerscheinungen

W. Bühler/B. Bühlmann/A. Kessler (Hg.), Sachbuch Religionen. Hinduismus, Buddhismus, Judentum, Christentum, Islam, Horw/Luzern 2009 (s. auch: [www.sachbuch-religionen.ch](http://www.sachbuch-religionen.ch))

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Miteinander reden. Ein Gott, drei Religionen im Alltag junger Menschen, Göttingen 2009

Miteinander reden. Ein Gott, drei Religionen im Alltag junger Menschen, Göttingen 2009

I. S. Rüschoff/M. Laabdallaoui, Umgang mit muslimischen Patienten, Bonn 2010

Th. G. Schneiders (Hg.), Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen, Wiesbaden 2009

R. Sörries (Hg.), Muslime in deutscher Erde. Sterben, Jenseitserwartung und Bestattung, Kasseler Studien zur Sepulkralkultur 15, Kassel 2009

Hannover, den 19. Februar 2010

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 3, 2010

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Neuer Stadtsuperintendent will christlich-muslimisches Gespräch fördern

Der neu gewählte Hannoveraner Stadtsuperintendent Hans-Martin Heinemann hat den interreligiösen Dialog als ein wichtiges Thema seiner Amtszeit bezeichnet. Die evangelische Kirche in der Stadt Hannover werde sich unter seiner Führung in grundlegenden Fragen auch politisch äußern, sagte er dem evangelischen Pressedienst. Eines dieser grundlegenden Themen sei das Zusammenleben mit den Muslimen. „Sie sind hier und haben genauso das Recht, ihre Religion auszuüben wie wir“, betonte Heinemann. Er begrüße es, dass es in Hannover ein „Haus der Religionen“ gebe, das Vertreter unterschiedlicher Religionen zusammenführe (mehr). Der notwendige Dialog mit dem Islam sei kein einfaches Unterfangen. „Er braucht Zeit und Geduld“, sagte Heinemann, und dürfe unbequeme Fragen nicht ausklammern (epd 31/2010, 10).

#### 1.2. Theaterprojekt „Die göttliche Odette“: Haus kirchlicher Dienste publiziert Auswertung

Das Theaterstück „Die göttliche Odette“ wurde zwischen Oktober 2007 und Mai 2009 etwa 50 mal in Niedersachsen, Hamburg und Bremen aufgeführt. Es richtete sich an Schülerinnen und Schüler der 9./10. Klasse und der berufsbildenden Schulen. Es sollte der besseren Verständigung zwischen christlichen und muslimischen Jugendlichen dienen und zur Auseinandersetzung mit Klischees und Vorurteilen anregen. Jetzt hat das Haus kirchlicher Dienste die Auswertung des Projekts publiziert. Zwei der Ergebnisse: Religion spielt für muslimische Jugendliche eine wichtigere Rolle als für christliche Jugendliche. Für alle Jugendlichen ist Religion eine höchst individuelle Angelegenheit (mehr).

#### 1.3. Mitglied des Rates der Religionen Hannover Augenzeuge bei Anschlag in Kabul

„Heute morgen bin ich gegen 6 Uhr 30 durch eine gewaltige Explosion, deren Druckwelle die Fensterscheiben meines Schlafzimmers in Tausend Stücke zerbrechen ließ, aus dem Schlaf gerissen worden“, schrieb Belal El-Mogaddedi unmittelbar nach dem schweren Anschlag vom 26. Februar nach Hannover. Die Taliban hatten einen Selbstmordanschlag vor dem beliebten Kabuler Einkaufszentrum „Safi Landmark“ verübt und im Inneren des Gebäudes mehrere Menschen erschossen. Der Anschlag kostete mindestens 17 Menschen das Leben.

Mogaddedi, der sich zum Zeitpunkt des Anschlags zur Unterstützung eines Afghanistan-Hilfsprojektes in Kabul aufhielt, findet es unerträglich, dass die Taliban vorgeben, im Namen des Islam zu handeln. „Ich frage mich: Wie weit können sich einige Menschen von der großartigen Botschaft des Islam entfernen und dennoch behaupten, für seine Botschaft einzutreten?“ schreibt er in seinem Text, der von der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung und der Neuen Presse am nächsten Tag abgedruckt wurde (mehr). Belal El-Mogaddedi ist Mitglied des Rates der Religionen Hannover und zweiter Vorsitzender des Vereins „Haus der Religionen Hannover e.V.“ (mehr).

#### 1.4. „Die Fremde“ im Kino angelaufen

Einer der großen Erfolge der diesjährigen Berlinale, der Film „Die Fremde“ der österreichischen Regisseurin Feo Aladag, ist am 11. März in den Kinos angelaufen. Der Film erzählt die Geschichte der jungen Umay (Sibel Kekilli), die mit ihrem Sohn Cem vor ihrem gewalttätigen Ehemann aus Istanbul zurück in ihre Geburtsstadt Berlin geflohen ist. Sie hofft auf liebevolle Aufnahme in der Familie, muss aber erkennen, dass die überlieferten Konventionen stärker sind. Als die Familie beschließt, Cem zurück zu seinem Vater in die Türkei zu schicken, bricht Umay mit ihrer Familie und baut sich ein neues Leben auf. Einige Zeit später versucht sie, sich mit der Familie zu versöhnen. Sie merkt nicht, dass es dafür bereits zu spät ist (mehr).

„Ein aufwühlender Film. Ein bewegender Film. Ein großartiger Film. Mit einem ‚ungeheuren‘ aktuellen Thema. Was verbirgt sich wirklich hinter den vielen Schlagzeilen in Sachen ‚Ehrenmord‘? Feo Aladag differenziert klug wie engagiert, wagt sich couragiert wie packend an ein kulturelles Reizthema in Sachen Integration heran, das niemanden kalt lassen kann beziehungsweise sollte“ (Hans-Ulrich Pönack, Deutschlandradio Kultur, mehr).

### 2. Allgemeine Lage

#### 2.1. Großscheich Tantawi gestorben

Einer der wichtigsten Lehrer des sunnitischen Islam, der Großscheich der Al-Azhar-Universität in Kairo und Großmufti von Ägypten, Mohammed Sayyid Tantawi, ist am 10. März im Alter von 81 Jahren gestorben. Tantawi galt vielen als die oberste Autorität des sunnitischen Islam (mehr).

## 2.2. Bundesinnenminister ordnet Islamkonferenz neu

Voraussichtlich am 17. Mai 2010 wird das Plenum der Deutschen Islam Konferenz zum ersten Mal unter der Leitung des neuen Bundesinnenministers Thomas de Maizière tagen. Wie die Deutsche Islam Konferenz am 5. März mitteilte, hat de Maizière die Mitgliedschaft des Islamrates wegen der gegen die Milli Görüş laufenden Ermittlungen (s. Mitteilungen 1, 2010, S. 2) „bis auf Weiteres suspendiert“. „Ich möchte mich nicht mit jemandem an einen Tisch setzen, gegen den wegen des erheblichen Verdachts auf Delikte wie Steuerhinterziehung in Millionenhöhe ermittelt wird“, sagte de Maizière der Süddeutschen Zeitung (mehr). Als neuer Verband ist die Türkische Gemeinde Deutschlands (TGD) als Teilnehmer vorgesehen, die türkisch-stämmige säkulare Muslime repräsentieren soll.

Zugleich hat der Bundesinnenminister entschieden, die Plätze der nicht-organisierten muslimischen Teilnehmer neu zu besetzen. Es werden berufen: Hamed Abdel-Samad, Politologe und Autor; Bernd Ridwan Bauknecht, Religionslehrer; Gönül Halat-Mec, Rechtsanwältin; Dr. Armina Omerika, Islamwissenschaftlerin; Dr. Bülent Ucar, Professor für Islamische Religionspädagogik; Turgut Yüksel, Soziologe; Tuba Isik-Yiğit, Doktorandin der Theologie und Religionswissenschaften. Hinzu kommen noch ein Imam, eine Vertreterin einer zivilgesellschaftlichen Initiative und eine Lehrerin. Die bisherigen nicht-organisierten muslimischen Teilnehmer sollen der DIK beratend zur Seite stehen (mehr).

Der Koordinierungsrat der Muslime (KRM) in Deutschland lehnt die Suspendierung des Islamrates ab. „Nach dem Gespräch im Bundesinnenministerium am Montag, den 8.3.2010 behalten wir uns alle Schritte vor, was die weitere Teilnahme und die Bedingungen unserer Zusammenarbeit mit der DIK angeht“, sagte KRM-Sprecher Bekir Alboğa (mehr). Milli Görüş kritisiert die Neuordnung der Islamkonferenz scharf. Der Bundesinnenminister streue zum Teil falsche Informationen, erklärte der Generalsekretär der IGMG, Oğuz Üçüncü. „Es geht darum, mit allen Mitteln die IGMG zu marginalisieren und zu kriminalisieren“ (mehr). Der stellvertretende Generalsekretär Mustafa Yeneroğlu erklärte, die Tatsache, dass de Maizière Personen wie Necla Kelek, „deren Ansichten der Idee des freiheitlichen Verfassungsstaats diametral entgegenstehen“, zu persönlichen Beratern mache, zeige, woher der Wind wehe (mehr).

## 2.3. Frankfurt: Imam der Hazrat-Fatima-Moschee tritt zurück

Der Imam der schiitischen Hazrat-Fatima-Moschee in Frankfurt, Sabahaddin Türkyilmaz, ist am 21. Februar zurückgetreten. Er reagierte damit auf den Vorwurf, er habe sich an antisemitischen Demonstrationen beteiligt und antisemitische Predigten gehalten. Die Frankfurter Integrationsdezernentin Nargess Eskandari-Grünberg hatte eine Predigt des Imams vom vergangenen September als „inakzeptabel“ bezeichnet. Türkyilmaz hatte darin unter anderem den von Khomeini eingeführten sog. „Al-Quds-Tag“ (Jerusalemtag) gepriesen und gesagt: „Wenn die Muslime der Einladung des verstorbenen Imam Khomeini gefolgt wären“, die Al-Aqsa Moschee in Jerusalem zu befreien, „würde Palästina heute nicht mehr unter Besatzung und Unterdrückung leiden“ (mehr).

In einer im Internet verbreiteten Erklärung weist Türkyilmaz die Behauptung, er sei ein Antisemit, von sich. Zwar sei er antizionistisch, keineswegs aber antisemitisch eingestellt. „Ich erkläre hiermit: Ich distanziere mich von jedem Antisemiten und jeder Form von Antisemitismus. Etwaige antisemitische Äußerungen von Teilnehmern bei Kundgebungen, an denen ich teilgenommen habe, entsprechen weder meiner Meinung noch der Meinung der Veranstalter. Der Antisemitismus ist eine perfide Form des Rassismus, den ich aufs Schärfste verurteile. Gleichzeitig distanziere ich mich vom Zionismus, den ich für eine weitere Form des Rassismus erachte!“ (mehr; s. auch den Kommentar von Turgut Yüksel, SPD-Stadtverordneter in Frankfurt, Sprecher der Initiative säkularer Bürger aus islamisch geprägten Ländern und Mitglied der Deutschen Islam Konferenz hier).

## 2.4. Holland: Geert Wilders' PVV erzielt großen Erfolg bei der Kommunalwahl

Der niederländische Rechtspopulist und Islamgegner Geert Wilders hat die Kommunalwahl in der Stadt Almere gewonnen. In Den Haag, dem Sitz der Regierung, wurde seine Partei für die Freiheit (PVV) zweitstärkste politische Kraft. Die Kommunalwahlen waren für die PVV ein Probelauf für die holländischen Parlamentswahlen am 9. Juni. In anderen Städten war die Partei nicht angetreten.

Der Sieg stimmt die PVV optimistisch für die Parlamentswahlen. „Was in Den Haag und Almere geschah, ist überall in den Niederlanden möglich“, sagte Wilders. „Wir werden am 9. Juni die größte Partei der Niederlande. Wir werden die Niederlande zurückerobern von der linken Elite, die immer noch an den Islam, an Multikulti, an den Unsinn von Entwicklungshilfe und den europäischen Superstaat glaubt.“

Wilders ist unter anderem bekannt geworden durch den im Internet verbreiteten Film „Fitna“, in dem er Bilder der Terroranschläge von New York, Madrid und London mit aggressiven Reden muslimischer Politiker und Koranzitaten kombiniert. Der Islam ist für ihn eine Religion des Terrors, die auf einer Stufe mit dem Nationalsozialismus steht (mehr).

## 2.5. Frankreich: Le Pens Nationale Front erzielt großen Erfolg bei der Regionalwahl

Jean-Marie Le Pens „Nationale Front“ (FN) hat in der ersten Runde der französischen Regionalwahlen 11,7 Prozent der Stimmen gewonnen. Mit islam- und ausländerfeindlichen Themen gelang es dem 82-jährigen Rechtsradikalen und seiner Tochter Marine, die vor Kurzem noch totgesagte Partei zu neuem Leben zu erwecken.

Eines der Wahlplakate der FN hatte ein Marseiller Gericht verboten. Das Plakat mit dem Titel „Nein zum Islamismus“ zeigte die französische Landkarte unter einer algerischen Flagge, gespickt mit raketenähnlichen Minaretten, dazu eine Frau mit Burka (mehr).

## 2.6. Urteil gegen die „Sauerland-Gruppe“

Im Verfahren gegen die sog. „Sauerland-Gruppe“ sind am 4. März die Urteile gefallen. Das Oberlandesgericht Düsseldorf verurteilte die Angeklagten Fritz Gelowicz und Daniel Schneider zu je 12 Jahren, Adem Yilmaz zu 11 Jahren und Attila Selek zu 5 Jahren Haft. Die Geständnisse der Angeklagten hätten sich strafmildernd ausgewirkt, sagte der vorsitzende Richter Ottmar Bredling. Drei der Angeklagten und die Bundesanwaltschaft nahmen das Urteil noch im Gerichtssaal an (mehr).

Nach Auffassung des Gerichts haben sich Gelowicz, Schneider und Selek innerlich vom Terror abgewandt. „Ich werde mich nicht mehr im Entferntesten an terroristischen Akten beteiligen oder einer solchen Gruppe anschließen“, sagte Gelowicz in seinem Schlusswort. Selek gestand ein: „Ich habe dem Islam geschadet. Es war ein Fehler, bei den Anschlagsvorbereitungen mitzuwirken. Es tut mir leid“ (mehr).

## 3. Meinungsforschung

Religiöse Menschen neigen stärker zu Vorurteilen als nichtreligiöse Menschen. Das ist das Ergebnis einer Studie im Rahmen der „Initiative on Religion and Democracy in Europe“. Die Befragung von mehr als 8.000 Personen in acht europäischen Ländern ergab, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in religiösen Milieus stärker verbreitet ist als in nichtreligiösen. „Je religiöser die Menschen sind, desto mehr werten sie Frauen und Homosexuelle ab“, schreiben die Autoren der Studie, Beate Küpper und Andreas Zick von der Universität Bielefeld. Gleiches gilt für die Urteile in Bezug auf Juden, Muslime, Schwarze und Migranten. Besonders verbreitet sind die Vorurteile in der Gruppe, die sich selbst an „ziemlich religiös“ einstuft. Bei den „sehr Religiösen“ sind die Werte niedriger, allerdings in der Regel nicht so niedrig wie bei den Nichtreligiösen. Untersucht wurden die Einstellungen in Deutschland, England, Frankreich, Holland, Italien, Polen, Portugal und Ungarn.

Von den religiösen Führern fordert die Studie Selbstkritik. Religion könne eine positive Rolle für den Frieden spielen, wenn die Repräsentanten der Religion Verschiedenheit nicht gering schätzen, die eigenen Motive reflektieren und Andere als gleichwertige Partner ansehen (mehr).

## 4. Literatur: Neuerscheinungen

M. Asad, Die Botschaft des Koran. Übersetzung und Kommentar, Düsseldorf 2009

H. Grewel u.a. (Hg.), Quellen der Menschlichkeit. Bibel und Koran – von Christen und Muslimen gedeutet, München 2010

L. Kaddor, Muslimisch – weiblich – deutsch! Mein Weg zu einem zeitgemäßen Islam, München 2010

## 5. Internet: Neues und Empfehlenswertes

Die christlich-islamische Gesellschaft e.V. Köln (hier) hat eine neue Internetseite eingerichtet. Unter der Adresse [www.christenundmuslime.de](http://www.christenundmuslime.de) oder [www.muslimeundchristen.de](http://www.muslimeundchristen.de) finden sich Hinweise auf Veranstaltungen, insbesondere im westdeutschen Raum, auf Literatur zum christlich-islamischen Gespräch, auf Dialoginitiativen, wichtige Seiten im Internet und vieles andere mehr (hier).

Hannover, den 18. März 2010

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 4, 2010

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Aygün Özkan wird neue niedersächsische Sozialministerin

Als neue niedersächsische Sozialministerin hat Ministerpräsident Christian Wulff die Hamburger Juristin und Bürgerschaftsabgeordnete Aygül Özkan berufen. Sie wird darüber hinaus das Integrationsressort übernehmen, für das bislang Innenminister Uwe Schönemann zuständig war. „Damit wird ein Spannungsfeld zwischen mir und dem Innenminister abgebaut“, sagte Wulff bei der Vorstellung der neuen Mitglieder des Kabinetts.

Özkan ist seit dem Jahr 2002 Mitglied der CDU und wurde im Jahr 2008 stellvertretende Vorsitzende des Hamburger Landesverbandes. In der Bürgerschaftsfraktion arbeitet sie als Fachsprecherin für Wirtschaft und Industrie, außerdem wirkt sie im Sozial- und Gleichstellungsausschuss mit. Özkan ist schiitische Muslimin, ihre Eltern stammen aus der Türkei.

In ersten Stellungnahmen zu ihrer Berufung erklärte die designierte Ministerin, ihr sei das „Fordern und Fördern“ von Migranten wichtig. Migrantenkinder sollten möglichst früh einen Kindergarten besuchen und die deutsche Sprache und Kultur kennen lernen. Insbesondere im türkischstämmigen Milieu gebe es nach wie vor beträchtliche Defizite im Blick auf Bildung und Integration. Auf ihre persönliche Religiosität angesprochen, erklärte Özkan, sie achte die islamischen Feiertage, sei aber nicht „strenggläubig“. Ihrem Sohn erkläre sie auch, was das christliche Weihnachtsfest ist. Ein Kopftuch trage sie nicht und halte auch das Kopftuchverbot für muslimische Lehrerinnen für richtig.

#### 1.2. Bundesinnenminister beruft Hamideh Mohagheghi in die Deutsche Islamkonferenz

Im Rahmen der Neuausrichtung der Deutschen Islamkonferenz (s. Mitteilungen 3, 2010, S. 2) hat Bundesinnenminister de Maizière drei weitere verbandsunabhängige Muslime berufen: die Herausgeberin und Chefredakteurin der multikulturellen Frauenzeitschrift „Gazelle“, Sineb El Masrar, den Stuttgarter Imam Abdelmalik Hibaoui und die Juristin und Theologin Hamideh Mohagheghi aus Hannover. Mohagheghi ist in Niedersachsen seit vielen Jahren im interreligiösen Dialog aktiv. Sie hat einen Lehrauftrag an der Universität Paderborn für die Religion des Islam, ist Vorsitzende der „Muslimischen Akademie in Deutschland und wissenschaftliche Begleiterin des Modellversuchs Islamischer Religionsunterricht in Niedersachsen.

#### 1.3. Mitbegründer der Hamburger Schura: Islamverbände behindern Anerkennung des Islams

Der Hamburger Islamwissenschaftler Ali Özgür Özdil hat die Struktur des organisierten Islams in Deutschland mit deutlichen Worten kritisiert. In einem Gastbeitrag für die Islamische Zeitung schreibt er, das größte Hindernis für die Anerkennung des Islams als einer „Religionsgemeinschaft“ im Sinne von Artikel 7,3 des Grundgesetzes seien die islamischen Verbände selbst.

„Ich selbst habe viele Jahre beklagt, dass der Staat den Muslimen immer wieder neue Hürden vorgelegt hat statt Erleichterungen zu schaffen. Doch nun wird mir klar, dass die größte Hürde die Muslime und vor allem die vorhandenen Organisationen selbst sind“, so Özdil. Obwohl die meisten Verbände sunnitisch-türkische Gemeinschaften repräsentierten, seien sie nicht in der Lage, eine Gemeinschaft auf die Beine zu stellen. Sie täten vielmehr alles für den Erhalt ihres Einflusses und boykottierten Ansätze zu einem neuen Miteinander. So hätten sie vor einigen Jahren die Gründung einer „Bundes-Schura“ verhindert und stattdessen den „Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland“ (KRM) ins Leben gerufen. Dieser diene „lediglich dazu, alte Strukturen abzusichern und der muslimischen Öffentlichkeit zu suggerieren, dass die unterschiedlichen Dachverbände nun eine Basis für den innerislamischen Dialog hätten. Der KRM ist keine Lösung, sondern ein Hindernis.“ Auch die Schura Hamburg und die Schura Niedersachsen hätten in ihrer gegenwärtigen Form keine Zukunft, denn die Verbände verweigerten die Zusammenarbeit. Özdils Fazit: „Wir Muslime verhindern das Entstehen einer anerkannten Religionsgemeinschaft“.

Özdil ist Gründer des „Islamischen Wissenschafts- und Bildungsinstituts e.V.“ und Mitbegründer des Hamburger Rates der islamischen Gemeinschaften (Schura Hamburg) (mehr).

#### 1.4. Verfassungsschutz: 3.000 Anhänger islamistisch-extremer Gruppen in Niedersachsen

Bei der Vorstellung des noch unveröffentlichten Verfassungsschutzberichtes 2009 hat Innenminister Uwe Schönemann davor gewarnt, den Islamismus als Gefahr zu unterschätzen. In Niedersachsen lebten mindestens zehn Personen, die in den neunziger Jahren in Terrorcamps ausgebildet worden seien, und etwa 3170 Anhänger islamistisch-extremer Gruppen. Besonders bedrohlich sei der sogenannte „Salafismus“, wie er z.B. in der „Islamschule“ in Braunschweig und dem „Deutschsprachigen Islamkreis“ in Hannover gepredigt werde (mehr).

## 2. Allgemeine Lage

### 2.1. Essener Zentrum für Türkeistudien: Neuer Leiter und neuer Name

Der Hamburger Psychologe und Migrationsforscher Haci-Halil Uslucan ist zum neuen Direktor des Essener Zentrums für Türkeistudien ernannt worden. Gleichzeitig erhielt er einen Ruf auf die neu errichtete Professur „Moderne Türkeistudien“ an der Universität Duisburg-Essen.

Die Wahl Uslucans bilde den erfolgreichen Abschluss der Neuausrichtung des Instituts hin zu einem wissenschaftlichen Zentrum für Integrationsforschung und Politikberatung, erklärte der Vorsitzende des Kuratoriums, Integrationsminister Armin Laschet (CDU). Zugleich mit der Berufung Uslucans erhielt das Zentrum einen neuen Namen. Es heißt künftig „Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung“ (mehr). Das Zentrum für Türkeistudien hatte sich 2008 von seinem Leiter Faruk Sen getrennt, nachdem er in einem Zeitungsartikel die Türken als „die neuen Juden Europas“ bezeichnet hatte (mehr).

### 2.2. München: Stadtrat unterstützt Bau eines „Zentrum für Islam in Europa“

Der Stadtrat der Stadt München hat Plänen zur Errichtung eines muslimischen Zentrums in München zugestimmt und die Verwaltung mit der Suche „eines geeigneten Grundstücks in der inneren Stadt“ beauftragt.

Alle Fraktionen des Rates sprachen sich am 19. März dafür aus, die Pläne des Penzberger Imams Benjamin Idriz in die Tat umzusetzen und den Freistaat Bayern um finanzielle Unterstützung des Projektes zu bitten. „Alle Fraktionen waren und sind von der Konzeption überzeugt. Gerade aus Integrationsgesichtspunkten ist das Konzept von ZIE-M mit jedem seiner einzelnen Bausteine zu begrüßen“, heißt es in dem von SPD, CSU, Grünen und FDP gemeinsamen getragenen Antrag (mehr).

Nach Vorstellung der Initiatoren des Projektes soll das Zentrum fünf Einrichtungen zusammenfassen: eine attraktive Moschee, einen Kindergarten, eine öffentliche Bibliothek, ein islamisches Museum und eine Akademie, in der angehende muslimische Seelsorger und Religionslehrer eine fundierte theologische Ausbildung im Geist eines liberalen, europäischen Islams vermittelt bekommen sollen. Das Projekt, sagte der stellvertretende Vorsitzende des Trägervereins, Stefan Jakob Wimmer, richte sich „gegen die Fehlentwicklungen einer bisher nicht geglückten Integration und gegen eine weitere Ausbreitung aggressiver und traditionalistischer Richtungen in Deutschland“ (mehr).

### 2.3. Münster: Kalisch erklärt seinen Austritt aus dem Islam

Im Jahr 2004 wurde Sven Muhammad Kalisch als erster deutscher Professor für islamische Theologie an die Universität Münster berufen. Im Jahr 2008 sorgte er für Furore, als er erklärte, er bezweifle, dass ein Prophet namens „Muhammad“ jemals gelebt habe. Jetzt wurde bekannt, dass Kalisch kein Muslim mehr ist. Er heißt von jetzt an wieder so, wie er vor seiner Konversion zum Islam hieß: Sven Kalisch.

Kalisch hat nach Informationen der Westfälischen Nachrichten seine Abkehr vom Islam in Gesprächen mit Universitätsrektorin Ursula Nelles erklärt. Für Kalischs Beschäftigung als Professor der Universität Münster habe dies keine Konsequenzen, erklärte ein Sprecher. Man werde allerdings sondieren, ob die islamische Theologie auch in Zukunft das richtige Arbeitsgebiet für Kalisch sei. Unter Umständen könne der Lehrstuhl umgewandelt werden.

Kalisch selbst hat zu seinem Schritt bisher keine Stellung bezogen. Seit dem Streit um seine Muhammad-These lebt er zurückgezogen, die Universität teilt die Adresse seines Büros nicht mit.

Die Ausbildung der angehenden islamischen Religionslehrer an der Universität Münster hat mittlerweile der Islamwissenschaftler und Soziologe Mouhannad Khorchide übernommen. Der Favorit der Universität für die vom Land zusätzlich bewilligte Professur konnte vorerst allerdings nur als Gastprofessor engagiert werden (mehr).

### 2.4. Belgien: Parlament will Burka verbieten lassen

Als erstes Land in Europa will Belgien das Tragen des Ganzkörperschleiers verbieten. Das Verhüllungsverbot soll nach dem Votum des Innenausschusses des Parlaments für den gesamten öffentlichen Raum gelten. In öffentlichen Gebäuden, Bussen, Straßen und Parks soll die Burka nicht getragen werden dürfen. Ein Verstoß soll mit einem hohen Bußgeld oder mit einer Haftstrafe geahndet werden.

Die Zustimmung des Parlaments zu der Vorlage gilt als sicher. Die Regierungskrise in Belgien hat die Abstimmung vorerst verhindert. Das Gesetz sollte ursprünglich noch vor der Sommerpause in Kraft treten (mehr).

Der belgische Rat der Muslime erklärte in einer Stellungnahme, man befürchte, dass das Gesetz der Islamfeindlichkeit Vorschub leiste. Tatsächlich sei die Zahl der Burkaträgerinnen in Belgien verschwindend gering. In Belgien leben etwa 350.000 Muslime, das entspricht ca. 3% der Bevölkerung.

## **2.5. Nordrhein-Westfalen: Pro-NRW tritt bei Landtagswahlen an**

Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai tritt auch die Partei „Pro-NRW“ an, die vor einer Islamisierung Deutschlands warnt. Das Motto ihres Wahlkampfes lautet „Abendland in Christenhand“. Pro-NRW fordert unter anderem ein Minarettverbot und die Zurückdrängung des Einflusses muslimischer Verbände. Eines der Plakate und die Homepage der Kampagne zeigt das aus der Schweiz und Frankreich bekannte, mittlerweile traditionelle Motiv: eine von Minaretten durchbohrte Deutschlandfahne und eine Frau mit Burka (mehr).

## **3. Meinungsforschung**

Bewerber mit türkischem Namen haben schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Das ist das Ergebnis einer Studie der Universität Konstanz. „Im Durchschnitt kann ein Bewerber mit deutschem Namen mit einer um 14 Prozent höheren Wahrscheinlichkeit rechnen, eine positive Rückmeldung des Arbeitgebers zu erhalten als ein Student mit türkischem Namen und gleicher Qualifikation“, schreiben die Autoren der Studie, Leo Kaas und Christian Manger. Bei kleineren Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitern erhöhe sich der Vorteil eines deutschen Namens auf 24 Prozent. Liegt der Bewerbung ein Empfehlungsschreiben eines früheren Arbeitgebers bei, verschwinde der Nachteil des fremd klingenden Namens. Die Studie hatte 1000 fiktive Bewerbungen um Praktikumsplätze an 500 Arbeitgeber versandt und ihnen zufällig einen deutschen oder einen türkischen Bewerbernamen zugeordnet (mehr).

## **4. Veranstaltungen**

### **4.1. 2. Ökumenischer Kirchentag**

12.–16. Mai 2010, München (mehr).

### **4.2. „Sozialer Kitt“ – Was hält Gesellschaft zusammen?**

21.–24. Mai 2010, Evangelische Jugendbildungsstätte Nordwalde

22. Christlich-Islamische Tagung am Pfingstfest

Veranstalter: Bendorfer Forum für ökumenische Begegnung und interreligiösen Dialog, Deutsche Muslim-Liga, Evangelische Akademie Villigst

Referenten: Josef Freise, Sabine Schiffer, Hamed Abdel-Samad u.v.a. (mehr).

## **5. Literatur: Neuerscheinungen**

### **5.1. Bücher**

W. Schiffauer, Nach dem Islamismus. Eine Ethnographie der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs, Frankfurt a. M. 2010

H. Bobzin, Der Koran. Aus dem Arabischen neu übertragen, München 2010

R. Ceylan, Die Prediger des Islam. Imame – wer sie sind und was sie wirklich wollen, Freiburg 2010.

### **5.2. Aufsätze**

A. v. Scheliha, Zu den Perspektiven im Verhältnis von Christen und Muslimen in Europa, Zeitschrift für Evangelische Ethik 54, 2010, 131–137.

Hannover, den 26. April 2010



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 5, 2010

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Hannoversche Landeskirche beruft Muslime in Expertengremium

Rauf Ceylan, Professor für Religionswissenschaft und islamische Religionspädagogik an der Universität Osnabrück, und Wolf Achmed Aries, Lehrbeauftragter für Islam an den Universitäten Bielefeld und Kassel, sind von der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers in das Expertengremium „Kirche und Islam“ berufen worden. Hauptfunktion des Gremiums, das in unterschiedlichen Gestalten seit dem Jahr 1981 existiert, ist die Konzeption interreligiöser Projekte und die Beratung des landeskirchlichen Islambeauftragten. Mit der Berufung Ceylans und Aries' ist das Gremium erstmals interreligiös besetzt.

#### 1.2. Mohagheghi: Verbände haben kein Mandat

Zu Beginn der zweiten deutschen Islamkonferenz hat sich Hamideh Mohagheghi, neu berufenes Mitglied aus Hannover (s. Mitteilungen 4, 2010, S. 1), in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau kritisch über die Rolle der muslimischen Dachverbände geäußert. Die Absage des Zentralrates sei bedauerlich, gefährde aber den Erfolg der Konferenz nicht. „Die Verbände haben kein Mandat, für den Islam in Deutschland zu sprechen, denn sie repräsentieren das vielfältige Leben der Muslime nicht.“ Wichtiger sei die gute Zusammenarbeit in den Kommunen und auf Länderebene (mehr).

#### 1.3. Milli Görüş eröffnet Moschee in Laatzen

Am 6. Juni eröffnet der neu gegründete Ortsverein Laatzen der IGMG die Versammlungsräume in der Hildesheimer Straße 213. Auf einer Fläche von ca. 160 Quadratmetern sind nach dem Umbau der ehemaligen Gewerberäume unter anderem ein Büro, einige Mehrzweckräume und ein Gebetsraum entstanden. Bauherr ist der Vorsitzende der Laatzenener Ortsgruppe, Mehmet Öztürk aus Rethen.

### 2. Allgemeine Lage

#### 2.1. Deutsche Islam Konferenz geht in die zweite Runde

Die Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland und der Zentralrat der Marokkaner sind als neue islamische Verbände in die zweite Deutsche Islamkonferenz berufen worden. Das teilte das Bundesinnenministerium mit (mehr). Den Islamrat hatte der Bundesinnenminister von der Konferenz ausgeschlossen (s. Mitteilungen 3, 2010, S. 2). Der Zentralrat der Muslime hatte seine Teilnahme kurz vor dem ersten Treffen abgesagt.

Zur Begründung erklärte der Vorsitzende des Zentralrats, Ayyub Axel Köhler, die Islamkonferenz habe kein konkretes Ziel und sei nicht geeignet, die gesamtgesellschaftlichen Probleme zu lösen. Der Staat versuche, „sich über die Selbstorganisation der islamischen Religionsgemeinschaften hinwegzusetzen.“ Insbesondere sei Minister de Maizière nicht bereit gewesen, die „Anerkennung der islamischen Moscheegemeinden und ihrer legitimierten Dachverbände als Religionsgemeinschaft“ nach § 7,3 des Grundgesetzes voranzubringen. In der jetzigen Form sei die Islam-Konferenz lediglich „ein unverbindlicher Debattier-Club“ (mehr).

Das Bundesinnenministerium wies die Vorwürfe zurück. Man habe die Änderungswünsche trotz der Verweigerungshaltung des Zentralrats weithin berücksichtigt. Insbesondere habe man das Thema Islamfeindlichkeit zu einem integralen Bestandteil des Arbeitsprogramms gemacht (mehr).

#### 2.2. Bundesinnenminister kritisiert mangelndes Engagement der Kirchen

Bundesinnenminister de Maizière hat den Kirchen mangelndes Engagement im christlich-muslimischen Dialog vorgeworfen. Er könne es „nicht akzeptieren“, wenn die christlichen Kirchen unter Verweis auf die staatliche Islamkonferenz auf eigene Anstrengungen verzichteten, sagte de Maizière bei einer Veranstaltung des 2. Ökumenischen Kirchentages in München. Über das Verhalten der christlichen Kirchen bei dieser wichtigen Integrationsaufgabe sei er „ein bisschen traurig“. So bekomme er zum Beispiel regelmäßig Einladungen von Muslimen zum Fastenbrechen. Einen Bischof habe er dort noch nie gesehen (mehr).

#### 2.3. München: „Zentrum für Islam in Europa“ im Zwielficht

Vor einigen Wochen hat der Münchener Stadtrat beschlossen, das „Zentrum für Islam in Europa“ zu unterstützen (s. Mitteilungen 4, 2010, S. 2). Jetzt kommt ein Urteil des Verwaltungsgerichts München zu dem Schluss, dass eine Moschee des designierten Leiters des Zentrums, Imam Benjamin Idriz, mit Recht vom Verfassungsschutz observiert wird.

Im Mai 2009 hatte Idriz beim Bayerischen Verwaltungsgericht ein Eilverfahren angestrengt, das erwirken sollte, dass seine Moschee, die islamische Gemeinde Penzberg, aus dem bayerischen Verfassungsschutzbericht des Jahres 2008 gestrichen wird. Nun urteilt das Verwaltungsgericht, Idriz werde zu Recht im Bericht des Verfassungsschutzes erwähnt. Zwar werbe er offiziell für einen weltoffenen und toleranten Islam. In Wahrheit aber stehe er der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG) und den islamistischen Muslimbrüdern nahe, wie unter anderem Abhörprotokolle des Verfassungsschutzes zeigten (mehr).

In einer ersten Reaktion zeigte sich Idriz schockiert. Das Urteil sei ein „politisches Urteil“, das Gericht habe die Fakten ignoriert und teilweise wörtlich die unberechtigten Äußerungen des Verfassungsschutzes übernommen. Idriz' Rechtsanwalt wirft dem Verfassungsschutz vor, die Gemeinde zerstören zu wollen. „Die wissen seit 16 Jahren, dass die in Penzberg sich gegen Gewalt und gegen Intoleranz einsetzen. Innenminister Joachim Herrmann müsste ihnen eigentlich täglich Blumen schicken“, sagte er gegenüber Journalisten (mehr).

Münchens Oberbürgermeister Christian Ude will vorerst keine Konsequenzen aus dem Urteil des Verwaltungsgerichts ziehen. Was bisher bekannt sei, reiche nicht aus, um Herrn Idriz zu diskreditieren. Er habe in den abgehörten Telefonaten vielmehr ganz andere Auffassungen vorgebracht als sein Gesprächspartner von der IGMG. Darüber hinaus gebe es „Hinweise auf eine extrem kritische Einstellung des Landesamtes für Verfassungsschutz gegenüber Herrn Idriz“ (mehr).

#### **2.4. Frankreich beschließt Verbot der Burka**

Trotz verfassungsrechtlicher Bedenken hat das französische Parlament das Tragen des Ganzkörperschleiers verboten. Die Lage sei ernst, sagte Innenminister Brice Hortefeux. „Vor zehn Jahren waren es nur ein paar Dutzend, jetzt gibt es an die 1900 total verschleierte Frauen“. Die Würde der Frau, das Gebot der Gleichheit und Sicherheitserfordernisse machten das Verbot unumgänglich.

Nach Umfragen unterstützen 57 Prozent der Franzosen das Verbot, in der Öffentlichkeit „Kleidung zu tragen, die dazu dient, das Gesicht zu verhüllen“. Zuwiderhandlungen werden mit 150 Euro Geldstrafe geahndet. Wer eine Frau zum Tragen des Schleiers zwingt, muss mit einem Jahr Gefängnis und 15.000 Euro Geldstrafe rechnen.

Muslimische Verbände kritisierten, dass das Thema „Islam“ zunehmend von der Politik instrumentalisiert werde. Die überwältigende Mehrheit der Imame und der muslimischen Bevölkerung lehnten das Tragen der Burka ohnehin ab. Ein Verbot der Burka sei überflüssig. Es bringe den Islam noch mehr in Verruf und spiele den Rechtspopulisten in die Hände (mehr).

#### **2.5. Koch-Mehrin: Burka sollte in ganz Europa verboten werden**

Die Europaabgeordnete und Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Silvana Koch-Mehrin (FDP) hat ein Burka-Verbot in ganz Europa gefordert. „Ich wünsche mir, dass auch in Deutschland – und in ganz Europa – das Tragen aller Formen der Burka verboten wird“, schrieb sie in einem Gastbeitrag für die „Bild am Sonntag“. Die Burka sei ein massiver Angriff auf die Rechte der Frau und „ein aufdringliches Bekenntnis zu Werten, die wir in Europa nicht teilen“ (mehr). Das belgische Parlament hatte am 29. April als erstes europäisches Land ein Verbot der Vollverschleierung beschlossen (s. Mitteilungen 4, 2010, S. 2; mehr).

#### **2.6. EKD-Ratsvorsitzender offen für gemeinsame Gebete von Christen und Muslimen**

Der amtierende Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Nikolaus Schneider, ist offen für gemeinsame Gebete von Christen und Muslimen. Muslime und Christen könnten sich gemeinsam zu Gott ausrichten, sagte der rheinische Präses im „Forum am Freitag“ des ZDF. Allerdings dürften die Religionen nicht vermischt werden (mehr).

#### **2.7. Senegal: Human Rights Watch moniert Kindesmisshandlungen in Koranschulen**

Zehntausende Kinder werden in den Koranschulen Senegals misshandelt. Darauf hat die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch in einer umfangreichen Studie hingewiesen. Viele Schüler würden zum Betteln gezwungen, misshandelt und ausgebeutet, sie führten ein Leben als Sklave. „Ich musste Betteln gehen und dem Koranlehrer jeden Tag einen Dollar, Reis und Zucker geben. Er hat mich mit einem Elektrokabel geschlagen, wenn ich das nicht geschafft habe. Er hat mich auf den Rücken und in den Nacken geschlagen, so oft, dass ich es nicht mehr zählen konnte“, berichtete ein 11-jähriger Koranschüler aus Dakar.

Human Rights Watch fordert die senegalesischen Behörden auf, alle Koranschulen staatlich zu regulieren und entschlossen gegen misshandelnde Lehrer vorzugehen. Die Organisation der Islamischen Konferenz wird aufgefordert, das organisierte Betteln zu verurteilen, das im Widerspruch zur Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam steht (mehr).

### 3. Meinungsforschung

Das Meinungsforschungsinstitut „Info GmbH“ (Berlin/Antalya) hat in einer Studie die Wertewelten der Deutschen, Deutsch-Türken und Türken verglichen.

Gefragt wurde nach den Einstellungen gegenüber Deutschland, den allgemeinen Wertvorstellungen, dem Vertrauen gegenüber staatlichen Einrichtungen, dem Rollenverständnis in der Familie, Tabuthemen sowie Einstellungen zu bestimmten Personengruppen und Religionen. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Deutsch-Türken „fest zu ihren kulturellen und religiösen Wurzeln und den türkischen Wertewelten stehen und nicht bereit sind, grundsätzlich davon abzulassen.“ Eine Assimilation sei innerhalb der nächsten Generationen nicht zu erwarten, da die Familieneinbindung und die Kontakte ins ‚Mutterland‘ so stark und vielfältig seien, dass sich kulturelle und religiöse Überzeugungen und Wertestrukturen immer wieder reproduzieren. Eine „Integration“ der Deutsch-Türken könne nur gelingen, wenn damit nicht zugleich kulturelle „Assimilation“ gemeint sei (mehr).

### 4. Veranstaltungen

#### 4.1. Bunt, religiös, demokratiefähig?

Wie kann das Thema der religiösen Vielfalt in Bildungskontexten bearbeitet werden?

14.–16. Juni 2010, Evangelische Akademie Loccum

Veranstalter: Evangelische Akademie Loccum, Verband für interkulturelle Arbeit Bayern

Leitung: Lidwina Meyer, Katrin Kuhla

Referenten: Jörn Thielmann, Doron Kiesel, Hawa Engin, Martin Bauschke, Katja Boehme u.a. (mehr).

#### 4.2. Die Gülen-Bewegung im Kontext Europas

Ein Blick auf Nordrhein-Westfalen

7.–8. Juni, Universität Bochum

Veranstalter: Interkultureller Dialog e.V. u.a.

Referenten: Christoph Bultmann, Ina Wunn, Bülent Ucar, Bekim Agai, Klaus Otte u.a. (mehr).

### 5. Literatur

#### 5.1. Neuerscheinungen

A. Th. Khoury (Hg.), *Der Hadīth. Urkunde der islamischen Tradition. Ausgewählt und übersetzt von Adel Theodor Khoury. Band IV: Traumgesichte und Gleichnisse. Vorzüge besonderer Personen. Vorzüge der Propheten.* Jesus Christus, Gütersloh 2010

#### 5.2. Rezension

R. Ceylan, *Die Prediger des Islam. Imame – wer sie sind und was sie wirklich wollen*, Herder Verlag, Freiburg 2010, 191 S., ISBN 9-783451-302770, € 12,95.

Rauf Ceylan, seit 2009 Professor für Religionswissenschaft mit dem Schwerpunkt Islamische Religionspädagogik an der Universität Osnabrück, legt mit diesem Buch die Essenz seiner langjährigen Forschung in Moscheen und türkischen Kaffeehäusern vor (vgl. ders., *Ethnische Kolonien. Entstehung, Funktion und Wandel am Beispiel türkischer Moscheen und Cafes*, Wiesbaden 2006; *Islamische Religionspädagogik in Moscheen und Schulen*, Hamburg 2008).

Ausgangspunkt des Buches ist die Beobachtung: Die Imame sind Schlüsselfiguren für die Zukunft der Muslime in Deutschland. Ihr Einfluss in den Moscheen ist groß. Sie sitzen an den Schalthebeln der Integration der türkisch-muslimischen Gemeinschaft. Man sollte meinen, dass die Imame wichtige Gesprächspartner der Mehrheitsgesellschaft sind. Doch das Gegenteil ist der Fall. Die Imame wirken innerhalb der muslimischen Gemeinschaften. Außerhalb weiß man von ihnen fast nichts.

Wer sind die Imame, die in großer Zahl unter uns leben? (Ceylan schätzt ihre Zahl auf etwa 2.000). Wie sind hierher gekommen? Wie lange werden sie bleiben? Wovon leben sie? Was denken sie über den Islam? Was über andere Religionen? Was lehren sie in der Koranschule? Wie halten sie es mit der Demokratie und dem Grundgesetz? Das sind die Leitfragen, auf die Ceylan in unzähligen Gesprächen und vierzig Tiefeninterviews Antworten gesucht hat. Die Essenz der Antworten dokumentiert er in diesem Buch, oft mit Originaltönen, so dass der Leser einen unverzerrten Einblick in die Lebens- und Gedankenwelt der Imame erhält.

Nach einer Einführung in die typischen Funktionen eines Imam (20–43) und die wichtigsten türkisch-islamischen Organisationen (44–50) unterscheidet Ceylan vier Typen von Imamen:

Typ 1 (51–78): Der traditionell-konservative Imam, die größte Gruppe der Imame (ca. 75%). Typisch für diese Gruppe: „Sie sind der dogmatischen und liturgischen Tradition verbunden. Autoritätsgläubigkeit, Gehorsam, Gottesfurcht bei religiöser Toleranz und Patriotismus sind wichtige Werte, die sie vertreten“ (51).

Typ 2 (79–109): Der traditionell-defensive Imam, eine kleine Minderheit. Ihr Weltbild ist „ein Konglomerat u.a. aus türkischem Nationalismus, apokalyptischem Weltbild, dem Glauben an eine Geheimlehre, Okkultismus und praktiziertem Exorzismus“. Geister und Dämonen beherrschen das Leben der Menschen, die Kenntnis magischer Formeln ist wichtig, akademische Bildung wird abgelehnt (79).

Typ 3 (110–141): Der intellektuell-offensive Imam, eine größere Minderheit (ca. 15%). Der Typ zeichnet sich aus durch „einen intellektuellen, rationalen Zugang zum Islam und durch eine offensiv-kritische Auseinandersetzung mit der islamischen Tradition“. Charakteristisch ist ein „modernes Rollen- und Religionsverständnis“ und eine „offene Einstellung zur nichtmuslimischen Mehrheitsgesellschaft. Die türkische Nationalität spielt ... keine Rolle“ (110).

Typ 4 (142–172): Der neo-salafitische Imam, eine kleine Minderheit. Dieser Typ ist radikal. Er hat mit den traditionellen Moscheen gebrochen, will zurück zu einem imaginierten Ur-Islam (zu den *Salafiyya*, arabisch: Vorfahren) und träumt vom kriegerischen *Dschihad*. Die anderen „Muslime“ sind für ihn keine Muslime, die Demokratie ist eine gottlose Staatsform, politische Partizipation ist dem Muslim verboten.

Das Buch endet mit einem energischen Plädoyer für eine vollwertige Imamausbildung an deutschen Universitäten, wie sie in Osnabrück geplant und in ersten Ansätzen bereits erprobt wird (173–189). Imam-Importe sollte es in Zukunft nicht mehr geben. Nur Imame, die in Deutschland leben und in Deutschland sozialisiert sind, sind in der Lage, den Herausforderungen der Moscheegemeinden zu begegnen. Mit ihnen gemeinsam gilt es, den religiösen Extremismus zu bekämpfen. „Erst wenn wir hierzulande ausbilden, können wichtige Köpfe ... heranwachsen. Erst dann können sich progressive Imame bei Diskussionen um den Islam zu Wort melden. Diese könnten auch die Re-Interpretation der islamischen Quellen nach seriösen wissenschaftlichen Standards und Bedingungen forcieren. Nicht ohne Grund sind die extremistischen Kräfte unter den Muslimen gegen eine Imam-Ausbildung in Deutschland. Umso mehr müssen wir uns deshalb dafür einsetzen. Dies wäre eine Win-Win-Situation sowohl für die nichtmuslimische Mehrheitsgesellschaft als auch für die muslimische Minderheit“ (189).

Rauf Ceylans Studie ist ein gelungenes Portrait der in Deutschland arbeitenden Imame. Das Buch eignet sich zugleich vorzüglich als Einführung in die Realität des muslimisch-religiösen Lebens und Denkens in Deutschland. Es sei allen, die sich für das christlich-muslimische Verhältnis interessieren, wärmstens ans Herz gelegt.

Wolfgang Reinbold

Hannover, den 25. Mai 2010

# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 6, 2010

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Kriminologische Studie: Muslimische Jugendliche sind gewaltbereiter

Nach einer Studie des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen (hier) sind religiöse muslimische Jugendliche gewaltbereiter als religiöse Jugendliche aus christlichen Familien. Der Leiter der Studie, Niedersachsens ehemaliger Justizminister Christian Pfeiffer, sagte, mit zunehmender muslimischer Religiosität wachse die Gewaltbereitschaft der Jugendlichen, während sie mit zunehmender christlicher Religiosität sinke. Das gehe aus der Befragung von mehr als 45.000 Jugendlichen in den Jahren 2007 und 2008 zweifelsfrei hervor. Der in Deutschland gelehrte Islam fördere offenbar eine Machokultur (mehr).

Hauptursache dafür ist nach Pfeiffers Einschätzung die Art und Weise der Vermittlung des Islams, wie sie der Osnabrücker Sozialwissenschaftler Rauf Ceylan in seinem jüngsten Buch beschrieben hat (Rezension hier). Die meisten Imame verbringen danach nur eine kurze Zeit in Deutschland, sie sprechen kaum Deutsch und sind nicht in der Lage, eine positive Beziehung zur deutschen Kultur aufzubauen. „Diese Männer kommen vielfach aus einer Machokultur, und sie erziehen die jungen Muslime entsprechend“, sagte Pfeiffer dem newsletter. Besonders erschreckend sei die Tatsache, dass sich nur 14,5 Prozent der sehr religiösen türkischstämmigen Jugendlichen als Deutsche fühlen, obwohl 88,5 Prozent von ihnen in Deutschland geboren sind. Die deutsche Gesellschaft könne das nicht länger hinnehmen.

Der in der Studie zitierte Rauf Ceylan warnte unterdessen davor, die Verantwortung für die teils alarmierenden Ergebnisse allein den Imamen und den muslimischen Jugendlichen aufzubürden. Viele Faktoren seien zu berücksichtigen. Nicht zuletzt habe auch die deutsche Mehrheitsgesellschaft zu dieser Entwicklung beigetragen. „Selbst Jugendliche in der dritten Generation werden noch als Ausländer wahrgenommen. Wer seinen muslimischen Glauben lebt, muss an vielen Stellen damit rechnen, dass er nicht mehr dazugehört. Das aber fördert den Rückzug in die eigene Gruppe, in Religion oder Nationalismus – mit den Männlichkeitsvorstellungen, die damit verbunden sind“, sagte er der Süddeutschen Zeitung (mehr).

#### 1.2. Reaktionen auf kriminologische Studie

Der Zentralrat der Muslime kritisierte das Erklärungsmodell der Studie. Die These, die Imame seien schuld an der Misere, sei aus der Luft gegriffen. Zwar sei nicht zu bestreiten, „dass eine Macho-Kultur mit frauenfeindlichen Elementen und einem speziellen Ehrenkodex auch unter muslimischen Jugendlichen vorhanden ist.“ Daran sei aber nicht der Islam schuld. Im Gegenteil, viele der Jugendlichen, die sich selbst als „religiös“ bezeichneten, hätten mit den Glaubensgemeinden gar nichts zu tun. Tatsächlich sei es so: „Je mehr man sich mit der Religion wirklich beschäftigt, desto stärker gibt es Veranlassung, der Gewalt abzuschwören“ (mehr).

Nach Auffassung der islamischen Gemeinschaft Milli Görüş stellt die Studie „Zusammenhänge her, die es so nicht gibt und zieht Schlüsse, denen jegliche Relevanz fehlt“. Der Studie fehle jegliche Aussagekraft. Sie verdanke sich offenbar politischen Interessen. „Es ist das Bundesinnenministerium, das die Fragestellungen formuliert hat. Wer den Verlauf und die Ergebnisse der ersten Islam-Konferenz verfolgt hat, den dürften diese Ergebnisse nicht verwundern. Die Studie führt geradewegs zu den Ergebnissen, die das Bundesinnenministerium schon in der ersten Phase der Konferenz immer wieder als Annahmen formuliert hat“ (mehr).

Der Präsident des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hermann Barth, warnte vor verkürzten Schlussfolgerungen. Kurzformeln, wie sie jetzt durch die Medien geisterten, stünden in der Gefahr, Misstrauen gegen alles Muslimische sowie pauschale Verdächtigungen zu verstärken, sagte Barth dem Evangelischen Pressedienst. Zugleich empfahl er, beunruhigende Ergebnisse nicht zu verdrängen. Die Tatsache, dass evangelische und katholische Jugendliche bei steigender Religiosität weniger Gewalttaten begehen, wertete Barth als Ermutigung für alle, die in christlicher Erziehung und Jugendarbeit tätig sind.

Der Bischof der Evangelischen Kirche von Berlin und Brandenburg, Markus Dröge, erklärte in einem Beitrag für die Berliner Zeitung, mehr religiöse Bildung für junge Muslime sei die angemessene Antwort auf die Ergebnisse der Studie. Der von einigen gezogene Schluss, der Islam sei eine gewalttätige Religion, sei ein Kurzschluss. Zwar habe sich ein Großteil der befragten muslimischen Jugendlichen als „religiös“ bezeichnet. Tatsächlich jedoch habe der Islam bei den meisten wenig Einfluss auf den Alltag. „Die religiöse Erziehung für muslimische Kinder muss verbessert werden, durch einen verfassungskonformen islamischen Religionsunterricht an Schulen zum Beispiel“ (mehr).

### 1.3. Osnabrück: Studiengang für Imame stößt auf große Resonanz

Im Wintersemester beginnt das Weiterbildungsprogramm für Imame an der Universität Osnabrück. Zu einer Informationsveranstaltung für künftige Studenten kamen Anfang Juni mehr als 100 Interessenten aus ganz Deutschland, darunter viele Frauen. Bülent Ucar, Professor für Islamische Religionspädagogik, zeigte sich erfreut über die große Resonanz. Er wies darauf hin, dass die Weiterbildung auch Predigerinnen, Lehrerinnen und Seelsorgerinnen in den Moscheegemeinden offen stehe. Das zweisemestrige Programm ist ein erster Schritt hin zu einem Master-Studiengang „Islamische Theologie“. Ucar sagte, die Einrichtung eines Instituts für Islamische Theologie sei bereits im Jahr 2012 möglich.

Der Vorsitzende des muslimischen Dachverbandes „Schura“ Niedersachsen, Avni Altiner, begrüßte den neuen Studiengang. Die Muslime hätten in Deutschland eine neue Heimat gefunden. Die Ausbildung von Imamen und Religionslehrern in deutscher Sprache sei ein wichtiger Schritt hin zu einem deutschen Islam, der in naher Zukunft auch mit einem Staatsvertrag als Religionsgemeinschaft anerkannt werden sollte. Er erwarte, dass es spätestens 2014 zu einem solchen Vertrag kommen werde, sagte Altiner.

## 2. Allgemeine Lage

### 2.1. Köln/Duisburg: Liberal-Islamischer Bund e.V. gegründet

In Köln hat sich der Verein „Liberal-Islamischer Bund e.V.“ gegründet. Die Gründungsversammlung wählte die Islamwissenschaftlerin und Lehrerin Lamyä Kador zur ersten Vorsitzenden.

Der Liberal-Islamische Bund ist der Überzeugung, dass die bekannten muslimischen Verbände nur einen kleinen Teil der deutschen Muslime repräsentieren. Die Mehrheit fühle „sich mit ihrer liberalen Auffassung des Islams in den bisherigen Debatten und politischen Prozessen in Deutschland nicht angemessen vertreten“. Dieser Mehrheit möchte der Liberal-Islamische Bund eine Stimme geben.

Der Verein bekennt sich zur deutschen Verfassung und zur pluralistischen Gesellschaft. Er tritt insbesondere ein für eine „dogmafreie Auslegung“ des Korans unter Einbeziehung historischer und sozialer Kontexte, für eine „umfassende Geschlechtergerechtigkeit“ und deren pädagogische Umsetzung sowie für die Einführung des islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache an öffentlichen Schulen (mehr).

Der Vorsitzende des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Klaus J. Bade, begrüßte die Gründung des Vereins. „Ich gehe davon aus, dass sich die immer wieder eingeforderte Säkularisierung des Islam in den Köpfen der meisten einzelnen Muslime schon längst vollzogen hat. Die Gründung des Vereins ist eine Antwort auf diese Entwicklung“, sagte er der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (mehr).

### 2.2. Berlin: Islamisches Mittagsgebet unzulässig

Im Verfahren um die Genehmigung des Mittagsgebets am Diesterweg-Gymnasium in Berlin-Wedding hat das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg das Urteil der Vorinstanz korrigiert. Ein islamisches Mittagsgebet in der Schule sei nicht zulässig, urteilte das Gericht. Die Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht wurde zugelassen.

In der Urteilsbegründung verwies das Gericht darauf, dass die Schule die friedliche Koexistenz der unterschiedlichen religiösen Überzeugungen nur gewährleisten könne, wenn sie selbst in Glaubensfragen Neutralität bewahre. Darüber hinaus gebe es auch für strenggläubige Muslime genügend plausible Gründe für die Zusammenlegung ritueller Gebete (mehr).

Die Pressesprecherin der evangelischen Landeskirche kritisierte das Urteil. Die Schule sei zwar zur Neutralität verpflichtet, aber kein religionsfreier Raum. Auch Schüler hätten das grundgesetzlich verankerte Recht auf Religionsausübung (mehr).

### 2.3. Saudi-Arabien: Rat der Religionsgelehrten verurteilt Terrorismus

Der Oberste Rat der Religionsgelehrten in Saudi-Arabien hat ein Rechtsgutachten gegen den „islamischen“ Terrorismus veröffentlicht. Unter der Leitung des Muftis des islamischen Königreichs kam der Rat nach dreitägiger Diskussion einmütig zu der Überzeugung, dass nicht nur derjenige kriminell handelt, der einen Terroranschlag verübt, sondern auch jeder Muslim, der Terrorgruppen „finanziell oder moralisch unterstützt“. Wer im Namen des Islam Gutes tun wolle, solle für die Armen spenden oder Schulen und Krankenhäuser bauen, heißt es in der Fatwa. Bislang hatte es Saudi-Arabien geduldet, dass zweifelhafte „Wohltätigkeitsorganisationen“ vor den Moscheen Geld sammeln, das teilweise zur Finanzierung von Terroranschlägen benutzt wurde. Damit soll jetzt Schluss sein (mehr).

Nach Einschätzung von Terrorismusexperten könnte die Fatwa dazu führen, dass Al-Qaida und andere Terrorgruppen ihre finanzielle Basis verlieren. Bei einer Tagung des niedersächsischen Verfassungsschutzes sagte ein Vertreter des Bundeskriminalamtes, er rechne damit, dass Al-Qaida in diesem Jahr von der Bildfläche verschwinden werde.

## 2.4. Holland: PVV drittstärkste Partei

Bei der Wahl zum niederländischen Parlament hat jeder sechste Holländer für Geert Wilders' „Partei für die Freiheit“ (PVV) gestimmt. Mit 24 von 150 Sitzen ist die offen anti-islamische PVV nach der rechtsliberalen VVD (31 Sitze) und den Sozialdemokraten (30 Sitze) zur drittstärksten Kraft im Parlament gewählt worden.

Wilders ist unter anderem bekannt geworden durch den im Internet verbreiteten Film „Fitna“, in dem er Bilder der Terroranschläge von New York, Madrid und London mit aggressiven Reden muslimischer Politiker und Koranzitaten kombiniert. Der Islam ist für ihn eine Religion des Terrors, die auf einer Stufe mit dem Nationalsozialismus steht.

„Mehr Sicherheit, weniger Kriminalität, weniger Einwanderung, weniger Islam – das ist es, was die Niederlande gewählt haben“, verkündete Wilders nach dem Erfolg seiner Partei und forderte eine Beteiligung an der Regierung. Allerdings hat die PVV nur ein einziges Mitglied: Wilders selbst (mehr).

Die rechtspopulistische und anti-islamische Partei Pro-NRW, die bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen nur 1,4% der Stimmen gewonnen hatte (mehr), gratulierte den holländischen Wählern für ihren „Mut an der Wahlurne“.

## 3. Meinungsforschung

Das erste „Jahresgutachten des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration“ ist publiziert worden. Für das Gutachten wurden 5.600 Personen telefonisch befragt. Wichtige Ergebnisse:

- Zu- und Abwanderung halten sich annähernd die Waage. Deutschland ist ein „Migrationsland in der statistischen Mitte zwischen Ein- und Auswanderungsland.“
- Deutschland wird heterogener. Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wird steigen, auch ohne weitere Einwanderung.
- Im internationalen Vergleich ist Integration in Deutschland zufriedenstellend bis gut gelungen.
- Verteilungskonflikte um Arbeit, Einkommen, öffentlichen Raum und sozialen Status haben heute oft eine ethnische Komponente, das soziale Spannungspotenzial wächst.
- Für den sozialen Frieden konstitutiv ist ein Verständnis von „Integration“ als chancengleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Menschen mit Migrationshintergrund brauchen Förderung. In Zukunft sollte das Förderkriterium „Migrationshintergrund“ hinter milieuspezifischen Kriterien zurücktreten.
- Eine der wesentlichen Aufgaben ist die Bildung. Jugendliche mit Migrationshintergrund brauchen gleiche Bildungschancen.
- Der Reformdruck auf die Sozialsysteme wird steigen, Legitimationsprobleme sind die Folge.
- Deutschland braucht eine aktive Zuwanderungspolitik, die Bedingungen für das Bleiben qualifizierter Migranten müssen verbessert werden.
- Das Auseinanderfallen von Wohnbevölkerung und Wahlbevölkerung ist eine Gefahr. Es ist im deutschen Interesse, eingewanderte Ausländer für die deutsche Staatsangehörigkeit zu gewinnen.
- Das Optionsmodell in der Frage der Staatsangehörigkeit sollte ersetzt werden durch eine fünfjährige Übergangslösung, die den Betroffenen auf Antrag die doppelte Staatsangehörigkeit gewährt. In diesem Zeitraum sollte ein tragfähiges Staatsangehörigkeitsrecht entwickelt werden.
- Deutschland braucht eine humane europäische Flüchtlingspolitik (mehr).

## 4. Veranstaltungen

### Quo vadis, Dialog?

Stand und Entwicklungen im Gespräch zwischen Judentum, Islam und Christentum

2.–3. Juli 2010, Evangelische Akademie Baden, Bad Herrenalb

Leitung: Georg Lämmlein, Gerhard Liedke

Referenten: Eva Maria Hinterhuber, Rivka Hollaender, Detlef Görrig, Ali Nihat Koc (mehr).

## 5. Literatur: Neuerscheinungen

P. Klug, Feindbild Islam? Der Diskurs über Muslime in Bundestagsdebatten vor und nach dem 11. September, Marburg 2010

H. Mohagheghi/D. Steinwede, Was der Koran uns sagt. Für Kinder in einfacher Sprache, München 2010 (Rezension hier).

Hannover, den 22. Juni 2010

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 7, 2010

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Frankfurter Islamprofessor plädiert für neue Sicht auf den Koran

Beim Johannisempfang des Sprengels Hannover der Evangelisch-lutherischen Landeskirche hat der Frankfurter islamische Theologe Ömer Özsoy für eine neue Sicht auf den Koran geworben. Der europäische Kontext begünstige und erzwingen ein neues Denken von Muslimen, sagte Özsoy. Die von ihm und der sogenannten „Ankaraner Schule“ vertretene neue Koranhermeneutik sei „mit dem Hervortreten eines neuen islamischen Denkens verbunden“.

Zugleich warnte Özsoy vor falschen Erwartungen. Die Mehrheitsgesellschaft tendiere zuweilen dazu, den Muslimen das Ergebnis der zu führenden Diskussion zu diktieren. Manche erwarteten von ihr die Lösung drängender sozialer Fragen. Damit aber überfordere man die deutsche muslimische Gemeinschaft. „Weltanschauliche Wandlungsprozesse in den Einstellungen und Überzeugungen der breiten Bevölkerung bedürfen einer langen Zeit von Jahrzehnten“, betonte Özsoy. Die Aufgabe sei eine Mammutaufgabe. „Muslime brauchen einen gesellschaftlichen und akademischen Raum für eine ausgiebige innerislamische Diskussion, um die Herausforderung anzunehmen und selbstbewusst und auch selbstkritisch ihre Theologie und Koranhermeneutik entwickeln und etablieren zu können“ (mehr).

Die hannoversche Landessuperintendentin Ingrid Spieckermann begrüßt die Etablierung des Faches „Islamische Theologie“ an deutschen Universitäten. Sie unterstütze die Empfehlung des Wissenschaftsrates, der Anfang des Jahres empfohlen hatte, an zwei oder drei Universitäten Institute für Islamische Theologie einzurichten, sagte Spieckermann vor 150 Gästen aus Politik, Kirche und Gesellschaft. Damit werde ein Gespräch zwischen Christen und Muslimen auf Augenhöhe möglich.

#### 1.2. Stadt Hannover lässt Bestattung im Leinentuch zu

Auch in Hannover dürfen Muslime jetzt in einem Leinentuch bestattet werden, wie es der Tradition entspricht. Bislang war auch im muslimischen Gräberfeld auf dem Stöckener Stadtfriedhof nur die Bestattung im Sarg erlaubt. Möglich wurde die neue Regelung durch die Aufhebung des Sargzwangs im niedersächsischen Bestattungsrecht im Jahr 2006.

„Wir möchten, dass alle Einwohner Hannovers ihre Religion ausüben können“, sagte Oberbürgermeister Stephan Weil bei der Vorstellung der neuen Regelung. Avni Altiner, Vorsitzender der Schura Niedersachsen, begrüßte die Änderung der Bestimmungen. „Es ist ein Bekenntnis für Deutschland, wenn sich gläubige Muslime dort bestatten lassen, wo ihre Familien leben“, sagte Altiner. Bislang würden die meisten verstorbenen Muslime in ihre einstigen Heimatländer überführt.

#### 1.3. Antisemitischer Vorfall in Hannover

Bei einem Stadtteilstückfest in Hannover ist eine Tanzgruppe der Liberalen Jüdischen Gemeinde mit Steinen beworfen und beschimpft worden. Kinder und Jugendliche vor allem arabischer Abstammung hätten antisemitische Parolen wie „Juden raus!“ gerufen, berichteten Augenzeugen. Eine Tänzerin wurde am Bein getroffen und erlitt eine Prellung. Die Tanzgruppe brach den Auftritt ab, das Kulturfest wurde nach einer Pause fortgesetzt, die Polizei nicht verständigt.

Die Stadt Hannover, die Politik und die Religionsgemeinschaften reagierten auf den Vorfall mit Empörung. Oberbürgermeister Stephan Weil kündigte eine gründliche Aufarbeitung und Schulprojekte gegen antisemitische Tendenzen an (mehr). Der Rat der Religionen in Hannover forderte alle Bürger auf, sich gegen jede Form von Antisemitismus und Rassismus einzusetzen. Die nicht unumstrittene Politik des Staates Israel dürfe nicht dazu missbraucht werden, den Frieden unter den Religionsgemeinschaften zu zerstören (mehr). Ähnlich äußerten sich der amtierende Bischof und der Islambeauftragte der Evangelischen Landeskirche (mehr; mehr).

Der Osnabrücker islamische Religionspädagoge Bülent Ucar forderte unterdessen eine stärkere muslimisch-jüdische Zusammenarbeit in Deutschland. Es müsse nach dem Vorbild christlich-jüdischer und christlich-muslimischer Vereine auch muslimisch-jüdische Kooperationen geben, sagte er dem Evangelischen Pressedienst. Moscheen- und Synagogengemeinden müssten viel mehr zusammenarbeiten, auch ein theologischer Diskurs zwischen Judentum und Islam sei überfällig (epd 76/2010).

#### 1.4. Zahl der Schulen mit islamischem Religionsunterricht steigt auf 42

Sieben weitere Schulen in Niedersachsen haben mit dem neuen Schuljahr den islamischen Religionsunterricht eingeführt. Vier Schulen bei Braunschweig, eine Schule in Hannover und zwei Schulen in Georgsmarienhütte hätten sich dem Schulversuch des Landes angeschlossen, teilte das Kultusministerium mit.

### **1.5. Kulturpreis der Hannoverschen Landeskirche für Moschee.DE**

Der mit 10.000 Euro dotierte Kulturpreis der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers geht zur Hälfte an das im Februar 2010 am Schauspielhaus Hannover uraufgeführte Theaterstück „Moschee.DE“.

Das Theaterstück ist eine szenische Rekonstruktion der Streitigkeiten im Umfeld eines Moscheebaues in Berlin-Heinersdorf. Autoren sind der Schriftsteller und Journalist Kolja Mensing und der Filmregisseur Robert Thalheim, der für die Uraufführung in Hannover auch Regie führte. „Moschee DE“ webe die komplexen Fragen von eigenen Überzeugungen, biographischen und kulturellen Unterschieden virtuos in eine Collage, die den Zuschauer dazu herausfordere, sich mit den eigenen Glaubensgrundsätzen auseinanderzusetzen und Position zu beziehen, so die Begründung der Jury. Moschee.DE sei Provokation und konstruktive Herausforderung zugleich. Das Theaterstück fordere Muslime und Nichtmuslime auf, tragfähige Glaubenspositionen im Miteinander zu finden (mehr).

### **1.6. „Islamschule“ in Braunschweig plant Umzug nach Mönchengladbach**

Die vom niedersächsischen Verfassungsschutz beobachtete „Islamschule“ in Braunschweig plant den Umzug nach Mönchengladbach. Man habe im Juni einen Kaufvertrag unterzeichnet, teilte der für seine salafistischen Anschauungen bekannte Leiter der Schule, Mohammed Ciftci, auf der Internetseite des Vereins mit. Ein bereits als Moschee genutztes Gebäude in Mönchengladbach solle für die Zwecke der Islamschule umgebaut werden.

Die Stadt Mönchengladbach wurde von den Umzugsplänen überrascht. Man habe erst durch den niedersächsischen Verfassungsschutz (hier) vom bevorstehenden Umzug des Vereins „Einladung zum Paradies“ erfahren, teilte die Pressestelle mit. Daraufhin seien die Umbau- und Erweiterungsarbeiten des Hauses noch einmal überprüft worden. Mittlerweile habe die Bauordnungsbehörde festgestellt, dass genehmigungspflichtige Änderungen ohne Anträge bei der zuständigen Behörde ausgeführt worden seien, erklärte die Stadt. Die Anträge müssten nachgereicht werden. Danach werde zu prüfen sein, ob eine Genehmigung erteilt werden könne (mehr).

### **1.7. Delmenhorst: Moschee und Kirche laden gemeinsam zum Fastenbrechen ein**

Christen und Muslime haben in Delmenhorst gemeinsam zum ersten Fastenbrechen im islamischen Fastenmonat Ramadan eingeladen. Am feierlichen „Iftar“ der Mevlana-Moschee und der evangelischen Kirchengemeinde „Zu den 12 Aposteln“ nahmen unter anderen Bischof Jan Janssen, Oberbürgermeister Patrick de La Lanne und prominente Landespolitiker teil, unter ihnen Landwirtschaftsministerin Astrid Grotelüschen und die Fraktionsvorsitzenden. Die Schirmherrschaft für das Fastenbrechen hatte die CDU-Landtagsabgeordnete Swantje Hartmann übernommen.

In seinem Grußwort lobte Bischof Janssen das Verhältnis zwischen Muslimen und Christen in Delmenhorst als Erfolgsmodell. Der Dialog zwischen den Religionen brauche weder Schlagzeilen noch großspurige Forderungen – aber auch keine „flotten Sprüche religiöser Gleichmacherei“ (mehr). Die niedersächsische Sozialministerin Aygül Özkan hatte ihre Teilnahme kurzfristig abgesagt. Verpflichtungen in ihrer Funktion als Vorsitzende der Gesundheitsministerkonferenz seien dazwischen gekommen, erklärte das Ministerium. In den Medien wurde darüber spekuliert, dass Özkans Absage auch mit der der Moschee nachgesagten Nähe zu Milli Görüş zu tun haben könnte.

## **2. Allgemeine Lage**

### **2.1. VIKZ-Schülerheime: Studie sieht keine Anzeichen für Abschottung**

Die neunzehn Schülerheime des Verbandes der Islamischen Kulturzentren haben einen zweifelhaften Ruf. Ein vom hessischen Sozialministerium im Jahr 2004 in Auftrag gegebenes Gutachten kam zu dem viel zitierten Schluss, sie verhinderten die Integration der muslimischen Schülerinnen und Schüler.

Nun hat der VIKZ erste Ergebnisse einer von ihm in Auftrag gegebenen Studie der Essener Sozialwissenschaftlerin Ursula Boos-Nünning veröffentlicht. Sie sieht keine Anzeichen für eine Abschottung der Wohnheime. Für die Jugendlichen und ihre Eltern sei die schulische Bildung in der Regel wichtiger als die religiöse Erziehung. Ein elitäres Selbstverständnis sei nicht festzustellen. Eine Strategie der Abschottung gebe es nicht. Zwar hätten die Schüler in der Tat kaum Freizeitkontakte zu einheimisch deutschen Jugendlichen. Das aber sei „keine spezifische Konstellation in Wohnheimen von islamischen Verbänden“, sondern ein allgemein zu beklagendes Phänomen (mehr).

### **2.2. Bundesinnenminister verbietet „Internationale Humanitäre Hilfsorganisation“ (IHH)**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat die „Internationale Humanitäre Hilfsorganisation“ mit Sitz in Frankfurt am Main wegen Unterstützung der Hamas verboten. Die IHH habe „unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe“ Zuwendungen an sogenannte „Sozialvereine“ der Hamas in

Millionenhöhe geleistet, teilte das Bundesinnenministerium mit. Anders als der Titel der Organisation suggeriere, unterstützten diese Zahlungen in Wahrheit „die Terrororganisation Hamas als Ganzes“. Eine Organisation, die sich unmittelbar oder mittelbar von deutschem Boden aus gegen das Existenzrecht des Staates Israel richte, habe sein Recht auf Vereinigungsfreiheit verwirkt (mehr).

Die von Milli Görüş-Funktionären geleitete IHH soll insgesamt 6,6 Millionen Euro an die Hamas oder ihre nahe stehende Organisationen transferiert haben. Der Verfassungsschutz geht davon aus, dass das Geld in deutschen Milli Görüş-Moscheen gesammelt wurde. Über 3 Millionen Euro seien der IHH aus einer Opfertierkampagne zur Verfügung gestellt worden (mehr).

Der ehemalige Vorsitzende der IHH, der Hamburger Arzt Mustafa Yoldaş, äußerte sich schockiert über das Verbot. In einer Pressemitteilung der Schura Hamburg erklärte er, die IHH habe mit Hamas nie etwas zu tun gehabt. Natürlich habe man für die Hilfsaktionen „den Segen der demokratisch gewählten Hamas-Regierung in Gaza einholen“ müssen. Aber das müsse jeder tun, der „heute in Gaza etwas auf die Beine stellen will“. Nach der Logik des Bundesinnenministers müsse man danach auch das Rote Kreuz oder die UNO verbieten (mehr).

Scharf verurteilte Milli Görüş-Generalsekretär Üçüncü das Verbot der IHH. „Der Bundesinnenminister tritt mit diesem willkürlichen Verbot den Rechtsstaat mit Füßen“. Die IHH habe sich weltweit für die humanitäre Sache hervorgetan. Der Versuch, sie als Hamas-Spendenverein zu diffamieren, zeige „die bewusste Verfälschung von Tatsachen“. Offenbar komme de Maizière „einer israelischen Forderung nach“ (mehr).

### **2.3. Hamburg verbietet Taiba-Moschee**

Die Hamburger Innenbehörde hat den Arabisch-Deutschen Kulturverein „Taiba“ verboten und die ehemalige Al-Quds-Moschee am Steindamm geschlossen. Gleichzeitig wurden die Vereinsräume und die Wohnungen von führenden Mitgliedern durchsucht und das Vereinsvermögen beschlagnahmt. Die Moschee habe junge Männer zu religiösen Fanatikern herangezüchtet, erklärte Innensenator Christoph Ahlhaus. Der Verein habe „kontinuierlich über die letzten Jahre bis heute eine jihadistische, aggressive und demokratiefeindliche Ideologie und Religionsauffassung verbreitet“ (mehr). Der Landesverband der Muslime in Hamburg hatte sich seit längerem von der Moschee distanziert (mehr).

### **2.4. Frankreich verbietet Gesichtverschleierung – Europarat mahnt zur Besonnenheit**

Die französische Nationalversammlung hat ein Verschleierungsverbot verabschiedet. Mit einer Mehrheit von 336 zu 1 Stimmen votierten die Abgeordneten dafür, jede Art der Vermummung zu verbieten, sei es durch eine Burka oder einen Nikab, sei es durch Gesichtsmasken bei Demonstrationen. Im September wird der Senat über das Gesetz abstimmen. Es soll im kommenden Jahr in Kraft treten. Vom Verbot ausgenommen sind Motorradhelme, Gesichtsmasken von Polizeibeamten und Verkleidungen im Karneval. Männern, die ihre Frauen zum Tragen von Schleiern zwingen, droht ein Jahr Haft und eine Geldstrafe von 30.000 Euro (mehr).

Auch Spanien hat ein Burka-Verbot auf den Weg gebracht. Mit hauchdünner Mehrheit stimmte der Senat für einen entsprechenden Antrag der oppositionellen Volkspartei. Die Regierung von Ministerpräsident Zapatero muss nun ein entsprechendes Gesetz ausarbeiten.

Der Europarat hat sich unterdessen gegen ein umfassendes Verbot von Ganzkörperschleiern ausgesprochen. Die Mitgliedsländer müssten das Recht der Frauen schützen, sich für oder gegen den Schleier zu entscheiden. Einschränkungen dieser Freiheit müssten sorgfältig begründet werden (mehr).

### **2.5. Syrien verbietet Schleier an Universitäten**

Auch Syrien geht gegen die Verschleierung vor. Die Universitäten des Landes wurden angewiesen, Frauen mit Nikab nicht mehr aufzunehmen. Die Vollverschleierung der Frauen widerspreche den akademischen Werten und der Tradition des Landes, erklärte ein Regierungssprecher (mehr).

## **3. Literatur: Neuerscheinungen**

Zeitschrift „Pastoraltheologie“ 2010/6 (Göttingen): Im Gespräch mit Muslimen, darin u.a.:

W. Reinbold, Zur Begegnung von Kirchengemeinden und Moscheegemeinden, 200–214

F. Kraft, Religionsunterricht für muslimische Kinder und Jugendliche. Eine Zwischenbilanz, 236–251

E. Hauschildt/B. Ucar, Islamische Seelsorge in Deutschland im Aufbruch, 256–263.

S. Riedel, Der vielstimmige Islam in Europa. Muslimische Beiträge zu Integrationsdebatten, Berlin 2010 (hier)

Hannover, den 16. August 2010

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 8, 2010

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Forum zur Begegnung von Christen und Muslimen diskutiert Kriminalitätsstudie

Das Forum zur Begegnung von Christen und Muslimen in Niedersachsen widmet sich in diesem Jahr der Diskussion um die umstrittene Studie des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen zur Jugendgewalt. Ende Juni 2010 erschien ihr zweiter Teil. Eines der Ergebnisse: Bei jungen Muslimen sinkt die Integration mit wachsender religiöser Bindung, und die Gewaltbereitschaft wächst (mehr).

Die ersten Reaktionen auf die Studie fielen höchst unterschiedlich aus. Für die Einen belegt sie eine höhere Gewaltbereitschaft junger Muslime, wie sie die populäre Islamkritik schon lange behauptet hat. Für die Anderen ist die Studie Ausdruck einer vorgefassten antimuslimischen Einstellung und daher wertlos. Eine dritte Gruppe plädiert dafür, die Untersuchung nüchtern zur Kenntnis zu nehmen und selbstkritisch zu fragen, welche Faktoren zu diesem alarmierenden Ergebnis geführt haben.

Hauptreferent des Forums ist der Direktor des Kriminologischen Forschungsinstitutes, Niedersachsens ehemaliger Justizminister Christian Pfeiffer. Seinen Beitrag ergänzen Firouz Vladi vom Landesverband der Muslime in Niedersachsen und Christel Gärtner vom Forschungsverbund „Religion und Politik“ der Universität Münster. Das Forum findet statt am 19. November um 18 Uhr im Haus kirchlicher Dienste der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Hannover (mehr).

#### 1.2. Imamstudium: Schura fordert rechtlich verbindliche Zusagen

Der Landesverband der Muslime hat die Politik aufgefordert, Muslimen dieselben Mitspracherechte zuzugestehen wie den anerkannten Religionsgemeinschaften.

Er wundere sich, schreibt der Vorsitzende der Schura Niedersachsen, Avni Altiner, in einem Beitrag für die Islamische Zeitung, „wie sich die meisten Verbände bislang durch die Politik vorführen lassen.“ Es könne nicht sein, dass der Staat an den Muslimen und ihren legitimen Vertretern vorbei über Inhalte der Lehre und Personalfragen entscheide. Sollte es darum gehen, den Islam gegen die Verbände als eine Art „Staatsislam“ neu zu definieren, werde die Imamausbildung in Deutschland scheitern. Nötig seien vielmehr Verträge mit den Moscheegemeinden und ihren Verbänden, im Idealfall Staatsverträge, „mindestens jedoch schriftliche und rechtlich verbindliche Zusagen der Hochschulen“. Er sei optimistisch, dass dies an der Universität Osnabrück gelingen werde (Islamische Zeitung, August 2010, S. 18).

#### 1.3. Osnabrück: Interreligiöses Kunstprojekt abgesagt

Aus einem Druckkammer-Lautsprecher, wie er für Minarette üblich ist, sollten die Melodien eines muslimischen Muezzinrufs und eines gregorianischen Gesangs erklingen. Der Lautsprecher sollte am Turm der Osnabrücker Lutherkirche angebracht werden. Die Künstlerin Karin Maria Zimmer wollte das Stück selbst singen. Es sollte während des internationalen Symposiums „Religionen und Weltfrieden“ im Oktober sechsmal täglich zu hören sein.

Daraus wird nun nichts. Das interreligiöse Kunstprojekt „Botschaft“ wurde nach einem Rückzieher der beteiligten muslimischen Gemeinden abgesagt. Zuvor hatte bereits die Osnabrücker Marienkirche das Projekt abgelehnt. Es diene nicht dem Dialog, sondern zeuge von mangelnder Sensibilität gegenüber dem Islam wie dem Christentum.

Die Stadt Osnabrück sieht nach der Absage keine Möglichkeit, das Projekt zu realisieren, sagte Christine Grewe vom Büro für Friedenskultur dem epd. Dennoch sei das Projekt nicht umsonst gewesen. Es habe sehr gute Gespräche im Vorfeld gegeben. Der Abstimmungsprozess sei positiv und zukunftsweisend gewesen. Die Künstlerin hatte ihre Klanginstallation zuvor in Saarbrücken und in Weingarten realisiert. Die Reaktionen in der Öffentlichkeit waren seinerzeit sehr kontrovers (epd; mehr).

### 2. Allgemeine Lage

#### 2.1. Streit um Moscheebauten in den USA

Der Protest gegen den geplanten Bau eines muslimischen „Community Centers“ in Südmanhattan hält an. Der geplante Neubau in der Nähe des Ortes des Terroranschlags vom 11. September 2001 sei so verwerflich wie „ein Nazi-Schild neben dem Holocaust-Museum in Washington“, sagte der frühere Sprecher des US-Repräsentantenhauses, Newt Gingrich. Die Träger des Projektes seien „radikale Islamisten“, die ihre Überlegenheit demonstrieren wollten (mehr).

Auch andernorts wird der Streit angeheizt. In den Bundesstaaten Tennessee, Kalifornien, Wisconsin, New York, Georgia, Connecticut und Kentucky stoßen geplante Moscheen auf Widerstand. Der Sprecher der rechtsgerichteten „American Family Association“, Bryan Fischer, forderte den Stopp aller Moscheeneubauten. Jede neue Moschee sei ein potentielles „Dschihad-Rekrutierungs- und Ausbildungscenter“, schreibt er auf der Internetseite des Verbandes (hier).

Präsident Obama hat das Recht auf Moscheebauten verteidigt. Bei einer Einladung zum Fastenbrechen im Weißen Haus sagte er, beim Moscheebau in Südmanhattan müsse man sorgsam auf die Empfindlichkeiten achten, die sich mit diesem „geheiligten Ort“ verbinden. Es müsse zugleich aber zu jeder Zeit klar sein, dass die Vereinigten Staaten ein Land sind, in dem Religionsfreiheit herrscht. „Das schließt das Recht ein, ein Gebetshaus in Lower Manhattan zu errichten. Dies ist Amerika“, so der Präsident (hier).

Die Planer des Community Centers haben unterdessen angekündigt, sich von den Protesten nicht beirren zu lassen. Ein Gebetsraum für die vielen Tausend Muslime, die in Südmanhattan arbeiteten, werde dringend benötigt, sagte Projektleiter Sharif El-Gamal dem Sender NY1. Man sei stolz, im besten Land und der besten Stadt der Welt zu leben. Das werde in dem Gebäude zum Ausdruck kommen (hier).

Imam Feisal Abdul Rauf kündigte an, das Zentrum werde auch Gebetsräume für Juden und Christen enthalten und einen Gedenkraum für die Opfer des 11. September. Die Tatsache, dass sowohl der christliche Präsident als auch der jüdische Bürgermeister von New York, Michael Bloomberg, den Bau des Zentrums unterstützten, wertete er als ein starkes Symbol, das in der muslimischen Welt Eindruck machen werde (mehr).

## **2.2. Westergaard erhält Medienpreis**

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat den durch seine Mohammed-Karikaturen bekannt gewordenen dänischen Zeichner Kurt Westergaard mit dem Medienpreis „M100“ geehrt. Im Potsdamer Schloss Sanssouci würdigte sie den Mut des Zeichners, der im Januar knapp einem Mordanschlag entgangen war. Meinungsfreiheit sei ein Wesensmerkmal der freiheitlichen Demokratie, sagte Merkel. Europa sei ein Ort, wo es möglich ist, derartige Zeichnungen zu veröffentlichen, „egal, ob wir die Karikaturen geschmackvoll finden oder nicht, ob wir sie für nötig oder hilfreich halten – oder eben nicht.“ Dies widerspreche keinesfalls der Tatsache, dass Europa auch ein Ort sei, an dem die Religion ein hohes Gut ist.

Laudator Joachim Gauck dankte Westergaard für seinen Mut, sich nicht von den Todesdrohungen einschüchtern zu lassen. Ihn erfülle es persönlich mit Abscheu, wenn das Eintreten für die westlichen Werte und die Menschenrechte als nach Vorherrschaft strebende Politik des Westens diffamiert werde, sagte der ehemalige Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten (mehr).

Der Zentralrat der Muslime kritisierte die Teilnahme der Bundeskanzlerin an der Preisverleihung. Sie ehre einen Karikaturisten, der „unseren Propheten in unseren Augen mit Füßen getreten hat“, sagte Generalsekretär Aiman Mazyek im Deutschlandradio Kultur (mehr).

## **2.3. Frankreich: Halal-Burger bei der Fast-Food-Kette „Quick“**

Die belgische Fast-Food-Kette „Quick“ bietet künftig in 22 ihrer Filialen nur noch Essen an, das nach den islamischen Regeln zubereitet wurde. Die ersten Versuche mit „Halal-Food“ seien so erfolgreich gewesen, dass Quick sich entschlossen habe, sein Halal-Angebot auszuweiten, erklärte der Chef des Unternehmens, Jacques-Edouard Charret. Als Zugeständnis an nichtmuslimische Kunden werde Quick in den Halal-Filialen auch einen traditionellen Hamburger anbieten, der aber nicht dort zubereitet, sondern nur aufgewärmt werde. Die rechtsextreme Partei Alsace d'Abord hat eine Klage gegen Quick angekündigt. Die Halal-Restaurants diskriminierten Nicht-Muslime, so die Begründung (mehr).

## **2.4. Österreich: Antiislamisches Computerspiel verboten**

Ein Computerspiel, das der Landesverband der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs in der Steiermark ins Internet gestellt hatte, ist verboten worden. Bei dem Online-Spiel mit dem Titel „Moschee Baba“ wurden Punkte dafür vergeben, den Bau von Moscheen und Minaretten zu verhindern. Am Ende eines verlorenen Spiels erschien der Satz „Game Over, die Steiermark ist voller Minarette und Moscheen“, zudem wurde zur Wahl des FPÖ-Kandidaten bei der Landtagswahl aufgerufen. Die steirischen Grünen zeigten die Landes-FPÖ wegen Verhetzung an (mehr).

## **2.5. Was sonst noch war**

- Wirbel um Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ (mehr).
- Wirbel um angekündigte Koranverbrennung in Gainesville (mehr).

### 3. Migrationsforschung

#### 3.1. Achter Bericht über die Lage der Ausländer

In Deutschland lebten im Jahr 2008 15,6 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, unter ihnen 8,3 Millionen mit deutschem Pass. „Die Integration in Deutschland gewinnt an Fahrt. Bei Sprache, Bildung und Ausbildung sind Fortschritte zu verzeichnen,“ auch wenn die Lage in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt oft „dramatisch“ ist, erklärte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, bei der Vorstellung des 8. Berichts über die Lage der Ausländer in Deutschland (hier).

Wichtige Ergebnisse des Berichts:

- jedes dritte Kind unter 5 Jahren hat einen Migrationshintergrund, aber nur fünf Prozent der Lehrkräfte
- das Bildungsniveau der jungen Migranten steigt, Mädchen erreichen bessere Abschlüsse als Jungen
- Jugendliche mit Migrationshintergrund brechen doppelt so häufig die Schule ab
- die Arbeitslosenquote von Migranten ist fast doppelt so hoch (12,4% gegenüber 6,5%)
- Kinder aus Migrantenfamilien werden seltener in den Kindergarten geschickt
- seit 2005 haben mehr als 600.000 Migranten an einem Integrationskurs teilgenommen
- jeder Dritte der hier geborenen „Migranten“ besitzt Wohneigentum
- „Migranten“ der 2. Generation sind ähnlich häufig ehrenamtlich aktiv wie Einheimische.

Die Integrationsbeauftragte forderte die Politik auf, sich für die Chancengleichheit der Migranten einzusetzen. „Die Ausbildung und Beschäftigung von Migranten ist das Gebot der Stunde! Migranten sind die Fachkräfte von morgen. Die wachsende Vielfalt unseres Landes muss sich auch im öffentlichen Dienst widerspiegeln“, so Frau Böhmer (mehr).

#### 3.2. Studie zu Geburtenzahlen bei Migrantinnen

Frauen der zweiten Migrantengeneration haben sich dem Geburtenverhalten von deutschen Frauen nahezu angepasst, so das Ergebnis einer Studie von Nadja Milewski von der Universität Rostock. Im Vergleich zu westdeutschen Frauen werden Migrantinnen der zweiten Generation etwa zwei Jahre früher Mutter. Die Geburtenzahlen selbst unterscheiden sich kaum, anders als häufig angenommen. „Der gesellschaftliche Kontext mit seinen seit Jahrzehnten andauernden niedrigen Geburtenraten wirkt sich auch auf Zuwanderinnen und deren Familien aus“, so Milewski (mehr).

### 4. Veranstaltungen

#### 4.1. Religion und Gewalt unter Jugendlichen

Die Diskussion um die Studie des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen  
8. Forum zur Begegnung von Christen und Muslimen in Niedersachsen  
19. November 2010, 18–21.30 Uhr, Haus kirchlicher Dienste, Hannover  
Referenten: Christian Pfeiffer, Christel Gärtner, Firouz Vladi (mehr).

#### 4.2. Wie „grün“ ist der Islam?

Umwelt- und Klimaschutz mit muslimischer Perspektive  
5.–7. November 2010, Evangelische Akademie Loccum  
Referenten: Fazlun Khalid, Dieter Gerten, u.v.a. (mehr).

#### 4.3. Religionen und Weltfrieden

Zum Friedens- und Konfliktlösungspotenzial von Religionsgemeinschaften  
20.–23. Oktober 2010, Osnabrück  
Veranstalter: Deutsche Stiftung Friedensforschung, Osnabrücker Friedensgespräche, u.a.  
Referenten: Hans Küng, David Little, Mustafa Y. Ali, u.a. (mehr).

### 5. Literatur: Neuerscheinungen

- M. Lüders, Allahs langer Schatten. Warum wir keine Angst vor dem Islam haben müssen, Freiburg 2010  
T. Nagel, Mohammed. Zwanzig Kapitel über den Propheten der Muslime, München 2010  
R. Polenz, Besser für beide. Die Türkei gehört in die EU, Hamburg 2010  
H. Schmid u.a. (Hg.), „Nahe ist dir das Wort ...“. Schriftauslegung in Christentum und Islam, Regensburg 2010  
Th. G. Schneiders (Hg.), Islamverherrlichung. Wenn die Kritik zum Tabu wird, Wiesbaden 2010  
Hannover, den 16. September 2010

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 9, 2010

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Kultusminister: Ordentlicher Islamunterricht soll 2012 eingeführt werden

Kultusminister Bernd Althusmann hat angekündigt, dass der Islamunterricht in Niedersachsen wahrscheinlich ab 2012 als ordentliches Lehrfach angeboten wird. Zur Zeit wird Islamische Religion an 42 Grundschulen als Modellversuch unterrichtet.

Zunächst solle der Unterricht an den Grundschulen angeboten werden, in absehbarer Zeit dann auch in der Sekundarstufe I, sagte der Minister bei einem Besuch der Albert-Schweitzer-Schule in Hannover-Linden (mehr). Käme es dazu, wäre Niedersachsen das erste Bundesland, das Islamische Religion als ordentliches Lehrfach anbietet.

#### 1.2. „Imame für Integration“ jetzt auch in Niedersachsen

Auf Empfehlung der Deutschen Islam-Konferenz startete im Dezember 2009 die Fortbildung „Imame für Integration“, entwickelt vom Goethe-Institut, vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und von DITIB. Innerhalb von drei Jahren sollen 130 Imame in ganz Deutschland fortgebildet werden. Themen der Kurse sind die deutsche Sprache, landeskundlicher Unterricht und interkulturelle Kompetenz.

Hannover ist nach Nürnberg und Köln der dritte Standort der Fortbildung. Dreizehn niedersächsische DITIB-Imame werden in den kommenden zehn Monaten 516 Stunden Deutsch lernen und zwölf Tage Landeskunde. Darüber hinaus sind zehn Exkursionen vorgesehen (mehr).

Kritiker bemängeln die zu enge Ausrichtung der Fortbildung. Es sei wenig sinnvoll, nur mit einem muslimischen Verband zu kooperieren. Das Grundproblem, dass viele Imame nur eine kurze Zeit in Deutschland verbringen und dann in ihre Heimatländer zurückkehren, berühre das Projekt nicht. Darüber hinaus sei es fraglich, ob die Imame mit der Aufgabe der „Integration“ nicht überfordert würden. Nach Einschätzung des Osnabrücker Religionswissenschaftlers Rauf Ceylan sind die Fortbildungen nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“. Wichtiger sei es, mit der Imamausbildung in Deutschland zu beginnen (mehr).

#### 1.3. Osnabrück: Zentrum für Islamstudien gründet Islamische Zeitschrift

Das Zentrum für interkulturelle Islamstudien an der Universität Osnabrück hat eine Zeitschrift für Islamische Theologie und Religionspädagogik gegründet. Die Zeitschrift „Hikma“, arabisch: Weisheit, versteht sich als Plattform zur Förderung islamisch-theologischer und religionspädagogischer Theoriebildung und Praxisgestaltung. Herausgeber sind unter anderen Bülent Ucar, Rauf Ceylan und Mouhanad Khorchide (mehr).

#### 1.4. Haus der Religionen in Hannover erhält Friedenspreis

Das Haus der Religionen erhält den diesjährigen Friedenspreis des Zentralinstituts Islam-Archiv-Deutschland für interreligiöse Initiativen. Das Haus sei eine vorbildliche Initiative, die es verdient habe, dass sie bundesweit Nachahmer finde, sagte der Kuratoriumsvorsitzende des Islamarchivs, Thomas Dreessen, zur Begründung. Es atme den Geist des Zusammenlebens der Religionen, der für das Gemeinwohl im 21. Jahrhundert unerlässlich sei.

Der Preis ist benannt nach dem Syrer Muhammad Nafi Tschelebi, der Ende der Zwanziger Jahre in Berlin das erste deutsche „Islam-Institut“ und die erste „deutsch-moslemische Gesellschaft“ gegründet hatte (mehr). Er wird am 7. November beim 3. Soester Forum der Religionen und Kulturen übergeben. Laudator ist der Nürnberger Religionspädagoge Johannes Lähmann.

## 2. Allgemeine Lage

### 2.1. Auslandsbischof warnt vor Eskalation des Streits zwischen Christen und Muslimen

Der Auslandsbischof der Evangelischen Kirche in Deutschland, Martin Schindehütte, hat vor einer Eskalation in der Diskussion über Religionsfreiheit gewarnt. Er beobachte, dass zwischen Moscheebauten in Deutschland und Kirchenbauten in islamischen Ländern oft ein Zusammenhang hergestellt werde, sagte Schindehütte dem Evangelischen Pressedienst. Das sei eine unzulässige Verknüpfung. „Wir dürfen Fragen der Religionsfreiheit nicht wie auf einem Basar verhandeln nach dem Motto: Gibst du mir deine Moschee, dann kriegst du eine neue Kirche, oder umgekehrt“, kritisierte Schindehütte. Es sei ein Grundrecht, dass Muslime ihre Religion in der Bundesrepublik offen leben dürften. „Wenn wir anfangen, Bedingungen zu stellen, tragen wir nicht zu einem friedlichen Miteinander der Religionen bei, sondern zur Eskalation“ (mehr).

## 2.2. Bundespräsident: Islam gehört zu Deutschland

In seiner ersten Rede zum Tag der Deutschen Einheit hat Bundespräsident Wulff die religiöse und kulturelle Vielfalt Deutschlands betont. Ebenso wie Christentum und Judentum gehöre inzwischen auch der Islam zu Deutschland. „Die Zukunft gehört den Nationen, die offen sind für kulturelle Vielfalt, für neue Ideen und für die Auseinandersetzung mit Fremden und Fremdem. Meine eindringliche Bitte lautet: Lassen wir uns nicht in eine falsche Konfrontation treiben“, sagte Wulff (mehr).

Die Reaktionen auf die Rede des Bundespräsidenten sind kontrovers. Während viele Muslime und Politiker der Opposition sie als wichtiges Symbol begrüßen, gibt es insbesondere in der CDU auch kritische Stimmen (mehr).

## 2.3. Mazyek neuer Vorsitzender des Zentralrats der Muslime

Der Zentralrat der Muslime hat Aiman Mazyek zum neuen Vorsitzenden gewählt. Der ehemalige Generalsekretär setzte sich gegen den bisherigen Vorsitzenden Axel Köhler durch. Stellvertreter Mazyeks ist Mustafa Hadzic, Imam einer bosnischen Gemeinde in Köln. Zur neuen Generalsekretärin wurde die bisherige Pressereferentin Nurhan Soykan gewählt. Mazyek kündigte an, dass er sich insbesondere um die Einheit des Zentralrates und die Einheit der Muslime in Deutschland kümmern wolle. Darüber hinaus müsse die Zusammenarbeit mit den Gemeinden verbessert werden (mehr).

## 2.4. Ermittlungen gegen Milli Görüs eingestellt

Nach eineinhalbjähriger Untersuchung hat die Staatsanwaltschaft München die Ermittlungen gegen die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs und die Islamische Gemeinschaft Deutschlands eingestellt. Der Verdacht der Bildung einer kriminellen Vereinigung und der Unterstützung von Terrorgruppen habe sich nicht erhärtet, teilte die Behörde mit. Bundesinnenminister de Maizière hatte den Ausschluss des von der Milli Görüs dominierten Islamrats aus der Deutschen Islamkonferenz seinerzeit mit den staatsanwaltlichen Ermittlungen begründet (mehr).

Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, kritisierte die Vorverurteilung der Verbände durch einige Medien. Die Unschuldsvermutung sei ein hohes rechtsstaatliches Gut. Sie müsse auch für Verbände wie Milli Görüs gelten, sagte er dem Kölner Stadtanzeiger (mehr).

Der Generalsekretär der Milli Görüs, Oğuz Üçüncü, bekräftigte noch einmal seine Behauptung, das Verfahren sei von Anfang an politisch motiviert gewesen. Die Arbeitsgruppe „Birgit“ („Beschleunigte Identifizierung und Rückführung von Gefährdern aus dem Bereich des islamistischen Terrorismus/Extremismus“) habe gezielt Anlässe gesucht, um Milli Görüs zu schaden. Nun bleibe abzuwarten, ob diejenigen, die das Verfahren instrumentalisiert hätten, sich öffentlich äußern würden. So oder so werde Milli Görüs seiner Linie treu bleiben, „sich rigoros für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Vielfalt in unserem Land einzusetzen“ (mehr).

## 2.5. Partei „Die Freiheit“ gegründet – Geert Wilders spricht in Berlin

Der aus der Berliner CDU ausgeschlossene Politiker René Stadtkewitz hat eine eigene Partei gegründet. Die Partei „Die Freiheit“ wendet sich gegen Bürokratie, gegen die „Herrschaft des Brüsseler Zentralstaates“ und „gegen die Ausbreitung totalitärer Ideologien, insbesondere den politischen Islam“. Auf Einladung Stadtkewitz' trat die Galionsfigur der europäischen Islamgegner, der holländische Politiker Geert Wilders, erstmals in Deutschland auf. Wilders kritisierte die Politik von Bundeskanzlerin Merkel. Deutschland brauche eine politische Bewegung, die die deutsche Identität verteidige und sich der Islamisierung Deutschlands entgegenstelle (mehr; s. auch 2.8.).

## 2.6. Türkei: Klare Mehrheit für neue Verfassung

Drei Jahrzehnte nach dem Militärputsch haben die Türken mit großer Mehrheit für eine Reform der Verfassung votiert. 58 Prozent der Wähler stimmten für die Vorlage von Ministerpräsident Erdoğan, der von einem „Fest für die türkische Demokratie“ sprach.

Die Reformen beschränken die Macht des Militärs und ordnen die Justiz neu. Die Zahl der Verfassungsrichter wird von elf auf siebzehn erhöht. Parlament und Staatspräsident erhalten mehr Einfluss bei ihrer Berufung. Erstmals können auch Einzelpersonen das Verfassungsgericht anrufen. Das Verfassungsgericht galt bislang als Hochburg des dem Militär nahestehenden kemalistischen Lagers. Es hätte im Jahr 2008 beinahe die Regierungspartei AKP verboten. Der Abstimmung vorausgegangen war ein erbitterter Streit zwischen Regierung und Opposition. Die oppositionelle Republikanische Volkspartei vertritt die Auffassung, die Regierung versuche, sich die hohe Justiz untertan zu machen, die Gewaltenteilung sei in Gefahr.

In der EU wurde das Ja zur neuen Verfassung allgemein begrüßt. Außenminister Westerwelle sprach von einem wichtigen Schritt auf dem Weg der Türkei nach Europa (mehr). Einen Tag nach der Abstimmung reichte eine Gruppe türkischer Bürger Klage gegen die überlebenden Generäle des Putsches von 1980 ein, unter ihnen Kenan Evren, der Anführer der Junta. Die Generalstaatsanwaltschaft in Ankara nahm die Ermittlungen auf (mehr).

## 2.7. Junge Muslime gründen Netzwerk „Zahnräder“

„Zahnräder – Netzwerk junger muslimischer Köpfe“ nennt sich ein neu gegründeter Zusammenschluss junger Muslime. Das Netzwerk wendet sich an junge, talentierte, „aktive und akademisch erfolgreiche“ Muslime, die „für Innovation und kulturellen Reichtum in Deutschland“ stehen. Es versteht sich als Plattform, auf der Muslime Ideen und Visionen austauschen und Projekte entwickeln können. Bei einem ersten Treffen Ende September kamen mehr als einhundert Muslime aus ganz Deutschland zusammen, siebzig Projekte wurden vorgestellt (mehr).

## 2.8. Holland: Regierung lässt sich von Wilders-Partei PVV tolerieren

Die Minderheitsregierung in Holland steht: Alle 21 Fraktionsmitglieder der christdemokratischen Partei haben dem Abkommen zwischen CDA, VVD und PVV zugestimmt. Zwei Abgeordnete kündigten an, sich dem Fraktionszwang zu widersetzen, sollte sich die Regierung von Wilders zu Maßnahmen drängen lassen, die mit dem Gleichheitsgrundsatz der Verfassung nicht vereinbar sind (mehr).

## 2.9. Was sonst noch war

- Deutscher Juristentag debattiert über Religionskonflikte (mehr).
- Mohammed-Karikaturen als Buch publiziert (mehr).
- Offener Brief prominenter Muslime an den Bundespräsidenten (mehr).
- Alice Schwarzer fordert Kopftuchverbot für muslimische Schülerinnen (mehr; Rezension).

## 3. Migrationsforschung

### 3.1. Studie zum Stellenwert von Bildung bei türkischstämmigen Kindern

Kinder aus türkischstämmigen Familien sind an Haupt- und Sonderschulen überrepräsentiert, nur wenige gehen auf das Gymnasium. Woran liegt das? Nicht an einem geringeren Bildungsanspruch der türkischstämmigen Familien, sagt der Soziologe Jörg Dollmann vom Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.

Die tatsächlichen Ursachen sieht Dollmann in einer nachteiligen Kompetenzentwicklung in den ersten Schuljahren, die mit der sozialen Situation der Kinder zusammenhängt, namentlich mit dem Bildungsniveau der Eltern und ihrem sozioökonomischen Status. Vergleiche man die Situation von Kindern mit vergleichbarem sozialem Hintergrund, dann zeige sich, dass türkischstämmige Grundschüler einen stärkeren Drang auf die anspruchsvolleren Schultypen hätten als Kinder ohne Migrationshintergrund. Dollmann schließt: „Der Bildungsanspruch ist in den türkischen Familien höher“. Dies wirke bestehenden Defiziten entgegen.

An den Befragungen, die zwischen 2005 und 2007 an 98 Kölner Grundschulen durchgeführt wurden, nahmen 1376 türkischstämmige Kinder und Kinder ohne Migrationshintergrund sowie deren Eltern teil (mehr).

### 3.2. Studie zur Sprachkompetenz in Migrantenhaushalten

Nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg ist die Sprachkompetenz von Migranten in den vergangenen 25 Jahren gestiegen. Die Mehrheit der 1.000 Befragten schätzt ihre Sprachkompetenz mittlerweile als „gut“ ein (mehr).

## 4. Veranstaltungen

### Die Aura des Alif

Schriftkunst im Islam

22. Oktober 2010 – 20. Februar 2011, Staatliches Museum für Völkerkunde München

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Changing Views. 100 Jahre nach der Ausstellung ‚Meisterwerke muhammedanischer Kunst‘ in München“ (mehr).

## 5. Literatur: Neuerscheinungen

Chr. Böttrich/B. Ego/F. Eißler, Mose in Judentum, Christentum und Islam, Göttingen 2010

H. Mohagheghi/K. von Stosch (Hg.), Moderne Zugänge zum Islam. Plädoyer für eine dialogische Theologie, Paderborn 2010

B. Ucar (Hg.), Die Rolle der Religion im Integrationsprozess. Die deutsche Islamdebatte, Frankfurt 2010  
Hannover, den 7. Oktober 2010

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 10, 2010

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Osnabrück: Imamstudium hat begonnen

Mit Beginn des Wintersemesters haben vier Studentinnen und sechsundzwanzig Studenten mit dem zweisemestrigen Weiterbildungsstudium für Imame und Religionspädagogen an der Universität Osnabrück begonnen. Studieninhalte sind unter anderem Politik, Gesellschaftskunde, Sprache und Pädagogik. Das Studium richte sich an Menschen, die in Moscheegemeinden tätig sind, sagte Bülent Ucar, einer der beiden Professoren am Institut für Islamische Religionspädagogik. Die Inhalte seien mit den beteiligten Ministerien und den islamischen Verbänden in Niedersachsen abgestimmt.

Sozialministerin Aygül Özkan lobte das neue Studium als „Pioniersarbeit“ für die Integration. Imame, die Deutsch sprächen und denen die Lebenswelt in Deutschland nicht fremd sei, könnten Motoren der Integration sein. Die Mehrheitsgesellschaft solle den Islam in Deutschland willkommen heißen. „Wenn wir den Zugewanderten Stempel wie ‚Gastarbeiter‘ aufdrücken, drängen wir sie in Parallelgesellschaften.“ Die Ministerin kritisierte jüngste Aussagen von CSU-Chef Horst Seehofer. „Mit solchen Aussagen nehmen wir uns die Chance, die Menschen mitzunehmen. Wir demotivieren Ehrenamtliche, Deutsche wie Migranten, die sich um die Integration bemühen.“ Seehofer hatte gefordert, die Zuwanderung aus „anderen Kulturkreisen“, etwa arabischen Ländern oder der Türkei, einzuschränken (mehr).

Auch der Vorsitzende der Schura, des Dachverbandes der Muslime in Niedersachsen, Avni Altiner, lobte den neuen Studiengang. Es sei wichtig, im gegenseitigen Vertrauen den Dialog zu pflegen: „Ich bin stolz auf unser Land Niedersachsen. Wir wollen Deutschland und Europa zeigen, dass wir keine fundamentalistischen Imame ausbilden, sondern solche, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen“, sagte Altiner (epd Niedersachsen-Bremen 11.10.10).

#### 1.2. Osnabrück/Münster: Bund fördert Aufbau des Studiengangs „Islamische Theologie“

Der Bund fördert den Aufbau von Studiengängen für islamische Theologie an den Universitäten Tübingen und Münster/Osnabrück. Der Bund finanziere an diesen Universitäten für die nächsten fünf Jahre Forschungsprofessuren, Mitarbeiterstellen und Nachwuchs, teilte Bundesbildungsministerin Annette Schavan mit. Pro Standort sollen bis zu vier Millionen Euro bereit gestellt werden. „Die deutschen Standorte für islamische Studien sind ein guter Beitrag zur Ausbildung von europäisch-muslimischer Gelehrsamkeit im Bereich Theologie“, sagte Schavan. Zugleich dienten die geplanten Studiengänge der Integration.

Keinen Zuschlag erhielt die Universität Erlangen-Nürnberg. Sie müsse ihre Konzeption weiterentwickeln und könne sich bei der nächsten Auswahlrunde im kommenden März erneut bewerben, sagte die Ministerin. Für Münster und Osnabrück empfehlen die Gutachter eine Kooperation. Die langjährige religionspädagogische Erfahrung von Osnabrück solle mit der theologischen und religionswissenschaftlichen Kompetenz von Münster gebündelt werden.

In den zuständigen Landesbildungsministerien wurde die Entscheidung des Bundes für Osnabrück und Münster begrüßt. „Qualität und vorausschauende Initiative haben sich durchgesetzt“, sagte die niedersächsische Wissenschaftsministerin Johanna Wanka. „Wir werden gemeinsam mit Münster ein kooperatives Konzept entwickeln.“ Auch die nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerin Svenja Schulze begrüßte die Entscheidung.

In Osnabrück selbst stieß die Nachricht auf ein geteiltes Echo. Das geplante Zentrum für Islamstudien brauche die volle Förderung des Bundes, sagte Professor Bülent Ucar. Die geforderte Zusammenarbeit mit Münster sei sinnvoll und selbstverständlich. Wenn damit allerdings die Halbierung der Fördermittel verbunden sei, „dann bin ich nicht begeistert“. Der Pressesprecher der Universität sagte, er gehe davon aus, dass für Osnabrück die beantragten vier bis fünf Professorenstellen genehmigt würden (mehr).

#### 1.3. Hannover: Oberbürgermeister kritisiert „Selbstausschluss“ von Moscheen

Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil hat die Moscheen aufgerufen, sich stärker zu öffnen. Im März 2008 begann Weil eine Besuchsreise, die ihn nach und nach zu allen muslimischen und alevitischen Einrichtungen der Stadt führen soll. Zehn Besuche hat der Oberbürgermeister mittlerweile absolviert (mehr).

Bei diesen Besuchen sei ihm aufgefallen, „dass sich die Moscheen gewissermaßen selbst ausschließen und nicht genügend auf die Menschen in ihren Stadtteilen zugehen. Hier würde ich mir mehr Offenheit wünschen“, sagte Weil im Gespräch mit der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (mehr).

## 2. Allgemeine Lage

### 2.1. Zentralrat der Juden: Neuer Präsident betont gemeinsame jüdisch-muslimische Interessen

In seiner Rede zum 72. Jahrestag der Pogromnacht am 9. November 1938 hat sich Dieter Graumann für ein stärkeres Miteinander von Juden und Muslimen ausgesprochen. Der Zentralrat der Juden habe sich immer für die Freiheitsrechte der in Deutschland lebenden Muslime eingesetzt und sich stets energisch gegen Diskriminierung gewandt. „Schon Ignatz Bubis selig hat sich entschlossen für die Freiheit der Muslime in Deutschland engagiert – und wir machen das heute, und künftig, nicht weniger konsequent. Ihre Freiheit ist auch unsere Freiheit. Und wer sie bedroht, bedroht auch uns“, sagte Graumann.

Zugleich betonte der neue Präsident des Zentralrats der Juden (mehr), die deutschen Muslime müssten stärker gegen Hass und Fanatismus in den eigenen Reihen vorgehen, vor allem „gegen den immer stärker, aggressiver und heftiger werdenden Antisemitismus, speziell unter muslimischen Jugendlichen.“ Das Problem dürfe nicht tabuisiert oder bagatellisiert werden. „Freundliches Fernseh-Lächeln und unverbindliche Statements genügen längst nicht mehr: Die Verantwortlichen der muslimischen Gemeinden müssen bereit sein, selbst energischer, kämpferischer und auch glaubwürdig in den eigenen Reihen gegen den Hass vorzugehen“ (mehr).

### 2.2. Freiheitspreis der Friedrich-Naumann-Stiftung für Necla Kelek

Die Soziologin Necla Kelek hat in der Frankfurter Paulskirche den Freiheitspreis der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit erhalten. Der Vorsitzende des Vorstandes der Stiftung, Wolfgang Gerhardt, sagte, die Jury habe eine großartige Entscheidung getroffen. Necla Kelek sei eine tapfere Streiterin für die Freiheit und die Menschenrechte (mehr).

In ihrer Laudatio betonte Alice Schwarzer, der Preis ehre eine Frau, die es als erste gewagt habe, das Schweigen der zweiten Generation über das Elend vieler türkischstämmiger Frauen zu brechen. Er sei darüber hinaus eine Ermutigung für „alle Frauen, die sich nicht länger dafür schämen wollen, einen Kopf zu haben“ (mehr). Necla Kelek ist die dritte Trägerin des Freiheitspreises. Im Jahr 2006 wurde Hans-Dietrich Genscher ausgezeichnet, im Jahr 2008 Mario Vargas Llosa.

Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, hat die Preisverleihung zum Anlass genommen, seine FDP-Mitgliedschaft ruhen zu lassen. In einem Brief an die Parteiführung kritisierte er, die FDP entferne sich immer weiter von der Bürgerrechtspartei, die sie einmal gewesen sei. Die Vergabe des Freiheitspreises an eine „einschlägig bekannte Islamhasserin“ sei „nur ein erneutes Beispiel einer verfehlten Politik, von der ich mich distanzieren“ (mehr). Für den Zentralrat der Muslime ist der Preis „ein unverantwortliches Signal in der ohnehin völlig überhitzten Integrationsdebatte“ (mehr).

### 2.3. Ayatollah Ghaemmaghani: Steinigung einer Ehebrecherin ist inakzeptabel

Ayatollah Seyed Abbas Hosseini Ghaemmaghani, Oberster Rechtsgelehrter und Vorsitzender des islamischen Zentrums Hamburg, hat in einem Beitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung die Steinigung einer Ehebrecherin, wie sie etwa im Iran praktiziert wird (mehr), als unislamisch kritisiert.

Der Koran akzeptiere die biblische Strafe (3. Mose 20; 5. Mose 22) nicht, sondern ersetze sie durch die Strafe der Auspeitschung (Sure 24) und binde diese an so strenge Bedingungen, dass die Strafe faktisch ausgesetzt werde. „Ehebruch gehört zu jenen Sünden, die keine diesseitige Strafe nach sich ziehen, solange sie nicht zu einer Straftat werden. Bis sie zu einer Straftat wird, müssen sehr strenge Bedingungen erfüllt und Hürden überwunden werden. In diesem speziellen Fall sind die Voraussetzungen und Bedingungen derart hoch gesteckt, dass sie kaum zu realisieren sind. Daraus kann geschlossen werden, dass der Sinn dieser Bedingungen darin liegt, eine Bestrafung dieser Sünde auf dieser Welt auszuschließen und gleichzeitig die Verhinderung dieser Sünde anzustreben“ (mehr).

### 2.4. Mönchengladbach: Stadt widerruft Baugenehmigung für salafistischen Verein

Die Stadt Mönchengladbach hat den Umbau eines ehemaligen Gemüseladens zu einer Moschee des salafistischen Vereins „Einladung zum Paradies“ untersagt. Der Verein klagt dagegen vor Gericht.

Vor vier Monaten wurde bekannt, dass der vom niedersächsischen Verfassungsschutz observierte Verein aus Braunschweig an den Niederrhein umziehen will. Seither wird im Stadtteil Eicken energischer Protest laut. Ende August gründeten zweihundert Mönchengladbacher die Initiative „Bürger für Mönchengladbach“. Ihr Ziel ist es, den Umzug der Islamschule zu verhindern.

Ein Sprecher der „Bürger für Mönchengladbach“ betonte, dass es sich bei der Initiative nicht um einen Zusammenschluss von Islamfeinden handele. Man richte sich ausschließlich gegen den extremistischen Verein. Der nordrhein-westfälische Integrationsminister Guntram Schneider stellte sich hinter den Protest. Bundesinnenminister Thomas de Maizière sagte bei einem Besuch in Eicken, wer die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Frage stelle, könne nicht mit der Toleranz des Staats rechnen (FAZ 18.10.2010; mehr).

## 2.5. Weiter Diskussion um „deutsche Leitkultur“ und „Multikulti“

CSU-Chef Horst Seehofer hat bei einem Auftritt auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Potsdam seine bisherigen Äußerungen zur Integrationspolitik bekräftigt. Es gebe bei diesem Thema eine Zustimmung aus der Bevölkerung, wie er sie noch nie erlebt habe, sagte Seehofer. „Wir als Union treten für die deutsche Leitkultur und gegen Multikulti ein – Multikulti ist tot“.

Seehofer betonte in seiner Rede, wer in Deutschland leben wolle, der müsse auch bereit sein, die Alltagskultur zu akzeptieren. Außerdem müsse man beim Kampf gegen den Fachkräftemangel zunächst auf die Qualifizierung der Arbeitslosen setzen, bevor man Personal aus dem Ausland rekrutiere. Auf keinen Fall dürfe Deutschland „zum Sozialamt für die ganze Welt werden“.

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel fordert den Abschied von den Illusionen der „Multikulti“-Gesellschaft. Bei einer CDU-Regionalkonferenz in Berlin sagte sie, sie erwarte von Migranten die Bereitschaft zur Integration. Dazu gehöre, dass man Deutsch spreche. Die CDU fühle sich dem christlichen Menschenbild verbunden, betonte die Kanzlerin. „Das ist das, was uns ausmacht. Wer das nicht akzeptiert, der ist bei uns fehl am Platz“ (mehr).

## 2.6. England: Rassistische Schulbücher aus Saudi-Arabien in Islamschulen

In einem Beitrag für das Magazin „Panorama“ hat die BBC aufgedeckt, dass einige Islamschulen in England mit rassistischen saudi-arabischen Schulbüchern arbeiten. Juden sind Affen und Christen sind Schweine, Juden wollen die Welt beherrschen, Schwule sind mit dem Tod zu bestrafen, Dieben muss die Hand abgehackt werden, jeder Nichtmuslim ist ungläubig und wird in der Hölle enden – all das lernen die Kinder in einer der vierzig Schulen, die der saudi-arabischen Regierung nahe stehen. Bildungsminister Michael Gove hat angekündigt, Unterricht dieser Art in Zukunft zu unterbinden (mehr; die Panorama-Dokumentation hier).

## 2.7. Was sonst noch war

– Christlich-muslimische Tagung des Ökumenischen Rates der Kirchen, der Initiative „A Common Word“ und der World Islamic Call Society zum Thema „Transforming Communities: Christians and Muslims Building a Common Future“ in Genf (mehr).

## 3. Meinungsforschung: Religion und Gewalt

3.1. Nicht die Zugehörigkeit zum Islam führt bei Jugendlichen zu einer höheren Gewaltbereitschaft, sondern in erster Linie eigene Gewalterfahrungen und die Diskriminierung durch die Mehrheitsgesellschaft.

Das ist das zentrale Ergebnis einer Studie der EU-Grundrechteagentur, für die 3.000 Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren in Frankreich, Großbritannien und Spanien befragt wurden. „Nach unserer Studie gibt es keinen Beleg für einen Zusammenhang zwischen der religiösen Zugehörigkeit der Befragten und ihrer Gewaltbereitschaft, sofern die Aspekte der Diskriminierung, Ausgrenzung und andere Faktoren des Lebens der Jugendlichen berücksichtigt werden“, so die Autoren der Studie (mehr; die Studie hier).

3.2. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen zwei vom Bundesfamilienministerium kurzfristig in Auftrag gegebene Studien zur Frage der Gewaltbereitschaft bei jungen Muslimen. Benachteiligung, geringere Bildung und „das ausgeprägte Männlichkeitsbild oder die bedingungslose Verteidigung der weiblichen Familienmitglieder im Kontext der Familienehre“ spielten eine entscheidende Rolle bei der Entstehung von Gewalt (Ahmet Toprak und Katja Nowacki, mehr; die Studie hier). „Entscheidend für eine erhöhte Gewaltneigung ist der Besuch gering qualifizierender Schulen, Gewaltopfererfahrungen durch die Eltern oder die Zustimmung zu gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen“ (Sonja Haug, mehr; die Studie hier).

## 4. Literatur: Neuerscheinungen

- A. Guthmann u.a. (Hg.), Christen und Muslime. Unterwegs zum Dialog. Ein theologischer Einführungskurs in fünf Etappen, Gütersloh 2010  
 E. Platti, Christen und Muslime: Freunde oder Feinde? Herausforderung an die Moderne, Freiburg 2010

Hannover, den 30. November 2010

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 11, 2010

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Graduiertenkolleg für Islamische Theologie gegründet

Die Stiftung Mercator hat gemeinsam mit sechs Universitäten ein Graduiertenkolleg für Islamische Theologie gegründet. Es soll wissenschaftlichen Nachwuchs für die noch zu etablierenden Zentren für islamische Studien ausbilden. Im Herbst 2011 wird das Kolleg an den Universitäten Osnabrück, Münster, Erlangen-Nürnberg, Frankfurt, Hamburg und Paderborn erste Doktoranden aufnehmen. Das Projekt wird von der Stiftung Mercator über sechs Jahre mit 3,6 Millionen Euro gefördert.

„Mit dem Graduiertenkolleg schließen wir eine Lücke, denn es fehlt in Deutschland an Wissenschaftlern im Bereich der Islamischen Theologie“, sagte der Geschäftsführer der Stiftung, Bernhard Lorentz. Diese Wissenschaftler würden insbesondere für die Ausbildung von Lehrern für islamische Religion und von Imamen dringend benötigt.

Das Graduiertenkolleg wird standortübergreifend eingerichtet. Es wird aus bis zu 15 Doktoranden bestehen, die an einer der beteiligten Universitäten promovieren. Koordinator des Kollegs ist Mouhanad Khorchide, Professor für Islamische Religionspädagogik an der Universität Münster (mehr).

#### 1.2. Osnabrück: Stadtrat stimmt Schule für Christen, Muslime und Juden zu

Mit knapper Mehrheit hat der Rat der Stadt Osnabrück der vom katholischen Bistum vorgeschlagenen Schule für Christen, Muslime und Juden in Trägerschaft der Schulstiftung des Bistums zugestimmt. Es gehe darum, eine Schule zu gründen, in der die religiösen Feste von Christen, Muslimen und Juden gelebt würden und Unterricht in der jeweiligen Religion erteilt werde, sagte Generalvikar Theo Paul. Muslime und Juden sollen in einem Beirat vertreten sein.

Die „trialogische“ Schule war in Osnabrück zuletzt sehr umstritten. Die Stadtverwaltung und die SPD hatten sich gegen sie ausgesprochen. Viele Lehrer und Eltern der betroffenen Johannisschule waren vom Konzept nicht überzeugt. Einige Ratsmitglieder von Bündnis 90/Die Grünen sprachen von einer überflüssigen „Marketingmaßnahme“. Der Landesverband der Muslime in Niedersachsen und die Jüdische Gemeinde hielten ungeachtet der Kritik an ihrer Zustimmung fest. Jüdische Kinder hätten in einer solchen Schule erstmals die Chance, ihren Glauben selbstbewusst zu leben, sagte der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Osnabrück, Michael Grünberg (mehr).

#### 1.3. Islamforum der Buhmann-Stiftung zum Thema „Islamischer Religionsunterricht“

Um die Zukunft des Islamischen Religionsunterrichtes geht es beim Islamforum der Buhmann-Stiftung im Januar kommenden Jahres. Hauptredner der Veranstaltung ist der niedersächsische Kultusminister Bernd Althusmann, teilte die Buhmann-Stiftung mit (mehr).

Der Modellversuch „Islamischer Religionsunterricht“ läuft in Niedersachsen seit sieben Jahren. Kultusminister Althusmann hatte vor kurzem angekündigt, der Islamunterricht werde wahrscheinlich ab 2012 als ordentliches Lehrfach angeboten werden, zunächst an den Grundschulen, später dann auch in der Sekundarstufe I.

Die Dr. Buhmann-Stiftung für christlich-islamische Verständigung wurde im Jahr 2002 gegründet. Sie fördert Projekte, die der christlich-muslimischen Verständigung dienen. Stiftungssitz ist Hannover (mehr).

#### 1.4. Innenministerium: Projektgruppe gegen Radikalisierung junger Muslime

Innenminister Uwe Schünemann will die Prävention gegen den islamistischen Terrorismus stärken. „Wir müssen alles daran setzen, eine Radikalisierung junger Muslime frühzeitig zu verhindern“, sagte er bei der Vorstellung der Projektgruppe „Antiradikalisierung“ in Hannover.

Die Projektgruppe unter Leitung des niedersächsischen Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Werner Wargel soll unter anderem prüfen, wie islamistische Propaganda im Internet entgegengewirkt werden kann. Mit öffentlichen Einrichtungen sollen „Präventionspartnerschaften“ eingerichtet werden. Die Zusammenarbeit mit muslimischen Einrichtungen soll ausgebaut werden. Eine Studie über den Einfluss des Salafismus auf junge Menschen sei in Arbeit, sagte Schünemann, eine „Ausstiegshilfe“ für Islamisten wird geprüft (mehr).

Die SPD-Landtagsfraktion kritisierte das Konzept. Für den Minister stünden immer noch die sicherheitsbehördlichen Aspekte im Vordergrund, sagte die stellvertretende innenpolitische Sprecherin Sigrid Leuschner. Besser sei es, die gesellschaftlichen Ursachen für das Entstehen von Islamismus zu bekämpfen, indem die bildungs- und sozialpolitischen Bedingungen für Menschen mit Migrationshintergrund verbessert werden (mehr).

### **1.5. Göttingen: Verwaltungsgericht gibt Klage eines Marokkaners statt**

Das Verwaltungsgericht Göttingen hat der Klage eines gebürtigen Marokkaners stattgegeben. Die Stadt Göttingen hatte ihm die Einbürgerung verweigert, weil das Innenministerium der Auffassung war, er sei ein Sympathisant der Muslimbrüder. Nach Auffassung des Gerichts gibt es dafür keine Anhaltspunkte. Deutliche Kritik übte das Gericht an der Bewertung des Verfassungsschutzes. Es sei „unverantwortlich“, verfassungsfeindliche Äußerungen eines Vorbeters jedem Besucher der Moschee zuzuschreiben (mehr).

### **1.6. Braunschweig: Erneut Durchsuchungen bei „Einladung zum Paradies“**

Polizei und Staatsanwaltschaft haben am 14. Dezember erneut mehrere Räume des salafistischen Vereins „Einladung zum Paradies“ in Braunschweig durchsucht. Mehr als vierzig Beamte, darunter auch Mitarbeiter des Bundeskriminalamts, seien an der Aktion beteiligt gewesen, teilte die Polizei mit. Fünf Objekte wurden überprüft. Zeitgleich fanden Razzien in Bremen und Mönchengladbach statt.

Hintergrund der Durchsuchungen ist ein Ermittlungsverfahren des vom Bundesinnenministeriums gegen die Vereine „Einladung zum Paradies“ (Braunschweig und Mönchengladbach) und „Islamisches Kulturzentrum Bremen“. Sie werden verdächtigt, sich gegen die Verfassung zu richten. Bundesinnenminister Thomas de Maizière hatte zuletzt ein Verbot nicht mehr ausgeschlossen (mehr).

## **2. Allgemeine Lage**

### **2.1. Berlin: Brandanschlag auf Islamisches Kulturzentrum**

Erneut wurde in Berlin ein Brandanschlag gegen eine islamische Einrichtung verübt. Unbekannte setzten die Fassade eines Islamischen Kulturzentrums in Tempelhof in Flammen. Die Feuerwehr konnte den Brand schnell löschen, niemand kam zu Schaden. Die Polizei hat Ermittlungen wegen schwerer Brandstiftung aufgenommen.

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit verurteilte die Tat, die Teil einer Serie von Brandanschlägen ist. „Ich setze darauf, dass die Polizei die Täter bald fassen wird und diese Anschlagsserie beendet“, sagte Wowereit (mehr). Omid Nouripour, Bundestagsabgeordneter der Grünen, erklärte gegenüber islam.de: „Ich bin schockiert über den Anschlag. Brennende Gotteshäuser sind ein Fanal dafür, dass die Vorbehalte gegen eine bestimmte Religion in bedrohlichem Maß wachsen. Im Angesicht dieser Gewalt müssen alle freiheitsliebenden Menschen für die Wahrung der Religionsfreiheit eintreten und deutlich machen, dass der Islam ein Teil dieser Gesellschaft ist“ (mehr).

### **2.2. Rotterdam: Größte Moschee Hollands eingeweiht**

In Rotterdam ist die größte Moschee Hollands eingeweiht worden. Die Essalam-Moschee bietet Platz für 3.000 Menschen, die beiden im orientalischen Stil gehaltenen Minarette sind 50 Meter hoch. Finanziert wurde der Bau wesentlich von Scheich Hamdan Bin Rashid al-Maktoum aus Dubai (mehr).

Der Eröffnung vorausgegangen war ein jahrelanger Streit. Pim Fortuyns Bürgerpartei „Leefbaar Rotterdam“ hatte vehement gegen den Bau protestiert und die Baugenehmigung nach ihrem Sieg bei den Kommunalwahlen im Jahr 2002 auf Eis gelegt. Erst im Jahr 2006 konnten die Arbeiten fortgesetzt werden. Zur Eröffnung kritisierte Marco Peters, Fraktionsvorsitzender von „Leefbaar Rotterdam“ im Stadtparlament, den Bau erneut: „Zu pompös, zu hoch, zu wenig Eingänge für Frauen, kurz: Ein Symbol dafür, dass sich Muslime hier nicht zu integrieren brauchen“.

Auch innerhalb der muslimischen Gemeinschaft ist die Eröffnung der Moschee kein Anlass für ungetrübte Freude. Der Moschee-Vorstand werde aus den Vereinigten Arabischen Emiraten dominiert, die Wünsche der holländischen Muslime weitgehend ignoriert, klagte ein gebürtiger Marokkaner im Gespräch mit der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (20.12.10). Rotterdams Bürgermeister Ahmed Aboutaleb, selbst Holländer mit marokkanischen Wurzeln (mehr), hat angekündigt, in dem Streit vermitteln zu wollen.

### **2.3. Holland: Bolkestein rät Juden zur Auswanderung**

Der ehemalige niederländische EU-Kommissar Frits Bolkestein hat den holländischen Juden geraten, aus den Niederlanden zu emigrieren. Wer auf der Straße als Jude erkennbar sei, tue gut daran, das Land zu verlassen, sagte er in einem Interview mit der Zeitung „De Pers“ (hier). Der Antisemitismus vor allem unter marokkanischen und türkischen Jugendlichen sei in Holland inzwischen so stark, dass Juden nicht mehr in Sicherheit leben könnten. „Ich bin sehr pessimistisch. Der palästinensisch-israelische Konflikt wuchert weiter. Ich sehe nicht, dass es dafür schnell eine Lösung geben wird. Daher wird der Antisemitismus weiter wachsen.“

Jüdische Organisationen haben wiederholt auf den wachsenden Antisemitismus hingewiesen. Der Verband der jüdischen Gemeinden erklärte, man mache sich Sorgen. Der Rat zur Emigration sei indes keine Lösung. Man müsse das Problem an der Wurzel bekämpfen (hier).

## **2.4. Türkei: „Tal der Wölfe Palästina“ kommt im Januar in die Kinos**

Die neueste Folge der türkischen Filmserie „Tal der Wölfe“ trägt den Titel „Tal der Wölfe Palästina“. Sie handelt von der Rache des Serienhelden für den Angriff des israelischen Militärs auf einen Schiffskonvoi nach Gaza im Mai vergangenen Jahres. Der Film kommt Ende Januar in die Kinos.

Die Dreharbeiten für den Film liefen bereits, als die israelische Marine neun Türken bei der Stürmung des Schiffskonvois tötete. Darauf entschlossen sich die Produzenten, das Drehbuch zu ändern. Der Held der Serie, Polat Alemdar, erhält nun die Aufgabe, den Tod der Gaza-Aktivistinnen zu rächen und die Mitglieder des israelischen Kommandos zu liquidieren.

Bereits vor der Premiere ist „Tal der Wölfe Palästina“ als antisemitisch kritisiert worden. Viele Beobachter befürchten, dass der Film das angespannte Verhältnis zwischen Israel und der Türkei weiter verschlechtern wird. Auch in der Türkei wurde Kritik laut. Der Film bediene antisemitische Klischees, sagte der türkische Kritiker Deniz Tansi, das Ineinander von Fiktion und historischer Realität sei für Unkundige kaum zu durchschauen (mehr; Türkisch hier). Die Verantwortlichen weisen den Vorwurf des Antisemitismus von sich. Es gebe keinen Antisemitismus in der Türkei, sagte einer der Autoren des Drehbuchs, Bahadır Özdener (mehr).

## **2.5. Was sonst noch war**

– Selbstmordattentat in Stockholm (mehr).

# **3. Meinungsforschung**

## **3.1. Umfrage zu religiöser Vielfalt in Europa**

Die Deutschen sind intoleranter gegenüber dem Islam und anderen nicht-christlichen Religionen als ihre westeuropäischen Nachbarn. Das ist das zentrale Ergebnis einer repräsentativen Umfrage der Universität Münster zur religiösen Vielfalt in Europa. Danach sprechen sich die Deutschen deutlich öfter als ihre Nachbarn gegen neue Moscheen und Minarette aus. Auch von Hindus, Buddhisten und Juden haben sie ein schlechteres Bild als die übrigen befragten Europäer.

„Die Unterschiede zwischen Deutschland und den anderen Ländern sind geradezu dramatisch, wenn es um die persönliche Haltung gegenüber Muslimen geht“, sagte der Leiter der Studie, der Soziologe Detlef Pollack. Während Niederländer, Franzosen und Dänen mehrheitlich positiv über Muslime denken, gilt das in Deutschland nur für eine Minderheit von 34 % (West) und 26 % (Ost). Der wichtigste Grund dafür ist nach Einschätzung der Forscher die Häufigkeit der Kontakte. „Je öfter man Muslime trifft, desto eher sieht man sie generell positiv“, sagte Pollack. In Ostdeutschland, der Region mit den negativsten Werten in Europa, haben nur 16 % der Befragten Kontakt zu Muslimen. In Frankreich, dem Land mit dem positivsten Islambild, sind die Kontakte mit 66 % am häufigsten (mehr).

Für die Erhebung befragte das Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid im Auftrag der Universität Münster je 1.000 Menschen in Ost- und Westdeutschland, Frankreich, Dänemark, Portugal und den Niederlanden (die Studie hier).

## **3.2. Neunte Umfrage zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit**

Die neunte Umfrage der Universität Bielefeld zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ist Anfang Dezember in Berlin vorgestellt worden (mehr).

# **4. Veranstaltungen**

## **Islamforum der Dr. Buhmann-Stiftung**

Die Zukunft des Islamischen Religionsunterrichtes

14. Januar 2011, 16–18.15 Uhr, Fachakademie Dr. Buhmann, Prinzenstr. 2, Hannover

Podiumsdiskussion mit: Kultusminister Bernd Althusmann, Avni Altiner, Ali Dere, Heinrich de Wall, Bülent Ucar. Moderation: Wolfgang Reinbold (mehr).

# **5. Literatur: Neuerscheinungen**

L. Berger, Islamische Theologie, Wien 2010

**Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern frohe Weihnachten und ein gesegnetes neues Jahr.**

Hannover, den 21. Dezember 2010

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 1, 2011

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Islamischer Religionsunterricht: Durchbruch auf dem Weg zum ordentlichen Lehrfach

Die beiden größten muslimischen Verbände in Niedersachsen haben den Weg zur Einführung eines ordentlichen Islamunterrichtes freigemacht. Bei einem Treffen mit Kultusminister Bernd Althusmann und Ministerpräsident David McAllister gründeten der „Landesverband der Muslime in Niedersachsen e.V. – Schura Niedersachsen“ und der Landesverband Niedersachsen-Bremen der „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. – DITIB“ einen gemeinsamen Beirat. Damit sind nach langen und oft zähen Verhandlungen die juristischen Voraussetzungen geschaffen, um das Fach „Islamische Religion“ in Niedersachsen als ordentliches Lehrfach zu unterrichten.

Beim Islamforum der Dr. Buhmann-Stiftung hatte Kultusminister Althusmann zuvor angekündigt, ordentlichen Islamunterricht bis zum Jahr 2014 einführen zu wollen. Die Chancen dafür stehen nun gut. Der neu gegründete Beirat, in den Schura und DITIB jeweils zwei Vertreter entsenden werden, vertritt die große Mehrheit der niedersächsischen Moscheen. „Für uns ist das ein historisches Datum“, sagte der Vorsitzende der Schura, Avni Altiner. Niedersachsen hat nun den seit langem geforderten einen Ansprechpartner auf muslimischer Seite. Zugleich ist Niedersachsen das erste Bundesland, in dem es den großen muslimischen Verbänden gelungen ist, sich auf eine gemeinsame Vertretung zu verständigen.

Das Kultusministerium kündigte an, die ausstehenden Fragen zügig zu klären. Bis an allen Schulen Islamische Religion unterrichtet werden kann, wird es nach Ansicht von Experten etwa zehn bis fünfzehn Jahre dauern. Islamische Religionspädagogik wird in Niedersachsen an der Universität Osnabrück unterrichtet. „Wir sollten Geduld haben und pro Jahr etwa zehn bis fünfzehn neue Lehrer für Islamische Religion einstellen“, sagte der Religionspädagoge Bülent Ucar beim Islamforum der Buhmann-Stiftung.

#### 1.2. Lehrte: Christen und Muslime sichern koptischer Gemeinde Unterstützung zu

Nach den Attentaten auf koptische Christen in Ägypten und den Attentatsdrohungen gegen koptische Gemeinden in Deutschland haben Muslime und Christen aller Konfessionen der koptischen Gemeinde ihre Unterstützung zugesichert. Am koptischen Weihnachtsgottesdienst in Lehrte nahmen unter anderen die evangelisch-lutherische Landessuperintendentin Ingrid Spieckermann, der römisch-katholische Weihbischof Nikolaus Schwerdtfeger und der freikirchlich-lutherische Bischof Hans-Jörg Voigt teil. Für den Rat der Religionen in Hannover waren der Christ Propst Martin Tenge, der Muslim Hilal Al-Fahad und der Bahai Ali Faridi anwesend. „Die Drohung gegen die koptische Gemeinde ist ungeheuer und abscheulich, deshalb ist es notwendig, dass wir hier präsent sind“, sagte Al-Fahad dem Evangelischen Pressedienst.

Auch Avni Altiner, Vorsitzender des Landesverbandes der Muslime, verurteilte den Anschlag. „Die Täter beleidigen mit ihrer menschenverachtenden Ideologie gläubige Menschen in aller Welt“, sagte Altiner. Ähnlich äußerten sich der Zentralrat der Muslime in Deutschland und andere Dachverbände.

Zur koptischen Gemeinde in Lehrte gehören rund 80 Familien aus dem südlichen und mittleren Niedersachsen. Nach dem Selbstmordanschlag in Alexandria hatten islamistische Terroristen im Internet zu Terroranschlägen gegen Kopten in Deutschland aufgerufen.

#### 1.3. Garbsen: Wirbel um Terrorverdacht gegen ehemaligen Schüler der IGS Garbsen

Ein muslimischer Schüler der IGS Garbsen ist von seiner Lehrerin verdächtigt worden, Mitglied einer terroristischen Vereinigung zu sein. Die Lehrerin hatte ihn, wie jetzt bekannt wurde, im Herbst 2008 anonym und ohne Wissen der Schulleitung angezeigt. Er wurde daraufhin vom Staatsschutz überprüft, ohne Ergebnis. Nachdem sich die Anzeige in der Schule herumgesprochen hatte, wurde der Schüler als Terrorist beschimpft und brach die Schule ab. Eine Anzeige gegen die Lehrerin blieb erfolglos. Weder der Tatbestand der falschen Verdächtigung noch der Tatbestand der Verleumdung sei erfüllt, urteilte das Gericht. Die Fraktion der Grünen im niedersächsischen Landtag hat angekündigt, den Fall zum Gegenstand einer kleinen Anfrage zu machen.

Grund für die Anzeige war ein Aufsatz des Schülers zum Projekt „Weltethos“ (mehr) im Fach „Werte und Normen“. Darin schrieb er unter anderem, das Weltethos sei „zu spät bei den Menschen angekommen“, die Erde werde „von Tag zu Tag schlimmer“. Aus Sätzen wie diesen schloss die Lehrerin auf einen radikalen Hintergrund des Schülers. Für den Vorsitzenden des Landesverbandes der Muslime ist der Fall einer von vielen. „Immer häufiger hören wir davon, dass muslimische Schüler von Lehrern diskriminiert werden“, sagte Avni Altiner der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung. Gegen die Lehrerin läuft ein Disziplinarverfahren der Landesschulbehörde (mehr).

#### **1.4. DITIB gründet ersten Landesfrauenverband**

Der DITIB-Landesverband Niedersachsen-Bremen hat einen Frauenverband gegründet. 95 Delegierte aus den 78 Ortsgemeinden des Verbandes kamen im Dezember zur Gründung des bundesweit ersten DITIB-Frauenverbandes zusammen. Sozialministerin Aygül Özkan begrüßte die Gründung des Verbandes. Es freue sie, dass Niedersachsen diesen innovativen Schritt als erstes Bundesland wage, sagte die Ministerin. Ali Dere, DITIB-Botschaftsrat für Religionsangelegenheiten, betonte in seiner Rede, es sei notwendig, dass muslimische Frauen am gesellschaftlichen Leben partizipierten. Sie sollten sich „in jeder Beziehung weiter entwickeln“ (mehr).

#### **1.5. Hannover: Zweites Interkulturelles Weihnachtsfest**

Mehr als sechshundert Menschen trafen sich am 14. Januar in der Lister Matthäuskirche zum zweiten interkulturellen Weihnachtsfest. Eine Woche nach dem Ende des orthodoxen Weihnachtsfestes kamen Christen unterschiedlicher Konfessionen und Kulturen zusammen zu einem großen Fest mit Gottesdienst, Musik, gemeinsamem Essen sowie Spielen und Geschenken für die Kinder. Eingeladen hatten der Afrikanische Dachverband Nord, die Lister Johannes- und Matthäus-Kirchengemeinde und das Haus der Religionen. Unter den Gästen waren auch Juden, Muslime und Anhänger anderer Religionen. Die Predigt hielt der Vorsitzende des Vereins „Haus der Religionen“, Wolfgang Reinbold.

„Wir wollten möglichst viele Kulturen einbeziehen“, sagte Abayomi Bankole vom Afrikanischen Dachverband Nord der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung. „Das ist uns geglückt. Wir mussten sogar noch Tische und Stühle ausleihen, damit alle Platz fanden“. Oberbürgermeister Stephan Weil freute sich in seinem Grußwort über das bunte Fest. Gerade in Zeiten, in denen das Gegeneinander der Kulturen und Religionen Schlagzeilen mache, seien solche Veranstaltungen wichtig, sagte der Oberbürgermeister. Die Veranstalter wollen die Tradition fortsetzen. „Gern wollen wir auch im nächsten Jahr wieder Gastgeber sein“, sagte Pastorin Antje Marklein.

## **2. Allgemeine Lage**

### **2.1. Erstes Treffen zwischen Zentralrat der Muslime und Zentralrat der Juden**

Zum ersten Mal hat der Zentralrat der Juden in Deutschland Vertreter muslimischer Dachverbände zu einem Spitzengespräch eingeladen. An der Vorstandssitzung des Zentralrats nahmen unter anderen der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, und der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, teil.

Beide Seiten betonten die konstruktive und vertrauensvolle Atmosphäre des Meinungsaustauschs, in dessen Mittelpunkt die Themen Islamfeindschaft und Antisemitismus standen. „Unsere Gäste haben sich viel Kritisches angehört“, sagte der Präsident des Zentralrats der Juden, Dieter Graumann. Auf jüdischer Seite sei man sehr besorgt über den Antisemitismus unter muslimischen Jugendlichen. „Wir hoffen, dass auch die muslimischen Verbände mehr dagegen tun; das wurde uns versichert,“ so Graumann (mehr). Aiman Mazyek betonte, es gebe im Islam keine Rechtfertigung für Antisemitismus oder anderen Rassismus. Das sei einhellige Meinung aller muslimischen Spitzenverbände.

Das Treffen soll nach dem Willen beider Seiten zu einer ständigen Einrichtung werden. Der Zentralrat der Muslime hat bereits eine Gegeneinladung ausgesprochen (mehr).

### **2.2. Brandanschlag auf älteste Moschee Deutschlands**

Erneut ist in Berlin ein Brandanschlag auf eine Moschee verübt worden. Ein Unbekannter zündete die Tür der Ahmadiyya-Moschee in Wilmersdorf an. Der Polizei gelang es, das Feuer schnell zu ersticken, so dass nur geringer Sachschaden entstand. Nach Angaben der Polizei hinterließ der Täter eine „Collage wild zusammengeklebter Zeitungsartikel“.

Seit Juni vergangenen Jahres wurden in Berlin sechs Brandanschläge auf Moscheen verübt. Die von 1924 bis 1928 erbaute Ahmadiyya-Moschee in Wilmersdorf ist die älteste Moschee Deutschlands (mehr).

### **2.3. Frankreich: Marine le Pen übernimmt Vorsitz der Partei „Front National“**

Marine Le Pen ist zur Vorsitzenden der rechtsextremen Partei „Front National“ gewählt worden. In einer Mitgliederbefragung setzte sie sich mit 68 Prozent der Stimmen durch. Marine Le Pen ist die Tochter des langjährigen Parteivorsitzenden Jean-Marie Le Pen, der zum Ehrenpräsidenten ernannt werden soll. In seiner Abschiedsrede rief der 82-Jährige seine Partei auf, gegen Einwanderung und eine Ausbreitung des Islams vorzugehen.

Marine Le Pen kündigte eine Abkehr von der antisemitischen Politik ihres Vaters an. Sie wolle die Partei „entdiabolisieren“. Die anti-islamische Politik der Partei werde sie indes fortsetzen, sagte die neue Vorsitzende. Für die Präsidentschaftswahlen 2012 sagen Meinungsforscher ihr bis zu 18 Prozent der Wählerstimmen voraus (mehr).

## 2.4. Was sonst noch war:

- Alice Schwarzer zur Mercator-Professorin der Universität Duisburg-Essen ernannt (mehr)
- Antisemitischer Film „Tal der Wölfe Palästina“ (s. Mitteilungen 11, 2010, S. 3) startet in Deutschland am Holocaustgedenktag (mehr).

## 3. Migrationsforschung

### 3.1. Zuwanderer weniger zuversichtlich

Zuwanderer blicken mit weniger Zuversicht auf das Zusammenleben in Deutschland als vor einem Jahr. Das zeigt eine vergleichende Befragung des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration, für die in den Jahren 2009 und 2010 jeweils 2.000 Personen mit und ohne Migrationshintergrund befragt wurden. Stimmten 2009 noch 22 Prozent der Zuwanderer „voll und ganz“ zu, dass die Mehrheitsbevölkerung und die Zuwanderer „ungestört“ miteinander leben, waren es im Herbst 2010 nur noch 9 Prozent. Zugleich verdoppelte sich der Anteil der pessimistischen Einschätzungen unter den Zuwanderern von 3,5 Prozent im Jahr 2009 auf 6 Prozent im Jahr 2010.

„Die Sarrazin-Debatte hat in der Einwanderungsgesellschaft Spuren hinterlassen“, erklärte der Vorsitzende des Sachverständigenrates, Klaus Bade. Auch wenn „das breite Mittelfeld“ auf beiden Seiten zum Glück gelassen bleibe, habe die Debatte Deutschland geschadet, nicht zuletzt im Ausland. „Deutschland muss attraktiver werden für Qualifizierte, die zögern zuzuwandern, und für solche, die erwägen, abzuwandern“, so Bade (mehr).

### 3.2. Berliner Sozialwissenschaftler: Sarrazins Thesen unhaltbar

Im Zuge des Projekts „Hybride europäisch-muslimische Identitätsmodelle (HEYMAT)“ haben Wissenschaftler der Humboldt-Universität Berlin eine ausführliche Kritik von Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ publiziert. Man habe sich zu diesem Schritt entschlossen, weil Sarrazin in öffentlichen Diskussionen gern darauf verweise, dass es bislang niemandem gelungen sei, seine „Fakten“ zu widerlegen, schreibt die Herausgeberin der Publikation, die Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan. Nun könne jedermann auf 70 Seiten nachlesen, wie es um diese „Fakten“ stehe, nämlich schlecht. Das Fazit der Autoren: Es handelt sich bei der von Sarrazin angestoßenen Debatte „letztlich nicht um eine Integrationsdebatte. Vielmehr werden unter dem Stichwort ‚Integration‘ Ängste, Ressentiments und rassistische Abwehrreaktionen verhandelt“ (mehr).

## 4. Veranstaltungen

### Beispielhafte Integration? – Aleviten in Deutschland

10. Februar 2011, 15–18 Uhr, Französische Friedrichstadtkirche Berlin, Gendarmenmarkt  
Referenten, u.a.: Ehrhart Körting, Raoul Motika, Vertreter der Alevitischen Gemeinde Deutschland  
Veranstalter: Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen.

## 5. Literatur: Neuerscheinungen

### 5.1. Bücher

- L. Gall/D. Willoweit (Hg.), *Judaism, Christianity, and Islam in the course of history: Exchange and conflicts*, München 2011 (darin u.a.: Th. Kaufmann, Kontinuitäten und Transformationen im okzidentalen Islambild des 15. und 16. Jahrhunderts, 287–306)
- A. Neuwirth, *Der Koran als Text der Spätantike. Ein europäischer Zugang*, Berlin 2010
- A. Toprak, *Integrationsunwillige Muslime? Ein Milieubericht*, Freiburg 2010

### 5.2. Broschüren und Online-Publikationen

- Heinrich-Böll Stiftung (Hg.), *Muslimische Gemeinschaften zwischen Recht und Politik*, Berlin 2010 (hier)
- F. Eißler (Hg.), *Aleviten in Deutschland. Grundlagen, Veränderungsprozesse, Perspektiven*, EZW-Texte 211, 2010
- N. Foroutan (Hg.), *Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand. Ein empirischer Gegenentwurf zu Thilo Sarrazins Thesen zu Muslimen in Deutschland*, Berlin 2011 (hier)
- Deutscher Kulturrat (Hg.), *Islam – Kultur – Politik*, Berlin 2011 (hier).

Hannover, den 25. Januar 2011

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 2, 2011

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Alptekin Kirci soll Vorsitzender der SPD Hannover werden

Der langjährige Vorsitzende der SPD Hannover, Walter Meinhold, gibt seinen Vorsitz ab. Als seinen Nachfolger hat er den 39-jährigen Rechtsanwalt Alptekin Kirci vorgeschlagen.

Kirci ist Mitglied des Rates der Stadt Hannover und Vorsitzender des Migrationsausschusses. Fünf Jahre lang war er Bezirksbürgermeister in Hannover-Nordstadt. Der gebürtige Hannoveraner ist Vorsitzender der Türkischen Gemeinde Niedersachsen und Mitglied im Vorstand des SPD-Ortsvereins Hannover-Nordstadt. Die Entscheidung über den neuen Parteivorsitzenden fällt beim Parteitag der hannoverschen SPD am 2. April. Kirci wäre der erste Muslim in diesem traditionsreichen Amt. Kurt Schumacher hatte die SPD nach dem Krieg von Hannover aus wiederaufgebaut (mehr).

Zu einem Eklat im Rat der Stadt Hannover führte der Kommentar des „Wir für Hannover“-Ratsherrn Jens Böning auf die Kandidatur Kircis. In einer Pressemitteilung stellte Böning die Frage, ob die Not in der SPD bereits so groß sei, dass sie für den Vorsitz auf „orientalische Facharbeiter“ zurückgreifen müsse. Wenig später trat Böning aus der Wählergemeinschaft „Wir für Hannover“ aus. Bei einem Treffen mit Mitgliedern der islamkritischen Partei „Die Freiheit“ kündigte er die Gründung einer neuen Partei mit Namen „Die Hannoveraner“ an (mehr).

#### 1.2. Diskussion über das Tragen einer Burka in öffentlichen Einrichtungen

Nach der Entscheidung des Landes Hessen, das Tragen einer Burka im öffentlichen Dienst zu untersagen (s. S. 2), strebt auch Niedersachsen ein Verbot der Vollverschleierung an. „Die Burka hat im öffentlichen Dienst nichts zu suchen“, sagte Innenminister Uwe Schünemann. Er kündigte an, das niedersächsische Beamtengesetz um einen entsprechenden Passus zu ergänzen.

In Hannover ist es nach Auskunft der Stadtverwaltung zwei Mal vorgekommen, dass Frauen mit Burka zum Dienst erschienen. Eine Kindergärtnerin und die Mitarbeiterin einer Stadtteilbibliothek habe man daraufhin in den Innendienst versetzt. Oberbürgermeister Stephan Weil erklärte, er halte das Tragen einer Burka nicht für angemessen.

Hannovers designierter SPD-Vorsitzender Alptekin Kirci lehnt das Tragen einer Vollverschleierung in öffentlichen Einrichtungen grundsätzlich ab. „Die Engstirnigkeit solcher Personen schadet ihrem Glauben und der Integrationsdebatte“, sagte er der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (mehr). Ähnlich äußerte sich der Vorsitzende des Landesverbandes der Muslime in Niedersachsen, Avni Altiner. „Eine Burka gehört nicht in den öffentlichen Dienst“, sagte er der Neuen Presse. „Wie soll man denn mit jemandem kommunizieren, wenn man ihm nicht ins Gesicht sehen kann?“ Im Übrigen habe die Burka mit der Religion gar nichts zu tun.

Auch der Islambeauftragte der Evangelischen Landeskirche Hannovers, Wolfgang Reinbold, lehnt die Vollverschleierung im öffentlichen Dienst ab. Im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst sagte er, die Burka sei ursprünglich eine lokale Übligkeit gewesen. Erst durch die Entscheidung der Taliban, das Tragen der Burka zur Pflicht zu machen, sei das Kleidungsstück zu einem religiös und politisch aufgeladenen Symbol geworden. Die Diskussion um die Burka dürfe daher nicht mit der Diskussion um das Tragen des Kopftuchs vermischt werden (mehr).

#### 1.3. Koranlektüre im Haus der Religionen

Im Haus der Religionen in Hannover hat eine neue Veranstaltungsreihe begonnen. Von Februar an lesen Interessierte aller Glaubensrichtungen den Koran in interreligiöser Perspektive. Der Koran werde in deutscher Sprache gelesen und anschließend diskutiert, sagte die Koordinatorin des Hauses, Kirsten Fricke, dem Evangelischen Pressedienst. Ziel sei es, den Koran besser zu verstehen und Missverständnisse aufzuklären. Referent der Veranstaltungsreihe ist unter anderen der muslimische Sprecher des Rates der Religionen Hannover, Hilal Al-Fahad. Ihm zur Seite steht jeweils ein christlicher oder jüdischer Bibelexperte.

Die Nachfrage nach der erstmalig angebotenen Koranlektüre ist groß. „Obwohl wir uns alle zwei Wochen treffen und die Teilnahme Geld kostet, haben wir mehr als dreißig Anmeldungen erhalten“, sagte Fricke dem newsletter. „Es gibt bereits eine Warteliste“ (mehr).

#### 1.4. Volkshochschule Oldenburg trennt sich von Islam-Dozenten

Die Volkshochschule Oldenburg hat sich von einem Dozenten getrennt, der in einem Islam-Kurs mit dem verfassungsfeindlichen Lehrbuch „Einführung in den Islam speziell für Volkshochschulen“ gearbeitet haben soll. Das Buch wird ohne Kenntnis der Volkshochschulen von der salafistischen Internetseite „Way-to-Allah“ vertrieben.

Auch die Türkisch-Islamische Gemeinde Oldenburg trennte sich von dem türkischstämmigen Unternehmer. Er sei ab sofort nicht mehr Dialogbeauftragter der Gemeinde, teilte der Vorsitzende Tunjay Dincer der Nordwest Zeitung mit. Der Generalsekretär der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) in Deutschland und Vorsitzende des Landesverbandes Niedersachsen-Bremen, Ali Ihsan Ünlü, distanzierte sich von den Vorgängen. „Die Türkisch-Islamische Gemeinde in Oldenburg und der Imam der Moschee wussten nicht, was dort vor sich geht. Der Kursleiter war als Dialogbeauftragter nur befugt, Besucher durch die Moschee zu führen. Hier hat jemand seine Kompetenzen überschritten. Wir dulden keinen Extremismus“, erklärte Ünlü (mehr).

## **2. Allgemeine Lage**

### **2.1. Islam-Zentren an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Frankfurt/Gießen**

Das Bundesforschungsministerium hat zwei weitere Standorte für Islamzentren festgelegt. Neben den Universitäten Tübingen und Osnabrück/Münster, die bereits im letzten Jahr ausgewählt worden waren, haben jetzt die Universitäten Erlangen-Nürnberg und Frankfurt/Gießen den Zuschlag erhalten.

Bundesforschungsministerin Annette Schavan begründete ihre Entscheidung mit den hervorragenden Vorarbeiten, die an beiden Universitäten geleistet worden seien. In Frankfurt bestehe seit dem Wintersemester 2010/11 der Bachelorstudiengang ‚Islamische Studien‘. Zudem habe die Forschung und Lehre am ‚Institut für Studien der Kultur und Religion des Islam‘ in den letzten Jahren eine hervorragende Ausgangsbasis für die Etablierung der Islamischen Studien geschaffen. Für den Standort Erlangen-Nürnberg hob die Ministerin die Bedeutung der Islamischen Studien für die rund 700.000 muslimischen Schüler in Deutschland hervor. „Am Interdisziplinären Zentrum für islamische Religionslehre werden seit 2003 Religionslehrer ausgebildet. Das bietet beste Voraussetzungen für die Etablierung Islamischer Studien, die unseren Prinzipien von Wissenschaftlichkeit entsprechen. Das kann und wird den Diskurs auch mit den christlichen Theologien befördern“, sagte die Ministerin.

Die Unterstützung des Bundesforschungsministeriums umfasst die Finanzierung von Professuren, Mitarbeiterstellen und Nachwuchsgruppen. Pro Standort stellt das Ministerium bis zu 4 Millionen Euro in den nächsten fünf Jahren zur Verfügung. „Mit der Förderung der Islamzentren möchte ich das klare Zeichen setzen, dass die Islamische Theologie einen Platz an deutschen Hochschulen hat“, betonte Schavan (mehr).

### **2.2. De Maizière für schnelle Einführung von Islam-Unterricht**

Bundesinnenminister de Maizière hat sich für eine schnelle Einführung des islamischen Religionsunterrichtes in Deutschland ausgesprochen. „Es setzt sich allmählich die Meinung durch, dass wir nicht warten, bis die Religionsgemeinschaften in den Ländern anerkannt sind“, sagte de Maizière bei einer Tagung in Nürnberg. Das niedersächsische Modell könne dafür zum Vorbild werden.

„Es freut mich besonders zu hören, und ich will ausdrücklich loben, dass sich die islamischen Organisationen, mit denen Niedersachsen im Gespräch ist, DITIB-Nord und Schura-Niedersachsen, flexibel zeigen und somit ein Vorankommen in der Einführung islamischen Religionsunterrichts möglich scheint“, sagte der Bundesinnenminister. „Wir sollten spätestens nächstes Jahr in den Ländern entsprechende Vereinbarungen haben“ (mehr).

In Nordrhein-Westfalen haben sich die muslimischen Verbände unterdessen mit dem Kultusministerium auf die Einführung eines Beirats-Modells nach niedersächsischem Vorbild geeinigt. Man habe die Bedenken der Verbände, die Beiratslösung könne auf Dauer angelegt sein, ausgeräumt, und eine Erklärung über den Weg hin zu einem bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht unterzeichnet, teilte das Schulministerium mit. „Die Gemeinsame Erklärung ist ein großer Erfolg für die 320.000 muslimischen Schüler in Nordrhein-Westfalen, weil wir nun in absehbarer Zeit einen bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht einrichten können“, erklärte Schulministerin Sylvia Löhrmann. Der Gesetzentwurf könne jetzt schnell fertig gestellt werden. „Ich würde es begrüßen, wenn er aus der Mitte des Parlaments in den Landtag eingebracht würde“, sagte die Ministerin (mehr).

### **2.3. Hessen verbietet Burkas im öffentlichen Dienst**

Hessen hat als erstes Bundesland ein Burka-Verbot im öffentlichen Dienst erlassen. Innenminister Boris Rhein setzte die entsprechende Vorschrift für Landesbedienstete Anfang Februar in Kraft. „Landesbedienstete müssen sich neutral in Glaubensfragen verhalten“, erklärte Rhein. Eine Verschleierung sei vor allem beim Kontakt mit Bürgern nicht akzeptabel.

Anlass des Verbotes war die Ankündigung einer Mitarbeiterin der Stadt Frankfurt, mit Burka zum Dienst erscheinen zu wollen. Der Frankfurter Personaldezernent Markus Frank begrüßte das Verbot. Die Stadt dulde keine Vollverschleierung im Dienst (mehr).

Auch Vertreter der Muslime und der Frankfurter Rat der Religionen begrüßten den strikten Kurs. Die muslimischen Vertreter im Rat der Religionen legten der betroffenen Angestellten nahe, ein „Kleidungsstück zu wählen, das sowohl ihre religiösen Vorschriften erfüllt als auch die berechtigten Interessen der Öffentlichkeit beachtet, z.B. ein Kopftuch“ (mehr).

#### **2.4. Zentralrat der Muslime begrüßt politische Entwicklung in Nordafrika**

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland hat dem ägyptischen Volk zum Erfolg seiner Revolution gratuliert. „Durch die Gnade Gottes, der den Mut der Bürger belohnte und ihre Rufe nach Demokratie und Menschenrechten erhörte, wurden wir alle Zeugen einer Zeitwende in der islamischen Welt, deren Verlauf unumkehrbar ist und die einmal mehr deutlich macht, dass Islam und Demokratie einhergehen können, ja einhergehen müssen“, erklärte der Vorsitzende des Zentralrats, Aiman Mazyek. Es bleibe zu hoffen, dass nun bald eine freiheitliche demokratische Verfassung eingesetzt werde (mehr).

#### **2.5. Was sonst noch war**

- Neun Jahre Haft für Westergaard-Attentäter (mehr)
- Halberstadt: Evangelische Kirche sagt Veranstaltung mit Sarrazin ab (mehr).

### **3. Meinungsforschung**

#### **Gallup: Mehr Kooperation zwischen muslimischen und westlichen Ländern erwünscht**

Das Gallup-Center hat die erste Meinungsumfrage publiziert, mit der die im Jahr 2008 erschienene Studie „Wer spricht für den Islam“ (mehr) fortgesetzt werden soll. In den Jahren 2006 bis 2010 befragte das Institut 100.000 Menschen in 45 muslimischen Ländern und 20.000 Menschen in 9 westlichen Ländern nach ihren Einstellungen zum muslimisch-westlichen Verhältnis.

Eines der Ergebnisse der Studie: Auf beiden Seiten befürwortet eine Mehrheit von insgesamt 59% der Befragten den Ausbau der gegenseitigen Kontakte, nur 21% halten ihn für bedrohlich. Die stärkste Ablehnung verzeichnet die Studie für Afghanistan, wo sich nur 33% der Befragten mehr Interaktion wünschen. In Deutschland liegt die Zustimmung bei 76%, die Ablehnung bei 13%.

Ein weiteres Ergebnis: Eine Mehrheit der Muslime beklagt die Einstellung des Westens zur muslimischen Welt. 52% sind der Auffassung, sie sei nicht von Respekt geprägt. In den besonders wichtigen Regionen Nordafrika und Naher Osten teilen 65% der Befragten diese Auffassung. Gefragt, was der Westen tun könne, um das Verhältnis zu überwiegend muslimischen Ländern zu verbessern, wird an erster Stelle der Respekt für den Islam genannt. Für 72% der Befragten ist es von großer Bedeutung, wie sich der Westen zum Koran und den muslimischen religiösen Symbolen verhält. 49% wünschen sich, dass muslimische Charaktere im Film und im Fernsehen sorgfältiger portraitiert werden (mehr).

### **4. Veranstaltungen**

#### **4.1. Mission – Dialog – Kooperation**

Weltanschauungen und Religionen zwischen Profilbildung und Anerkennung des religiösen Pluralismus 8.–10. April 2011, Evangelische Akademie Loccum

Referenten: Ali Özgür Özdil, Notger Slenczka, Christian Waldhoff, Christian Troll, Klaus Grünwaldt, Ahmad Aweimer, Frieder Otto Wolf, Thomas Schirrmacher, Andreas Lipsch u.a. (mehr).

Veranstalter: Akademie Loccum, Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers.

#### **4.2. Hameln hat viele Gesichter: Juden, Christen, Muslime**

20. März 2011, 11 Uhr, Ökumenisches Zentrum Klein Berkel, Hameln  
Gesprächsrunde mit Rachel Dohme, Yasin Akbas, Andreas Kühne-Glaser.

### **5. Literatur: Neuerscheinungen**

D. Reetz (Hg.), Islam in Europa. Religiöses Leben heute. Ein Portrait ausgewählter islamischer Gruppen und Institutionen, Münster 2010

Bistum Hildesheim/Bistum Osnabrück (Hg.), Bausteine für den Dialog. Handreichung für das Gespräch zwischen Christen und Muslimen, Hildesheim/Osnabrück 2010 (hier).

Hannover, den 25. Februar 2011

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 3, 2011

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Designerter Landesbischof will den interreligiösen Dialog fördern

Der designierte Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, Ralf Meister, setzt sich für den interreligiösen Dialog ein. Er verstehe den Satz des Bundespräsidenten, der Islam gehöre zu Deutschland, als „korrekte Beschreibung der religiös vielfältigen Welt in unserem Land“, sagte er im Interview mit der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung. Die Kritik an dem Satz teile er nicht. „Wir sollten die religiösen Grundüberzeugungen von Muslimen in unserem Land nicht als ‚fremd‘ infrage stellen“, sagte Meister. Es sei die Aufgabe von Christen, Muslimen und Juden, „gemeinsam die Bedeutung der unterschiedlichen Religionen für ein gerechtes und friedliches Miteinander in unserer Gesellschaft durchzubuchstabieren“.

#### 1.2. Hannover: CDU-Chef Dirk Toepffer plädiert für mehr Moscheebesuche

Nach der Stellungnahme des neuen Bundesinnenministers zur Rolle des Islams in Deutschland (s.u.) hat sich der Vorsitzende der CDU in Hannover und stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag, Dirk Toepffer, zu Wort gemeldet.

Der Neuen Presse sagte Toepffer, er stimme der Einschätzung des Bundespräsidenten zu, dass der Islam zu Deutschland gehöre. Es sei an der Zeit, dass auch die Mitglieder der CDU die Realität muslimischen Lebens in Deutschland zur Kenntnis nähmen. Allenthalben gebe es Unsicherheiten und Berührungängste, es fehle an Wissen über den muslimischen Glauben: „Wir als Christen müssen uns stärker mit dem Islam auseinandersetzen. Ich würde mir wünschen, dass jeder in der CDU mal eine Moschee besucht.“ Der zu erwartende stärkere Einfluss des Islam auf die deutsche Kultur müsse nicht als Bedrohung wahrgenommen werden. So könne etwa die Betonung des Zusammenhalts der Familie im türkischen Milieu „auch zu einer Rückbesinnung auf christliche Werte führen.“

Die Kirchen und die Stadt Hannover begrüßten Toepffers Vorschlag. Der evangelische Stadt-superintendent Hans-Martin Heinemann sagte der Neuen Presse: „Wir sind alle Bürger dieser Stadt und damit Nachbarn. Daher ist es gut, wenn Christen Moscheen besuchen und Muslime die Kirchen.“ Alle Angehörigen einer Religionsgemeinschaft sollten Interesse an den anderen Religionen haben, „und die frommen ganz besonders.“ Ähnlich äußerte sich der katholische Regionaldechant und Sprecher des Rates der Religionen Hannover, Martin Tenge. Auch vom Oberbürgermeister kam Zustimmung. „Es muss darum gehen, möglichst viele Kontakte zwischen unserer Mehrheitsgesellschaft und Muslimen zu knüpfen“, sagte Stephan Weil (mehr).

#### 1.3. Tacheles: Islam-Staffel abgeschlossen

Zum Abschluss der Islam-Staffel der evangelischen Talkshow „Tacheles“ hat der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Nikolaus Schneider, ein positives Fazit gezogen. Die zehnteilige Talkshow zu christlich-muslimischen Themen habe sich wohltuend von vergleichbaren Formaten im deutschen Fernsehen abgehoben. Dafür habe nicht zuletzt der Ort der Aufzeichnung gesorgt, die Marktkirche in Hannover.

In der Sache sei deutlich geworden, dass ein wissenschaftlicher Austausch zwischen christlichen Theologen und islamischen Religionsgelehrten nötig sei. „Wir brauchen einen akademisch gebildeten Islam“, sagte Schneider. Es genüge nicht, wenn Imame aus dem Ausland nach Deutschland kämen und nach kurzer Zeit wieder zurückgingen. „Der Islam muss sich hier einwurzeln“. Der Dialog der Religionen sei eine zentrale Aufgabe unserer Zeit. „Ziel muss sein, dass sich die Religionen für das gesellschaftliche Leben in unserem Land mit verantwortlich fühlen und sich einbringen“, sagte der EKD-Vorsitzende.

Nach Auskunft der Tacheles-Redaktion stießen die Sendungen auf starkes Publikumsinteresse. Teilweise hätten 1,8 Millionen Menschen zeitweise zugeschaut, die Filmausschnitte aus den Debatten wurden im Internet mehr als 100.000-mal angesehen. Die nächste Tacheles-Staffel widmet sich dem Thema „Deutschland 2020 – nach welchen Werten wollen wir leben?“ Die einstündige Talkshow ist sechs bis sieben Mal im Jahr auf „Phoenix“ zu sehen (mehr).

### 2. Allgemeine Lage

#### 2.1. Bundesinnenminister Friedrich: Der Islam gehört nicht zu Deutschland

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich hat am Tag seiner Ernennung seine Kritik an der Rede des Bundespräsidenten zum Tag der Deutschen Einheit erneuert. Er bleibe bei seiner Einschätzung der Rede und habe nichts zurückzunehmen, sagte Friedrich vor der Bundespressekonferenz (mehr).

Seinerzeit hatte Friedrich kritisiert, der Satz, der Islam gehöre „inzwischen auch zu Deutschland“, lasse sich aus der Geschichte nicht belegen.“ „Die Leitkultur in Deutschland ist die christlich-jüdisch-abendländische Kultur, nicht die islamische“ (mehr).

Der Zentralrat der Muslime warf Friedrich Realitätsverweigerung vor. Europa habe eine ganze Reihe eindeutiger historischer Bezüge zum Islam und der islamischen Welt, sagte der Vorsitzende Aiman Mazyek der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung. „Heute sind die Muslime hierzulande eine nicht mehr wegzudenkende gesellschaftliche Gruppe. Deswegen ist die Aussage des Bundespräsidenten mehr als richtig.“ Friedrichs Aussage sei „ein Stück Realitätsverweigerung“ (mehr). Ähnlich äußerten sich führende Oppositionspolitiker. Grünen-Fraktionschefin Renate Künast sagte, Friedrich sei noch keine 24 Stunden im Amt, „schon beginnt er, das Porzellan zu zerschlagen“. Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit monierte, Friedrich grenze den Islam aus (mehr). FDP-Generalsekretär Christian Lindner spottete, mit der CSU sei es in gewisser Weise wie mit dem Islam: „Die CSU war auch nicht prägende Kraft der deutschen Geschichte. Die bayerische Leitkultur ist geprägt worden, als Bayern noch Monarchie war. Trotzdem ist die CSU heute eine gesellschaftliche Realität, mit der wir umgehen müssen“ (mehr).

Die Frage nach einer „Leitkultur“ griff auch der Landesbischof der Evangelischen Kirche in Berlin, Markus Dröge, in einer Predigt auf. Es gebe in der Tat eine solche „Leitkultur“, sagte Dröge. „Das ist unsere demokratische, offene, auf Dialog angelegte und den Menschenrechten verpflichtete Ordnung.“ In dieser Leitkultur könne jedermann heimisch werden, gleich welcher Religion er angehöre.

## **2.2. Anschlag auf amerikanische Soldaten auf dem Frankfurter Flughafen**

Ein Deutsch-Kosovare hat am Frankfurter Flughafen zwei amerikanische Soldaten erschossen und zwei weitere schwer verletzt. Der 21-jährige Abiturient Arid Uka lauerte einem Bus mit amerikanischen Militärpolizisten vor einem öffentlich zugänglichen Terminal auf, sprach einen der Soldaten an und eröffnete das Feuer. Nach kurzer Flucht wurde er von Beamten der Bundespolizei überwältigt. Die Polizei vermutet, dass der Attentäter so viele Menschen wie möglich töten wollte. Die Pistole hatte eine Ladehemmung.

Uka arbeitete seit einigen Wochen im Postzentrum des Flughafens. Zu seinem Motiv sagte er, er habe Videos von Gräueltaten der Amerikaner gegen Muslime gesehen. Die Polizei geht davon aus, dass der Täter allein gehandelt hat. Er habe Kontakt zur Frankfurter Salafistenszene gehabt und sich offenbar innerhalb weniger Wochen radikalisiert. In den Akten sei er nicht als „Gefährder“ geführt worden, teilte die Polizei mit (mehr).

## **2.3. Necmettin Erbakan gestorben – Ministerpräsident Erdoğan verschiebt EU-Besuch**

Necmettin Erbakan, ehemaliger Ministerpräsident der Türkei, Vordenker der Millî-Görüş-Bewegung und Mentor des heutigen Ministerpräsidenten Erdoğan, ist tot. Erdoğan erreichte die Nachricht beim Rundgang mit Bundeskanzlerin Merkel über die CeBIT in Hannover. Er reiste umgehend in die Türkei und sagte einen geplanten Besuch bei der Europäischen Union in Brüssel ab. In Istanbul nahmen mehr als 100.000 Menschen Abschied von Erbakan, unter ihnen neben Erdoğan auch Präsident Gül.

Necmettin Erbakan studierte Maschinenbau in Istanbul und promovierte 1953 an der Technischen Hochschule Aachen. Seit 1965 war er Professor an der Technischen Universität Istanbul. Im Jahr 1970 gründete Erbakan die erste Partei der Millî-Görüş-Bewegung („Nationale Weltsicht“), die wenig später verbotene „Nationale Ordnungspartei“. Erbakan war mehrfach stellvertretender türkischer Ministerpräsident, als Vorsitzender der „Wohlfahrtspartei“ (RP) wurde er im Juni 1996 der erste islamistische Ministerpräsident der Türkei. Im Juni 1997 drängte ihn die Armee aus dem Amt, die RP wurde verboten. Versuche, durch Gründung neuer Parteien politisch wieder Fuß zu fassen, scheiterten zunächst. Ende 2003 wurde Erbakan wegen Betrugs und Dokumentenfälschung verurteilt und legte das Amt des Parteivorsitzenden der „Glückseligkeitspartei“ (SP) nieder. Im Oktober 2010 wurde er erneut zum Vorsitzenden der SP gewählt.

Den abgesagten Besuch in Brüssel will Ministerpräsident Erdoğan zu einem späteren Zeitpunkt nachholen. Bei den Gesprächen sollte es um die stockenden Verhandlungen über einen Beitritt der Türkei zur EU gehen. Erdoğan hatte zuletzt eine „offene Diskriminierung“ seines Landes beklagt (mehr).

## **2.4. Pakistan: Minister für religiöse Minderheiten ermordet**

Die Ermordung des pakistanischen Ministers für religiöse Minderheiten, Shahbaz Bhatti, hat weltweit Bestürzung ausgelöst. Anfang März wurde Bhatti auf offener Straße in der Hauptstadt Islamabad erschossen. Zu der Tat bekannten sich pakistanische Taliban. Der 42-jährige Katholik Bhatti war der einzige Christ im pakistanischen Regierungskabinet. Er hatte sich zuletzt energisch für eine Reform des Blasphemie-Gesetzes eingesetzt, das Gotteslästerung unter Todesstrafe stellt. Der Minister hatte seit Wochen Todesdrohungen erhalten.

Der Anschlag auf Bhatti ist bereits der zweite Mord an einem hochrangigen pakistanischen Politiker im Zusammenhang mit dem Blasphemie-Gesetz in diesem Jahr. Am 4. Januar war der Gouverneur der Punjab-Provinz, Salman Taseer, von seinem Leibwächter erschossen worden, weil er das Gesetz abschaffen wollte.

Der pakistanische Präsident Asif Ali Zardari und Premierminister Yusuf Raza Gillani verurteilten den Mord und kündigten eine Untersuchung an. Bundesaußenminister Guido Westerwelle sagte, Bhatti habe sich mit außergewöhnlichem Engagement und großem persönlichen Mut für die Rechte von Minderheiten in Pakistan eingesetzt, sein Tod sei ein schwerer Verlust. EKD-Auslandsbischof Martin Schindehütte rief die Regierung in Islamabad auf, Minderheiten besser zu schützen. „Es kann nicht sein, dass durch solche brutalen Gewalttaten ungehindert Angst und Schrecken verbreitet werden“, sagte Schindehütte in Hannover. Die Europäische Union und die Bundesregierung sollten sich noch entschiedener für die Menschenrechte in Pakistan einsetzen (mehr).

Wenige Tage vor seinem Tod hatte Bhatti der Süddeutschen Zeitung ein Interview gegeben, in dem er einen umfassenden Mentalitätswechsel in Pakistan forderte. Das Attentat auf Taseer war in Pakistan auf große Zustimmung gestoßen. In einer Online-Umfrage der Express Tribune, einer der liberalen Zeitungen des Landes, hatten drei Viertel der Leser zum Entsetzen der Redaktion erklärt, der Mord an dem Gouverneur sei angemessen. Es werde Zeit brauchen, bis sich diese Stimmung im Land ändern werde, sagte Bhatti der Süddeutschen Zeitung, vielleicht eine ganze Generation (mehr). Es sei das Ziel der Taliban und des Terrornetzwerks Al-Qaida, den pakistanischen Staat in ihre Gewalt zu bekommen, schrieb ein Kommentator der Express Tribune. Die Regierung und der Sicherheitsapparat müssten jetzt gemeinsam den Staat und das Volk gegen die Radikalen verteidigen (mehr).

### **2.5. Zentralrat der Muslime startet Aktion „Das Grundgesetz im (Migrations-) Vordergrund“**

Der Zentralrat der Muslime will jungen Muslimen die deutsche Verfassung näher bringen. Mit der Aktion „Das Grundgesetz im (Migrations-) Vordergrund“ wolle man sich für das republikanisch-demokratische Staatswesen einsetzen, teilte der Verband mit. „Als wir im letzten Herbst die Imame und Vorsteher unserer Moscheevereine und Gemeinden dazu aufriefen, die Verteidigung unserer freiheitlichen Grundordnung zum Thema der Freitagspredigten zu machen, wurden wir durch die sehr positive Resonanz ermutigt, diese Initiative fortzusetzen“.

In Zukunft wird der Politologe Muhammad Sameer Murtaza auf der Internetseite des Verbandes einen Beitrag pro Woche veröffentlichen, in dem er die Artikel des Grundgesetzes kommentiert. Man hoffe, dass dadurch eine rege Diskussion entsteht, teilte der Verband mit. Später wolle man die Texte als Handreichung für die Gemeinden aufbereiten und in die Moscheevereine tragen. Die Initiative wird unterstützt von Bundespräsident Wulff und dem Grünen-Vorsitzenden Cem Özdemir. „Ich begrüße es, wenn Sie mit Ihrem Projekt die Bedeutung unseres Grundgesetzes in den Vordergrund rücken, die Identifikation muslimischer Jugendlicher mit ihrem Land stärken und sie dabei motivieren, sich aktiv in die Gestaltung unserer Demokratie einzubringen“, lässt sich Özdemir zitieren (mehr).

### **2.6. Was sonst noch war**

- Wirbel um Rede des türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan (mehr)
- Tote bei Krawallen zwischen Kopten und Muslimen in Ägypten (mehr)
- Osnabrück: Johannisschule wird christlich-jüdisch-muslimische Grundschule (mehr)
- Kritik an Einladung Sarrazins in die Evangelische Akademie Tutzing (mehr)
- Preisgekröntes Theaterstück „Moschee DE“ als Buch erschienen (mehr).

## **3. Veranstaltungen**

### **Moscheen in Deutschland**

Fotografiert von Wilfried Dechau

11. März – 5. Mai 2011, Goethe-Institut Göttingen, Merkelstr. 4 (mehr).

## **4. Literatur: Neuerscheinungen**

S. El Masrar, Muslim Girls. Wer wir sind, wie wir leben, Frankfurt 2010

B. Idriz, Grüß Gott, Herr Imam! Eine Religion ist angekommen, München 2010

H. Sezgin (Hg.), Manifest der Vielen. Deutschland erfindet sich neu, Berlin 2011.

Hannover, den 21. März 2011

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 4, 2011

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Landesbischof Meister ruft zu christlich-muslimischem Gespräch auf

Der neue Landesbischof der Landeskirche Hannovers, Ralf Meister, hat die Evangelisch-lutherischen Christen dazu aufgerufen, das Gespräch mit Muslimen zu führen. In der Predigt anlässlich seiner Einführung zum Landesbischof sagte Meister in der Marktkirche Hannover: „Niedersachsen ist in seiner Geschichte der letzten 50 Jahre ein wunderbares Beispiel für christliche und jüdisch-christliche Ökumene gewesen, gerade auch in der Vielfalt des jüdischen Glaubens in Niedersachsen. Sorgen wir dafür, dass es auch in der Begegnung mit dem Islam zu einem solchen Beispiel wird. Religiöse Blindheit ist kein Charakter des Blickes Gottes. Sondern die Schönheit seines Blickes umfasst Menschen allen Glaubens“. Im Fürbittgebet bat die versammelte Gemeinde Gott darum, dass er dazu helfe, dass Christen und Muslime in gemeinsamer Verantwortung für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung eintreten (mehr).

#### 1.2. Ministerpräsident würdigt 50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei

Mit einer Festveranstaltung bei Volkswagen in Hannover hat die Niedersächsische Landesregierung den 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und der Türkei gefeiert. In seiner Ansprache dankte Ministerpräsident McAllister den türkischen Migranten dafür, dass sie das Land mit aufgebaut und „unseren Wohlstand mit begründet“ hätten. Ihre Kinder und Enkel seien heute vielfach gut integriert und leisteten einen wichtigen Beitrag, sagte McAllister und rief den Anwesenden zu: „Danke, dass Sie gekommen sind, sich mit Ihrem Fleiß und Ihrer Kraft für unser Land eingesetzt haben, und danke, dass Sie geblieben sind.“

Auch Sozialministerin Özkan betonte die vielen Beispiele gelungener Integration. Heute gelte es, gemeinsam an einer guten Zukunft für Niedersachsen und für Deutschland zu arbeiten, sagte die Ministerin.

Das am 31. Oktober 1961 geschlossene Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und der Türkei markiert den Beginn der Arbeitsmigration in die Bundesrepublik. 900.000 Menschen türkischer Herkunft lebten bis zum Anwerbestopp 1973 in Deutschland, 70.000 davon in Niedersachsen. Mehr als 700.000 Türkisch-Deutsche haben mittlerweile die deutsche Staatsangehörigkeit erworben (mehr).

#### 1.3. Osnabrück: Vertrag für multireligiöse Grundschule unterzeichnet

Vertreter der katholischen Kirche, der jüdischen Gemeinde Osnabrück und der beiden muslimischen Landesverbände haben den Vertrag zur Gründung der geplanten multireligiösen Grundschule unterzeichnet. Die Schule soll im Sommer 2012 starten.

Träger des Projekts ist die Schulstiftung des Bistums Osnabrück. Die Johannisschule, bislang eine katholische Bekenntnisschule in städtischer Trägerschaft, soll zu einer katholischen Privatschule für Christen, Juden und Muslime umgewandelt werden. Die Kooperationspartner wollen die religiösen Überzeugungen, Lebensweisen und Riten der drei beteiligten Religionsgemeinschaften vielfältig zum Thema machen: „Religiöses Wissen, respektvolle Begegnung und friedliche Verständigung trotz unterschiedlicher religiöser Überzeugungen sind zentrale Lern- und Erziehungsziele.“

Der evangelische Kirchenkreis Osnabrück gehört nicht zu den Kooperationspartnern. „Uns fehlen wesentliche Inhalte, die zu einer multireligiösen Schule gehören“, erklärte Superintendent Friedemann Pannen. So gebe es etwa kein gemeinsames Leitbild. Stattdessen gelte weiterhin das Leitbild der Schulstiftung des Bistums Osnabrück. Kontraproduktiv sei die Regelung, dass katholische Pfarrer andersgläubige Kinder aus den Gottesdiensten ausschließen könnten, sagte Pannen. Die Herausforderung bestehe gerade darin, „religiöse Feiern für alle Schüler offen zu halten“.

Der Vorsitzende des Landesverbandes der Muslime in Niedersachsen, Avni Altiner, bedauert die Absage der evangelischen Kirche. „Ich hätte mir gewünscht, dass sie dabei ist“, sagte er. Die Schule sei ein „Gewinn für die Religionsgemeinschaften“ (mehr).

#### 1.4. Garbsen: Erste Interreligiöse Kulturwochen

Der Integrationsbeirat der Stadt Garbsen veranstaltet vom 6.–26. Mai 2011 erstmals Interreligiöse Kulturwochen in Garbsen. Das umfangreiche Programm ist mehr als zwei Jahre lang von einer Arbeitsgruppe aller in Garbsen wirkenden Kulturen und Religionen vorbereitet worden.

Teil der Kulturwochen ist die Ausstellung „Weltreligionen, Weltfrieden, Weltethos“ der Stiftung Weltethos, die in der Rathaushalle gezeigt wird. Die Interreligiösen Kulturwochen werden am Freitag, den 6. Mai 2011 um 17 Uhr im Rathaus der Stadt Garbsen eröffnet (mehr).

### **1.5. Bremerhaven: Grundstein für neue Milli-Görüs-Moschee gelegt**

In Bremerhaven ist der Grundstein für den Neubau der Fatih-Moschee gelegt worden. Geplant ist der Bau eines 1000 Quadratmeter großen Komplexes mit Minarett und Kuppel. In der Moschee sollen Gebetsräume für Männer und Frauen, Seminar- und Unterrichtsräume, eine Unterkunft für den Imam, eine Teestube, eine Bibliothek und anderes mehr entstehen. Träger des Projektes ist die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs.

An der Grundsteinlegung teil nahmen unter anderen Bremerhavens Bürgermeister Melf Grantz, der Vorsitzende der Islamischen Föderation Bremen, Zeki Basaran, der Vorsitzende der Schura Bremen, Mustafa Yavuz, sowie der Chef der „Europäischen Moscheebau- und Unterstützungsgesellschaft“, Ibrahim el-Zayat. Die evangelische Kirche wurde vertreten durch Superintendentin Susanne Wendorf-von Blumröder. Der Bau der Moschee soll eine Million Euro kosten, die vor allem aus Spenden aufgebracht werden sollen (mehr).

## **2. Allgemeine Lage**

### **2.1. Deutsche Islam-Konferenz: Bundesinnenminister beharrt auf seiner Haltung**

Innenminister Friedrich beharrt auf seinen Äußerungen zur Stellung des Islam in Deutschland. Am Rande der ersten von ihm verantworteten Plenarsitzung der Islam-Konferenz wiederholte Friedrich seine Äußerung, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Zwar seien die vier Millionen Muslime Teil der Gesellschaft, sagte Friedrich. Das Land selbst sei indes „christlich-abendländisch geprägt“.

Neun der zehn muslimischen Einzelvertreter der Islamkonferenz kritisierten Friedrichs Äußerung in einer gemeinsamen Erklärung. Auch in der Opposition wurde teils scharfe Kritik laut. Die Integrationsbeauftragte der SPD Bundestagsfraktion, Aydan Özoguz, forderte die Vertreter der Muslime zum Boykott der Islamkonferenz auf. Sie sollten nicht mehr teilnehmen, bis ein anderer die Leitung übernehme, sagte Özoguz dem Hamburger Abendblatt.

Rückendeckung erhielt Friedrich vom niedersächsischen Innenminister Uwe Schünemann. Die Frage, ob der Islam zu Deutschland gehöre, bedürfe keiner historischen Betrachtung, sagte er der Neuen Osnabrücker Zeitung. Eine positive Antwort darauf liege in der Verantwortung der Muslime selbst: „Akzeptiert der Islam die Grundlagen des säkularen Staates? Respektiert er die Grenze zwischen Staat und Religion? Distanziert er sich von Extremismus?“ Daran bestünden berechnete Zweifel, solange islamische Verbandsvertreter öffentlich behaupteten, Scharia und Demokratie seien vereinbar, sagte Schünemann.

Zu mehr Gelassenheit in der Debatte rief die Alevitische Gemeinde Deutschland auf. Der Boykottaufruf der SPD sei „Blödsinn“, sagte der stellvertretende Vorsitzende Ali Ertan Toprak. Man könne nicht einfach nach jeder heftigen Debatte zum Boykott aufrufen. Ohnehin könnten die muslimischen Verbände sehr wohl für sich selbst sprechen. „Es ärgert mich, dass SPD und Grüne immer meinen, sie müssten in unserem Namen sprechen“, sagte Toprak, der selbst Mitglied der Grünen ist. Die Empörung über den Verlauf der Islam-Konferenz teile er nicht. „Ich habe das bei weitem nicht als so dramatisch und schon gar nicht als Eklat empfunden“, so Toprak (mehr).

### **2.2. Navid Kermani erhält Buber-Rosenzweig-Medaille**

Der iranisch-deutsche Schriftsteller und Islamwissenschaftler Navid Kermani ist mit der Buber-Rosenzweig-Medaille ausgezeichnet worden. Die Auszeichnung der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit wird seit 1968 für Verständigung und christlich-jüdische Zusammenarbeit vergeben. Kermani ist der erste Muslim, der mit dem Preis ausgezeichnet wird.

In seiner Laudatio lobte der Publizist Sergey Lagodinsky Kermanis differenzierte Perspektive, die „die Fragen der notorischen ‚Islamdebatierer‘ längst beantwortet habe“. Die „unaufgeregte Selbstverständlichkeit der Pluralität“, die Kermani wissenschaftlich und publizistisch kultiviert habe, sei wohltuend. „Der neue kermanische Wir-Entwurf ist kein Allerwelts-Brei nach den Vorstellungen prinzipienloser Kulturrelativisten. Er steht zu seinen Werten, die ausdrücklich aufklärerisch sind, und zu seinem Glauben, dem Islam“, so Lagodinsky.

In seinem Dankeswort bezeichnete Kermani die Auszeichnung als „äußerst großzügige Geste“. Viele Muslime hätten die Entscheidung des Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit als Anerkennung der Tatsache verstanden, dass Muslime in Deutschland „dazugehören“ (mehr).

### **2.3. Frankfurt: Britischer Salafist wird ausgewiesen**

Die Frankfurter Ausländerbehörde hat den britischen Salafisten Bilal Philips ausgewiesen. Er müsse Deutschland bis zum 23. April verlassen haben, teilte die Polizei mit. Zuvor hatte Philips bei einer Kundgebung zum Thema „Islam – die missverstandene Religion“ vor etwa 2.000 nach Geschlechtern sortierten Personen in der Frankfurter Innenstadt gesprochen.

Vorausgegangen war ein Rechtsstreit mit der Stadt Frankfurt. Das Ordnungsamt hatte die von dem deutschen Salafisten Pierre Vogel organisierte Kundgebung zunächst verboten. Das Verwaltungsgericht hatte sie unter Auflagen erlaubt. Eine Beschwerde der Stadt Frankfurt gegen die Erlaubnis wurde wenige Stunden vor Beginn der Kundgebung vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof zurückgewiesen.

Philips soll unter anderem die Todesstrafe für Homosexuelle gefordert haben. Der Grünen-Politiker Volker Beck hatte die Bundesregierung vor der Veranstaltung aufgefordert, seine Einreise zu verhindern. Hessens Innenminister Boris Rhein hatte die Forderung unterstützt. Prediger wie Vogel und Philips tragen nach verbreiteter Einschätzung zur Radikalisierung junger Muslime bei (mehr).

#### **2.4. Wien: Interreligiöses Zentrum geplant**

Österreich, Saudi-Arabien und Spanien verhandeln über die Gründung eines „King Abdullah-Zentrum für den Dialog der Religionen“ in Wien. Im Aufsichtsrat des geplanten interreligiösen Zentrums sollen alle großen Religionen vertreten sein. Finanziert werden soll das Projekt größtenteils mit saudi-arabischem Geld.

Nach einem Bericht der österreichischen Zeitung „Die Presse“ hat der Großscheich der Al-Azhar-Universität in Kairo, Ahmed El Tayeb, den österreichischen Außenminister Michael Spindelegger vor der geplanten Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien gewarnt. Es sei bekannt, welche Unruhe die Saudis mit solchen Zentren weltweit gesät hätten und welche radikale Interpretation des Islam dahinter stecke. Besser sei es, wenn Österreich das Zentrum in eigener Regie führe, wird der Großscheich zitiert (mehr).

#### **2.5. Erleichterung über den Tod Bin Ladens und Kritik an Reaktionen auf seinen Tod**

Der Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland hat erleichtert auf den Tod des Al-Qaida-Führers Osama bin Laden reagiert. Dem ZDF sagte der Sprecher des Rates, Ayman Mazyek, viele Muslime seien darüber hinaus überrascht gewesen, dass Bin Laden noch lebte. Klug sei die Entscheidung der Vereinigten Staaten, die Leiche des Terroristen im Meer zu bestatten. Auf diese Weise werde die Entstehung einer Pilgerstätte an seinem Grab vermieden. Mazyek betonte, die große Mehrheit der Muslime habe sich stets von Al-Qaida distanziert und mit Bin Laden nie etwas zu tun haben wollen. Lediglich eine „verschwindend kleine, extremistische, verblendete Gruppe“ habe ihn unterstützt (mehr).

Vertreter der Kirchen äußerten sich kritisch zu den öffentlichen Freudenfeiern in den Vereinigten Staaten und zur Reaktion der Bundesregierung. Bundeskanzlerin Merkel hatte den Tod Bin Ladens mit den Worten kommentiert, sie freue sich, „dass es gelungen ist, Bin Laden zu töten“. Dazu sagte der evangelische Militärbischof Martin Dutzmann: „Eine gute Nachricht wäre es gewesen, wenn er festgesetzt und einem geregelten Gerichtsverfahren zugeführt worden wäre (mehr).“

#### **2.6. Was sonst noch war**

- Düsseldorf/Bochum: Drei Terrorverdächtige festgenommen (mehr)
- Diskussion über geplantes multireligiöses Zentrum in Berlin (mehr).

### **3. Veranstaltungen**

#### **Interreligiöse Kulturwochen in Garbsen**

6. Mai – 26. Mai 2011 (mehr)

Veranstalter: Stadt Garbsen.

### **4. Literatur: Neuerscheinungen**

W. A. Aries, Der christlich-islamische Dialog. Chancen und Grenzen, Marburg 2011

A. Renz, Beten wir alle zum gleichen Gott? Wie Juden, Christen und Muslime glauben, München 2011

H. Schmidt, Religion in der Verantwortung. Gefährdungen des Friedens im Zeitalter der Globalisierung, Berlin 2011

Z. Şenocak, Deutschsein. Eine Aufklärungsschrift, Hamburg 2011.

Hannover, den 3. Mai 2011

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 5, 2011

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Hannover: Interreligiöses Kunstwerk „Please Wait a minute“ eröffnet

Auf dem Platz der Weltausstellung in Hannover ist eine „Skulptur für die Weltreligionen“ aufgestellt worden. In der drei Meter hohen, begehbaren Edelstahlplastik des in Springe lebenden Künstlers Andreas Rimkus stellen sich die sechs im Haus der Religionen in Hannover vertretenen Religionen vor: Christentum, Islam, Hinduismus, Buddhismus, Judentum und Bahai.

Die Texte wurden vom Rat der Religionen in Hannover verfasst, der sich der Herausforderung stellte, die Religionen in jeweils einer Minute dreißig vorzustellen. In sechs Sprachen kann sich der Besucher über ihre Grundlehren informieren: Deutsch, Türkisch, Russisch, Spanisch, Englisch und Arabisch.

Die Schirmherrschaft für das Projekt hat Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil. Bei der Eröffnung betonte er die Bedeutung des Gesprächs zwischen den Religionsgemeinschaften für das Zusammenleben. „Es herrscht ein enormes Informationsbedürfnis über Religion, und das muss gestillt werden“, so der Oberbürgermeister. Ziel müsse es sein, einen Lebensraum zu schaffen, in dem alle Kulturen zusammen leben können. „Please wait a minute ist ein großartiges Projekt und wird Hannover schmücken“, so der Oberbürgermeister.

Der Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission, Walter Hirche, erinnerte in seinem Grußwort an die Entstehung der UNESCO. Sie sei nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet worden, um dem Krieg entgegen zu wirken. Ihr Leitsatz laute: „Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden.“ Die Religionen, deren Geschichte in der Vergangenheit und zum Teil auch in der Gegenwart nicht immer friedlich gewesen sei, könnten einen großen Teil zu diesem Frieden beitragen, so der ehemalige niedersächsische Wirtschaftsminister.

„Please wait a minute“ wird zunächst an vier Orten in Hannover gezeigt. Danach wird die Skulptur durch Deutschland touren und an Orten aufgestellt werden, an denen Menschen oft warten müssen (mehr).

#### 1.2. Osnabrück: Ben Jelloun erhält Remarque-Friedenspreis 2011

Der mit 25.000 Euro dotierte Erich-Maria-Remarque-Friedenspreis der Stadt Osnabrück geht in diesem Jahr an den marokkanischen Schriftsteller Tahar Ben Jelloun. Damit wolle die Jury seinen Einsatz für die Demokratiebewegung in Nordafrika und ein friedliches Miteinander der christlichen und islamischen Kulturen würdigen, sagten Universitätspräsident Claus Rollinger und Oberbürgermeister Boris Pistorius (SPD). Der Preis wird am 16. September im Friedenssaal des Osnabrücker Rathauses übergeben (mehr).

#### 1.3. Hannover: Sechstes interkulturelles Drachenbootrennen

Zum sechsten Mal fand auf dem Maschsee in Hannover ein interkulturelles Drachenbootrennen statt. Wie in jedem Jahr stand die Veranstaltung unter dem Motto „Wir sitzen alle in einem Boot“. Gastland war in diesem Jahr die Türkei, die von Generalkonsul Tunca Özçuhadar repräsentiert wurde. Für die Stadt Hannover nahm Bürgermeister Bernd Strauch an der Veranstaltung teil. Bundespräsident Wulff sandte ein schriftliches Grußwort, in dem er dazu aufrief, aus dem Zusammenleben unterschiedlichster Menschen ein „Miteinander und Füreinander“ zu machen. Das Rennen entschied das Gelbe Boot für sich, in das die Rennleitung neben den Türkischen Generalkonsul unter anderem Hannovers CDU-Fraktionschef Jens Seidel, Bürgermeisterin Ingrid Lange (Grüne), den SPD-Landesvorsitzenden Stefan Schostok und Mitglieder des Rates der Religionen Hannover gesetzt hatte (mehr).

## 2. Allgemeine Lage

### 2.1. Hessen: „Tag des Dialogs“ zwischen Evangelischen Kirchen und muslimischen Verbänden

Die evangelischen Landeskirchen in Hessen und drei muslimische Verbände haben eine „Erklärung zum Selbstverständnis von Religionsgemeinschaften in einer säkularisierten Gesellschaft“ verabschiedet. Darin bejahen sie unter anderem das Recht, die Religion zu wechseln oder dem Glauben ganz abzuschwören. Zudem befürworteten sie die sichtbare Präsenz der Religion im öffentlichen Raum und den bekenntnisorientierten Religionsunterricht.

Der Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, Martin Hein, verwies beim „Tag des Dialogs“ in Bad Homburg auf die großen Potenziale der Religionen, die für das Zusammenleben in der Zivilgesellschaft bedeutsam seien. Der hessen-nassauische Kirchenpräsident Volker Jung sagte, dass die Religion in einem weltanschaulich neutralen demokratischen Rechtsstaat nicht ins

Private abgedrängt werden dürfe. Der Vorsitzende der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen, Ramazan Kuruyüz, beklagte eine Ungleichbehandlung der Religionen in Deutschland. Die Muslime würden allzu oft mit Terrorismus oder religiösen Konflikten in arabischen Ländern in Verbindung gebracht. Sie seien indes keine Staatsfeinde, sondern Bürger dieses Landes, und wollten „als Teil der Gesellschaft Verantwortung übernehmen“. Erol Pürü vom Verband der Islamischen Kulturzentren rief die Religionsgemeinschaften zur Zusammenarbeit auf. Wichtig seien Fortbildungs- und Gesprächsangebote, die gemeinsam von Kirchen und islamischen Religionsgemeinschaften ausgerichtet werden. Ali Dere von der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB), bat um Verständnis dafür, dass die muslimischen Gemeinden noch auf Prediger aus der Türkei angewiesen seien. Die Ausbildung von Imamen an staatlichen deutschen Hochschulen müsse sich erst etablieren (mehr).

### **Dokumentation**

Gemeinsame Erklärung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V., der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen e.V. und des Verbandes der islamischen Kulturzentren e.V. zum „Selbstverständnis von Religionsgemeinschaften in einer säkularisierten Gesellschaft“:

„1. Im Wissen um unsere Verantwortung vor dem einen Gott bejahen wir den weltanschaulich neutralen demokratischen Rechtsstaat auf der Grundlage der allgemeinen Menschenrechte und des Grundgesetzes.

2. Wir lehnen jede Form von religiösem und politischem Fundamentalismus und gewalttätigem Extremismus ab. Der Glaube an die Allmacht und Barmherzigkeit des einen Gottes widerspricht sowohl aus christlicher als auch aus islamischer Perspektive jeder Form totalitärer Ideologie und religiösem Fundamentalismus. Gott ist für den Menschen nicht verfügbar.

3. Das christliche und das islamische Menschenbild verleihen jedem Menschen eine unveräußerliche Würde, die sich nach christlicher Überzeugung aus der Ebenbildlichkeit Gottes und nach islamischer Überzeugung aus der Statthalterchaft des Menschen ergibt. Dieses Menschenbild bestimmt unser Selbstverständnis, deshalb:

- verstehen wir uns als Anwälte der Armen und Schwachen und sehen es als eine wichtige Aufgabe an, deren Anliegen in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen.
- setzen wir uns für ethisch verantwortetes Handeln im Umgang mit menschlichem Leben von der Geburt bis zum Tod ein.
- treten wir für Religionsfreiheit in aktiver und passiver sowie negativer und positiver Form als auch für das Recht auf Konversion und Apostasie ein und fordern unsere Mitglieder zu einem respektvollen Umgang mit religiöser Verschiedenheit auf.
- unterstützen wir in einer von Medien stark bestimmten Welt Meinungsfreiheit und -vielfalt einschließlich der Persönlichkeitsrechte des Einzelnen und rufen zugleich zu einem verantwortlichen Umgang damit auf.
- bekennen wir uns zu einem Bildungsauftrag zugunsten unserer eigenen religiösen Gemeinschaft, der interreligiöse Begegnungen ermöglicht und unsere Mitglieder zu einem friedlichen Zusammenleben in religiöser Vielfalt befähigt.
- fördern wir die verantwortungsbewusste Mitarbeit unserer Mitglieder in Staat und Gesellschaft.

4. Wir befürworten die sichtbare Präsenz von Religion im öffentlichen Raum, den bekenntnisorientierten Religionsunterricht und die Einrichtung der dafür erforderlichen theologischen Ausbildungsstätten.

5. Die Wahrung von Recht und Gerechtigkeit sind für uns existentielle Anliegen, deshalb verurteilen wir Machtmissbrauch in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Wir setzen uns für Nachhaltigkeit und gegen eine ungezügelte Erwerbswirtschaft ein.

6. Wir bekennen einen Gott, der Frieden auf Erden will. Aus diesem Grund treten wir für gewaltfreie Konfliktlösungen ein. Gerade in den aktuellen Konflikten im Nahen und Mittleren Osten rufen wir unsere Glaubensgeschwister dazu auf, die von Gott gegebene Menschenwürde zu achten, religiös extremistischen Gewalttaten entgegenzuwirken und für die Unterdrückten mit friedlichen Mitteln einzutreten“ (hier).

### **2.2. Orthodoxe Rabbinerkonferenz und Zentralrat der Muslime vereinbaren Austausch**

Erstmals sind Vertreter der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschland und des Zentralrates der Muslime zu einem Gespräch zusammen gekommen. Bei dem Gespräch sei es in erster Linie darum gegangen, sich kennen zu lernen, teilen die Verbände mit. In Zukunft solle der Dialog über gemeinsame Interessen und Probleme intensiviert werden. „In vielen Städten dieses Landes leben Juden und Muslime Seite an Seite. Unsere beiden Gemeinschaften sind wichtige Elemente des religiösen, kulturellen und sozialen Lebens in Deutschland“, heißt es in einer gemeinsamen Presseerklärung (mehr).

### 2.3. Kassel: Rat der Religionen gegründet

Auf Initiative von Oberbürgermeister Bertram Hilgen (SPD) ist in Kassel ein Rat der Religionen gegründet worden. Mitglieder des zwölfköpfigen Gremiums sind Vertreter der evangelischen und der römisch-katholischen Kirche, der orthodoxen Kirchen, der Freikirchen, der jüdischen Gemeinde, der sunnitischen Muslime, der Aleviten, der Ahmadiyya, der Buddhisten und der Bahai. Das Gremium werde sich zweimal im Jahr treffen, teilte die Stadt mit. Erstes Projekt des Rates werde die Erstellung eines interreligiösen Stadtplans sein, ferner sei eine Erklärung zum Jahrestag der Terroranschläge am 11. September geplant. Zum 1100-jährigen Jubiläum der Stadt im Jahr 2013 werde der Rat ein Fest der Religionen organisieren (mehr).

### 2.4. Zentralrat der Juden besorgt über wachsenden Antisemitismus unter jungen Muslimen

Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dieter Graumann, hat die muslimischen Verbände aufgefordert, mehr gegen den wachsenden Antisemitismus unter jungen Muslimen zu tun. „Wir sehen zu wenige Taten. Die Verantwortlichen müssen mehr tun“, sagte er der Zeitung Christ und Welt. „Der Antisemitismus wächst vor allem unter jungen muslimischen Männern in Deutschland massiv. Es wird immer heftiger, immer lauter, auch immer brutaler“, sagte Graumann (mehr).

### 2.5. Zentralrat der Muslime kritisiert Berichte über die Wahlen in der Türkei

Nach dem Wahlsieg der Partei des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan hat der Zentralrat der Muslime die Berichterstattung in den deutschen Medien kritisiert. „Griechenlands Hütte brennt während Downtown Istanbul und Kayseri boomen“, aber das werde in Deutschland kaum wahrgenommen. Das Pro-Kopf-Einkommen in der Türkei habe sich seit dem Amtsantritt Erdoğan mehr als verdreifacht, aber Europa falle nichts Besseres ein, als die Erfolge der AKP unter den Tisch zu kehren. „Anstatt gerade jetzt die Zusammenarbeit mit der Türkei zu suchen und einen Teil des Kuchens, den die Türkei vor allen Dingen im Handel mit seinen asiatischen Handelspartner erzielt, zu bekommen, zieht man es vor, alte Ressentiments zu bemühen und das Trennende einer christlichen und muslimischen Welt zu bemühen“ (mehr).

### 2.6. Was sonst noch war

- Ägyptische Christen zu Gast in Hannover (mehr)
- Kirchentag debattiert über das interreligiöse Verhältnis (mehr; mehr)
- Belgien verbietet Tragen der Burka in der Öffentlichkeit (mehr)
- Ägypten: Erneut Gewalt zwischen Muslimen und Christen (mehr);
- Ägypten: Bau von Kirchen soll erleichtert werden (mehr).

## 3. Veranstaltungen

**Kunstprojekt „Please wait a minute“.** Eine Skulptur für die Weltreligionen von Andreas Rimkus

Ausstellungsorte:

10. Juni – 30. Juni, Neues Rathaus

30. Juni – 22. Juli, Aegidientorplatz

22. Juli – 31. August, Marktplatz, jeweils Hannover (mehr).

## 4. Literatur: Neuerscheinungen

Bismillah – Wir entdecken den Islam. Arbeitsheft 1/2, erarbeitet von Annett Abdel-Rahman und Fahimah Ulfat, Braunschweig 2011 (Rezension)

Muslimen in Deutschland. Anders, als Sie glauben, Chrismon-plus Sonderheft (mehr)

H. Schmid u.a. (Hg.), Zeugnis, Einladung, Bekehrung. Mission in Christentum und Islam, Regensburg 2011.

## 5. Internet

Das Leibnizinstitut für Länderkunde hat eine Deutschlandkarte der städtebaulich markanten Moscheen publiziert (hier).

Hannover, den 22. Juni 2011

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 6, 2011

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Islamischer Religionsunterricht: Verhandlungen mit dem Beirat sollen in Kürze beginnen

Das niedersächsische Kultusministerium hat angekündigt, dass die Verhandlungen über die Einführung des Faches „Islamische Religion“ als ordentliches Unterrichtsfach in Kürze beginnen werden. Man bedauere, dass einer der beiden muslimischen Landesverbände dem Beirat noch nicht beigetreten sei, sagte eine Sprecherin dem newsletter. Man könne sich davon aber nicht aufhalten lassen. Ziel sei es nach wie vor, den seit dem Jahr 2003 laufenden Schulversuch möglichst rasch zu beenden und regulären Islamischen Religionsunterricht in den Grundschulen einzuführen.

Der „Landesverband der Muslime in Niedersachsen e.V. – Schura Niedersachsen“ begrüßte die Ankündigung des Ministeriums. In einer Pressemitteilung des Verbandes heißt es, man sei erfreut darüber, dass das Ministerium „in Abstimmung mit Schura Niedersachsen mit der Aufnahme des regulären Unterrichtsfaches beginnen“ wolle. Die Schura habe 86 Mitglieder. „Unabhängig von ihrer Herkunft, Sprache oder Konfession“ vertrete man die Mehrheit der Moscheegemeinden im Land.

Kritisch äußerte sich der Landesverband Niedersachsen-Bremen der „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. – DITIB“, der dem Beirat noch nicht beigetreten ist. Primäres Ziel müsse es sein, dass die Lehrer und Lehrerinnen für Islamische Religion an den Universitäten „qualitativ hochwertig“ ausgebildet würden, heißt es in einer Pressemitteilung. Das sei zur Zeit nicht der Fall. Vielmehr würden „Lehrer in kürzester Zeit und mit inakzeptabeln, nicht fachgerechten Maßnahmen“ geschult. Ein Verfahren, „mit dem quasi im Turbo-Verfahren Religionslehrer und Unterrichtsinhalte hochgezogen werden sollen“, könne der Verband, der „mindestens 60% der Moscheegemeinden in Niedersachsen“ repräsentiere, nicht mittragen. Gefragt seien tragbare Lösungen, die mitzugestalten man nach wie vor bereit sei (mehr).

#### 1.2. Schüttdorf: Mevlana-Platz und Mevlana-Denkmal eröffnet

Die Stadt Schüttdorf hat einen öffentlichen Platz nach dem persischen Mystiker Dschalal ad-Din Muhammad Rumi, genannt Mevlana, benannt. Zugleich wurde auf dem Platz ein Mevlana-Denkmal enthüllt. „Ich bin sehr froh und kann mit etwas Stolz behaupten, dass es hier in unserer Stadt gelungen ist, die türkischen Einwohner in die bürgerliche Gemeinschaft mit einzubeziehen“, sagte der Samtgemeindebürgermeister Manfred Windhaus bei der Eröffnung. Der Mevlana-Platz und das Mevlana-Denkmal seien ein Zeichen der Anerkennung und ein Symbol für das gute Miteinander.

Der Vorsitzende des türkischen Moscheevereins, Saban Vardar, dankte der Stadt Schüttdorf für die Initiative und das große Fest zur Eröffnung. „Dieser Tag wird für uns alle unvergesslich sein“, sagte Vardar. Die erste Generation der Arbeitsmigranten sehe den neuen Platz als Akzeptanz ihrer Arbeit und Leistung an. An der Eröffnung nahmen auch der Religionsattaché des türkischen Generalkonsulats Hannover, Abdullah Gümüşsoy, und Ali Dere vom Vorstand der türkisch-islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) in Köln teil (mehr).

#### 1.3. Verfassungsschutz: Mit den muslimischen Verbänden gegen die Salafisten

Der Verfassungsschutz will gemeinsam mit den muslimischen Verbänden gegen radikale Muslime wie die sogenannten „Salafisten“ vorgehen. „Wir wollen verhindern, dass vor allem junge Leute Opfer extremistischer Verführer werden“, sagte der Präsident des niedersächsischen Verfassungsschutzes, Hans-Werner Wargel, beim 4. Extremismus-Symposium in Hannover. Der Salafismus, der die Frühzeit des Islam zum Idealbild für heutige Muslime erklärt, sei eine gefährliche Weltanschauung. Oftmals sei er der geistige Nährboden für Terrorismus. „Die hier lebenden Muslime sind unsere wichtigsten Verbündeten“ im Kampf gegen den salafistischen Extremismus, sagte Wargel.

Der Osnabrücker Islam-Wissenschaftler Rauf Ceylan forderte die Moscheegemeinden auf, sich deutlich von Salafisten zu distanzieren: „Es muss eine klare Demarkationslinie gezogen werden“, sagte Ceylan. Der Bremer Jurist Oguzhan Yazici betonte, die salafistische Szene sei unter anderem deshalb so stark, weil die gewöhnlichen islamischen Gemeinden so schwach seien. Alte Männer, die kaum Deutsch sprächen, seien für junge Muslime, die selbst kaum etwas über den Islam wüssten, wenig attraktiv. Der Vorsitzende des muslimischen Landesverbandes Schura Niedersachsen, Avni Altiner, äußerte die Hoffnung, dass der Islamische Religionsunterricht radikalen Tendenzen vorbeugen könne (mehr).

Die Zahl der in Deutschland lebenden Salafisten wird auf einige Tausend geschätzt. Auch die deutsche Innenministerkonferenz hat sich darauf verständigt, härter gegen den politischen Salafismus vorzugehen (mehr).

#### **1.4. Osterode: Schweinekopf mit Hakenkreuz vor einer Moschee**

Unbekannte haben einen Schweinekopf vor eine Moschee in Osterode am Harz gelegt. Auf der Schnauze sei ein Hakenkreuz eingeritzt worden, teilte die Polizei mit. Ein Ermittlungsverfahren wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung, Beleidigung und Hausfriedensbruch wurde eingeleitet.

Der Osteroder Bürgermeister Klaus Becker sprach von einer Tat, „die an Schamlosigkeit kaum zu überbieten ist.“ Er wies darauf hin, dass die betroffene DITIB-Moschee am alten Güterbahnhof seit vielen Jahren das Gespräch suche. Enge Beziehungen gebe es insbesondere mit der evangelischen Kreuzkirche. Bei einer Solidaritätsdemonstration vor der Moschee, an der 200 Menschen teilnahmen, sagte Becker, Osterode stehe hinter seinen muslimischen Bürgern. „Wir wollen ihnen zeigen, dass wir sie hier haben wollen“, so der Bürgermeister (mehr).

## **2. Allgemeine Lage**

### **2.1. Nordrhein-Westfalen: Einführung des Islamischen Religionsunterrichtes steht kurz bevor**

Nordrhein-Westfalen will Islamischen Religionsunterricht an den Schulen einführen. Die Regierungsfractionen SPD und Grüne sowie die oppositionelle CDU brachten einen gemeinsamen Gesetzentwurf in den Landtag ein. Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) sagte, damit werde ein entscheidender Schritt für Toleranz sowie für die Gleichstellung und Integration der Muslime gemacht.

Derzeit wird an 130 Schulen in Nordrhein-Westfalen sogenannte „Islamkunde“ unterrichtet. In dem Fach wird den Schülern und Schülerinnen Wissen über den Islam vermittelt. In Zukunft sollen die jungen Muslime bekenntnisorientierten Islamischen Religionsunterricht erhalten. Der Unterricht soll ab dem Schuljahr 2012/13 schrittweise in deutscher Sprache, unter deutscher Schulaufsicht und von in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften angeboten werden. In Nordrhein-Westfalen leben etwa 320.000 schulpflichtige Muslime.

Im Düsseldorfer Landtag zeichnet sich eine breite Zustimmung zum vorgelegten Gesetzentwurf ab. Die Notwendigkeit des Islamunterrichts liege auf der Hand, er sei eine „Tür zur Integration“ und „ein Gebot der Klugheit“, sagte der Integrationsexperte der CDU-Fraktion, Michael Solf. Der Islamische Religionsunterricht werde dazu beitragen, den Islam aus den Hinterhofmoscheen herauszuholen und „in die Schulen unter staatliche Aufsicht zu holen“, betonte der SPD-Politiker Sören Link. Nach Ansicht von Arif Ünal von den Grünen ist der Gesetzentwurf ein Meilenstein in der Integrationspolitik.

Möglich wird die Einführung des Islamischen Religionsunterrichts durch die Gründung eines Beirats, in den die islamischen Verbände und das Ministerium muslimische Experten entsenden. Die organisierten Muslime sollen über den Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland einbezogen werden, in dem die vier größten islamischen Verbände in Deutschland zusammengeschlossen sind. Auch der nicht organisierte Islam soll im Beirat vertreten sein (mehr).

### **2.2. Milli Görüş wählt neuen Vorsitzenden**

Kemal Ergün ist neuer Vorsitzender der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG). Auf der vierten Vollversammlung in Duisburg wurde der ehemalige Vorsitzende des Regionalverbands Köln zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Generalsekretär Oğuz Üçüncü wurde in seinem Amt bestätigt.

Der bisherige Vorsitzende Yavuz Çelik Karahan, der nicht mehr kandidiert hatte, betonte in seiner Abschiedsrede, eines der Grundprinzipien der IGMG sei es, „den Menschen das richtige Verständnis von Dschihad zu vermitteln“. Wahrer Dschihad sei entgegen einer verbreiteten Annahme „das Streben nach Glück, Frieden und Harmonie“.

Der neue Vorsitzende Kemal Ergün kündigte in seiner Antrittsrede an, dass die IGMG ihre Dienstleistungen wie die Familienberatung, die Bildungszentren, die Studentenwohnheime, den Rat für religiöse Fragen und die Zentren für Imam-Ausbildung weiter ausbauen werde. Es komme darauf an, „Europa mit der islamischen Kultur vertraut zu machen“. Die Gesellschaft müsse verstehen lernen, dass Vielfalt ein Gewinn sei.

Kemal Ergün wurde 1967 in Ordu an der türkischen Schwarzmeerküste geboren. Nach dem Studium an der Universität Istanbul und an der Al-Azhar Universität in Kairo arbeitete er als Imam in Frankfurt am Main. Seit 2002 war Ergün Regionalverbandsvorsitzender der IGMG in Köln. Im Jahr 2003 schloss er eine Masterarbeit über Deutschlands Migrations- und Integrationspolitik an der Anadolu Universität in Eskişehir ab (mehr).

### **2.3. Straßburg: Beschwerde gegen Minarettverbot in der Schweiz abgewiesen**

Der europäische Menschenrechtsgerichtshof hat zwei Beschwerden gegen das Schweizer Minarettverbot abgewiesen. Nach Auffassung des Gerichts haben die Beschwerdeführer nicht glaubhaft machen können, Opfer einer Verletzung der Menschenrechtskonvention zu sein.

Die Beschwerdeführer hatten argumentiert, das in der Schweizer Verfassung verankerte Verbot des Baus von Minaretten verletze ihre religiösen Überzeugungen. Nach Ansicht der Richter genügt diese Argumentation nicht, um die Behauptung zu begründen, man sei Opfer einer Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention. Auch eine indirekte oder potentielle Opferstellung liege nicht vor. Der Gerichtshof hebt hervor, dass die Beschwerdeführer nicht im Begriff seien, eine Moschee mit Minarett zu bauen. Die bloße Möglichkeit, dass sie dies womöglich in fernerer Zukunft vorhaben könnten, reiche nicht aus, so die Richter. Weiter hält der Gerichtshof fest, dass die Schweizer Gerichte in der Lage sein werden, zu prüfen, ob die Ablehnung einer Baugenehmigung für eine Moschee mit Minarett mit der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar wäre.

Die Beschwerdeführer reagierten gelassen auf das Straßburger Urteil. Auch wenn der Gerichtshof die Beschwerden für unzulässig erklärt habe, habe man „etwas in Bewegung gesetzt“, so der frühere Sprecher der Genfer Moschee, Hafid Ouardiri. Das Urteil enthalte eine Aufforderung an die Schweizer Justiz. Sie müsse der Europäischen Menschenrechtskonvention Vorrang vor der Bundesverfassung geben, sagten die Langenthaler Muslime (mehr).

#### **2.4. Holland: Geert Wilders freigesprochen**

Der Vorsitzende der niederländischen Freiheitspartei, Geert Wilders, ist von einem Amsterdamer Gericht vom Verdacht der Volksverhetzung und Diskriminierung von Muslimen freigesprochen worden. Wilders' Islamkritik sei nicht gegen Muslime, sondern gegen den Islam als Religion gerichtet, so die Richter. Solche Kritik sei zulässig, auch wenn sich der von Wilders produzierte islamkritische Film „Fitna“ am Rand des strafrechtlich Erlaubten bewege. Gleiches gelte für die Behauptung, der Koran sei ein „faschistisches Buch“ und mit Hitlers „Mein Kampf“ vergleichbar.

Wilders äußerte sich erleichtert über das Urteil. Sein Freispruch sei ein „Sieg für die Meinungsfreiheit“. Die klagenden Parteien kündigten die Prüfung einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof an (mehr).

### **3. Literatur: Neuerscheinungen**

Chr. Böttrich/B. Ego/F. Eißler, Adam und Eva in Judentum, Christentum und Islam, Göttingen 2011

J. Kandel, Islamismus in Deutschland. Zwischen Panikmache und Naivität, Freiburg 2011

St. Meining, Eine Moschee in Deutschland. Nazis, Geheimdienste und der Aufstieg des politischen Islam im Westen, München 2011

M. Thumann, Der Islam-Irrtum. Europas Angst vor der muslimischen Welt, Frankfurt 2011

F. van der Velden (Hg.), Die Heiligen Schriften des anderen im Unterricht. Bibel und Koran im christlichen und islamischen Religionsunterricht einsetzen, Göttingen 2011

Was jeder vom Islam wissen muss. Im Auftrag des Amtes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands und des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland hrsg. von Martin Affolderbach und Inken Wöhlbrand, Gütersloh<sup>8</sup>2011

Hannover, den 13. Juli 2011

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 7, 2011

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Landesbischof Meister ruft zu Friedensgebeten anlässlich des 11. September 2001 auf

Vor dem 10. Jahrestag der Terroranschläge auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington hat Landesbischof Ralf Meister in einem Brief an die Kirchen der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers an den christlichen Friedensauftrag erinnert. Meister regte an, den Friedensauftrag am 11. September gemeinsam mit Juden und Muslimen zum Ausdruck zu bringen. „Es wäre ein gutes Zeichen, wenn in vielen Kirchengemeinden an dem Wochenende vom 9. bis 11. September 2011 der Friedensauftrag im Gleichklang mit den jüdischen und islamischen Geschwistern zu Gehör kommt“, schreibt der Landesbischof in seinem Brief. „Als Christinnen und Christen bleiben wir an den Friedensauftrag Jesu gebunden und hören ihn immer wieder als aktuelle Herausforderung für das Leben in einer gewalttätigen Welt. Das verbindet uns mit der Gemeinschaft aller, die sich durch ihren Glauben zum Frieden beauftragt wissen. Lassen Sie uns gemeinsam die Geste des Friedens zur Sprache bringen“, so der Landesbischof (mehr).

Ein multi-religiöses Friedensgebet anlässlich des 11. September findet unter anderem vor dem Rathaus in Hannover statt. Veranstalter ist der Rat der Religionen Hannover. Für die Stadt Hannover wird Oberbürgermeister Stephan Weil an der Feierstunde teilnehmen (mehr).

#### 1.2. Evangelische Gesamtschule in Wunstorf will Islamische Religion unterrichten

Die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers hat in Wunstorf die erste Evangelische Integrierte Gesamtschule Niedersachsens eröffnet. „Wir wollen gute Schule machen und unserem Ansatz gerecht werden, Kinder mit unterschiedlichen Begabungen nach dem Maß ihrer Möglichkeiten zu fördern“, sagte die landeskirchliche Schuldezernentin Kerstin Gäfgen-Track. Die IGS Wunstorf startet mit fünf fünften Klassen. Die Kinder werden unabhängig von ihrem konfessionellen oder sozialen Hintergrund aufgenommen, unter ihnen sind auch junge Muslime. Der für Wunstorf zuständige Superintendent Michael Hagen kündigte an, die Schule werde zum Februar 2012 auch islamischen Religionsunterricht anbieten. „Die Schule wird den interreligiösen Dialog pflegen“, sagte Hagen. Damit wolle sie zu einem gelingenden Zusammenleben der Religionen und Kulturen beitragen (mehr).

#### 1.3. Weg zur Einführung des Islamischen Religionsunterrichts ist frei

Nach dem Landesverband der Muslime in Niedersachsen (Schura) hat nun auch der Landesverband Niedersachsen-Bremen der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) die Vereinbarung über die Gründung eines Beirats unterzeichnet. Das teilte das Kultusministerium mit. Damit sind die rechtlichen Grundlagen zur Einführung des Islamischen Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach gegeben. Die Verbände seien nun aufgefordert, dem Ministerium darzulegen, welche Moscheevereine sie repräsentieren, sagte eine Sprecherin dem newsletter.

#### 1.4. Landesverband der Muslime ruft zum Wählen auf

Anlässlich der niedersächsischen Kommunalwahl am 11. September hat der Landesverband der Muslime seine Mitglieder dazu aufgefordert, zur Wahl zu gehen. Gut ein Drittel der in Niedersachsen lebenden Muslime habe die deutsche Staatsbürgerschaft und sei wahlberechtigt, heißt es in einer Pressemitteilung der Schura Niedersachsen. Wählen sei eine gemeinsame Aufgabe im demokratischen Staat, die Mitwirkung an der Gestaltung des Gemeinwohls aus islamischer Sicht eine Pflichtaufgabe. Gerade in Zeiten, in denen antimuslimische Ressentiments wachsen, „müssen muslimische Mitbürger sich als gute Demokraten einbringen und ihren Teil zum Besten der Gemeinschaft, unabhängig von Sprache, Religion oder Kultur beitragen“, so die Schura.

#### 1.5. Haus der Religionen in Hannover weitet Arbeit aus

Das Haus der Religionen weitet seine Arbeit aus. Im August nahm mit der Religionswissenschaftlerin Eva Glungler eine weitere Mitarbeiterin ihre Arbeit auf, sagte der Vorsitzende des Trägervereins, Wolfgang Reinbold, bei einem Pressegespräch des Rates der Religionen Hannover. Sie soll die interreligiöse Vernetzung in den Stadtteilen fördern, eine interreligiöse Stadtführung aufbauen und die Angebote für Schulklassen weiterentwickeln.

Glungler studierte Kulturwissenschaft mit Schwerpunkt Religion an der Universität Bayreuth und interreligiöse Studien an der Universität Bamberg. Bei einem dreimonatigen Aufenthalt in Israel konzipierte sie eine Ausstellung über Christen in Jerusalem. Ihre auf drei Jahre befristete Projektstelle wird durch den Innovationsfonds der evangelischen Landeskirche finanziert (mehr).

## 2. Allgemeine Lage

### 2.1. Graduiertenkolleg Islamische Theologie geht mit ersten Doktoranden an den Start

Nach einem Jahr Vorbereitung startet das Graduiertenkolleg Islamische Theologie mit sieben Doktoranden. Die vier Frauen und drei Männer werden zum Wintersemester an den Standorten des Kollegs in Münster, Erlangen-Nürnberg, Frankfurt am Main, Hamburg, Osnabrück und Paderborn mit ihren Promotionen beginnen.

Die Bandbreite der geplanten Graduiertenkolleg-Studien reicht von Werten und Gottesbildern im islamischen Religionsunterricht über die weibliche Interpretation des Korans bis zum Verhältnis zwischen Glaube und Vernunft im Islam. „Die thematische Vielfalt der Promotionsvorhaben und die vielversprechenden akademischen Qualifikationen der ausgewählten Kollegiaten zeigen, dass es ein großes Potenzial für die Betreuung der Islamischen Theologie an deutschen Universitäten gibt“, betonte der Koordinator des Kollegs, Professor Mouhanad Khorchide vom Centrum für Religiöse Studien der Universität Münster. Der Geschäftsführer der Stiftung Mercator, Bernhard Lorentz, fügte hinzu, man habe für den ersten Jahrgang sieben herausragende Doktorandinnen und Doktoranden gewonnen, die sich in ihren Forschungsarbeiten den wegweisenden Fragen der Islamischen Theologie in Deutschland widmeten. „Damit gehen wir einen großen Schritt in der Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses in der islamischen Theologie und nutzen die Chance, die deren akademische Etablierung in Deutschland für die Integration bietet“, sagte Lorentz.

Die Stiftung Mercator finanziert das Graduiertenkolleg Islamische Theologie mit einem Betrag von 3,6 Millionen Euro in sechs Jahren. Neben den Forschungsarbeiten an den jeweiligen Universitäten hat das Kolleg während des ersten dreijährigen Förderjahrgangs ein eigenes Studienprogramm, in dem den Doktoranden vertiefte Kenntnisse in den zentralen thematischen Schwerpunkten der islamischen Theologie vermittelt werden. An wechselnden Standorten wird zudem jährlich eine Sommerakademie stattfinden, zu der auch die Öffentlichkeit eingeladen ist (mehr).

### 2.2. Vorsitzender der Jungen Union Bremen erklärt seinen Rücktritt

Der Vorsitzende der Jungen Union in Bremen, Malte Engelmann, hat seinen Rücktritt erklärt. Er reagierte damit auf die Empörung, die ein Beitrag auf seiner Internetseite ausgelöst hatte. Er gestehe ein, dass die von ihm gewählten Worte „unangemessen und falsch“ gewesen seien, erklärte Engelmann. Auf seiner Homepage hatte er die parteiinterne Kritik an einer von Heiko Strohmann, dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Fraktion, ausgesprochenen Einladung zum Fastenbrechen im Ramadan mit den Worten kommentiert: „Deutsche! Kauft nicht beim Juden! Äh, ich mein: Heiko! Koch' nicht für den Muselman.“ Strohmann hatte erklärt, dieser Versuch, für eine integrationsfreundlichere Union zu werben, sei eine „Entgleisung, die durch nichts zu rechtfertigen“ sei (mehr).

Engelmann erklärte unterdessen, er habe einen beißenden Witz gegen die Parteirechte machen wollen. „Ich kritisiere, dass es in der CDU einige Ewiggestrige gibt: Auf Dauer hat die Partei nur eine Chance, wenn wir uns für alle Menschen dieser Stadt öffnen – und nicht einigen Gruppen das Gefühl vermitteln, Menschen zweiter Klasse zu sein“, sagte er im Interview mit der Tageszeitung (mehr).

### 2.3. Navid Kermani erhält Bremer Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken

Der Orientalist und Schriftsteller Navid Kermani erhält den mit 7.500 Euro dotierten Bremer Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken. Kermani bekomme die Auszeichnung für seine „lagerüberwindenden religionswissenschaftlichen und politischen Analysen“, teilte die Jury mit. Der Preis wird am 2. Dezember mit einem Festakt im Bremer Rathaus überreicht.

Kermani wurde 1967 als vierter Sohn iranischer Eltern in Siegen geboren. Er studierte Orientalistik, Theaterwissenschaft und Philosophie in Deutschland und Ägypten. 1994 gründete er ein Sprach- und Kulturzentrum in Isfahan (Iran), das er bis 1997 leitete. Kermani arbeitete am Wissenschaftskolleg zu Berlin sowie als Regisseur und Kurator am Schauspielhaus Köln. 2007 war er Stipendiat an der deutschen Akademie Villa Massimo in Rom. Seit 2009 ist er Senior Fellow des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen. Kermani erhielt bereits zahlreiche Auszeichnungen und Preise, unter anderem den Ernst-Bloch-Förderpreis, den Hessischen Kulturpreis und die Buber-Rosenzweig-Medaille (mehr).

### 2.4. Salafisten-Verein „Einladung zum Paradies“ löst sich auf

Der salafistische Verein „Einladung zum Paradies“, der aus Braunschweig nach Mönchengladbach umziehen und dort eine Islamschule gründen wollte, hat sich aufgelöst. Entsprechende Medienberichte bestätigte ein Sprecher des Landgerichts Mönchengladbach. Die Gruppe ist damit einer vom Bundesinnenministerium seit Ende vergangenen Jahres geprüften Einleitung eines Verbotsverfahrens zuvor gekommen. Der Verein war die in Deutschland bekannteste salafistische Gruppe. Seine öffentlichen Freitagsgebete auf dem Eickener Marktplatz hatten für bundesweites Aufsehen gesorgt. Regelmäßig verfolgten Fernsehteams die Kundgebungen und die Gegendemonstrationen der Mönchengladbacher Bürgerinitiativen.

Als Grund für die Auflösung gab der Verein nach Angaben des Landgerichts an, sein Hauptzweck, der Bau einer Moschee, sei nicht mehr zu erreichen gewesen. Die Stadt Mönchengladbach hatte vor einem Jahr vor Gericht einen Baustopp erwirkt, der nach Angaben eines Stadtsprechers noch immer gültig ist (mehr). Nach Medienberichten soll der Verein dabei sein, sich unter dem Namen „Medina e.V.“ neu zu gründen (mehr). Die Sicherheitsbehörden erklärten, man werde die Salafisten auch nach der Auflösung des Vereins im Auge behalten. „Das geschieht völlig unabhängig davon, ob sie sich in einem Verein organisieren“, teilte Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) mit.

## 2.5. Was sonst noch war

- „Muslimisch Demokratische Union“ kandidiert in Osnabrück (mehr)
- Munzel bleibt Islam-Beauftragter der Oldenburger Kirche (mehr)
- Interkultureller Verein „Typisch Deutsch“ gegründet (mehr)
- Verbände fordern Militär-Imame in der Bundeswehr (mehr)
- Türkei verabschiedet Gesetz zur Rückgabe enteigneter Immobilien religiöser Minderheiten (mehr)
- Niederlande: Parlament beschließt Verbot des Schächtings (mehr).

## 3. Veranstaltungen

### 3.1. Gebete und Gedanken zum Frieden

Friedensgebet der Religionen zum 11. September 2011

11. September 2011, 15 Uhr, Trammplatz, Neues Rathaus, Hannover (mehr).

### 3.2. Zusammenhalten – Zukunft gewinnen

Ökumenischer Gottesdienst zur Eröffnung der Interkulturellen Woche

25. September 2011, 10 Uhr, Marktkirche Hannover

Predigt: Landesbischof Ralf Meister.

### 3.3. Moschee.de

30. September 2011, 19.30 Uhr, Haus der Religionen, Böhmerstr. 8, Hannover

Szenische Lesung aus dem Buch moschee.de mit Kolja Mensing und Robert Thalheim (mehr).

### 3.4. Und was glaubst du?

Religiöse Vielfalt in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen

10.–11. Oktober 2011, Stephansstift Hannover

Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland.

### 3.5. Zwischen Integration und Agitation

Vom Zusammenleben zwischen Christen und Muslimen in Deutschland

11.–12. November 2011, Evangelische Akademie Abt Jerusalem, Braunschweig

Referenten: Aygül Özkan, Friedrich Weber, u.a. (mehr).

### 3.6. Seelsorge für Muslime

9. Forum zur Begegnung von Christen und Muslimen in Niedersachsen

25. November 2011, 18.00–21.30 Uhr

Haus kirchlicher Dienste der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, Archivstr. 3, Hannover

Referenten: Thomas Lemmen, Uwe Müller, M. Imran Sagir, Nigar Yardim (mehr).

## 4. Literatur: Neuerscheinungen

H. Hamdan, Muslime in Deutschland. Geschichte – Gegenwart – Chancen, Heidelberg 2011 (hier)

G. Krämer, Demokratie im Islam. Der Kampf für Toleranz und Freiheit in der arabischen Welt, München 2011

I. Schneider, Der Islam und die Frauen, München 2011

C. Turhan/I. Turhan, Junge Muslime in der Schule. Probleme und Lösungsansätze im interkulturellen Dialog, Marburg 2011

Hannover, den 9. September 2011

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 8, 2011

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Osnabrück: Präsidenten Wulff und Gül besuchen Islam-Zentrum der Universität

Der türkische Staatspräsident Abdullah Gül und Bundespräsident Christian Wulff haben die Initiativen deutscher Universitäten gelobt, islamische Religionslehrer in deutscher Sprache auszubilden. Vor allem der Bundespräsident habe diese Bestrebungen stets unterstützt, sagte Gül bei einem gemeinsamen Besuch des Islam-Zentrums der Universität Osnabrück, wo seit 2007 islamische Religionslehrer und -lehrerinnen ausgebildet werden.

Der Islam müsse von verantwortungsvoll ausgebildeten Lehrern unterrichtet werden, die die universellen Werte und Rechte achteten, betonte Gül. Nur so könne verhindert werden, dass Schüler in eine „falsche Richtung gelenkt werden“. Die Lehrer könnten dazu beitragen, dass deutsche Muslime stolz für ihr Land empfinden könnten. Gleichzeitig forderte der Präsident die in Deutschland lebenden Muslime auf, Deutsch zu lernen: „Jeder Muslim, der hier lebt, sollte perfekt die deutsche Sprache beherrschen. Der Islam ist universell. Man kann ihn in jeder Sprache erlernen“, sagte Gül.

Der Osnabrücker Islam-Wissenschaftler Bülent Ucar forderte in seiner Rede die verfassungsrechtliche Anerkennung des Islams als Religionsgemeinschaft. „Staat und Mehrheitsgesellschaft müssen mehr Mut und guten Willen zur Akzeptanz des Islam und der Muslime zeigen. Muslime dürfen sich den Realitäten unserer Gesellschaft nicht verweigern“, sagte Ucar. „Als muslimische Europäer wollen wir von der deutschen Mehrheitsgesellschaft akzeptiert werden, als europäische Muslime wollen wir von den Muslimen sowohl in Deutschland als auch in den muslimischen Kernländern verstanden werden“.

An der Universität Osnabrück entsteht derzeit ein großes Zentrum für Islamische Studien, das von der Bundesregierung mit 3,3 Millionen Euro unterstützt wird. Das Studium der Islamischen Theologie soll im Wintersemester 2012 beginnen (mehr).

#### 1.2. Hannover/Bremerhaven: Friedensgebete zum 11. September

Bei einem Friedensgebet vor dem Neuen Rathaus in Hannover haben Vertreter von sechs Religionen anlässlich der Terroranschläge vom 11. September 2001 zum Frieden aufgerufen. Der muslimische Sprecher des Rates der Religionen Hannover, Hilal Al-Fahad, wandte sich gegen jede Form von Krieg und Terror: „Es gibt keinen heiligen Krieg, keinen gerechten Krieg, keinen anständigen Krieg“, sagte er. Terrorismus könne durch keine Religion gerechtfertigt werden, er widerspreche „den Geboten des Schöpfers“, so Al-Fahad.

Für die Christen sprachen der Evangelisch-lutherische Stadtsuperintendent Hans-Martin Heinemann die biblischen Seligpreisungen und der katholische Regionaldechant Martin Tenge das Friedensgebet des Franz von Assisi. Landesrabbiner Jonah Sievers zitierte aus einer talmudischen Deutung der Geschichte von Adam und Eva. Sinn der Geschichte sei es, den Menschen klarzumachen: „Dein Urgroßvater und mein Urgroßvater waren ein und dieselbe Person“ (mehr). Neben Christen, Juden, Muslimen, Buddhisten, Hindus und Baha'i beteiligten sich auch der Humanistische Bund und Oberbürgermeister Stephan Weil an dem Friedensgebet (mehr).

In Bremerhaven gedachten die evangelische Kreuzkirchengemeinde und die DITIB-Moschee in der Potsdamer Straße der Toten des 11. September. Die Festredner Imam Mehmet Ünal und Pastor Götz Weber betonten die Bedeutung des Gesprächs zwischen den Religionsgemeinschaften.

#### 1.3. Osnabrück: „Muslimisch-Demokratische Union“ verpasst Sitz im Stadtrat

Die vor einem halben Jahr gegründete Muslimisch-Demokratischen Union hat den Einzug in den Rat der Stadt Osnabrück verpasst. Sie landete mit 0,84 Prozent der Stimmen abgeschlagen auf dem vorletzten Platz. Parteigründer Erhat Toka hatte mit zwei Sitzen gerechnet. Die Partei hat etwa 120 Mitglieder, unter ihnen auch Christen.

Die Gründung der Muslimisch-Demokratische Union hatte im Vorfeld der Wahl zu kontroversen Diskussionen geführt. Der Vorsitzende Toka ist der Auffassung, in den etablierten Parteien werde über die Köpfe der Muslime hinweg Integrationspolitik betrieben. Die Islamkonferenz sei eine Farce. Es sei an der Zeit, dass Muslime sich mit einer eigenen Partei für ihre Belange einsetzten, so Toka (mehr). Während der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek, von einer „natürlichen Entwicklung“ sprach, kritisierte der Osnabrücker Islamwissenschaftler Rauf Ceylan die Gründung der muslimischen Partei. „Die etablierten Parteien haben die Muslime längst als Zielgruppe erkannt. Dort sollten sie sich engagieren“, so Ceylan. „Muslime sollten sich nicht nur muslimspezifisch engagieren, sondern sich in die Gesellschaft einbringen“, so Ceylan im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst.

## 2. Allgemeine Lage

### 2.1. Reformierter Bund will Dialog der Religionen stärken

Der Reformierte Bund in Deutschland will den interreligiösen Dialog stärken. Besonders wichtig sei der Dialog mit dem Islam, sagte der Vorsitzende des Reformierten Bundes, Peter Bukowski, in Emden. „Wir müssen in den Kirchengemeinden vor Ort umgehen können mit einer Gesellschaft, die von unterschiedlichen Religionen getragen wird.“ Ein Blick auf eine Weltkarte der Religionszugehörigkeiten zeige, wie dringend das Thema ist. Der evangelisch-reformierte Dachverband vertritt bundesweit rund zwei Millionen Protestanten (mehr).

### 2.2. Papst trifft Muslime

Papst Benedikt hat während seines Deutschlandbesuches eine muslimische Delegation empfangen. Bei dem Treffen in Berlin sagte der Papst, die Anwesenheit zahlreicher muslimischer Familien sei „ein Merkmal dieses Landes geworden.“ Dialog und gegenseitige Wertschätzung zwischen Christen und Muslimen sei nötig. Als „Menschen des Glaubens“ könnten Katholiken und Muslime „ein wichtiges Zeugnis in vielen entscheidenden Bereichen des gesellschaftlichen Lebens geben“, beispielsweise zum Schutz des Lebens, der Familie und der Förderung der sozialen Gerechtigkeit.

Auch in einer pluralistischen Gesellschaft sei die Religionszugehörigkeit von Bedeutung, sagte der Papst: „Die katholische Kirche setzt sich entschieden dafür ein, dass der öffentlichen Dimension der Religionszugehörigkeit eine angemessene Anerkennung zuteil wird.“ Zu dem Treffen in der Botschaft des Vatikans waren unter anderem der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek, und Mitglieder der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) eingeladen. Mazyek dankte dem Papst für die Begegnung und die freundlichen Worte. Das Gespräch sei ein „wichtiges und wohltuendes Zeichen“ gewesen. Alle Gesprächspartner hätten betont, dass Christen und Muslime künftig noch deutlicher das Gemeinsame ihrer Religionen herausstellen sollten, ohne dabei die Unterschiede zu verdrängen (mehr).

### 2.3. Türkei: Syrische Christen dürfen Kirche bauen

Erstmals in der Geschichte der Republik Türkei haben syrische Christen die Genehmigung für den Bau einer Kirche erhalten. Wie der römische Pressedienst asianews meldete, erteilten der türkische Premierminister und der Staatspräsident nach jahrelangen Diskussionen nun die Erlaubnis für den Bau.

Die Kirche soll im Istanbuler Ortsteil Yeşilköy errichtet werden. Mit dem Bau werde begonnen, sobald ein geeigneter Ort gefunden sei, erklärte der Vorsitzende der Gemeinde, Kenan Altınışık. Das Grundstück werde der christlichen Gemeinschaft von der Stadtverwaltung Istanbuls übertragen, die Kosten trage die syrische Gemeinschaft (mehr).

### 2.4. Frankreich verbietet Beten in der Öffentlichkeit

Frankreich hat das öffentliche Beten verboten. Wer das Verbot nicht befolge, müsse damit rechnen, dass die Polizei notfalls Gewalt anwenden werde, sagte Innenminister Claude Guéant.

Die Regelung betrifft vor allem Muslime. In Paris und Marseille hatten sich mangels geeigneter Moscheen freitags Tausende zum Gebet auf der Straße versammelt. In Paris stellte die Stadt bis zur Fertigstellung einer großen Moschee eine alte Feuerwehrkaserne zur Verfügung.

Das Verbot wird als Versuch von Präsident Sarkozy gesehen, sich vor der in sieben Monaten anstehenden Präsidentschaftswahl Stimmen aus dem rechten Lager zu sichern. In Frankreich leben rund fünf Millionen Muslime. Die Parteichefin der rechtsextremen Front National, Marine Le Pen, hatte die Straßengebete der Muslime im vergangenen Jahr mit der Nazi-Besatzung verglichen (mehr).

### 2.5. Afghanischer Ex-Präsident Rabbani stirbt bei Attentat

Der Vorsitzende des afghanischen Friedensrates, Burhanuddin Rabbani, ist durch einen Selbstmordanschlag in Kabul getötet worden. Der ehemalige Staatspräsident führte im Auftrag der Regierung Friedensgespräche mit den aufständischen Taliban. Die Polizei bestätigte Angaben aus Rabbanis Umfeld, wonach der 71-Jährige durch eine im Turban eines Taliban versteckte Bombe umgebracht wurde. Sein Tod ist ein schwerer Rückschlag für den Friedensprozess in Afghanistan (mehr).

Einige Kommentatoren machten darauf aufmerksam, dass der Mord die berühmte Mohammad-Karikatur Kurt Westergaards in die Tat umgesetzt habe. Westergaard hatte seinerzeit für die dänische Zeitung Jyllands Posten eine Karikatur des Propheten mit einer Bombe im Turban gezeichnet. Im Frühjahr 2010 entging er knapp einem Attentat, das Gebäude der Jyllands Posten ist seither nur noch über mehrere Sicherheitsschleusen zugänglich. „Unglaublich, dachte ich, wie von Westergaard gezeichnet! Das ist es, was Westergaard anprangert. Der Missbrauch der Religion (hier eines Kleidungsstücks, das mit dem Islam identifiziert wird) für den Terrorismus“, kommentiert der ZEIT-Journalist Jörg Lau in seinem Blog (mehr).

## 2.6. Was sonst noch war

- Weiterbildungsprogramm für Imame in Osnabrück wird fortgesetzt (mehr)
- Wahl in Berlin: Anti-islamische Partei „Die Freiheit“ enttäuscht über das Wahlergebnis (mehr)
- CDU-Fraktion in Niedersachsen fordert Verhüllungsverbot für Beamte (mehr)
- Deutsch-Türkische Künstlerakademie Tarabya in Istanbul eröffnet (mehr).

## 3. Forschung

### 3.1. Georg Eckert-Institut: Studie zur Darstellung des Islams in europäischen Schulbüchern

Nach einer Studie des Georg Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig wird der Islam in vielen europäischen Schulbüchern vereinfachend als homogene Einheit dargestellt. Muslime erschienen als ein religiöses, vormodernes Kollektiv außereuropäischer „Anderer“, dem ein gleichfalls homogenes, modernes Europa gegenüberstehe, so die Studie. Aus dieser Perspektive sei die religiöse Differenz zwischen „Europa“ und „dem Islam“ unveränderlich.

Der Befund ist das Ergebnis der ersten Analyse von Geschichts- und Politiklehrbüchern aus Deutschland, Österreich, Frankreich, Spanien und England. Aktuelle Schulbücher würdigten zwar die zivilisatorischen Beiträge des arabisch-islamischen Mittelalters, so die Autoren der Studie. Sie brächten aber das polarisierende Grundmodell nicht ins Wanken (mehr).

### 3.2. Abu Dhabi Gallup Center: Studie zur Situation US-Amerikanischer Muslime

Das Abu Dhabi Gallup Center hat erneut eine Studie zur Situation amerikanischer Muslime vorgelegt. Eines der Ergebnisse: Unter allen Religionsgemeinschaften stimmen die US-Muslime am stärksten mit der Politik von Präsident Obama überein. 80% sind mit seiner Arbeit zufrieden (gegenüber 25% bei den Mormonen). Auch die Ablehnung der Tötung von Zivilisten ist unter Muslimen am stärksten. 89% der Befragten gaben an, dass die Tötung von Zivilisten „unter keinen Umständen“ zulässig sei (gegenüber 71% bei den Christen) (mehr).

## 4. Veranstaltungen

### 4.1. Wegbereiter des Wandels

Junge Akademikerinnen und Akademiker aus Afrika, Asien und Lateinamerika

1. November 2011, 16.30 Uhr, Niedersächsischer Landtag, Hannover

Ausstellungseröffnung durch Landtagspräsident Hermann Dinkla.

### 4.2. Seelsorge für Muslime

9. Forum zur Begegnung von Christen und Muslimen in Niedersachsen

25. November 2011, 18.00–21.30 Uhr

Haus kirchlicher Dienste der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, Archivstr. 3, Hannover

Referenten: Thomas Lemmen, Uwe Müller, M. Imran Sagir, Nigar Yardim (mehr).

### 4.3. Glaubte, was ihr wollt, aber vertragt euch!

Zum Umgang mit religiöser Vielfalt an der Schule

25.–27. November 2011, Evangelische Akademie Loccum

Referenten: Markus Hero, Christine Freitag, Harald Schroeter-Wittke, Martin Jäggle, Kathrin Winkler, Canan Kalac, Gudrun Guttenberger, Katrin Kuhla u.a. (mehr).

## 5. Literatur: Neuerscheinungen

M. Borchard/R. Ceylan (Hg.), Imame und Frauen in Moscheen im Integrationsprozess. Gemeindepädagogische Perspektiven, Göttingen/Osnabrück 2011

P. Graf/B. Ucar (Hg.), Religiöse Bildung im Dialog zwischen Christen und Muslimen, Stuttgart 2011

M. Krüger-Potratz/W. Schiffauer (Hg.), Migrationsreport 2010. Fakten – Analysen – Perspektiven, Frankfurt 2011

H. Mohagheghi/D. Steinwede, Sein sind die schönsten Namen. Texte des Koran in einfacher Sprache, Ostfildern 2011 (Rezension)

D. Schulz/D. Chr. Siedler (Hg.), Es geht doch! Erfahrungen – Projekte – Ideen aus christlich-islamischen Begegnungen in der Evangelischen Kirche im Rheinland, Rheinbach 2011.

Hannover, den 14. Oktober 2011

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 9, 2011

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Muslime rufen zur Stärkung des inneren Friedens auf

Der Landesverband der Muslime in Niedersachsen hat anlässlich des islamischen Opferfestes zur Stärkung des inneren Friedens aufgerufen. „Wir werden den gemeinsam eingeschlagenen Weg des Dialogs und der Akzeptanz in Niedersachsen mit Christen und Juden fortsetzen“, schreibt der Vorsitzende der Schura, Avni Altiner, in einem Grußwort zum höchsten islamischen Fest, das in diesem Jahr am 6. November beginnt und bis zum 9. November dauert.

Vornehmste Aufgabe des Dialogs sei die „Stärkung des inneren Friedens und Zusammenhalts unserer Gesellschaft“, so Altiner weiter. „Wir haben in den letzten Jahren gelernt, uns mehr und mehr in gegenseitigem Respekt zu begegnen. Das wollen wir auch weiterhin tun und uns in der Arbeit des kontinuierlichen Dialogs gegenseitig stärken. Gemeinsam müssen wir sowohl Ängste und Vorurteile abbauen als auch der Islamophobie entgegenwirken“.

#### 1.2. Region Hannover diskutiert über Kopftuch und Kreuz

Muslimische Mitarbeiterinnen der Region Hannover, die Kundenkontakt haben, dürfen kein Kopftuch tragen. Auch ein Kruzifix oder politische Symbole sind im Dienst nicht gestattet. Das betonte die Behörde, nachdem eine Frau mit Kopftuch in der Pförtnerloge des Regionshauses gesessen hatte. „So hätte es nicht sein sollen“, sagte ein Sprecher der Neuen Presse. Die Frau sei Mitarbeiterin einer Fremdfirma gewesen. Die Region werde die Firma auffordern, künftig Mitarbeiterinnen ohne Kopftuch einzusetzen.

Der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion, Jens Seidel, begrüßte die Haltung der Region. Es sei falsch, Kopftuch und Kreuz gleichermaßen zu akzeptieren, wie es etwa die Stadt Hannover tue. „Das Kopftuch ist ein politisches Symbol.“ Es gehöre nicht in eine Behörde. Kritik kam von Vertretern der Kirchen. Der evangelische Stadtsuperintendent Hans-Martin Heinemann nannte die Vorgabe überzogen. Es sei unangemessen, die Religion zu einer nicht-öffentlichen Sache zu machen. Auch der katholische Propst Martin Tenge plädierte für eine liberale Regelung. So lange das Gesicht zu sehen sei, müsse das Tragen eines Kopftuches möglich sein (Neue Presse, 10./11.11.11).

### 2. Allgemeine Lage

#### 2.1. Hamburg: Katajun Amirpur zur Professorin für Islamische Studien/Theologie ernannt

Die iranisch-deutsche Islamwissenschaftlerin und Theologin Katajun Amirpur ist zur Professorin für Islamische Studien und Islamische Theologie an der Akademie der Weltreligionen der Universität Hamburg ernannt worden. Zuvor war Amirpur Assistenzprofessorin für Moderne Islamische Welt mit Schwerpunkt Iran an der Universität Zürich.

In ihrer Antrittsvorlesung formulierte Amirpur „Gedanken zu einer Theologie des Dialogs“ aus islamischer Sicht. Ihr gehe es darum, „in den Texten des islamischen Glaubens selbst nach Ideen zu einer Theologie des Dialogs zu suchen“, sagte die neue Professorin. Das theologische Fundament dafür sei im Koran vorhanden, denn er bekräftige „eine allgemeine Heilsmöglichkeit für all jene, die in wahrer Gottesfurcht und Rechenschaft leben, auch wenn sie nominell keine Muslime sind“. Amirpur schloss mit einem Wort, das einem der ersten Koranglehrten zugeschrieben wird: „Der Koran ist eine Schrift, die zwischen zwei Buchdeckeln versteckt ist. Er spricht nicht. Es bedarf eines Übersetzers, und wahrlich es sind die Menschen, die ihn zum Sprechen bringen“ (mehr).

Katajun Amirpur studierte Islamwissenschaft und Politologie in Bonn sowie islamische Theologie in Teheran. Im Jahr 2000 promovierte sie über den schiitischen Gelehrten Abdolkarim Soroush an der Universität Bamberg. Im Jahr 2011 habilitierte sie sich mit einer Arbeit über den schiitischen Reformtheologen Mohammad Mojtahed Shabestari an der Universität Bonn. Amirpur ist verheiratet mit dem Orientalisten Navid Kermani (mehr).

#### 2.2. Antiislamische Internetseite „politically incorrect“ im Visier des Verfassungsschutzes

Nach den von der Frankfurter Rundschau im September publizierten Recherchen (hier) ist die anti-islamische Internetseite „politically incorrect“ vom Verfassungsschutz in den Blick genommen worden. Ein Sprecher des nordrhein-westfälischen Innenministeriums sagte der Frankfurter Rundschau, „politically incorrect“ werde zwar derzeit nicht mit geheimdienstlichen Mitteln beobachtet. Man habe aber ein Auge auf den Blog geworfen und lese prüfend mit. Nach Einschätzung des Ministeriums seien die von „PI“ publizierten Meinungen und Kommentare undemokratisch, fremdenfeindlich und dazu angetan, „junge Menschen aufzuhetzen“ (mehr).

Von Volksverhetzung spricht auch der Berliner Historiker und Antisemitismusforscher Wolfgang Benz. Im Interview mit der Frankfurter Rundschau sagte er, der Szene gehe es „um Volksverhetzung und Angriffe auf die Menschenrechte“. Die Seite und die sie tragende Szene seien ein Fall für den Verfassungsschutz (mehr).

### **2.3. Erdogan kritisiert deutsche Integrationspolitik**

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hat Deutschland Fehler bei der Integrationspolitik vorgeworfen. „Die deutsche Politik würdigt die Verflechtung der drei Millionen Türken in Deutschland nicht genug“, sagte der Regierungschef am Rande des Festaktes der Bundesregierung zum 50. Jahrestag des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens. Erdogan forderte, Deutschland müsse sich viel stärker für einen Beitritt seines Landes zur Europäischen Union engagieren. Zudem sprach er sich dafür aus, allen türkischstämmigen Menschen die doppelte Staatsbürgerschaft zu ermöglichen. Die Regel, dass nichtdeutsche Ehepartner Deutschkenntnisse nachweisen müssen, bevor sie einreisen dürfen, kritisierte der Ministerpräsident scharf. „Es kann doch nicht sein, dass die Liebe junger Menschen per Verordnung nur auf Deutsch funktionieren kann“, sagte Erdogan. Wer Deutschkenntnisse zur wichtigsten Voraussetzung erkläre, verletze die Menschenrechte.

Die Bundesregierung wies die Vorwürfe zurück. Es gebe kein Land auf der Welt, das so viel Geld in die Hand genommen habe, um Integration voranzubringen, sagte Innenminister Friedrich. Seit 2005 sei dafür etwa eine Milliarde Euro ausgegeben worden. Der Innenexperte der Grünen-Bundestagsfraktion, Memet Kilic, warf Erdogan vor, Vorurteile gegen Deutschland zu schüren, um damit bei den Hardlinern in der Türkei zu punkten. Dabei schrecke er nicht einmal davor zurück, deutsche Stiftungen in der Türkei als Unterstützer der PKK hinstellen, sagte Kilic. Das Verhalten Erdogans belaste die Gespräche über eine EU-Mitgliedschaft der Türkei schwer (mehr).

### **2.4. Köln: Streit um den Bau der großen Moschee**

Kurz vor der Fertigstellung der großen Kölner Moschee hat der Bauherr, die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB), den Architekten Paul Böhm fristlos gekündigt. Auf einer Pressekonferenz warf eine DITIB-Sprecherin dem Architekten vor, er habe als Baumeister versagt. „Den Strang der bautechnischen Mängel mit anderen Strängen zu vermengen und damit die Baufrage ideologisch aufzuladen und damit haltlose Vorwürfe und Unterstellungen in einer untragbaren Weise zu verbreiten ist unseriös“, so DITIB.

Der Beirat des Moscheebaus, der von der Kündigung aus der Presse erfahren hatte, äußerte sich empört. „So eine Pressekonferenz habe ich noch nicht erlebt“, sagte Kölns Altbürgermeister Fritz Schramma. Die SPD-Politikerin Lale Akgün beklagte eine mangelnde Kommunikation mit dem neuen DITIB-Vorstand. Offenkundig sei mit dem neuen Vorstand die bisher gute Zusammenarbeit nicht mehr möglich. „Die politische Großwetterlage in der Türkei und damit auch bei ihrer Außenstelle DITIB in Köln ist jetzt viel konservativer geworden“, sagte die frühere Integrationsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion.

Architekt Paul Böhm vermutet, man habe ihm gekündigt, weil die Gestaltung der Moschee osmanisch-traditionalistischer ausfallen solle als von ihm geplant. „Sie wollen mich loswerden, um ihre eigenen Konzepte umzusetzen“, sagte Böhm. Chancen auf eine gütliche Einigung mit dem Bauherrn sieht er kaum noch. „Ich lasse jetzt alle rechtlichen Schritte prüfen, darunter auch einen Baustopp zur Beweissicherung“, erklärte Böhm (mehr). DITIB weist die Vorwürfe zurück. Für den Ablauf der Pressekonferenz hat sich der Verein mittlerweile entschuldigt (mehr).

### **2.5. Aleviten feiern 50 Jahre Anwerbeabkommen**

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat den Beitrag der Religionsgemeinschaft der Aleviten für Wirtschaft und Kultur in Deutschland gewürdigt. Die Leistungen der Aleviten in den vergangenen 50 Jahren seien eine Erfolgsgeschichte, sagte der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Guntram Schneider (SPD) bei einer Feier in Wuppertal. Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) betonte die Rolle, die Respekt, Liebe und Toleranz in der alevitischen Lehre spielten. Dies passe gut zu einer modernen und demokratischen Gesellschaft. In mehreren Bundesländern wird an den Schulen alevitischer Religionsunterricht erteilt, so auch in Niedersachsen.

### **2.6. Was sonst noch war**

- Bekir Alboga neuer Sprecher des Koordinierungsrates der Muslime (mehr)
- Aydan Özoguz soll stellvertretende SPD-Vorsitzende werden (mehr)
- Theaterstück „Fatima“ im Jungen Schauspiel Hannover (mehr)
- Bundesfamilienministerium veröffentlicht Studie zur Zwangsverheiratung (hier)
- Türkei: Justizskandal um Vergewaltigung eines dreizehnjährigen Mädchens (mehr)
- Nigeria: Terror droht sich auf den Süden des Landes auszuweiten (mehr).

### 3. Meinung

#### Islamische Zeitung: Zentrum der Islamischen Lehre nicht mehr im Nahen Osten

Der Chefredakteur der Islamischen Zeitung, Sulaiman Wilms, kommentiert die Terrordrohungen des syrischen Obermuftis Ahmad Hassoun wie folgt:

„Laut einer Agenturmeldung warnte Syriens Mufti Ahmad Hassoun im Falle militärischer Angriffe, dass es Selbstmordanschläge in den beteiligten Staaten geben werde (hier). ... Der Kleriker, der sonst internationale Konferenzen unter dem Titel ‚Botschaft des Friedens im Islam‘ eröffnet, fungierte als quasi Regierungssprecher eines zutiefst anti-muslimischen Regimes. Er setzt damit die beschämende Tradition muslimischer Gelehrter des Nahen Ostens fort, die die notwendige Distanz zur Macht nicht einhalten und sich ... in den Dienst ihrer Regime ... stellen.

Dass das so genannte ‚sunnitische‘ Oberhaupt eines Regimes ... den Einsatz von – im Islam vollkommen verbotenen – Selbstmordattentaten annonciert und sich gleichzeitig im Rahmen des ‚interreligiösen Dialogs‘ offen zeigt, ist ein denkunmöglicher Widerspruch. Und wenn der syrische Mufti über den Massenmord an Syriens Muslimen durch das Assad-Regime schweigt, hat er sich vom letzten Rest seiner Glaubwürdigkeit verabschiedet.

Machen wir uns nichts vor: Mufti Ahmad Hassoun ist nur das letzte Glied einer langen Reihe von Beispielen, die (von rühmlichen Ausnahmen abgesehen) belegen, dass sich das Zentrum der islamischen Lehre längst nicht mehr im Nahen Osten befindet.“ (Islamische Zeitung, November 2011, S. 1).

### 4. Meinungsforschung

#### Trend zur Emanzipation in muslimisch geprägten Gesellschaften

Nach einer Studie der Universität Lüneburg macht der Trend zur Emanzipation auch vor muslimisch geprägten Gesellschaften nicht halt. Zwar hätten Frauen in diesen Gesellschaften nach wie vor ein geringeres Mitspracherecht als etwa in protestantisch geprägten Gesellschaften. Allerdings treffe dieses Machtungleichgewicht bei jungen Muslimen auf deutlich weniger Zustimmung als bei älteren. Für ihre Untersuchung haben die Wissenschaftler Umfragedaten von mehr als 130.000 Personen aus 83 Ländern analysiert. Die Resultate sind im renommierten International Review of Sociology erschienen.

Patriarchale Werte seien in der muslimischen Identität stark verankert, sagte Christian Welzel, einer der Autoren die Studie. Mit Sätzen wie „Eine Universitätsausbildung ist für Jungen wichtiger als für Mädchen“ identifizierten sich Muslime signifikant stärker als Nicht-Muslime. Das gelte unabhängig davon, ob die Befragten in einem vorwiegend muslimischen, christlichen oder hinduistischen Land lebten. Eine wesentliche Ursache dafür ist nach Auffassung der Forscher die Religion. Zwar gebe es auch strukturelle Ursachen für die Ungleichbehandlung von Mann und Frau. Sie allein könnten das Phänomen allerdings nicht erklären. „Stattdessen scheint es so zu sein, dass der Islam selbst eine Ursache der patriarchalen Strukturen ist“, sagte Amy Alexander vom Zentrum für Demokratieforschung der Universität Lüneburg. In der jüngeren Generation nehme die Zustimmung zu diesen Strukturen ab, insbesondere unter den Frauen und den Universitätsabsolventen. Vor allem Musliminnen unter 30 emanzipierten sich zunehmend von dem ihnen zugeordneten Platz in der Gesellschaft.

Überrascht waren die Forscher von folgendem Ergebnis: Je höher der Anteil von Muslimen in einer Gesellschaft ist, desto höher ist die durchschnittliche Identifikation aller Gruppen in dieser Gesellschaft mit patriarchalen Werten. In einem muslimisch dominierten Land vertreten auch die Nicht-Muslime vergleichsweise weniger emanzipatorische Ansichten. Christian Welzel erklärt das so: „Wir werden in unserem Denken stark vom Meinungs- oder Werteklima der uns umgebenden Gesellschaft geprägt.“ Dieser Effekt sei unerwartet stark, er übertreffe sogar den Einfluss der Religionszugehörigkeit: So seien etwa Muslime in Deutschland emanzipierter als Katholiken in Saudi-Arabien (mehr).

### 5. Literatur: Neuerscheinungen

H. H. Behr/D. Krochmalnik/B. Schröder (Hg.), Der andere Abraham. Theologische und didaktische Reflektionen eines Klassikers, Berlin 2011

A. El-Mafaalani/A. Toprak, Muslimische Kinder und Jugendliche in Deutschland. Lebenswelten – Denkmuster – Herausforderungen, Sankt Augustin/Berlin 2011 (hier)

J. L. Esposito/D. Mogahed, Was Muslime wirklich denken. Der Alltag, die Extremisten, die Wahrheit dazwischen, München 2011

Th. Lemmen/N. Yardim/J. Müller-Lange (Hg.), Notfallbegleitung für Muslime und mit Muslimen. Ein Kursbuch zur Ausbildung Ehrenamtlicher, Gütersloh 2011

Hannover, den 11. November 2011

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 10, 2011

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Erschrecken über rechtsradikalen Terror

Vertreter muslimischer und türkischer Verbände haben sich erschreckt darüber geäußert, dass die Mordserie des Zwickauer Neonazi-Trios mehr als zehn Jahre lang unentdeckt blieb. Er hätte so etwas in Deutschland nie für möglich gehalten, sagte der Vorsitzende des Landesverbandes der Muslime in Niedersachsen, Avni Altiner, der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung. Während man Muslime unter scharfe Beobachtung gestellt und die Moscheen eine zeitlang sogar verdachtsunabhängig kontrolliert habe, habe man bei den Rechtsradikalen offenbar nicht so genau hingesehen. Alptekin Kirci, SPD-Vorsitzender in Hannover, nennt die Versäumnisse der Verfassungsschützer einen „Skandal“ und beklagt gegenüber der HAZ die fortgesetzte Stigmatisierung Türkisch-Deutscher. „Man kann hier geboren sein, Kinder haben, Steuern zahlen. Immer werden wir stigmatisiert. Was sollen wir denn noch tun?“, so Kirci (mehr).

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland beklagt eine „lange Kette“ der Gewalt gegen Muslime. Seit mindestens zwanzig Jahren werde der Rechtsterrorismus in Deutschland unterschätzt, sagte der Vorsitzende Aiman Mazyek der Neuen Osnabrücker Zeitung. Allein in diesem Jahr habe es bereits zwanzig Anschläge auf Moscheen gegeben, dazu Angriffe auf muslimische Gemeindehäuser und Wohnhäuser von Migranten. Die Vorfälle reichten von Farbschmierereien über Sachbeschädigungen bis hin zu Körperverletzungen und Morden. „Die Serie der Gewalt gegen Migranten nahm ihren Anfang mit den schlimmen Brandanschlägen in Mölln und Solingen Anfang der 90er Jahre und ist seither nie wirklich zum Stillstand gekommen“, so Mazyek. Der Rechtsterrorismus habe unbehelligt grassieren können, weil die Behörden „zu sehr in Richtung religiös motivierter Täter geblickt haben“ (mehr). Ähnlich äußerte sich der Koordinationsrat der Muslime in einem offenen Brief an die deutsche Öffentlichkeit (mehr).

Mazyek äußerte darüber hinaus die Vermutung, dass V-Leute des Verfassungsschutzes nicht nur im rechtsradikalen, sondern womöglich auch im salafistischen Milieu ihr Unwesen treiben. „Ich nehme stark an, dass es auch unter den radikalislamischen Salafisten V-Leute gibt. Hier gilt jetzt höchstes Augenmaß, damit wir nicht die gleichen Fehler wie beim Rechtsextremismus machen und am Ende mit Staatsgeld dieses Milieu mitfinanziert und aufgebaut wird“, sagte Mazyek im Interview mit der Süddeutschen Zeitung (mehr).

#### 1.2. Grüne wollen konfessionellen Religionsunterricht „weiterentwickeln“

Die niedersächsischen Grünen wollen den Religionsunterricht an Schulen zu einem verbindlichen übergreifenden Fach „Religionen und Weltanschauungen“ weiterentwickeln. Ein konfessioneller Unterricht solle zusätzlich auf freiwilliger Basis angeboten werden, erklärte die Landtagsfraktion.

Die Fraktion bekräftigte damit den Beschluss einer Landesdelegiertenkonferenz im November in Verden. „Wenn 26 Prozent der Schüler keiner Kirche und 17 Prozent gar keiner Religionsgemeinschaft mehr angehören, müssen wir überlegen, ob der konfessionsgebundene evangelische und katholische Unterricht noch zeitgemäß ist“, sagte die kirchenpolitische Sprecherin Meta Janssen-Kucz. Sie wies zugleich Vorwürfe zurück, die Grünen entwickelten sich zu einer kirchenfeindlichen Partei. Die schulpolitische Sprecherin Ina Korter sagte, in einem übergreifenden Pflichtfach könnten auch Kinder und Jugendliche, die keiner Religionsgemeinschaft angehörten, Wichtiges über die Grundwerte der großen Religionen und Weltanschauungen erfahren. Das sei eine Chance für die Kirchen.

Justizminister Bernd Busemann (CDU) hatte mit Blick auf den Religionsunterricht vor „kirchenfeindlichen Tendenzen“ bei den Grünen gewarnt. Die Pläne verstießen gegen das Grundgesetz, das den Religionsunterricht garantiere. Ähnliche Modelle wie das der niedersächsischen Grünen bestehen bereits in Berlin und Brandenburg (mehr).

#### 1.3. Neuer Vorstand bei DITIB Niedersachsen-Bremen

Der Landesverband Niedersachsen-Bremen der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB) hat einen neuen Vorstand. Zum ersten Vorsitzenden wurde der Unternehmer Yilmaz Kiliç aus Melle gewählt. Stellvertretende Vorsitzende sind der Diplom-Ingenieur Mehmet Karabacak aus Nordenham und der Vorsitzende der DITIB-Moschee in Goslar, Tuncay Girgin. Die Geschäftsführung liegt weiter in den Händen der gebürtigen Stadthagenerin Emine Oguz. Ali Ihsan Ünlü, der bisher das Amt des ersten Vorsitzenden innehatte, bleibt weiterhin Generalsekretär des DITIB-Bundesverbandes.

Yilmaz Kiliç ist im vergangenen Jahr von Sozialministerin Aygül Özkan mit dem Integrationspreis des Landes Niedersachsen ausgezeichnet worden. Er engagiert sich seit vielen Jahren ehrenamtlich für die Integration türkischer und arabischer Migranten und ihrer Kinder (mehr).

## 2. Allgemeine Lage

### 2.1. Muslimischer Schüler scheitert mit Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht

Ein junger Muslim aus Berlin darf an seiner Schule nicht beten. Nach mehrjährigem Streit wies das Bundesverwaltungsgericht die Klage des Gymnasiasten zurück. Er müsse die Einschränkung seiner Glaubensfreiheit hinnehmen, weil der Schulfrieden durch das öffentliche Ritualgebet gestört werde, urteilte der 6. Senat.

Die Richter betonten, es handele sich um eine Einzelfallentscheidung. Das öffentliche Gebet habe am Diesterweg-Gymnasium in Berlin-Wedding zu Konflikten geführt. Daher sei das Verbot der Schulleitung rechtmäßig gewesen. Das Urteil schließe nicht aus, dass an anderen Schulen öffentlich gebetet werden dürfe, sagte der vorsitzende Richter Werner Neumann. Der Staat müsse wegen der grundgesetzlich garantierten Glaubensfreiheit religiöse Bezüge in Schulen zulassen (mehr).

Nach Ansicht des Leiters des kirchenrechtlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hans Michael Heinig, ist das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes im Grundsatz zu begrüßen. Das Gericht habe zu Recht hervorgehoben, dass ein Verbot religiöser Handlungen nur bei einer Gefährdung des Schulfriedens in Betracht komme, sagte Heinig dem Evangelischen Pressedienst. Im Prinzip sei der Schüler berechtigt, seine Lebensführung auch in der Schule an der eigenen Religion auszurichten. „Die Schule ist kein religionsfreier Raum“. Allerdings habe das Urteil einen „schalen Beigeschmack“. Denn das Bundesverwaltungsgericht habe sich bei seiner Entscheidung an die Feststellungen des Oberverwaltungsgerichtes Berlin gebunden gesehen, dass der Schulfrieden gefährdet gewesen sei. Ob dem tatsächlich so sei, müsse man bezweifeln, so Heinig. Die Vorinstanz habe nachvollziehbar dargelegt, dass die ethnische und religiöse Vielfalt an der Schule zwar für Spannungen Sorge, das Beten des Schülers in der Pause diese Spannungen aber weder verursache noch vertiefe (mehr).

### 2.2. Nordrhein-Westfälisches Kabinett beschließt Gründung einer Islamkonferenz

Mit einem „Dialog Forum Islam“ will die nordrhein-westfälische Landesregierung die Zusammenarbeit mit Muslimen verstärken. Eckpunkte des Forums hat das Kabinett am 22. November beschlossen. „Die Gründung dieses Forums macht Nordrhein-Westfalen erneut zu einem integrationspolitischen Vorreiter, nachdem wir als erstes Flächenland bereits unser Integrationsgesetz auf den Weg gebracht haben“, sagte Integrationsminister Guntram Schneider. Als erstes Bundesland schaffe Nordrhein-Westfalen ein politisch bedeutsames Gremium, das alle wichtigen Themen des Dialogs auf Landesebene behandelt.

Den Vorsitz des Forums übernimmt das Integrationsministerium. Ständige Mitglieder sollen Repräsentanten der Ministerien und der islamischen Verbände sein. Zu den Beratungen sollen jeweils externe Experten eingeladen werden (mehr). Als Konkurrenz zur Deutschen Islam Konferenz beim Bundesinnenministerium will die Landesregierung das Dialog Forum Islam nicht verstanden wissen. Einige Kommentatoren vermuten allerdings, dass es der Islamkonferenz den Rang ablaufen könnte. „Zwei Gründe sprechen dafür. Zum einen haben die vier größten islamischen Religionsgemeinschaften ihren Hauptsitz in Nordrhein-Westfalen. So wird zumindest auf Seiten der Muslime nicht allein auf Landesebene diskutiert werden. Zum anderen verspricht die Themenauswahl Konstruktives und Dialog auf Augenhöhe“ (mehr).

### 2.3. Württembergische Landeskirche entlässt mit Muslim verheiratete Vikarin aus dem Dienst

Die Evangelische Landeskirche in Württemberg hat eine Vikarin, die einen Muslim geheiratet hatte, zum Ende des Jahres aus dem Dienst entlassen. Man befürchte, dass grundsätzliche religiöse Differenzen im Pfarrhaus Spannungen in die Gemeinde hineinbringen, sagte ein Sprecher dem Evangelischen Pressedienst. Die rechtlichen Voraussetzungen für eine Ordination der Vikarin seien nicht gegeben.

Gegen das Vorgehen der Landeskirche wandten sich ein württembergischer Pfarrerverband und die Konferenz der Islambeauftragten in den württembergischen Kirchenbezirken. Sie forderten, die Vikarin zumindest bis zur Ordination im Dienst zu belassen, um ihr die Möglichkeit zu geben, in einer anderen Landeskirche als Pastorin zu arbeiten. Die Konferenz der Islambeauftragten sagte, sie halte den Beschluss „angesichts der Bemühungen um Fortschritte im christlich-muslimischen Dialog für kein gutes Signal“ (mehr).

In den meisten Evangelischen Landeskirchen ist eine religionsverschiedene Ehe im Pfarrhaus nicht prinzipiell verboten. Die Kirche im Rheinland etwa erlaubt die Eheschließung mit einem nichtchristlichen Partner in Ausnahmefällen. Voraussetzung für die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung sind die Akzeptanz und Unterstützung des Pfarrdienstes durch den Partner, eine evangelische Trauung und die evangelische Erziehung der Kinder (mehr). Auch der Entwurf eines bundesweit einheitlichen Pfarrerdienstrechts der Evangelischen Kirche in Deutschland sieht die Möglichkeit einer Ausnahmegenehmigung für religionsverschiedene Ehen nach einer Einzelfallprüfung vor (mehr).

## 2.4. Streit um Kölner Moschee: DITIB-Architekt bemängelt gravierende Planungsfehler

Im Streit um die große Kölner Moschee (s. Mitteilungen 9, 2011, S. 2) hat ein von DITIB beauftragter Architekt dem gekündigten Architekten Paul Böhm erneut gravierende Planungsfehler vorgeworfen. Im Gespräch mit der Islamischen Zeitung spricht Orhan Gökkuş von „riesigen Funktionsmängeln bei Planung und Detail“. Entgegen dem in der Öffentlichkeit entstandenen Eindruck habe die Sache nichts mit einem angeblichen Traditionalismus des neuen Kölner DITIB-Vorstandes oder mit Religionspolitik zu tun. „Ich kann ihnen mit Sicherheit sagen, dass der Konflikt mit Paul Böhm ausschließlich bautechnisch ist. Mit Politik hat das nichts zu tun“, so Gökkuş (mehr).

## 2.5. EKD-Ratsvorsitzender zu Gast in Istanbul

Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses Nikolaus Schneider, hat an die türkische Regierung appelliert, das im Sommer dieses Jahres erlassene Restitutionsdekret zügig umzusetzen. Das Dekret sieht die Rückgabe von enteignetem Besitz an christliche und jüdische Gemeinden in der Türkei vor. Es habe in den letzten Monaten eine Reihe positiver Entwicklungen gegeben, sagte Schneider anlässlich eines Besuches in Istanbul. Allerdings seien die Besitzrechte an Kirchengebäuden und Grundstücken nach wie vor rechtlich ungesichert. „Ich hoffe, dass der Weg der Religionsfreiheit und des konstruktiven Miteinanders zum Wohl der türkischen Gesellschaft sich fortsetzt“, erklärte Schneider.

Der Ratsvorsitzende war anlässlich des 150-jährigen Jubiläums der evangelischen Kreuzkirche an den Bosphorus gereist. In seinem Grußwort würdigte Schneider die kulturelle Vermittlungsarbeit und das Engagement für Flüchtlinge und Notleidende, das die Gemeinde vor Ort leiste (mehr).

## 2.6. Was sonst noch war

- Bundespräsident Wulff plädiert für „Allianz der Zivilisationen“ (mehr)
- Haus der Religionen Hannover e.V. erhält Integrationspreis der Stadt Hannover (mehr)
- Interreligiöse Schulung für Arbeit mit Jugendlichen ausgezeichnet (mehr)
- Proteste gegen US-Reality-Serie „All American Muslim“ (mehr).

## 3. Meinungsforschung

Die Universität Bielefeld hat die zehnte Umfrage zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit publiziert. Eines der Ergebnisse: Die Islamfeindlichkeit in Deutschland ist nach einem signifikanten Anstieg von 2009 auf 2010 deutlich zurückgegangen. So gaben im Jahr 2011 30 Prozent der Befragten an, sie fühlten sich wegen der „vielen Muslime manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“. Im Jahr 2010 waren es 39 Prozent.

Der Leiter der Langzeitstudie, Wilhelm Heitmeyer, legte zugleich einen Rückblick auf zehn Jahre „Deutsche Zustände“ vor. Der Prozentsatz derjenigen, die islamfeindlichen Sätzen zustimmen, ist danach in den Jahren 2002–2011 leicht gesunken. So stimmten im Jahr 2003 26,5 Prozent der Befragten dem Satz zu: „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“. Im Jahr 2011 waren es 22,6 Prozent (mehr).

## 4. Literatur: Neuerscheinungen

- W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 10, Berlin 2011
- V. Jacob, Die Bedeutung des Islam für Jugendliche aus der Türkei in Deutschland. Empfehlungen für die Soziale Arbeit in der Jugendberufshilfe, Freiburg 2011
- A. Th. Khoury, Der Hadīth. Urkunde der islamischen Tradition. Band V: Aus der schiitischen Überlieferung, Gütersloh 2011
- R. Schieder, Sind Religionen gefährlich? Religionspolitische Perspektiven für das 21. Jahrhundert, Berlin<sup>2</sup>2011
- J. Todenhöfer, Feindbild Islam. Zehn Thesen gegen den Hass, München 2011.

**Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern frohe Weihnachten und ein gesegnetes neues Jahr.**

Hannover, den 16. Dezember 2011

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 1, 2012

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Islamische Religion wird ordentliches Schulfach

Zum Schuljahr 2012 soll in Niedersachsen das Fach Islamische Religion als ordentliches Lehrfach eingeführt werden. Das teilte das Kultusministerium mit. Erstmals tagte Ende Januar in Hannover ein Beirat, in dem die beiden niedersächsischen Islamverbände DITIB und Schura vertreten sind.

„Mit der Gründung des gemeinsamen Beirats ist der Weg für das neue Fach ‚Islamische Religion‘ in Niedersachsen geebnet“, sagte Kultusminister Bernd Althusmann (CDU). Der Unterricht werde auf Basis des Grundgesetzes in deutscher Sprache mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern erteilt. „Das Land Niedersachsen will in unseren Schulen damit einen Beitrag zur Integration und zur religiösen Bildung leisten“, so Althusmann. Gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen sei Niedersachsen Vorreiter bei der Einführung des Unterrichts als reguläres Schulfach.

In Niedersachsen gibt es nach Angaben des Ministeriums rund 49.000 Schülerinnen und Schüler islamischen Glaubens. Der Religionsunterricht soll vom Schuljahr 2013/2014 an zunächst an den Grundschulen und ein Jahr später in den Klassen 5 bis 10 eingeführt werden. Bereits seit 2003 läuft ein Modellversuch an mittlerweile 43 Grundschulen.

Von einem „historischen Tag“ sprach der Vorsitzende des Landesverbandes der Muslime in Niedersachsen (Schura), Avni Altiner. Der Vorsitzende des DITIB-Landesverbandes, Yilmaz Kiliç, erklärte, jetzt herrsche endlich „Normalität in der Schule“. Für die in Deutschland lebenden Muslime sei die Einführung des Faches Islamische Religion „ein wichtiger Schritt zu ihrer Anerkennung in der hiesigen Gesellschaft“.

Auch die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers begrüßt die Einführung des Islamischen Religionsunterrichtes. Bildungsdezernentin Kerstin Gäfgen-Track sagte dem Evangelischen Pressedienst, die Evangelische Kirche habe bereits den Modellversuch unterstützt. „Jedes Kind hat ein Recht auf eine religiöse Erziehung. Der Staat kann das allein nicht leisten, sondern nur zusammen mit den Religionsgemeinschaften“, erklärte Gäfgen-Track. Wichtig für einen historisch-kritischen Unterricht sei, dass die Lehrer an einer Universität ausgebildet werden. Dies werde den Dialog zwischen den Religionen fördern (mehr).

#### 1.2. „Religionen im Gespräch“ beginnt mit Frage nach einer „christlich-jüdischen Leitkultur“

Zum Start der Veranstaltungsreihe „Religionen im Gespräch“ diskutieren Landesbischof Ralf Meister, Landesrabbiner Jonah Sievers und der Schura-Vorsitzende Avni Altiner die Frage nach der Notwendigkeit einer christlich-jüdischen Leitkultur. „Streit um den Islam. Brauchen wir eine christlich-jüdische Leitkultur?“ ist der Titel der Podiumsdiskussion, die am 16. Februar um 19 Uhr die neue Dialogreihe im Haus der Religionen in Hannover eröffnen wird.

„Mit ‚Religionen im Gespräch‘ wollen wir den Interreligiösen Dialog stärker in der Gesellschaft verankern“, sagt der Initiator und Moderator der Gespräche, Wolfgang Reinbold, vom Haus kirchlicher Dienste der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers. „Daher haben wir uns entschlossen, eine eigene Internetseite einzurichten, auf der wir Ausschnitte aus den Diskussionen in Videos zeigen werden“. Dazu gebe es Mitschriften der Dialoge, Hintergrundinformationen und die Möglichkeit zum Mitreden (mehr).

Veranstalter von „Religionen im Gespräch“ sind das Haus kirchlicher Dienste der Evangelischen Landeskirche und das Haus der Religionen in Hannover. Geplant sind zunächst fünf Gespräche pro Jahr. Die Gespräche sind öffentlich. Wer live dabei sein will, wird gebeten, sich unter [info@religionen-im-gespraech.de](mailto:info@religionen-im-gespraech.de) anzumelden. Internet: [www.religionen-im-gespraech.de](http://www.religionen-im-gespraech.de).

#### 1.3. Katholische Kirche unterstützt Haus der Religionen

Seit Anfang des Jahres verstärkt eine Mitarbeiterin der katholischen Kirche das Team im Haus der Religionen in Hannover. Die Sozialpädagogin Cordula Canisius-Yavuz ist vom „Tabor“, dem Zentrum der Katholischen Jugend, zum Haus der Religionen gewechselt. „Wir sind sehr interessiert am Projekt ‚Haus der Religionen‘ und wollen es unterstützen“, erklärte der katholische Propst Martin Tenge in einer Pressemitteilung. „Frau Canisius-Yavuz wird eine Brückenbauerin zwischen den katholischen Gemeinden und Einrichtungen und dem Haus der Religionen sein“.

Cordula Canisius-Yavuz bringt langjährige Erfahrungen in der interkulturellen Jugend- und Familienarbeit mit. Im „Tabor“ hat sie die interkulturelle Mädchengruppe und die Lernwerkstatt geleitet. Nicht zuletzt aus ihrer eigenen Familie, in der zwei Religionen gelebt werden, weiß sie: „Es gibt nicht ‚die‘ Muslime oder ‚die‘ Christen. Wir werden hier Vorträge und Diskussionen veranstalten. Aber jeder muss auch selbst seine Nachbarn aufsuchen und fragen, wie sie denken“ (mehr).

## 2. Allgemeine Lage

### 2.1. Universität Tübingen eröffnet Islam-Zentrum

In Tübingen ist das bundesweit erste Zentrum für Islamische Theologie offiziell eröffnet worden. Das Zentrum sei ein wichtiges Zeichen dafür, dass religiöse Vielfalt für die Gesellschaft keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung sei, sagte Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) bei der Eröffnungsfeier. Darüber hinaus sei es ein „Zeichen für den Respekt vor der Religion des Islam“.

Seit Oktober 2011 studieren 23 Frauen und 13 Männer den achtsemestrigen Bachelorstudiengang „Islamische Theologie“. Neben Tübingen sollen in diesem Jahr Islamische Zentren an den Universitäten Osnabrück/Münster, Erlangen-Nürnberg und Frankfurt/Gießen an den Start gehen. Dafür will der Bund in den kommenden Jahren insgesamt rund 20 Millionen Euro für Professuren, Mitarbeiterstellen und den wissenschaftlichen Nachwuchs bereitstellen.

Rauf Ceylan vom Zentrum für interkulturelle Islamstudien an der Universität Osnabrück forderte für die Ausbildung von Imamen und Religionslehrern qualitativ hohe Maßstäbe. Die Lehre müsse sich am Grundkonsens der Muslime in Deutschland orientieren und Antworten auf deren Lebenswirklichkeit liefern, sagte Ceylan im Deutschlandradio Kultur. Der Großmufti von Sarajevo, Mustafa Cerić, erklärte in seinem Grußwort, das neue Zentrum könne Brücken bauen zwischen Muslimen und der deutschen Mehrheitsgesellschaft sowie zwischen der muslimischen Welt und Europa. Bekir Alboga, Sprecher des Koordinationsrates der Muslime in Deutschland, sagte, zwar sei die Anerkennung des Islams in der Universitätslandschaft erfreulich. Es sei jedoch traurig, dass die Muslime juristisch noch nicht als Religionsgemeinschaft anerkannt werden (epd 8/2012).

Als erster Professor wurde der Koranwissenschaftler Omar Hamdan berufen. Hamdan, Jahrgang 1963, studierte Islamwissenschaft und Arabistik in Jerusalem und vergleichende Religionswissenschaft in Tübingen. Ab dem Wintersemester 2012/2013 wird die aus Mazedonien stammende Lejla Demiri eine Professur für „Islamische Glaubenslehre“ übernehmen. Demiri studierte islamische Theologie in Istanbul, katholische Theologie in Rom und promovierte in Vergleichender Theologie an der Universität Cambridge. Darüber hinaus werden zwei Juniorprofessoren die Fächer „Islamisches Recht“ sowie „Geschichte und Gegenwartskultur des Islam“ unterrichten (mehr).

Über die fachliche Kompetenz der Dozenten entscheidet die Berufungskommission der Universität. Hinzugezogen wird das Urteil eines siebenköpfigen muslimischen Beirats, der das Recht hat, einen Kandidaten wegen „bekenntnisrelevanter Fragen“ abzulehnen. Vorsitzender des Beirates ist Suleyman Tenger, einer der Religionsbeauftragten der Türkisch Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) (mehr).

Kritiker werfen der Universität vor, der Sache mit dieser Konstruktion keinen Dienst erwiesen zu haben. Es bestehe die Gefahr, dass in Tübingen eine „weithin unkritische islamische Theologie“ etabliert werde, sagte Friedmann Eißler von der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen in Berlin. Es sei zudem ein falsches Signal, wenn die türkische Religionsbehörde den Vorsitzenden des Beirates stelle (mehr).

### 2.2. Stuttgart: Integrationsministerin fordert Kirchen auf, Muslime einzustellen

Die baden-württembergische Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) hat die Kirchen aufgefordert, in ihren Alten- und Pflegeheimen mehr Muslime einzustellen. Dass die großen kirchlichen Sozialverbände oftmals nur Christen einstellten, sei ein „gravierendes Problem“, weil dies viele andersgläubige Migranten aus diesem Berufsfeld ausschließe, sagte sie der Süddeutschen Zeitung während der Hohenheimer Tage zum Ausländerrecht in Stuttgart. „Da müssen sich die Kirchen öffnen – das kann ich ihnen aber nicht vorschreiben, sondern nur dafür werben“, so die Ministerin.

Kirchliche Sozialverbände wie Diakonie und Caritas betreiben einen Großteil der sozialen Einrichtungen in Deutschland. Angesichts vieler arbeitsloser Migranten sei eine „zeitgemäße Interpretation“ der kirchlichen Regeln nötig, fast ausschließlich auf Menschen der eigenen Konfession zu setzen, sagte Öney. Zuvor hatte bereits der frühere Bundesverfassungsrichter Brun-Otto Bryde die Kirchen aufgefordert, ihre Einstellungspraxis zu überprüfen. „Wir sperren da ein ganzes Berufsfeld für Migranten, das sehr chancenreich wäre – gerade für Migrantinnen“, sagte Bryde (SZ 30.1.12).

### 2.3. Holland beschließt Burka-Verbot

Das holländische Kabinett hat einen Gesetzentwurf beschlossen, der das Tragen einer Burka verbietet. Ein Verstoß gegen das Verbot kann danach mit einer Geldstrafe von bis zu 340 Euro geahndet werden. Der Gesetzentwurf muss noch vom Parlament verabschiedet werden.

Innenministerin Spies teilte nach dem Kabinettsbeschluss mit, das Verbot gelte für jede Kleidung, die das Gesicht bedecke, auch für Biwakmützen und Helme. Ausnahmen gebe es für Verkleidungen an Karneval und Nikolaus. Das Verbot sei von größter Wichtigkeit, auch wenn es nur wenige Frauen betreffe, sagte die Ministerin. In einer offenen Gesellschaft müssten die Bürger sich unverhüllt begegnen.

In Frankreich und Belgien sind Burka-Verbote bereits Gesetz. In Deutschland macht sich die CDU in Hessen für ein Verbot stark. In den Niederlanden gehört ein Burka-Verbot zu den Forderungen der rechtspopulistischen „Partei für die Freiheit“ von Geert Wilders, auf deren Tolerierung die Regierung von Christdemokraten und Rechtsliberalen angewiesen ist. Wilders bezeichnete den Beschluss des Kabinetts als „fantastische Neuigkeit“.

Der Staatsrat, das höchste Beratungsorgan der niederländischen Regierung, hatte von einem Gesetz abgeraten. Nach Ansicht der Juristen verstößt es gegen die Freiheit der Religionsausübung. Dagegen argumentierte die Regierung, die Europäische Menschenrechtskonvention lasse eine Einschränkung der Religionsfreiheit zu, wenn dies im Interesse der öffentlichen Ordnung sei (mehr).

#### **2.4. Berliner Koranforscherin: Islam ist Teil des europäischen Erbes**

Für die Berliner Arabistikprofessorin Angelika Neuwirth ist der Islam ein Teil des europäischen Erbes. Im Gespräch mit dem Deutschlandfunk sagte die Leiterin des Projekts „Corpus Coranicum“, der Koran sei im mediterranen, jüdisch-christlich geprägten Milieu der Spätantike entstanden, aus dem sich „Europa“ entwickelte. „Ich betone so gerne das Europäische, weil wir oft vergessen, dass das, was wir später als ‚Islam‘ abgrenzen, ebenso sehr auf der Basis der Antike steht wie die sich entwickelnde europäische Kultur“, so Neuwirth. „Der Islam wird dadurch zum Islam, dass er aus dem gleichen jüdisch-christlichen Fonds zehrt, aber neue Antworten findet“ (mehr).

#### **2.5. Was sonst noch war**

- München: Gericht stoppt Verbeamtung eines muslimischen Lehrers (mehr)
- Berlin: Andreas Goetze zum Landespfarrer für Interreligiösen Dialog ernannt (mehr)
- Berlin: Prozess gegen mutmaßliche Gründer des deutschen Ablegers von Al Qaida (mehr)
- Köln: Kardinal Meisner nimmt Kritik an muslimischen Verbänden zurück (mehr)
- Frankfurt: Salafisten werben auf der Zeil (mehr)
- Hamburg: Wirbel um geplantes „Islamisches Einkaufszentrum“ in Harburg (mehr)
- Münster: Sorge um Entstehung eines salafistischen Zentrums (mehr)
- Duisburg: Staatssekretärin Kaykin wegen Unregelmäßigkeiten in Marxloher Moschee unter Druck (mehr).

### **3. Veranstaltungen**

#### **3.1. Streit um den Islam. Brauchen wir eine christlich-jüdische Leitkultur?**

Religionen im Gespräch

16. Februar 2012, 19 Uhr, Haus der Religionen, Böhmerstr. 8, Hannover

Gäste: Ralf Meister, Jonah Sievers, Avni Altiner. Moderation: Wolfgang Reinbold.

Veranstalter: Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers (mehr).

#### **3.2. Bibel und Koran im Dialog**

1. Februar – 18. Juli 2012, 19.30 Uhr, zweiwöchentlich (Termine hier)

Haus der Religionen, Böhmerstr. 8, Hannover.

#### **3.3. Prediger des Islam. Imame in Deutschland**

10. Februar 2012, 17 Uhr, Clemenshaus, Leibnizufer 17 B, Hannover

Referent: Rauf Ceylan, Universität Osnabrück.

#### **3.4. Jung, begabt und religiös**

Was erwarten wir von unserer Tradition und unserer Gesellschaft?

39. Internationale Tagung zum Dialog von Juden, Christen und Muslimen in Europa

19.–25. März 2012, Evangelische Jugendbildungsstätte Hackhauser Hof, Solingen

Veranstalter: Leo Baeck College, London; Deutsche Muslim-Liga, Bonn; Centre for the Study of Islam and Christian-Muslim-Relations, Universität Birmingham; Ökumenische Werkstatt Wuppertal (mehr).

### **4. Literatur: Neuerscheinungen**

Th. Bauer, Die Kultur der Ambiguität. Eine andere Geschichte des Islams, Berlin 2011 (Rezension).

Hannover, den 31. Januar 2012

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 2, 2012

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Osnabrück: Beirat des Institutes für Islamische Theologie konstituiert sich

Die muslimischen Landesverbände und die Universität Osnabrück haben einen Beirat gegründet. Damit sei die letzte Weiche zum Start des Instituts für Islamische Theologie gestellt, teilte die Universität mit. Der Landesverband der Muslime in Niedersachsen (Schura) und die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion Niedersachsen-Bremen (DITIB) senden je drei Vertreter in den Beirat. Drei weitere Mitglieder werden von der Universität berufen. Der Beirat verständigte sich darauf, die Beteiligung der Verbände analog zu der der christlichen Kirchen zu gestalten.

Die Vereinbarung dokumentiere die Bereitschaft aller Beteiligten, an der Einrichtung der Islamischen Theologie und Religionspädagogik an der Universität Osnabrück konstruktiv mitzuarbeiten, sagte Wissenschaftsministerin Johanna Wanka. „Das ist eine wichtige Entwicklung für unser Land und ein guter Beitrag zur Integration unserer muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie zur Würdigung ihres Glaubens“. Auch Universitätspräsident Claus Rollinger, Vizepräsidentin Martina Blasberg-Kuhnke und die Vorsitzenden der muslimischen Verbände, Avni Altiner und Yilmaz Kiliç, äußerten sich erfreut. „Wir freuen uns auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Vertretern der muslimischen Gemeinschaften und Gemeinden“, sagte Blasberg-Kuhnke, die die Kooperationsverhandlungen für die Universität geführt hat.

Das Institut wird in Kürze seine Arbeit aufnehmen. Es wird mit sieben Professuren ausgestattet und damit das größte Institut für Islamische Theologie in Deutschland sein. Zur Zeit laufen die Besetzungsverfahren für die Professuren in den Fächern Koranexegese und Islamisches Recht (mehr).

#### 1.2. Göttingen: Islam-Verein fühlt sich hintergangen

Ein ehemaliges Verwaltungsgebäude der Deutschen Bahn in Göttingen ist an die Göttinger Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung (GWG) verkauft worden. Nicht zum Zuge kam der Verein Al-Taqwa/Islamisches Kulturzentrum, der sich ebenfalls für die Immobilie interessiert hatte. Dessen Vorsitzender Mohamed Mansour Al-Masri fühlt sich hintergangen. Die Stadt habe den Verein „hinterlistig, unmoralisch, unzulässig“ und „sittenwidrig“ behandelt.

Al-Taqwa hatte im August vergangenen Jahres 300.000 Euro für das Gebäude geboten, seinerzeit das höchste Gebot. Daraufhin sei dem Verein die Abwicklung des Kaufes „bis Ende 2011“ in Aussicht gestellt worden. Auch einen Bauvorbescheid für den geplanten Umbau der Immobilie zu einer Moschee mit Hotel und Einzelhandel habe man erhalten. Dann aber sei ein Schreiben der Deutschen Bahn gekommen, wonach es „Unstimmigkeiten“ im Verfahren gegeben habe. Alle Kaufinteressenten seien aufgefordert worden, ein verbindliches Kaufangebot abzugeben. Im Dezember entschied die Bahn schließlich, der GWG den Zuschlag zu geben.

Die Stadt weist den Vorwurf, Al-Taqwa hintergangen zu haben, zurück. Man habe wie üblich den Nachbarn GWG über das geplante Bauprojekt informiert. Die GWG habe daraufhin Widerspruch eingelegt, weil sie ein Hotel in direkter Nähe des Güterverkehrszentrums ablehne. Danach habe die GWG ihrerseits ein Angebot abgegeben und den Zuschlag erhalten. Man wolle mit einer „Herstellung von Bauflächen“ oder einer neuen Nutzung der Gebäude das Areal aufwerten, so die GWG. Die Deutsche Bahn bedauert das „Missverständnis“. Einen Zuschlag für Al-Taqwa habe es nie gegeben.

Der Verein Al-Taqwa schenkt dieser Darstellung keinen Glauben und glaubt an eine Intrige. Schon einmal, so Mohamed Mansour Al-Masri, habe ihm die Stadt mit unlauteren Mitteln einen Strich durch die Rechnung gemacht (mehr).

#### 1.3. „Religionen im Gespräch“: Kritik an „christlich-jüdischer Leitkultur“

Mit deutlichen Worten haben christliche, jüdische und muslimische Repräsentanten den Begriff der „christlich-jüdischen Leitkultur“ kritisiert. Bei der ersten Diskussion im Rahmen der Reihe „Religionen im Gespräch“ sagte Landesrabbiner Jonah Sievers, der Begriff sei „politische Rhetorik ohne Fundament“. Eine gleichberechtigte christlich-jüdische Kultur, „auf die man dann vielleicht sogar stolz gewesen wäre“, habe es in Deutschland niemals gegeben. Der Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, Ralf Meister, erinnerte an die Geschichte seiner Heimatstadt Hamburg. Die Stadt Hamburg habe einige hundert Jahre lang das Bürgerrecht nur lutherischen Christen genehmigt und alle anderen Konfessionen ausgeschlossen. Historisch gesehen, sei der Begriff der christlich-jüdischen Leitkultur daher „ein großer Unfug“. Der Vorsitzende des Landesverbandes der Muslime in Niedersachsen (Schura), Avni Altiner, sagte, für die jungen, in Deutschland geborenen Muslime sei der Begriff ein Affront. „Wenn diese jungen Menschen das Gefühl haben, dass sie nicht gewollt sind, dann ist das schlimm für sie“, so Altiner (mehr).

#### **1.4. Kritik am Entwurf der Lehrerlaubnis für den islamischen Religionsunterricht**

Der Entwurf der Lehrerlaubnis für Lehrkräfte des Fachs „Islamische Religion“ an niedersächsischen Schulen stößt innerhalb der muslimischen Gemeinschaft auf teils scharfe Kritik. Die vom Beirat für den islamischen Religionsunterricht in Niedersachsen entworfene sogenannte „Ijaza“ stehe in „keinem Verhältnis mit der freien Praxis des islamischen Glaubens“, erklärte der „Liberal-Islamische Bund e.V.“ in einer Stellungnahme. Insbesondere könne kein Muslim dem anderen bescheinigen, dass er in seiner alltäglichen Frömmigkeitspraxis „dem rechten Islam“ folge, wie es die Ijaza vorsehe (hier). Einem solchen Zeugnis könne islamisch nicht zugestimmt werden. „Frömmigkeit kann und darf nicht bescheinigt werden“, so der Verein (mehr), dessen erste Vorsitzende die Islamwissenschaftlerin Lamyä Kaddor ist.

Die niedersächsische Journalistin Hilal Sezgin schreibt in einem Kommentar in der Tageszeitung, die Details der „Ijaza“ ließen ihr als liberaler Muslimin „die Zähne klappern. Die männlichen Bewerber müssen die regelmäßige Teilnahme am Freitagsgebet, die Frauen hingegen Gemeindegarbeit nachweisen – und sämtliche Bewerber eine ‚fortwährende Lebensweise nach der rechten islamischen Lehre und den guten Sitten‘. Konservativer geht es kaum“, so Sezgin (mehr).

## **2. Allgemeine Lage**

### **2.1. Muslimische Verbände bedauern Rücktritt von Bundespräsident Wulff**

Einmütig haben die muslimischen Verbände den Rücktritt von Bundespräsident Wulff bedauert. Er sei ein „weitsichtiger und umsichtiger Bundespräsident“ gewesen, der mit seiner Aussage, dass der Islam zu Deutschland gehöre, den „gordischen Knoten der deutschen Einwanderungsgesellschaft“ gelöst habe, erklärte die Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB). Wulff sei der Präsident gewesen, „den die Migranten und Muslime, aber auch die Mehrheitsgesellschaft brauchten, um Deutschland auf dem Weg zur Einheit voranzubringen“ (mehr).

Ähnlich äußerten sich andere Verbände. Wulff hinterlasse seinem Nachfolger „eine große Verantwortung: den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken“, erklärte der Generalsekretär der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş, Oğuz Üçüncü. Kenan Kolat, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, sagte, Wulff habe „sehr viel für die Integration und das Verständnis getan“. Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland, formulierte die Erwartung, dass Wulffs Nachfolger den eingeschlagenen Kurs fortsetzen werde. „Ich setze darauf, dass er für alle Deutschen sprechen wird, also auch für die Muslime“, sagte Mazyek (mehr). Ausdrücklich wandte er sich gegen die in der muslimischen Gemeinde kursierende Vermutung, dass der Bundespräsident „wegen seiner Aussage zum Islam den Hut nehmen musste“ (mehr).

### **2.2. Nordrhein-Westfalen: Mitglieder des Beirats für islamischen Religionsunterricht bestimmt**

Die Mitglieder des Beirats, der in Nordrhein-Westfalen die Inhalte des islamischen Religionsunterrichts bestimmen soll, stehen fest. Das Schulministerium und die islamischen Verbände entsenden je vier Mitglieder in das Gremium. „Ich freue mich sehr, dass die Zusammenarbeit mit den islamischen Organisationen so vertrauensvoll und reibungslos verläuft“, sagte Schulministerin Löhrmann (Grüne) anlässlich der Berufung des Beirats. „Damit ist eine wichtige Voraussetzung geschaffen, dass wir bei der Einführung des islamischen Religionsunterrichts vorankommen.“

Vom Ministerium berufen wurden der Religionspädagoge Mouhanad Khorchide von der Universität Münster, die Islamwissenschaftlerin Hanim Ezder, Sami Alphan und die Paderborner Doktorandin Tuba Isik-Yigit. Der Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland benannte Imam Mehmet Soyhun (DITIB), Burhan Kesici (Islamrat), Nigar Yardim (VIKZ) und Eva El-Shabassy (Zentralrat der Muslime). Die Amtszeit des Beirats beträgt drei Jahre (mehr).

### **2.3. Rheinland-Pfalz: Diskussion um die Rolle der Scharia im deutschen Recht**

Nach Auffassung des rheinland-pfälzischen Justizministers Jochen Hartloff (SPD) ist die Scharia mit dem deutschen Recht nicht in jedem Fall unvereinbar. Bei zivilen Rechtsstreitigkeiten halte er Scharia-Gerichte in Form von Schiedsgerichten durchaus für möglich. Dabei dürften allerdings keine Straftaten verhandelt werden, sondern nur Streitigkeiten über Geld, Scheidungen und Erbsachen. Zudem müssten beide Parteien ein solches islamisches Gericht akzeptieren. Auch der Sport und die Kirchen hätten schließlich ihre eigene Rechtssprechung, so Hartloff.

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland begrüßte Hartloffs Position. Eine außergerichtliche Streitschlichtung sei zu begrüßen, weil sie die Gerichte entlaste und oft nachhaltiger wirken könne als Gerichtsurteile, sagte der Vorsitzende Aiman Mazyek. Allerdings werde der Zentralrat „keinesfalls einer parallelen islamischen Justiz das Wort reden“.

Scharfe Kritik äußerte CSU-Rechtsexperte Stephan Mayer. In der „Bild“-Zeitung forderte er den Rücktritt des Ministers. „Die Scharia ist in jeder Form grausam und menschenverachtend“, sagte Mayer. „Es ist unvorstellbar, dass ein Justizminister solche Gedanken hegt“. Auch der Vorsitzende der Justizministerkonferenz der Länder, Jörg-Uwe Hahn (FDP), wandte sich gegen Hartloffs Überlegungen. „Recht sprechen bei uns deutsche Gerichte. Islamische Sondergerichte braucht es da nicht“, so Hahn.

Zurückhaltender kommentierte das Bundesjustizministerium die Debatte. Man warne davor, von einer möglichen Paralleljustiz in Deutschland zu sprechen. Die Justiz liege allein in den Händen des Staates und sei strikt an rechtsstaatlichen Vorgaben orientiert. Allerdings sei es sinnvoll, Elemente der gütlichen Streitbeilegung in die Verfahren einzubetten.

In Rheinland-Pfalz will die CDU-Opposition die Äußerungen des Ministers im Rechtsausschuss des Landtags thematisieren. Der Justizminister leiste „ohne Not dem Entstehen einer Parallelgesellschaft Vorschub“ und stelle das Gewaltmonopol infrage, sagte der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Axel Wilke (mehr).

#### **2.4. Neuer Präsident beim Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ)**

Der Verband der Islamischen Kulturzentren hat Ali Atallah Demirezen zum neuen Vorsitzenden gewählt. Man setze auf „die weitere Institutionalisierung und Professionalisierung der Verbandsarbeit auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene“. Daher habe man eine erfahrene Führungskraft gesucht und die Stelle europaweit ausgeschrieben, so der Verband in einer Pressemitteilung.

Der 39-jährige Theologe Demirezen war zuvor in Norwegen tätig, wo er sich nach Angaben des Verbandes insbesondere in der Bildungs- und Jugendarbeit engagierte. Der neue Präsident dankte dem VIKZ für das entgegengebrachte Vertrauen und kündigte an, nun zunächst einmal Deutsch lernen zu wollen. Der bisherige Präsident Mustafa Imal wurde zum Vizepräsidenten gewählt (mehr).

#### **2.5. Mainz: Erfolgreiche Klage gegen Kopftuchverbot**

Eine Sekretärin hat vor dem Mainzer Arbeitsgericht erfolgreich gegen eine Personaldienstleistungsfirma geklagt. Die Firma hatte eine Bewerbung der Frau mit dem Argument abgelehnt, als Sekretärin könne sie kein Kopftuch tragen. Das Gericht urteilte, die Ablehnung sei unzulässig und verhängte gegen das Unternehmen eine Geldstrafe von 4.500 Euro (mehr).

#### **2.6. Was sonst noch war**

- Klage gegen Verfassungsschutzbericht über Muslimische Jugend zum Teil erfolgreich (mehr)
- Baden-Württemberg: Ministerium erleichtert Einbürgerungen (mehr)
- Frankfurt: Flughafenattentäter Uka zu lebenslanger Haft verurteilt (mehr)
- Düsseldorf: Erster deutsch-türkischer Karnevalsverein gegründet (mehr)
- Berlin: Salafisten ziehen nach Nordrhein-Westfalen (mehr)
- „Muslim-Taxi“: Mission im Auto und salafistische Ideologie (mehr)
- Solingen: Stadtgesellschaft verbündet sich gegen Salafisten (mehr)
- Studie über iranische Schulbücher: Kinder werden auf den Krieg vorbereitet (mehr)
- Jakarta: Islamische Menschenrechtskommission nimmt Arbeit auf (mehr).

### **3. Meinungsforschung**

#### **Was glauben die Hessen?**

Die Katholische Hochschule Freiburg hat im Auftrag des Hessischen Rundfunks die Frage untersucht, was die Hessen glauben. Die Studie unter der Leitung des Freiburger Religionssoziologen Michael N. Ebertz kommt unter anderem zu dem Schluss, dass die hessischen Muslime erheblich stärker mit ihrer Religion verbunden sind als die Christen. Darüber hinaus sind sie mehrheitlich missionarisch eingestellt. So ist die Zustimmung zu dem Satz „Ich versuche, möglichst viele Menschen für meine Religion zu gewinnen“ unter den Muslimen fast fünfmal so hoch wie unter den evangelischen Christen (60,9 gegenüber 12,2 Prozent) (mehr).

### **4. Literatur: Neuerscheinungen**

A. Renz u.a. (Hg.), „Der stets größere Gott“. Gottesvorstellungen in Christentum und Islam, Regensburg 2012.

Hannover, den 24. Februar 2012

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 3, 2012

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Diskussion um Konzept des Innenministeriums gegen islamistischen Terrorismus

Der niedersächsische Innenminister Uwe Schönemann (CDU) hat ein „Handlungskonzept Antiradikalisierung im Bereich islamistischer Extremismus und Terrorismus“ vorgelegt. Dem deutschlandweit einzigartigen Projekt gehe es darum, auf breiter Ebene ein Präventionsprogramm zu entwickeln, das junge Muslime davor bewahrt, zu Terroristen zu werden, so Schönemann in Hannover. An der Entwicklung des Konzeptes seien auch die beiden muslimischen Landesverbände in Niedersachsen, Schura und DITIB, beteiligt gewesen.

Vom islamistischen Terrorismus gehe nach wie vor eine große Gefahr für die innere Sicherheit aus, sagte der Minister. An diese Gruppen müsse man herankommen, auch an die Einzeltäter, die sich über das Internet radikalisierten und die oft gut integriert wirkten. Notwendig dafür seien Hinweise aus dem sozialen Umfeld, etwa aus den Moscheegemeinden. Bereits radikalisierte Jugendliche sollen vom Verfassungsschutz gezielt angesprochen, ein Aussteigertelefon soll eingerichtet werden, so Schönemann (mehr).

Mit teils scharfer Kritik reagierten die muslimischen Landesverbände auf die Veröffentlichung des Konzepts. Zwar wisse man von den Plänen des Innenministers und sei anfangs auch beteiligt gewesen. Man stehe dem Projekt allerdings „sehr skeptisch gegenüber“. Offenbar habe der Minister „immer noch nicht realisiert“, dass die gesuchten Terroristen „nicht in unseren Moscheegemeinden anzutreffen sind“, erklärte der DITIB Landesverband Islamischer Religionsgemeinschaften Niedersachsen und Bremen e.V.. Schönemanns Projekt stelle die „breite Masse der Muslime in Niedersachsen wieder mal unter Generalverdacht“, wie es schon bei den sogenannten „verdachtsunabhängigen Kontrollen“ der Moscheen vor einigen Jahren der Fall gewesen sei. Darüber hinaus könne man nach den Ereignissen um die Zwickauer Terrorzelle ein Projekt, dessen Leitung beim Verfassungsschutz liegt, ohnehin nicht mittragen (mehr).

Noch schärfer äußerte sich der Landesverband der Muslime in Niedersachsen e.V. (Schura). Das Konzept fördere das Denunziantentum, schüre Vorurteile, stelle Muslime unter Generalverdacht und dränge sie ins soziale Abseits. Man könne den Eindruck gewinnen, dass „Schönemann in Niedersachsen wieder eine Blockwart-Mentalität installieren möchte“. Mit Sorge sehe man „eine nachhaltige Störung des gesamtgesellschaftlichen Friedens in Niedersachsen“, die Züge einer „Einschüchterungspolitik“ aufweise, so Schura in einer Presseerklärung.

Verfassungsschutzpräsident Hans-Werner Wargel äußerte sich „tief irritiert“ über die Verlautbarung der Islam-Verbände. Man habe das Konzept im vergangenen Jahr auf Initiative der Schura entwickelt und sei verwundert über den Kurswechsel. Offenbar liege ein Missverständnis vor: „Es geht uns nicht um Denunziation. Wir wollen keine Informationen haben, sondern Informationen liefern – und den Gemeinden Hinweise geben, worauf sie achten können“, so Wargel (mehr).

Der Osnabrücker Religionssoziologe Rauf Ceylan forderte die Verbände auf, das Programm mitzutragen statt es zu kritisieren. Er könne die Sorge der Verbände verstehen, dass Muslime unter Generalverdacht gestellt würden, sagte Ceylan. Wichtig sei indes, dass der Bevölkerung deutlich gemacht werde, dass die Fronten nicht zwischen Nichtmuslimen und Muslimen verlaufen, sondern „zwischen Nichtmuslimen und friedlichen Muslimen auf der einen und einer Minderheit potenziell Radikaler auf der anderen Seite.“ Zu dieser Wahrnehmung könnten die Islamverbände beitragen, indem sie Schönemanns Konzept unterstützten (mehr).

#### 1.2. Didacta 2012: Vermitteln Schulbücher Bild eines fremden Islam?

Von einigen bemerkenswerten Ausnahmen abgesehen, vermitteln deutsche Schulbücher nach wie vor das Bild eines fremden Islam. Zu diesem Urteil kommt Wolf D. Ahmed Aries, Lehrbeauftragter für Islam an der Universität Bielefeld, in der Islamischen Zeitung (Nr. 201, S. 16).

Ein Rundgang über die Bildungsmesse Didacta in Hannover habe wieder einmal gezeigt, dass in den Lehrbüchern die europäischen Muslime fehlten. „Bilder und Texte zeigen Muslime stets im arabischen, persischen, türkischen Kontext.“ Daran änderten auch die wenigen Fotos deutscher Moscheen nichts. „Die indirekt vermittelte Botschaft lautet: Der Islam ist fremd. Muslime bleiben Einwanderer“, so Aries. Ärgerlich sei der Umgang mit dem Miteinander von Christen und Muslimen im mittelalterlichen Andalusien, dessen historische Bedeutung in den Schulbüchern verkannt werde. Auch missverständen viele Autoren, was Begriffe wie „Fatwa“ und „Scharia“ tatsächlich bedeuteten. Aries empfiehlt den islamischen Verlagen, sich in Zukunft an der größten Bildungsmesse Europas zu beteiligen. „Zumindest sollten sich die islamischen Verlage auf einen Gemeinschaftsstand einigen“.

### 1.3. Landesbischof und Schura-Vorsitzender appellieren an iranische Regierung

Der Vorsitzende des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Landesbischof Ralf Meister, und der Vorsitzende des Landesverbandes der Muslime in Niedersachsen, Avni Altiner, haben gemeinsam an die iranische Regierung und ihren Botschafter in Deutschland appelliert, das Todesurteil gegen den iranischen Pastor Youcef Nadarkhani aufzuheben.

Landesbischof Meister sagte, schon die Inhaftierung Nadarkhanis aufgrund seines christlichen Glaubens sei ein schwerer Verstoß gegen die Menschenrechte und die Religionsfreiheit gewesen. Nadarkhani müsse sofort freigelassen werden. „Er steht für viele Menschen, die aus religiösen Gründen verfolgt werden. Ihnen allen gilt unsere Solidarität und unser Gebet“, so Meister. Altiner betonte, dass die Religionsfreiheit „überall für alle Menschen gelten“ müsse (mehr).

## 2. Allgemeine Lage

### 2.1. Präsentation der Studie über „Lebenswelten junger Muslime“ sorgt für Empörung

Das Bundesinnenministerium hat eine Studie über die Lebenswelten junger Muslime vorgelegt. Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) stellte die Ergebnisse der Studie zunächst in der Bild-Zeitung vor, der er sagte: „Deutschland achtet die Herkunft und kulturelle Identität seiner Zuwanderer. Aber wir akzeptieren nicht den Import autoritärer, antidemokratischer und religiös-fanatischer Ansichten. Wer Freiheit und Demokratie bekämpft, wird hier keine Zukunft haben“. Auch auf der Internetseite des Bundesinnenministeriums wird die Studie mit diesen Worten kommentiert (hier; die Studie hier; eine Kurzzusammenfassung der Autoren hier).

Die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Christine Lüders, kritisierte die Art und Weise der Veröffentlichung der Studie. Die Verfasser hätten dazu aufgerufen, in der Islamdebatte populistische Verkürzungen zu vermeiden, so Lüders. „Das hätte ich mir auch von den ersten Deutungsversuchen der Studie gewünscht – auch von Seiten des Innenministers“. Ähnlich äußerte sich Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP). „Ich warne davor, aus einer wissenschaftlichen Studie nur Schlagzeilen zu produzieren.“ Man brauche „keine Debatte, die ein Zerrbild des Einwanderungslandes Deutschland vermittelt“, so die Ministerin. Der Berliner Bischof Markus Dröge sagte dem Tagesspiegel, die Studie selbst komme zu einem ganz anderen Schluss als der Bundesinnenminister. Sie warne davor, mit plakativen Meinungen die Probleme der Integration noch zu verstärken. „Ich halte es für sehr problematisch, Menschen allein wegen ihrer Religion zum Problemfall zu erklären“, so Dröge. Integration und Partizipation werde vor allem durch mangelnde Bildung und Sprachkenntnis und durch soziale Probleme erschwert, nicht durch kulturelle und religiöse Prägung. „Unterschiede zwischen Kulturen und Religionen mit dramatischen Thesen zu verschärfen, gefährdet das friedliche Zusammenleben“, so Bischof Dröge (mehr).

Inhaltliche Kritik an der Islam-Studie äußerte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU). Die Aussagekraft der Studie sei „mehr als begrenzt“, da sie nur auf wenigen Interviews beruhe. Methodisch fragwürdig sei zudem, dass neben Telefoninterviews auch Internet-aussagen ungeklärter Herkunft verwendet worden seien. Sie warne „vor schnellen Pauschalurteilen“, so Böhmer. Ähnlich äußerten sich Vertreter der SPD und der Grünen (mehr).

Auch aus der Wissenschaft gab es Kritik. Der Hannoveraner Kriminologe Christian Pfeiffer sagte der Neuen Osnabrücker Zeitung, die Studie habe mit einigen hundert Befragten zu wenige Teilnehmer gehabt, die zudem bereits zu alt gewesen seien. Die Kopenhagener Islamwissenschaftlerin Riem Spielhaus sagte der Tageszeitung, die Studie habe erhebliche Schwächen. So würden „Muslime und Migranten gleichgesetzt und wie Synonyme behandelt“. Das zeige sich etwa an der Frage, wie viel Kontakt man „zu Deutschen“ und „zu Muslimen“ habe. Wer so frage, bekomme Antworten, die wenig Aussagekraft haben (mehr).

Die Autoren selbst warfen Minister Friedrich „eine völlige Verfälschung der Ergebnisse“ vor. Sie hätten nie behauptet, die Studie sei repräsentativ. Die Mitarbeiter hätten einige schlaflose Nächte hinter sich, klagte der Bremer Sozialwissenschaftler Klaus Boehnke im Spiegel. Die differenzierten Ergebnisse und der positive Tenor der Studie seien schlicht unterschlagen worden (mehr).

Scharfe Kritik formulierte die Konferenz Islamischer Landesverbände. Die Kommentare von Minister Friedrich hätten erneut gezeigt, dass er „als Innenminister eine Fehlbesetzung ist.“ Seine erste Stellungnahme zeige, „dass er den eigentlichen Inhalt der Studie gar nicht verstanden hat oder nicht verstehen wollte“. Es scheine, als wolle Friedrich sich der Studie „für billigen Populismus und Stimmungsmache gegen den Islam und die Muslime bedienen.“ Er beschädige damit „das Restvertrauen zwischen ihm und den Muslimen“. Die Studie selbst begrüßen die muslimischen Verbände. Sie befasse sich überwiegend und „zutreffend mit den Ursachen fehlender Integration bei manchen jungen Muslimen“. Sowohl die „Migranten“ als auch die deutsche Mehrheitsgesellschaft müssten „ein neues Verständnis für die eigene und die gemeinsame Identität“ entwickeln. „Wir Muslime sind Teil der kulturellen Vielfalt und der pluralistischen Gesellschaft in Deutschland“, so die Verbände (mehr).

## 2.2. DITIB: Neuer Vorstand

Die Mitgliederversammlung der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion in Deutschland (DITIB) hat einen neuen Vorstand gewählt. Erster Vorsitzender bleibt der Theologe Ali Dere. Er ist zugleich türkischer Botschaftsrat für Religiöse Angelegenheiten. Neuer stellvertretender Vorsitzender ist der Physiker Zekeriya Altuğ. Dem siebenköpfigen Vorstand gehören drei Theologen an. Einziges weibliches Mitglied ist die Psychologin Emine Seçmez (mehr).

## 2.3. Hessischer Justizminister: Einführung des Islamunterrichts in NRW ist verfassungswidrig

Der hessische Justizminister Jörg-Uwe Hahn (FDP) hält die nordrhein-westfälische Regelung zur Einführung des Islamunterrichts für verfassungswidrig. In einem Brief an Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) schreibt Hahn, die Regelung widerspreche Artikel sieben des Grundgesetzes. Nordrhein-Westfalen verwische die für den säkularen Staat essentielle Trennlinie zwischen Staat und Religion. Bei einer Diskussion in Frankfurt warnte Hahn vor „staatlich organisierten“ Beiräten. Der Staat dürfe „nicht Lenker des Islams sein“. Die nordrhein-westfälische Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) wies die Kritik zurück. Mit der Beiratslösung sei man einer Empfehlung der Deutschen Islamkonferenz gefolgt, die seinerzeit von Verfassungsrechtlern für gut befunden worden sei (mehr).

## 2.4. Was sonst noch war

- Köln: Baustopp der Moschee abgewendet (mehr)
- Brüssel: Imam stirbt nach Brandanschlag (mehr)
- Deutscher Jihadist „Abu Ibrahim“ ruft zu Anschlägen auf (mehr)
- Bochum: Proteste gegen Toleranzpreis für Ministerpräsident Erdogan (mehr).

## 3. Meinungs- und Migrationsforschung

### 3.1. Lebenswelten junger Muslime (hier)

### 3.2. Zweiter Integrationsindikatorenbericht der Bundesregierung

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Maria Böhmer, hat den zweiten Integrationsindikatorenbericht der Bundesregierung vorgelegt. Im Ganzen zeige der Berichte „erhebliche Fortschritte in der Integration“, so Frau Böhmer. Einige der Ergebnisse:

- In Deutschland leben etwa 16 Millionen Menschen mit „Migrationshintergrund“.
- Die Betreuungsquote ist gestiegen. 86 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund besuchen einen Kindergarten (gegenüber 95 Prozent ohne Migrationshintergrund).
- Die Zahl derjenigen, die keinen Schulabschluss haben, ist gesunken, von 5 Prozent auf 4,4 Prozent im Jahr 2010 bei den Schülern mit Migrationshintergrund. Nach wie vor ist sie allerdings fast doppelt so hoch wie in der Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund (2,3 Prozent) (mehr).

## 4. Veranstaltungen

### 4.1. Imame in Deutschland. Wer sind sie und wofür stehen sie?

Religionen im Gespräch

26. April 2012, 19 Uhr, Haus der Religionen, Böhmerstr. 8, Hannover

Gäste: Rauf Ceylan, Abdul-Jalil Zeitun. Moderation: Wolfgang Reinbold

Veranstalter: Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers (mehr).

### 4.2. Mischt euch ein! Wie Religionen gesellschaftliches und politisches Engagement fördern

Christlich-Muslimische Tagung am Pfingstfest

25.–28. Mai 2012, Nordwalde bei Münster

Veranstalter: Evangelische Kirche von Westfalen, Bendorfer Forum, Deutsche Muslimliga (mehr).

## 5. Literatur: Neuerscheinungen

U. Boos-Nünning u.a. (Hg.), Die Gülen-Bewegung zwischen Predigt und Praxis, Münster 2011

H. R. Ebaugh, Die Gülen-Bewegung. Eine empirische Studie, Freiburg 2012

A. Toprak, „Unsere Ehre ist uns heilig“. Muslimische Familien in Deutschland, Freiburg 2012.

Hannover, den 20. März 2012

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 4, 2012

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Muslime distanzieren sich von Koranverteilung durch Salafisten

Der Landesverband der Muslime in Niedersachsen (Schura) hat sich von der kostenlosen Verteilung des Korans in den Fußgängerzonen von Hannover und Osnabrück distanziert. „Unsere Gemeinden distanzieren sich von der Aktion“, sagte der Vorsitzende, Avni Altiner. Während des Freitagsgebets solle das Thema in den Moscheen zur Sprache gebracht werden. „Wir werden die Besucher darüber informieren, was es mit der Koranverteilung auf sich hat und wer dahinter steckt“, so Altiner (mehr). Der Salafismus gilt als Nährboden des islamisch motivierten Terrorismus.

Auch der Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland steht der Aktion, die in mehr als zwanzig Städten durchgeführt wurde, kritisch gegenüber. Für alle, die sich für den Koran interessieren, gebe es schon jetzt viele Zugänge, um ihn zu lesen, erklärte der Rat in einer Pressemitteilung. Man könne den Eindruck gewinnen, dass die Aktion in erster Linie eine Werbekampagne für die salafistische Gruppe sei, die die Aktion ins Leben gerufen habe. „Eine Instrumentalisierung des heiligen Buches zu diesem Zweck ist unbedingt abzulehnen“ (mehr).

Auch die deutsche Islam-Konferenz distanzierte sich von der Aktion. „Wir sind uns alle einig, dass salafistischer Extremismus nicht akzeptabel ist und nicht in eine freie Gesellschaft passt“, sagte Innenminister Hans-Peter Friedrich. Zugleich wurde dazu aufgerufen, den Salafisten nicht zu viel Aufmerksamkeit zu schenken. Die Islamkonferenz dürfe sich „nicht als Bühne einer marginalen Gruppe missbrauchen lassen“, sagte Ali Dere vom DITIB-Bundesverband (mehr).

Der Verfassungsschutz beobachtet die Kampagne, die bis in den Mai hinein fortgesetzt werden soll, mit Sorge. Sie „richtet sich gezielt an junge Nichtmuslime, die Kontakt zu dem salafistischen Netzwerk bekommen sollen“, sagte Maren Brandenburger vom niedersächsischen Verfassungsschutz der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung. Urheber der Kampagne ist der Salafist Ibrahim Abou Nagie. Die Staatsanwaltschaft Köln ermittelt gegen ihn und seine Internetseite „Die wahre Religion“ wegen des Verdachts der Volksverhetzung und des öffentlichen Aufrufs zu Straftaten. Abou Nagie hat angekündigt, „25 Millionen“ Korane in Deutschland verteilen zu wollen. Die Ulmer Druckerei Ebner und Spiegel hat den Auftrag zum Druck weiterer Bücher mittlerweile zurückgegeben.

Unklar ist, wer die Aktion finanziert. „Ich gehe davon aus, dass es externe Geldgeber gibt“, sagte der Chef des niedersächsischen Verfassungsschutzes, Hans-Werner Wargel, dem Spiegel. Mögliche Geldgeber für das Projekt vermutet er in Saudi-Arabien oder Katar. „Wir haben Erkenntnisse, dass in der Vergangenheit Geldströme von der Arabischen Halbinsel an das salafistische Netzwerk in Deutschland geflossen sind“, so Wargel. Die Urheber der Aktion sagen, die Kosten würden durch den Verkauf von Koranen an Muslime und durch Spenden finanziert (mehr).

Ein Kommentar zur Koranverteilung im „Wort zum Sonntag“ hat unterdessen in evangelischen und katholischen Kreisen für Empörung gesorgt. Der katholische Pfarrer Wolfgang Beck aus Hannover hatte gesagt: „Egal, ob Piusbrüder, ob evangelikale Gruppierungen oder muslimische Salafisten, denen wir in diesen Wochen in den Fußgängerzonen begegnen können: Sie alle haben mehr gemeinsam, als ihnen wahrscheinlich lieb ist: vor allem dieses Bemühen um größtmögliche Eindeutigkeit.“

Die Deutsche Evangelische Allianz protestierte „gegen die Gleichsetzung von Piusbrüdern, evangelikalen Gruppierungen und Salafisten“ und reichte Programmbeschwerde beim Norddeutschen Rundfunk ein. Es gehe nicht an, „freiheitsliebende und freiheitszerstörnde Menschen“ in einem Atemzug zu nennen, so der Generalsekretär der Allianz, Hartmut Steeb (mehr). Die Piusbrüder antworteten mit einem sarkastischen Brief. Becks Rede sein „ein Glanzstück der nachkonziliaren Praxis der ‚glaubensfreien Verkündigung‘“ (mehr). Zustimmung kam von der Tageszeitung. Becks Ansatz, „die ultrakonservativen und männerbundtrunkenen islamischen Gottesverehrer in eine Reihe mit ultrakonservativen und männerbundtrunkenen christlichen Gottesverehrer“ zu stellen, sei richtig, so die Leiterin des taz-Meinungsressorts, Ines Kappert (mehr).

#### 1.2. Osnabrück: Drei-Religionen-Grundschule startet

Die katholische „Drei-Religionen-Grundschule“ in Osnabrück wird zum kommenden Schuljahr mit vier Lehrkräften und achtzehn Schülerinnen und Schülern ihre Arbeit aufnehmen, unter ihnen fünf Muslime und ein Jude. Die drei Religionen Judentum, Christentum und Islam sollten mit ihren Festen und Riten den Schulalltag strukturieren, sagte Winfried Verburg vom Bistum Osnabrück bei der Vorstellung des Kollegiums. Die Schüler sollten dadurch Achtung vor den anderen Religionen lernen und auch ihre eigene Religion bewusster leben. Das Fach Islamische Religion wird von der hannoverschen Lehrerin Annett Abdel-Rahman unterrichtet (mehr).

## 2. Allgemeine Lage

### 2.1. Zentralrat der Muslime: Falsch verstandener Islam ist schuld am Terror

Nach dem Attentat in einer jüdischen Schule in Toulouse hat der Zentralrat der Muslime die deutschen Muslime aufgefordert, mit aller Kraft gegen den Wahhabismus vorzugehen. In einem auf der Internetseite des Verbandes veröffentlichten Artikel schreibt der Islamwissenschaftler Muhammad Sameer Murtaza, es sei an der Zeit, dass Muslime endlich eingestünden, dass Muslime aus religiösen Gründen mordeten.

Zu lange habe man Zuflucht bei der Ausrede gesucht, die Terroristen seien in Wirklichkeit keine Muslime, so Murtaza. „Es ist eine bequeme Distanzierung, die es den Muslimen erspart, sich inhaltlich mit den Wurzeln der Gewalt im Namen Gottes zu beschäftigen.“ Tatsächlich beriefen sich Menschen wie der Attentäter von Toulouse auf den Islam und den Koran. Sie glaubten, ein gottgefälliges Werk zu verrichten, das ihnen Eingang ins Paradies verschafft und sähen sich selbst als gläubige Muslime an. Sie seien Teil der weltweiten muslimischen Gemeinschaft „und somit Teil einer unausgesprochenen innerislamischen Krise.“

Mit den Ausreden müsse endlich Schluss sein, fordert der Autor. Es sei an der Zeit, „in das Herz der Finsternis vorzustoßen und eine religionsgeschichtliche Erklärung für den Terror im Namen des Islam vorzulegen.“ Muslime seien keine Terroristen. Aber es gebe Terroristen, die sich auf den Islam berufen, und zwar auf den sogenannten Wahhabismus. Diese im 18. Jahrhundert entstandene Form des Islam sei anfangs mit Recht als eine Sekte eingestuft worden. Heute, wo sie in Saudi-Arabien Staatsreligion sei, setze sie sich „durch großzügige Moscheebauten, Geldspenden, einem Bildungsnetzwerk und kostenlose Literatur“ mehr und mehr durch. Dieser Siegeszug müsse gestoppt werden. „Wir müssen theologisch klar und deutlich den Wahhabismus und seine Vertreter in seine Schranken verweisen“, insbesondere die jungen Salafisten um Pierre Vogel und seine Freunde, so Murtaza. „Wir täten gut daran, den Wahhabismus wieder als das zu betrachten, was er ist, eine Sekte“ (mehr; eine Kurzfassung hier).

In einer ersten Reaktion hatte der Zentralrat den Täter von Toulouse irrigerweise dem rechts-extremen Milieu zugeordnet und gefordert, der deutsche Staat müsse die Moscheen besser schützen, da nicht auszuschließen sei, „dass es in Deutschland Trittbrettfahrer gibt“ (mehr).

### 2.2. Muslimische Akademie zieht Bilanz

Die Muslimische Akademie in Berlin hat eine Bilanz ihrer Arbeit veröffentlicht. In den sieben Jahren seit Gründung der Akademie im Juni 2004 habe man eine Fülle von Impulsen geben können, schreibt der stellvertretende Vorsitzende Christian Abdul Hadi Hoffmann in einem im Internet publizierten Beitrag. Allerdings habe das noble Vorhaben zwei schwerwiegende Geburtsfehler gehabt: „Die Frage einer gesicherten langfristigen Finanzierung wurde nicht zu Ende gedacht und geklärt. Von Anfang an wurde die Akademie von den muslimischen Verbänden mit Misstrauen beobachtet.“

Beide Geburtsfehler hätten die Arbeit der Akademie erheblich belastet, so Hoffmann. Das Büro sei lediglich zwei Jahre hauptamtlich besetzt gewesen. Nach Auslaufen der Förderung durch die Bundeszentrale für politische Bildung und nach der Ablehnung einer Anschlussförderung sei die Akademie ab Januar 2008 „vom stellvertretenden Vorsitzenden alleine und überwiegend ehrenamtlich weiter betrieben worden“. Darüber hinaus habe man sich nicht ausreichend klar gemacht, wie sehr das Bestehen der Akademie auf ihrer Unabhängigkeit von den muslimischen Verbänden das Verhältnis zu den Mitgliedern der Verbände belasten würde.

Wichtigste Veranstaltung der Akademie sei das Berliner „IslamForum“ gewesen, das gemeinsam mit dem Büro des Integrationsbeauftragten der Stadt Berlin sechzehnmal durchgeführt wurde, so Hoffmann weiter (mehr).

### 2.3. Schweiz: Muslimische Kinder müssen am Schwimmunterricht teilnehmen

Nach einem Urteil des Schweizer Bundesgerichts dürfen muslimische Kinder grundsätzlich nicht vom obligatorischen gemischtgeschlechtlichen Schwimmunterricht dispensiert werden. Mit dem Urteil wies das Gericht die Beschwerde eines Basler Elternpaares ab, das seine beiden zehnjährigen Töchter nicht zum Schwimmunterricht geschickt hatte. Die Eltern hatten argumentiert, dass eine islamisch orientierte Schamerziehung gemischten Schwimmunterricht schon vor Beginn der Pubertät untersage, um die Kinder auf die späteren Regeln vorzubereiten.

Das Gericht urteilte, es bestehe ein gewichtiges öffentliches Interesse an der Integration der muslimischen Kinder. Es stehe den Kantonen daher frei, das Grundrecht der Glaubensfreiheit in verhältnismäßiger Weise einzuschränken. Anträge christlicher und jüdischer Familien seien in gleicher Weise zu behandeln.

Das Bundesgericht bestätigte mit dem Urteil seine im Jahr 2008 geänderte Rechtsprechungspraxis. Im Jahr 1993 hatte es der Klage eines muslimischen Vaters noch stattgegeben (mehr).

## 2.4. Empörung über Äußerungen des saudi-arabischen Großmuftis zum Bau von Kirchen

Äußerungen eines hochrangigen islamischen Rechtsgelehrten zum Bau von Kirchen sind von Christen und Muslimen scharf verurteilt worden. Erzbischof Robert Zollitsch erklärte für die Deutsche Bischofskonferenz, der saudi-arabische Großmufti Abd al-Aziz Ibn Abdullah Al asch-Schaich lasse „jeden Respekt für die Religionsfreiheit und das friedliche Zusammenleben der Religionen vermissen“ (mehr). Der Leiter des staatlichen Religionsamtes der Türkei, Mehmet Görmez, sagte der türkischen Zeitung „Today's Zaman“, die Forderung des Muftis, alle Kirchen auf der Arabischen Halbinsel zu zerstören, stehe im Widerspruch zur islamischen Lehre und zur Tradition der Toleranz“ (mehr).

Der saudi-arabische Großmufti hatte nach Meldungen arabischer Medien erklärt, der Bau von Kirchen auf der Arabischen Halbinsel sei unerlaubt. Sämtliche bereits existierende Kirchen in Saudi-Arabien, Kuwait, Jemen, Oman, Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten müssten zerstört werden. Der Großmufti begründete sein Urteil mit überlieferten Worten des Propheten Mohammad, nach denen Juden und Christen in Arabien unwillkommen sind. Anlass der Äußerungen des Muftis war die Ankündigung einiger kuwaitischer Parlamentarier, einen Gesetzesentwurf zum Verbot christlicher Gotteshäuser einzubringen, nachdem der kuwaitische Minister für Islamfragen eine weitere Baugenehmigung für eine Kirche ausgestellt hatte.

## 2.5. Was sonst noch war

- Berlin: Bischof Dröge besucht Neuköllner Moschee nach Drohbriefen (mehr)
- Berlin: Trauer um ermordeten Burak – Täter nach wie vor unbekannt (mehr)
- Kassel: Platz an der Holländischen Straße wird nach Terroropfer Halit Yozgat benannt (mehr)
- Ingolstadt: Imam wegen sexuellen Missbrauchs verurteilt (mehr)
- Nordrhein-Westfalen: Diskussion um Islamischen Religionsunterricht dauert an (mehr)
- Schleswig-Holstein: Anti-Islam-Partei „Die Freiheit“ kann nicht zur Wahl antreten (mehr)
- Kreuz.net im Visier des Verfassungsschutzes (mehr)
- Istanbul: Letztes Mitglied der Osmanischen Herrscherfamilie gestorben (mehr)
- Israel/Iran: Kampagne „Wir lieben euch“ versucht, einen Krieg zu verhindern (mehr).

## 3. Meinungsforschung

### Studie „Islamisches Gemeindeleben in Deutschland“ veröffentlicht

Das Bundesamt für Migration und das Zentrum für Türkeistudien haben einen Bericht zum islamischen und alevitischen Gemeindeleben in Deutschland vorgelegt. Die im Auftrag der Deutschen Islam-Konferenz erarbeitete Studie gibt erstmals einen Überblick über Angebote und Strukturen der Gemeinden sowie über Herkunft, Ausbildung, Aufgaben und Aufenthaltsstatus ihres religiösen Personals. Wichtige Ergebnisse:

- In Deutschland gibt es etwa 2.350 Moscheegemeinden und alevitische Cem-Häuser, in ca. 2.200 Gemeinden ist regelmäßig ein Imam oder Dede tätig.
- Etwa die Hälfte der Gemeinden hat einen Vorsitzenden, der in Deutschland geboren ist, fast alle Imame sind Migranten.
- Etwa zwei Drittel der Gemeinden gehören zu einem der drei großen türkischen Islam-Verbände (DITIB, VIKZ, IGMG).
- Mehr als drei Viertel der Imame und 87 Prozent der Dedes haben großes Interesse an Fortbildungen.
- Mehr als 60 Prozent der Imame und Dedes beteiligen sich mindestens einmal im Jahr am interreligiösen Dialog.
- 97 Prozent der Imame/Dedes befürworten die Einführung des islamischen/alevitischen Religionsunterrichts, 93 Prozent der Imame und 100 Prozent der Dedes die Ausbildung der Lehrkräfte an der deutschen Universität (mehr).

## 4. Literatur: Neuerscheinungen

- C. Dantschke u.a., „Ich lebe nur für Allah“. Argumente und Anziehungskraft des Salafismus. Eine Handreichung für Pädagogik, Jugend- und Sozialarbeit, Familien und Politik, Berlin 2011  
 W. Schmidt, Jung, deutsch, Taliban, Berlin 2012  
 G. Wenz/T. Kamran (Hg.), Seelsorge und Islam in Deutschland, Speyer 2012.

Hannover, den 25. April 2012

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 5, 2012

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Brandanschlag auf Moschee in Hannover

Auf die Al-Ummah-Moschee in Hannover-List ist ein Brandanschlag verübt worden. Zwei unbekannte Täter warfen am Pfingstmontag zur Zeit des Abendgebetes einen Brandsatz in das Gebäude. Nach dem Hinweis einer Zeugin konnte das Feuer schnell gelöscht werden. Die Polizei schließt nicht aus, dass die Täter ein politisches Motiv hatten. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen.

Nach Angaben des Imams der Moschee hätte das Feuer leicht zu einer Katastrophe führen können. „Hier sind überall Gasleitungen verlegt. Es ist ein Wunder, dass niemand verletzt worden ist“, sagte Mohammed Afzal Qureshi der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung. In der Moschee ist man überzeugt davon, dass die Täter dem rechtsextremen Milieu zuzurechnen sind. Zeugen hatten berichtet, dass die beiden Männer Glatzen hatten.

Der Imam äußerte die Vermutung, dass der Anschlag durch eine Reportage des ZDF ausgelöst worden sein könnte. Der Film hatte die Moschee, die auch im niedersächsischen Verfassungsschutzbericht erwähnt wird, in einen Zusammenhang mit Aktivitäten von Salafisten gestellt. „Der Beitrag ist manipuliert und absolut dummes Zeug“, sagte Qureshi. Die Moschee habe einen Beschwerdebrief an das ZDF verfasst und prüfe rechtliche Schritte gegen den Sender.

Der Vorsitzende des Landesverbandes der Muslime, Avni Altiner, dankte der aufmerksamen Nachbarin, die durch ihr schnelles Handeln Schlimmeres verhindert habe. „Wir müssen noch vorsichtiger sein und noch mehr auf unsere Gemeinden achten“, so Altiner gegenüber dem NDR. Dabei sei die Gesellschaft als ganze gefragt (mehr). Der Rat der Religionen in Hannover verurteilte den Anschlag und forderte dazu auf, „sich gegen jede Form von Intoleranz und Hetze gegen Religionsgemeinschaften einzusetzen“ (mehr). Die Opposition im niedersächsischen Landtag kritisierte, Innenminister Schünemann habe durch seine Politik zur Islamfeindschaft beigetragen.

#### 1.2. Kritik an Lehrerlaubnis für den Islamischen Religionsunterricht hält an

Die innermuslimische Kritik an der vom Beirat für den Islamischen Religionsunterricht in Niedersachsen verabschiedeten Ordnung einer Lehrerlaubnis hält an. In einer von der „Zeitschrift für die Religionslehre des Islam“ veröffentlichten Kritik wirft ein Autorenteam um den Erlanger Religionspädagogen Harry Harun Behr den Verfassern der sogenannten „Ijaza“ vor, ihnen fehle „offenbar ein grundlegendes Verständnis davon, was islamische Religionspädagogik“ sei. Das vom Beirat entworfene Verfahren einer genauen Prüfung der Frage, ob die Lehrkräfte nach „dem rechten Islam“ lebten, sei unzumutbar. „Als Hochschullehrer können wir es nicht zulassen, unsere Studierenden in die Situation zu führen, sich am Ende einem solchen Verfahren stellen zu müssen.“ Der Geist der „Ijaza“ stehe zum Teil „den freiheitlichen Prinzipien unserer Gesellschaftsordnung“ entgegen, so die Verfasser in einer E-Mail an den Beirat im Februar 2012.

In seiner Antwort betont der Beirat für den Islamischen Religionsunterricht, dem Entwurf der Ijaza seien intensive Gespräche muslimischer und nicht-muslimischer Fachleute vorausgegangen. Ziel der Ijaza sei es, dass die Eltern der Schulkinder Vertrauen in die Lehrkräfte haben können.

Die Kritiker bedauern in ihrer Antwort, dass der Beirat „mit keiner Zeile“ auf die Sachargumente eingehe. „Auf unserer Seite entsteht dadurch der Eindruck, dass die von Ihnen verwendeten Vokabeln ‚Transparenz‘ und ‚Vertrauen‘ anderen Absichten dienen, die Sie nicht offenlegen können oder wollen.“ Die Kritiker enden mit der Aufforderung, von dem Entwurf der Ijaza „für eine weitere Frist des Nachdenkens zurückzutreten“ (mehr).

#### 1.3. „Religionen im Gespräch“: Deutsch muss in der Moschee zur Umgangssprache werden

Der Imam der Osnabrücker Ibrahim Al-Kalil Moschee, Abdul-Jalil Zeitun, hat die in Deutschland lebenden Muslime aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die deutsche Sprache in den Moscheen zur Umgangssprache wird. „Zu uns kommen Menschen verschiedener Herkunft. An sie können wir nur mit der deutschen Sprache herankommen“, sagte Zeitun in der Reihe „Religionen im Gespräch“. „Die einzige Methode für alle Muslime, für alle Imame, für alle Moscheen ist: Sie müssen zweisprachig sein. Die eine Sprache ist die Religionssprache, Arabisch, und die Verständigungssprache ist die deutsche Sprache. Anders geht es nicht“, so Zeitun.

Rauf Ceylan, Professor am Zentrum für Interkulturelle Islamstudien der Universität Osnabrück, unterstützte die Forderung des Imams. „Wenn ein Imam die theologische Referenz sein soll, wenn er auf Augenhöhe in Dialog treten soll, auch mit Nichtmuslimen, dann muss man von ihm erwarten, dass er auch die deutsche Sprache kennt. Ich glaube, das ist eine win-win-Situation für die Moscheen und für die Gesellschaft als ganze“, so Ceylan (mehr).

#### **1.4. Hannoversche Landeskirche veröffentlicht Informationsbroschüre zu Salafisten**

Die evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers hat eine Informationsbroschüre veröffentlicht, in der sie über die Grundzüge des sogenannten „Salafismus“ informiert. Sie richtet sich insbesondere an die Kirchengemeinden sowie die Religionslehrer und -lehrerinnen.

In seinem Vorwort betont der Geistliche Vizepräsident des evangelischen Landeskirchenamtes, Arend de Vries, die Hannoversche Landeskirche habe grundsätzlich keine Einwände dagegen, dass Muslime den Koran kostenlos verteilen. In Deutschland herrsche Religionsfreiheit, die „immer auch die Freiheit der Anders-Glaubenden sei“. Die Salafisten allerdings seien eine radikale Sekte, die die Religionsfreiheit nicht akzeptiere. Es sei daher wichtig, insbesondere Jugendliche davor zu bewahren, „sich in solchen sektenhaften Gruppen zu verlieren“ (mehr).

## **2. Allgemeine Lage**

### **2.1. Gewalt zwischen Salafisten und Pro-NRW eskaliert – Salafist ausgewiesen**

In Bonn ist es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der Partei „Pro-NRW“ und radikalen Salafisten gekommen. Als Aktivisten der anti-islamischen Pro-NRW bei einer Demonstration Plakate mit Mohammed-Karikaturen in die Höhe hielten, attackierten Salafisten die zum Schutz der Veranstaltung aufgezugene Polizei. Zwei Polizisten wurden durch Messerstiche schwer verletzt. Die Staatsanwaltschaft nahm gegen einen 25-Jährigen aus Hessen Ermittlungen wegen versuchter Tötung auf.

Bei der Demonstration standen nach Polizeiangaben weniger als dreißig Pro-NRW-Anhängern mehr als fünfhundert Gegendemonstranten gegenüber. Die Polizei parkte zwischen beiden Seiten Mannschaftswagen, um die Situation zu entschärfen. Nach den massiven Attacken und Steinwürfen wurde die Veranstaltung beendet. Bereits vor der Demonstration waren ein Schlagstock sowie Steine und eine Steinschleuder sichergestellt worden (mehr).

Der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) sagte, er sei „tief entsetzt über die Härte der Gewalt bei den Angriffen auf Polizisten“. Er kritisierte, die Partei Pro-NRW sei „gefährlich für unsere Demokratie“, weil sie gezielt Hass gegen Muslime schüre. Zugleich forderte Jäger ein Verbot von Vereinen, die gewalttätige Salafisten in ihren Reihen duldeten. Die Gewalt in Bonn sei keine spontane Reaktion gewesen, sondern durch eine bundesweite Mobilisierung gezielt vorbereitet worden. Allerdings reiche es nicht, mit der Gesetzeskeule zu schwingen. „Wir müssen uns die Mühe machen, so viele junge Menschen wie möglich aus der Szene rauszuziehen“, so Jäger.

Die Innenministerkonferenz hat bei ihrem Treffen in Fleesensee angekündigt, man werde alle Möglichkeiten des Vereins- und des Ausländerrechts gegen gewalttätige Salafisten ausschöpfen. „Wir sind entschlossen, auf Bundes- wie auf Landesebene alle Maßnahmen zu ergreifen, um diese Demokratiefeindlichkeit, die die Salafisten an den Tag legen, wirksam zu bekämpfen“, so Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) (mehr).

Als erstes Bundesland hat Baden-Württemberg einen Salafisten mit türkischer Staatsangehörigkeit ausgewiesen. Innenminister Reinhold Gall (SPD) erklärte, der Ausgewiesene habe ein Video, das zum bewaffneten Kampf aufrufe, mit den Worten kommentiert: „Möge Allah uns allen die Möglichkeit geben, zum Dschihad zu ziehen und als Märtyrer zu sterben.“ „Wir gehen konsequent gegen Salafisten vor, die Gewalt befürworten und den Frieden im Land gefährden“, so Gall (mehr).

### **2.2. Salafistischer Polizeibeamter in Essen vom Dienst suspendiert**

In Nordrhein-Westfalen ist ein Polizist auf Grund salafistischer Aktivitäten vom Dienst suspendiert worden. Er habe an einem von ihm angemeldeten Islam-Informationsstand mehrfach Hetzschriften und „anderes hochbrisantes Material“ verteilt, teilte das Essener Polizeipräsidium mit. Außerdem habe der Polizist rege Kontakte zu salafistischen Hasspredigern gepflegt. Laut Polizeipräsidentin Stephania Fischer-Weinsziehr werde das Disziplinarverfahren vermutlich mit der Entlassung aus dem Beamtenverhältnis enden. Es wäre damit das erste Berufsverbot für einen Salafisten in Deutschland (mehr).

Der Kommissar war nach Informationen der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung zuletzt in Essen als Streifenpolizist eingesetzt. Er soll mehrfach versucht haben, bei Eliteeinheiten wie dem SEK unterzukommen. Zwischenzeitlich habe er ein halbes Jahr beim mobilen Observationskommando des Verfassungsschutzes gearbeitet, so die WAZ. Zu seinen Aufgaben haben unter anderem das Ausspähen der islamistischen Szene gezählt (mehr).

### **2.3. Kritik an Einladung eines salafistischen Imams bei Maischberger**

Der Beauftragte der Deutschen Evangelischen Allianz am Sitz des Deutschen Bundestags und der Bundesregierung, Wolfgang Baake, hat die Einladung des sächsischen Predigers Hassan Dabbagh in die Talkshow „Menschen bei Maischberger“ scharf kritisiert.

„Wie kann man verantworten, dass Salafisten in der ARD eine publizistische Plattform geboten wird und Hassan Dabbagh in der Sendung für seine demokratiefeindlichen Ansichten werben kann?“, sagte Baake. Dabbagh sei in der Presseinformation zur Sendung zu „einem der wichtigsten Gelehrten des Islam in Deutschland“ erklärt worden, ohne jeden Hinweis auf seine gefährliche Ideologie.

ARD-Chefredakteur Thomas Baumann verteidigte die Gästeliste der Talkshow. Eine Demokratie müsse es aushalten, dass Menschen Gehör fänden, die Außenseitermeinungen äußern und sogar demokratiefeindlich sind. „Es muss nach meiner Einschätzung echten Demokraten möglich sein, dagegen anzugehen und das Publikum entscheiden zu lassen, was es davon hält“, so Baumann (mehr).

#### **2.4. Was sonst noch war**

- Mainzer Mediziner Ilhan Ilklic in den deutschen Ethikrat berufen (mehr)
- Fußball-Europameisterschaft: Christen und Muslime in der Nationalelf beten vor dem Spiel (mehr)
- Anschlag auf neue Moschee in Ahrensburg (mehr)
- Streit um Springer-Ehrenpreis für Ayaan Hirsi Ali (mehr)
- Deutscher Djihadist ruft zum Mord an Journalisten und Mitgliedern von Pro-NRW auf (mehr).

### **3. Meinungsforschung**

#### **Universität Bielefeld: Muslime unzufrieden mit der Darstellung des Islams in den Medien**

Laut einer Umfrage des Institutes für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld sind deutsche und großbritannische Muslime in hohem Maße unzufrieden mit der Darstellung islambezogener Themen in den Medien.

Fast 90 Prozent der befragten Muslime fühlten sich von den etablierten Medien in Deutschland und Großbritannien nicht repräsentiert. Sie beklagten eine stereotype Darstellung der Muslime und ein respektloses Bild des Islam, so die Autoren der Studie, Andreas Zick und Jörg Heeren. Rund 60 Prozent der Befragten in Deutschland fühlten sich durch Berichte über Islamfeindlichkeit bedroht.

„Medien sind bedrohlich für Muslime, wenn Journalisten über sie schreiben, sie filmen oder mit ihnen reden“, so Zick. Zwar achteten die Journalisten nach eigener Darstellung darauf, Klischees, Stereotype und Vorverurteilungen zu vermeiden. Dennoch seien auch sie der Meinung, dass zu oft die religiöse Zugehörigkeit von Muslimen in den Vordergrund gestellt werde, obwohl in vielen Fällen der Hinweis auf die Herkunft oder die soziale Schicht sachgerechter wäre. „Handlungen von Personen mit muslimischer Zugehörigkeit werden oft ungerechtfertigt mit ihrer Religion verknüpft“, so Heeren.

Für die nicht repräsentative Studie führte das Institut für Konflikt- und Gewaltforschung Interviews mit Fokusgruppen und eine Online-Befragung von 400 Personen in Deutschland und England durch (mehr).

### **4. Veranstaltungen**

#### **4.1. Der Prophet Mohammed als spiritus rector der Muslime**

Referent: Jens Scheiner, Universität Göttingen

18. Juni 2012, 18.15 Uhr, Paulinerkirche, Papendiek 14, Göttingen

Veranstalter: Universität Göttingen (mehr)

#### **4.2. Aleviten. Wer ist das denn?**

Religionen im Gespräch

28. Juni 2012, 19 Uhr, Haus der Religionen, Böhmerstr. 8, Hannover

Gäste: Melek Yildiz, Yilmaz Kahraman. Moderation: Wolfgang Reinbold

Veranstalter: Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers (mehr).

### **5. Literatur: Neuerscheinungen**

A. Flores, Zivilisation oder Barbarei? Der Islam im historischen Kontext, Frankfurt 2011 (Rezension)

E. Güvercin, Neo-Moslems. Porträt einer deutschen Generation, Freiburg 2012 (Interview)

Ch. Wiedemann, Ihr wisst nichts über uns! Meine Reisen durch einen unbekanntem Islam, Freiburg 2012.

Hannover, den 5. Juni 2012

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 6, 2012

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Überarbeitete Lehrerlaubnis für den Islamischen Religionsunterricht verabschiedet

Nach teils scharfer Kritik am Entwurf einer Lehrerlaubnis für den Islamischen Religionsunterricht (s. Mitteilungen 5, 2012, S. 1) hat der Beirat für den Islamischen Religionsunterricht in Niedersachsen die sogenannte „Iidschaza“ überarbeitet (hier).

Kritiker hatten insbesondere bemängelt, dass die Lehrkräfte die „fortwährende Lebensweise nach der rechten islamischen Lehre und den guten Sitten“ nachweisen mussten, die Männer darüber hinaus den Text einer von ihnen gehaltenen Freitagspredigt, einschließlich der Angabe, in welche Moschee sie zu gehen pflegen. In der nun verabschiedeten Iidschaza-Ordnung wird als Voraussetzung für die Erteilung der Lehrerlaubnis stattdessen die Versicherung verlangt, „den Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Lehren des Islam glaubwürdig zu erteilen und in der persönlichen Lebensweise die Grundsätze islamischer Lebensführung“ zu beachten. Die Vorlage einer Freitagspredigt ist nicht mehr nötig. Neu eingeführt sind unter anderem eine Einführungsstagung und ein Motivationsgespräch mit den Mitgliedern des Beirats.

Der Beirat für den Islamischen Religionsunterricht besteht aus vier Personen, die von den Landesverbänden Schura Niedersachsen und DITIB Niedersachsen-Bremen ernannt werden. Mitglieder sind zurzeit die Religionspädagogen Annett Abdel Rahman und Ali Özgür-Özdil, Imam Mehmet Soyhun und der stellvertretende Sekretär von DITIB-Niedersachsen, Muhammed Aktas.

#### 1.2. Proteste gegen Broschüren des Verfassungsschutzes zur „Antiradikalisierung“

Innenminister Uwe Schünemann (CDU) hat in Hannover zwei neue Broschüren vorgestellt, die der Radikalisierung muslimischer Jugendlicher entgegenwirken sollen. Die Broschüre „Islamismus. Entwicklungen – Gefahren – Gegenmaßnahmen“ biete kompakte Hintergrundinformation, beleuchte die wachsende Gefahr von Radikalisierungsprozessen und zeige mögliche Gegenmaßnahmen auf, so das Innenministerium. Die Broschüre „Radikalisierungsprozesse im Bereich des islamistischen Extremismus und Terrorismus“ richte sich insbesondere an Lehrer und Mitarbeiter von Jugend- oder Ausländerbehörden (hier).

„Wir wollen unsere Präventionspartner in die Lage versetzen, islamistische Radikalisierungsprozesse frühzeitig erkennen zu können“, so Minister Schünemann. Dabei seien die in Deutschland lebenden Muslime die wichtigsten Verbündeten. „Gemeinsam müssen wir verhindern, dass junge Menschen in den islamistischen Extremismus abgleiten.“ Zum Konzept gehört auch ein Aussteigerprogramm. Unter der Telefonnummer 0173/440441 wurde eine Hotline geschaltet. Noch in diesem Jahr soll eine Wanderausstellung vorgestellt werden, die sich an Jugendliche richtet.

Aufs schärfste kritisiert werden die Publikationen von den muslimischen Landesverbänden Schura und DITIB Niedersachsen-Bremen. Der Minister stelle wieder einmal unter Beweis, „dass er von seiner Mentalität, alle Muslime unter Generalverdacht zu stellen, nicht abweicht“, erklärten die Verbände in einer gemeinsamen Pressemitteilung. Seine Politik sei „ignorant“, eine „hinterhältige Brandmarkungspolitik“, „vom Staat initiiertes Denunziantentum“. Mit den Veröffentlichungen habe der Innenminister „seinen allerletzten Joker verspielt“, das Kabinett und der Ministerpräsident müssten nun handeln.

Für Empörung sorgt insbesondere eine Checkliste zum Erkennen von Radikalisierungsprozessen. Als Indikator ist darin unter anderem eine „veränderte finanzielle Situation (nicht nachvollziehbare Einkünfte oder plötzliche Verschuldung)“ aufgeführt. Auch „sichtbare äußere Veränderungen“ wie „Kleidung, Verhalten, Gewichtsverlust durch veränderte Essgewohnheiten“ könnten ein Anzeichen dafür sein, dass ein Muslim auf dem Weg ist, zum Terroristen zu werden. Die Verbände sehen darin eine Kriminalisierung aller Muslime. „Fast jeder Muslim“ nehme im Fastenmonat Ramadan ab. „Mithin wird jeder und jede zu verdächtigen sein“ (mehr).

#### 1.3. Brandanschläge auf Moscheen: Eigener Straftatbestand gefordert

Nach den Brandanschlägen auf Moscheen in Hannover und Delmenhorst hat der Landesverband der Muslime in Niedersachsen gefordert, Islamfeindlichkeit als eigenen Straftatbestand zu behandeln. Muslimische Gemeinden seien seit mehr als zehn Jahren Opfer von Schmierereien, versuchten Brandstiftungen und anderen Schändungen ihrer Gotteshäuser, sagte Firouz Vladi von der Schura Niedersachsen dem evangelischen Pressedienst. Der Zentralrat der Muslime in Deutschland habe mehr als zweihundert solcher Straftaten registriert. Sie dürften nicht einfach unter „Hasskriminalität“ bzw. „Fremdenfeindlichkeit“ verbucht werden, sondern müssten zu einem eigenen Straftatbestand zusammengefasst werden, so Vladi.

## 2. Allgemeine Lage

### 2.1. Evangelische Kirche in Deutschland trifft Koordinationsrat der Muslime

Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland haben sich in der Duisburger Merkez-Moschee mit Repräsentanten der muslimischen Verbände zu einem offiziellen Gespräch getroffen. Es war das erste derartige Gespräch seit langer Zeit.

Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses Nikolaus Schneider, und der Sprecher des Koordinationsrates der Muslime, Ali Kizilkaya, zogen eine überaus positive Bilanz des Zusammentreffens. „Wir freuen uns sehr, dass wir nach gut dreieinhalb Jahren wieder in den offiziellen Dialog eingetreten sind“, sagten Schneider und Kizilkaya. Die Begegnung habe in einer „ausgesprochen herzlichen und offenen Atmosphäre“ stattgefunden und zu wichtigen Konkretionen geführt. „Ganz wichtig ist, dass wir heute konkret verabredet haben, eine verbindliche Arbeitsebene zu etablieren, um mit mehr Zeit und Tiefenschärfe den Dialog weiterzuführen.“

Wichtige Themen seien neben theologischen Fragen wie dem Gottesverständnis insbesondere der Dialog in praktischen und sozialen Fragen. Es müsse darüber nachgedacht werden, was Christen und Muslime gemeinsam für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung tun könnten. Denkbar seien auch gemeinsame öffentliche Stellungnahmen. „Es wäre sehr überzeugend und eine gute Entwicklung, wenn wir in Zukunft gemeinsam Verantwortung übernehmen und auch gemeinsam öffentlich dafür eintreten“, so Schneider und Kizilkaya (mehr).

### 2.2. Mönchengladbach: Kirche wird zum Alevitischen Gotteshaus

In Mönchengladbach ist eine Kirche in ein Cem-Haus umgewandelt worden. Die evangelisch-methodistische Kirche im Stadtteil Rheydt hat ihren Gemeindesaal einer alevitischen Gemeinde verkauft. Man habe sich die Entscheidung nicht leicht gemacht, erklärte Bischof Walter Klaiber gegenüber der Presse. Man wisse um die Sorge angesichts der rückläufigen Zahl der Christen und der steigenden Zahl der Muslime. Allerdings sei das Alevitentum eine „Liebesreligion“. Auch in seiner neuen Funktion werde das Gotteshaus dem Wohlergehen aller Menschen dienen.

Scharf kritisiert wurde der Verkauf vom katholischen Weihbischof Hans-Jochen Jaschke aus Hamburg. Dem Domradio sagte Jaschke: „Das geht mir zu weit.“ Aleviten seien zwar „sehr anerkanntswürdige und liebenswürdige Leute“. Allerdings seien sie Muslime, „und jetzt wird nach Christus in einer Kirche der Prophet Mohammed angebetet. Das ist schon eine harte Zumutung“.

Die Alevitische Gemeinde Deutschlands erklärte, für sie sei der Verkauf ein „wichtiges Signal eines gelebten interreligiösen Dialogs“. Die Äußerungen des Hamburger Weihbischofs habe man mit großer Sorge zur Kenntnis genommen, sagte der Generalsekretär der Alevitischen Gemeinde, Ali Doğan. Aleviten fühlten sich „als Teil der hiesigen Gesellschaft“, die Umwandlung der Kirche sei „ein Ergebnis eines intensiven und langjährigen Dialogs zwischen der evangelisch-methodistischen Kirche und der Alevitischen Gemeinde Deutschland, der eine Würdigung statt Ablehnung verdient“ (mehr).

Anders als sunnitische und schiitische Muslime beten Aleviten nicht in Moscheen, sondern in sogenannten Cem-Häusern. An das islamische Rechtssystem Scharia fühlen sich Aleviten nicht gebunden, der Koran spielt nur eine untergeordnete Rolle. Ob Aleviten Muslime sind oder nicht, ist innerhalb der alevitischen Gemeinschaft umstritten (mehr).

### 2.3. Bamberg: „Gottesgarten der Religionen“ auf der Landesgartenschau

Erstmalig in der Geschichte der Landesgartenschauen präsentieren Christen, Juden und Muslime ein gemeinsames Projekt, den „Gottesgarten der Religionen“. Im Zentrum der Bamberger Gartenschau laden Evangelische und Katholische Kirche, die Israelitische Kultusgemeinde und die türkisch-islamische Gemeinde ein zu interreligiöser Begegnung und geistlichen Impulsen. Symbol des Gottesgartens ist ein Zelt der Begegnung, das Raum für sechzig Personen bietet. Es ist aus drei Schalen gebildet, die einer Blütenknospe nachempfunden sind. Jede Schale ist einer der drei Religionen zugeordnet und mit einem Motiv dieser Religion bedruckt (mehr). Die Landesgartenschau ist vom 26. April bis 7. Oktober 2012 täglich geöffnet (mehr).

### 2.4. Bremen: Muslimische Grundschülerinnen müssen am Schwimmunterricht teilnehmen

Nach einem Beschluss des Obergerichtes Bremen können sich muslimische Grundschülerinnen grundsätzlich nicht vom Schwimmunterricht befreien lassen. Der gemeinsame Sportunterricht im Grundschulalter besitze „eine elementare erzieherische Bedeutung“. Er verfolge das Ziel, „die Grundwerte der Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Mann und Frau zu vermitteln“, urteilte das Gericht. Kritische Stimmen gegen den gemeinsamen Sportunterricht vor Einsetzen der Pubertät gebe es in der Fachwelt nicht, ein persönlicher Gewissenskonflikt des Mädchens sei nicht erkennbar. Darüber hinaus habe die Schule dem Mädchen angeboten, in einem Ganzkörperschwimmanzug („Burkini“) am Unterricht teilzunehmen. Der Widerspruch der Eltern gegen einen entsprechenden Bescheid des Verwaltungsgerichtes sei daher abzulehnen (Az 1 B 99/12, mehr).

## 2.5. Juden und Muslime protestieren gegen Gerichtsurteil zur Beschneidung

Das Landgericht Köln hat die Beschneidung von Jungen aus religiösen Gründen als Körperverletzung bewertet. Der Zentralrat der Juden in Deutschland sieht darin einen „beispiellosen und dramatischen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften.“ Das Urteil sei „ein unerhörter und unsensibler Akt“, sagte der Präsident des Zentralrats, Dieter Graumann, und forderte den Gesetzgeber auf, die Religionsfreiheit vor derartigen Angriffen zu schützen (mehr).

Auch unter Muslimen sorgt das Urteil für Empörung. Muslime und Juden würden durch das Urteil kriminalisiert, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş, Mustafa Yeneroğlu. Es sei „ein Angriff auf die Religionsfreiheit und das Elternrecht“. Hinter dem Urteil stehe eine „seit Jahren mit großem Eifer geführte Kampagne mancher von islamfeindlichen Kritikern angeregter Juristen“, so Yeneroğlu. Die juristische Mehrheitsmeinung und die jahrtausende alte jüdische und muslimische Tradition stehe dem entgegen (mehr). Ähnlich äußerte sich der Koordinationsrat der Muslime (mehr).

Die Evangelische Kirche in Deutschland sieht das Urteil ebenfalls kritisch. Die Entscheidung bedürfe der Korrektur, erklärte der Präsident des Kirchenamtes der EKD, Hans Ulrich Anke (mehr).

## 2.6. Bundesweit Razzien gegen Salafisten

Mit einer bundesweiten Razzia ist die Polizei gegen Salafisten vorgegangen. Polizisten überprüften Wohnungen und Vereinsheime in sieben Bundesländern. Zugleich ließ Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CDU) die Solinger Vereinigung „Millatu Ibrahim“ („Die Religion Abrahams“) verbieten. Der aggressive und zum Teil gewalttätige Verein richte sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung“, so Friedrich (mehr). Vereinsrechtliche Ermittlungsverfahren gegen den Verein „Die wahre Religion“ des Kölner Salafisten Ibrahim Abou Nagie und die Gruppe „DawaFFM“ („Islamische Mission Frankfurt“) seien eingeleitet worden (mehr).

Die Vereinigung Millatu Ibrahim wurde von dem Österreicher Mohammed Mahmoud gegründet. Er trat seit 2007 als Anführer der „Globalen Islamischen Medienfront“ auf, die im Internet für den Krieg gegen den Westen und für Al Qaida warb. Im Jahr 2008 verurteilte ein Wiener Gericht ihn zu vier Jahren Haft. Nach Verbüßung der Strafe nahm Mahmoud den Kampfnamen Abu Usama al-Gharib an, ging nach Berlin, dann nach Solingen, wo er das „Deutsch-Islamische Zentrum“ in „Millatu Ibrahim Moschee“ umbenannte (mehr).

## 2.7. Was sonst noch war

- Grünen-Abgeordneter Kilic fordert Änderung der Saudi-Arabien-Politik (mehr)
- WDR nimmt Dokumentation über Gülen-Bewegung aus dem Programm (mehr).

## 3. Veranstaltungen

### Hasan al-Banna, die ägyptischen Muslimbrüder und das Projekt der islamischen Reform

Referentin: Gudrun Krämer, Freie Universität Berlin

16. Juli 2012, 18.15 Uhr, Paulinerkirche, Papendiek 14, Göttingen

Veranstalter: Universität Göttingen (mehr).

## 4. Literatur: Neuerscheinungen

J. Freely, Platon in Bagdad. Wie das Wissen der Antike zurück nach Europa kam, Stuttgart 2012

Th. G. Schneiders (Hg.), Verhärtete Fronten. Der schwere Weg zu einer vernünftigen Islamkritik, Wiesbaden 2012

Der Koran. Mehr als ein Buch, Welt und Umwelt der Bibel 1,2012 (Rezension).

## In eigener Sache

Melanie Rathe ist neue Sekretärin im Arbeitsfeld „Kirche und Islam“ des Hauses kirchlicher Dienste der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers. Sie löst Birgit Kutzner ab, die das Referat seit seiner Gründung Mitte der achtziger Jahre betreut hat. Wir danken Birgit Kutzner für ihren treuen und stets engagierten Dienst am christlich-muslimischen Dialog und wünschen ihrer Nachfolgerin einen guten Start im neuen Arbeitsfeld (Melanie Rathe, 0511 – 1241-452, rathe@kirchliche-dienste.de).

Hannover, den 2. Juli 2012

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 7, 2012

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Evangelische Bischöfe übermitteln Glückwünsche zum Beginn des Ramadan

Der Vorsitzende des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Hannovers Landesbischof Ralf Meister, hat den niedersächsischen Muslimen Glückwünsche zum Beginn des Ramadan übersandt. Auch der Landesbischof der Braunschweiger Kirche, Friedrich Weber, übermittelte gute Wünsche.

Der hannoversche Landesbischof schreibt, er sei immer wieder beeindruckt, wenn Muslime ihm erklärten, was Ramadan für sie im Alltag bedeute, etwa „dass es keinen Streit gibt in der Familie, keine lauten Worte, kein Lästern über die Nachbarn und kein Meckern und Stöhnen am Arbeitsplatz“. Meister bedankt sich für die „gute Tradition“, dass Muslime zum Fastenbrechen auch Christen einladen.

Zugleich versichert der hannoversche Bischof, dass die Evangelische Kirche in der strittigen Frage der Erlaubnis der Beschneidung von Jungen auf Seiten der Juden und der Muslime stehe: „Mit Ihnen bin ich froh darüber, dass der Bundestag in dieser Woche schnell reagiert und die Bundesregierung aufgefordert hat, noch in diesem Jahr ein Gesetz vorzulegen, das eine medizinisch fachgerechte Beschneidung für zulässig erklärt, so dass Sie und die jüdischen Gemeinden im Land Rechtssicherheit in diesem für Sie wesentlichen Punkt haben.“

Zu den Morden des rechtsextremen „NSU“ schreibt Meister: „Viele unter Ihnen sind in diesen Tagen erschüttert über das, was in Deutschland unter den Augen der Polizei und des Verfassungsschutzes passiert ist. Jahrelang konnten Menschen mordend durch das Land ziehen. Ich versichere Ihnen: Wir als evangelische Christen sind darüber so erschüttert wie Sie“ (mehr).

#### 1.2. Hannover: Vorsitzender der Schura wird mit Stadtplakette geehrt

Zum ersten Mal ist ein Muslim mit der Stadtplakette der Stadt Hannover ausgezeichnet worden. Bei einem Festakt im Rathaus ehrte Oberbürgermeister Stephan Weil sechs verdiente Hannoveraner und Hannoveranerinnen, unter ihnen den Vorsitzenden des Landesverbandes der Muslime in Niedersachsen (Schura), Avni Altiner.

Altiner habe sich seit vielen Jahren für das Miteinander der Konfessionen und Kulturen in Hannover eingesetzt und sich „in herausragender Weise um die Landeshauptstadt verdient gemacht“, so der Oberbürgermeister vor zahlreichen geladenen Gästen. Der Schura-Vorsitzende lebt seit dreißig Jahren in Hannover, er ist verheiratet und hat eine fünfjährige Tochter und einen sechzehnjährigen Sohn. Der Geehrte selbst dankte seiner Frau, die seine ehrenamtliche Arbeit stark unterstütze. Die gesamte Familie sei „sehr, sehr stolz“, so Altiner (mehr).

#### 1.3. Muslimische Verbände setzen Gespräche mit dem Innenministerium aus

Die muslimischen Landesverbände haben den Dialog mit dem Innenministerium abgebrochen. Man lehne es derzeit ab, weitere Gespräche mit Minister Schönemann (CDU) zu führen, erklärte Emine Oguz vom Landesverband DITIB Niedersachsen-Bremen. Grund sei die Verärgerung der Verbände über die vom Ministerium vorgelegte Checkliste zur Früherkennung muslimischer Extremisten.

Der Landesverband Schura Niedersachsen warf dem Innenminister in einer Pressemitteilung vor, er wolle offenbar die Gesinnungsschnüffelei wiederbeleben: „Blockwart, IM, Inquisition und Co.: Gesinnungsschnüffelei war eine überwundene Schande in der deutschen Geschichte; Schönemann will sie offenbar wiederbeleben“, so die Schura. Das Konzept öffne Tür und Tor „für Denunziation und Diskriminierung“. Es könne nicht angehen, dass ganz normale muslimische Praktiken wie das Arabisch-Lernen oder der Besuch in der Türkei kriminalisiert würden. Die Schura erwarte vom Ministerpräsidenten „eine sehr klare Aussage, wie es zukünftig mit der freiheitlichen Grundordnung bestellt sein soll“.

Innenminister Schönemann bedauerte die Absage und erklärte seine Bereitschaft zu weiteren Gesprächen. Er sei optimistisch, dass die Verbände eines Tages wieder an den Tisch zurückkommen, sagte er der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung. Der Streit um die sogenannten Checklisten sei nur vorgeschoben. „Der Moscheeverband Schura wird von dem vom Verfassungsschutz beobachteten Verein Milli Görüs immer dann intern unter Druck gesetzt, wenn es um Kooperationen mit den Sicherheitsbehörden geht“, so Schönemann. Auf Bundesebene habe man Ähnliches erlebt. Aber dieses Verhalten sei unklug. „Wenn man vermeiden will, dass Moscheegemeinden unter den Generalverdacht des Islamismus fallen könnten, dann müsste man sich doch an die Spitze der Bewegung setzen“ (mehr).

#### **1.4. Braunschweig: Aufklärungsbuch für türkisch-deutsche Kindergartenkinder publiziert**

Im Rahmen des Projektes „Sexualerziehung interkulturell“ (Sexi) ist erstmals ein Aufklärungsbuch für Kindergartenkinder aus Familien türkischer Migranten veröffentlicht worden. Das Buch mit dem Titel „Ben birsey kesfettim – Ich habe etwas entdeckt“ wende sich vor allem an türkische Eltern, erklärte eine der Autorinnen bei der Vorstellung des Buches in Braunschweig.

„Sexualität ist in unserem Kulturkreis ein Tabuthema“, so die 21-jährige Pädagogik-Studentin Esma Demir. „Die meisten Eltern bekommen einen roten Kopf, wenn Kinder peinliche Fragen stellen.“ Viele Kinder würden deshalb nur über die Schule aufgeklärt. „Aber das reicht uns nicht. Wir wollen es Eltern erleichtern, mit ihren Kindern über Sexualität ins Gespräch zu kommen“, so Demir.

In dem Buch, von dem zunächst zweihundert Exemplare gedruckt wurden, stellt ein Teddybär neugierige Fragen, die ein Mädchen beantwortet. Gestaltet wurde das Buch von der 19-Jährigen Kevser Atik, die die Fachoberschule für Gestaltung besucht (mehr).

#### **1.5. Braunschweig: Salafistische Internet-Islamschule soll geschlossen werden**

Die Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht hat den Betreiber der Braunschweiger „Islamschule“ aufgefordert, seine Online-Schule zu schließen. Die Internet-Lehrgänge Muhamed Ciftici vermittelten „eine salafistische Weltanschauung, die mit unserer Rechtsordnung nicht kompatibel ist“, sagte der Leiter der Zentralstelle der Braunschweiger Zeitung. Ciftici habe vierzehn Tage Zeit, „auf den rechtstreuen Weg zurückzukehren“ oder die Seite aus dem Netz nehmen. Anderenfalls drohe ein Ordnungswidrigkeitsverfahren mit bis zu 10.000 Euro Bußgeld.

Der Verfassungsschutz hat die im Jahr 2007 gegründete Schule bereits seit längerer Zeit im Blick. Bis zu 300 Schüler aus dem gesamten Bundesgebiet waren zuletzt eingeschrieben. Mit der Anordnung der Zentralstelle für Fernunterricht habe man nichts zu tun, erklärte die Sprecherin des Verfassungsschutzes, Maren Brandenburger. „Es wäre aber ein Erfolg für die Demokratie, wenn Institutionen nicht mehr unterrichten dürfen, die dazu beitragen, dass Schüler radikalisiert werden.“

Ciftici selbst sieht sich als Opfer einer Kampagne. Die Zentralstelle sei auf ihn zugekommen und habe ihm Hoffnung auf eine staatliche Zulassung seiner Online-Schule gemacht. „Offenbar war das Ziel von Anfang an, die Islamschule zu verbieten“, so Ciftici (mehr). Zurzeit ist die fragliche Seite noch online. Ganz unten steht lediglich ein kleiner Hinweis: „keine staatliche anerkannte Schule“ (mehr).

#### **1.6. Hildesheim: Stoltmann-Lukas in den Bischöflichen Rat berufen**

Die Referentin für den interreligiösen Dialog im Bistum Hildesheim, Dagmar Stoltmann-Lukas, ist von Bischof Norbert Trelle in den Bischöflichen Rat des Bistums berufen worden. Der Bischöfliche Rat hat die Aufgabe, den Bischof bei der Leitung der Diözese zu unterstützen. Stoltmann-Lukas ist seit 2003 im Bischöflichen Generalvikariat beschäftigt. Sie ist Mitglied im Expertengremium „Kirche und Islam“ der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers (mehr).

## **2. Allgemeine Lage**

### **2.1. Bundestag fordert ein Gesetz zur Beschneidung**

Der deutsche Bundestag hat mit breiter Mehrheit für einen gemeinsamen Entschließungsantrag von CDU/CSU, SPD und FDP zur rechtlichen Regelung der Beschneidung minderjähriger Jungen gestimmt. In dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, im Herbst 2012 einen Gesetzentwurf vorzulegen, der sicherstellt, dass eine „medizinisch fachgerechte“ Beschneidung von Jungen grundsätzlich zulässig ist. Das Gesetz solle die „grundgesetzlich geschützten Rechtsgüter des Kindeswohls, der körperlichen Unversehrtheit, der Religionsfreiheit und des Rechts der Eltern auf Erziehung“ in angemessener Weise berücksichtigen.

In der Begründung des Antrags heißt es, die Entscheidung des Kölner Landesgerichts vom 7. Mai habe für große Verunsicherung gesorgt. Die Beschneidung von Jungen habe „für Juden und Muslime eine zentrale religiöse Bedeutung“. Es müsse daher schnellstmöglich Rechtssicherheit hergestellt werden (mehr). Jüdische, muslimische und christliche Repräsentanten begrüßten den Beschluss.

Kritik äußerte unter anderem die Deutsche Kinderhilfe. Vor weiteren Schritten müsse ein Runder Tisch einberufen werden, dem man zwei Jahre Zeit geben müsse, erklärte die Kinderschutzorganisation und kündigte an, eine entsprechende Petition beim Deutschen Bundestag einzureichen. Beschneidungen seien häufig mit Komplikationen verbunden und könnten zu Traumata führen. Es bestehe „die Gefahr, dass sachfremde Erwägungen immer stärker in die Argumentation einfließen und es der Politik unmöglich machen, eine Güterabwägung im Interesse des Kindeswohls auch nur ansatzweise zuzulassen“ (mehr). Auch in der Opposition wächst der Widerstand gegen den Entschließungsantrag des Bundestages. „Beschneidung ist eine Form der Verstümmelung. Auch bei Jungen“, sagte die Kinderbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Marlene Rupprecht, der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ (mehr).

## 2.2. Grüne fordern Gleichstellung und rechtliche Integration des Islam

Die Grünen haben ein Papier zur Gleichstellung und rechtlichen Integration des Islam in Deutschland vorgelegt. Es sei gesellschaftspolitisch kontraproduktiv, „den Islam in Deutschland nur unter dem Aspekt der Gefahrenabwehr zu diskutieren“, wie es der Innenminister tue, sagte die Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Renate Künast. Muslime müssten ihre Grundrechte und Teilhabemöglichkeiten gleichberechtigt wahrnehmen können. Die Grünen unterstützten daher das Anliegen, „Religionsgemeinschaften im Sinne und nach den Regeln des Grundgesetzes zu bilden“ (mehr). Bislang erfülle allerdings keiner der vier großen muslimischen Verbände die Voraussetzungen (mehr).

Die muslimischen Verbände reagierten enttäuscht auf das Papier. Bei näherer Betrachtung erkenne man, „dass es sich im Wesentlichen um CDU-Positionen handelt“, erklärte Mustafa Yeneroğlu für die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş. „In Anbetracht dessen, was die Grünen versprechen und wozu sie eigentlich auch imstande wären, ist das vorgestellte Papier inhaltlich eine große Enttäuschung.“ Die Grünen ignorierten das Selbstverständnis „der großen islamischen Religionsgemeinschaften“, sie übernahmen Positionen des Verfassungsschutzes und negierten „den verfassungsrechtlichen Anspruch der Muslime auf Gleichbehandlung.“ Das Papier bestehe auf überholten Positionen und sei keine Basis für eine vertrauenswürdige Islampolitik, so Yeneroğlu (mehr).

## 2.3. Muslimische Schüler gewinnen Preis in evangelischer Religion

Acht muslimische Schülerinnen und Schüler sind an westfälischen Gymnasien mit dem Abiturpreis im Fach Evangelische Religion geehrt worden. Voraussetzung für die Auszeichnung war die Note Eins im Abschlusszeugnis.

Hans-Martin Lübking, Leiter des Pädagogischen Instituts der Landeskirche und Initiator des Preises, zeigte sich erfreut darüber, dass der Evangelische Religionsunterricht auch für Muslime attraktiv ist. „Der Evangelische Religionsunterricht ist offen für alle. Wir haben in jüngerer Zeit zunehmend konfessionslose und muslimische Schüler, die freiwillig Religion wählen anstelle des Ersatzfaches praktische Philosophie“, sagte Lübking der Presse. Die Eltern der muslimischen Schüler unterstützten die Wahl des Faches. „Bis Islamischer Religionsunterricht flächendeckend eingerichtet ist, vergehen noch fünfzehn Jahre. Da wird der Evangelische Religionsunterricht lieber gewählt als das Ersatzfach, weil es um Werte geht, um erkennbare Positionen“, so Lübking.

Halid-Furkan Cevik, einer der Preisträger, sagte der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung, vieles sei für ihn vertraut gewesen. „Die Kerngedanken unserer Religionen, die Beziehung zwischen Gott und Mensch und umgekehrt, sind sich sehr ähnlich“, so der Abiturient. Besonders beeindruckt habe ihn, wie sehr der Glaube im Christentum das soziale Leben bestimme. „Im Christentum steht die Nächstenliebe gleich neben der Liebe zu Gott. Diese Radikalität der Liebe ist imponierend“ (mehr).

## 2.4. Vorsitzender des Koordinationsrats der Muslime: Im Islam gibt es keinen Antisemitismus

Der Vorsitzende des Koordinationsrats der Muslime, Ali Kizilkaya, hat im Gespräch mit der Zeitung „Die Welt“ betont, es gebe im Islam keinen Antisemitismus. Auf die Frage des Journalisten, ob er nicht verstehen könne, dass die deutsche Politik einigen der muslimischen Verbände misstrauere, immerhin seien manche von ihnen ja mit Gruppen verbunden, die zum Beispiel durch Antisemitismus auffielen, sagte Kizilkaya: „Es gibt im Islam keinen Antisemitismus, denn Antisemitismus ist eine Form von Rassismus. Die Verbände stehen alle auf dem Boden des Grundgesetzes“ (mehr).

Der Publizist Henryk Broder kommentierte, Kizilkaya habe offenbar Sinn für Humor. Es sei originell, den Islam par ordre du mufti zu einer antisemitismusfreien Zone zu erklären. „Ebenso gut könnte man sagen, es gebe ‚im Islam‘ keine Krankheiten, keine Inflation und keine Streitigkeiten unter Nachbarn.“ Bemerkenswert sei Kizilkayas Satz auch, weil er sonst stets betone, „den Islam“ gebe es nicht, man dürfe nicht generalisieren. Nun aber, wo es „darum geht, den Islam von einem hässlichen Verdacht freizusprechen, darf man es offenbar“ (mehr).

## 2.5. Was sonst noch war

- Osnabrück: Einschreibung für „Islamische Theologie“ und „Islamische Religion“ startet (mehr)
- Bremen: Flughafen eröffnet Gebetsraum für Muslime (mehr)
- München: Emirat Katar erwägt Finanzierung der „ZIE-M“- Moschee (mehr)
- Penzberg: Bayerischer Landesbischof besucht Moschee (mehr)
- Hessen: Islamischer Religionsunterricht soll 2013 beginnen (mehr)
- Tageszeitung: Autorin Sezgin wurde zensiert (mehr)
- Türkei: Intellektuelle sammeln Unterschriften für christliches Kloster Mor Gabriel (mehr).

Hannover, den 23. Juli 2012

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 8, 2012

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Evangelische Gesamtschule bietet Islamischen Religionsunterricht an

Als eine der ersten Schulen in Niedersachsen führt die evangelische Integrierte Gesamtschule Wunstorf Islamischen Religionsunterricht in der Sekundarstufe I ein. Vom 1. Oktober an werde in den Klassen Fünf bis Sieben jeweils zwei Wochenstunden Islamische Religion unterrichtet, teilte die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers mit. Bisher hätten sich 24 Schülerinnen und Schüler dazu angemeldet.

Gelehrt wird das Fach vom türkisch-deutschen Religionslehrer Hikmet Gökdemir. Der 47-jährige, der neben Islamischer Religion auch Sport unterrichtet, hat Islamische Religionspädagogik an der Universität Osnabrück studiert. Zurzeit befindet er sich im Examen. Vor seiner Tätigkeit in Wunstorf war Gökdemir Jugendtrainer bei Hannover 96, danach Sportjournalist und später Physiotherapeut. Zugleich erteilte er Koranunterricht in einer Moschee.

Der interreligiöse Dialog ist dem Quereinsteiger wichtig, seinen Schülern will er Offenheit vermitteln. „Sie müssen lernen, was den Christen Weihnachten und Ostern bedeutet“, so Gökdemir. Dass er als Sportlehrer womöglich auch mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird, schreckt ihn nicht. Eltern, die ihre Töchter nicht zum Schwimmunterricht schicken möchten, werde er zu überzeugen versuchen. „Ich will ihnen klarmachen, was ein Ausschluss für ihre Kinder bedeuten würde. Sie sollen spüren, wie wichtig es ist, sich auch als gläubiger Moslem in die Gesellschaft zu integrieren“, sagte Gökdemir dem Evangelischen Pressedienst (mehr).

#### 1.2. Landesbischof ruft zu intensiven Kontakten zwischen Muslimen und Christen auf

Der hannoversche Landesbischof Ralf Meister hat sich für intensive Kontakte zwischen christlichen und islamischen Gemeinden ausgesprochen. „Wenn wir uns gegenseitig in die religiösen Traditionen einführen und uns gegenseitig bilden, kann gute Nachbarschaft gelingen“, sagte Meister bei einem Vortrag in der Buxtehuder St. Petri Kirche. Durch Aufklärung und Begegnung sei ein gutes und friedliches Miteinander der Religionen möglich. „Der Schlüsselbegriff für ein aufgeklärtes Verständnis der je anderen Religion ist Bildung“, betonte der Bischof. Er setze große Hoffnungen in den islamischen Religionsunterricht und die Ausbildung islamischer Religionslehrer an der Universität Osnabrück.

Die Medien forderte der Landesbischof auf, mehr über das gelingende Miteinander der Religionen zu berichten. Zu oft konzentriere man sich auf Beispiele aus den extremistischen Lagern. Tatsächlich aber sei das „interreligiöse, multikulturelle Leben in unserem Land im Vergleich mit anderen Ländern außergewöhnlich friedlich“, so Meister (mehr).

#### 1.3. Verfassungsschutz warnt vor „Muslimisch Demokratischer Union“

Der niedersächsische Verfassungsschutz hat vor verfassungsfeindlichen Bestrebungen in der Partei „Muslimisch Demokratische Union“ (MDU) gewarnt. Es gebe Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Entwicklungen im Landesverband der MDU, teilte der Verfassungsschutz mit.

Begründet wurde die Warnung mit einer auf der Internetseite der Partei veröffentlichten Fatwa. In dem islamischen Rechtsgutachten sei die Unvereinbarkeit von Islam und Demokratie behauptet und die Demokratie als „Vielgötterei“ bezeichnet worden. „Jeder, der in der Demokratie aktiv ist und andere zum Mitmachen anregt, ist in einer großen Gefahr. Denn das demokratische System ist gegen den Islam“, zitiert der Verfassungsschutz aus dem inzwischen gelöschten Gutachten. „Die MDU will offensichtlich die Demokratie mit allen Mitteln der Demokratie bekämpfen“, sagte der Präsident des Verfassungsschutzes, Hans-Werner Wargel (mehr).

Die MDU spricht von einem Missverständnis. Man habe die Fatwa publiziert, um denjenigen unter den Muslimen zu widersprechen, die behaupteten, die Demokratie sei unislamisch, erklärte der Landesverband in einer Pressemitteilung. „Um dem entgegen zu wirken, wurde die Fatwa eines islamischen Gelehrten aus dem Umfeld dieser Szene auf die Homepage gestellt“, was „ungeschickt“ gewesen sei. Die MDU selbst sei eine demokratische Partei, die „sich zu den Grundsätzen der freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennt“.

Hinter der Aktion des Verfassungsschutzes vermutet die MDU eine gezielte Kampagne. Man frage sich, warum der Verfassungsschutz sich nicht im Vorfeld der Aktion gemeldet und um Klärung gebeten habe. Offenbar gebe es einen Zusammenhang mit der anstehenden Bewerbung der MDU für die Landtagswahlen im Januar 2013. Die Vermutung liege nahe, dass sich der Verfassungsschutz „zum Wahlkampf helfer der Regierungsparteien“ machen lasse (mehr).

## 2. Allgemeine Lage

### 2.1. Hamburg schließt Vertragsverhandlungen mit muslimischen Verbänden ab

Der Stadtstaat Hamburg hat die seit dem Jahr 2007 laufenden Verhandlungen über einen Vertrag mit drei muslimischen Verbänden und der Alevitischen Gemeinde Deutschland erfolgreich abgeschlossen. Der Vertrag, der in Deutschland ohne Vorbild ist, könnte im nächsten Jahr in Kraft treten. Zunächst muss der Senat darüber entscheiden, anschließend die Bürgerschaft.

Der Vertrag sieht unter anderem vor, dass an staatlichen Schulen künftig auch muslimische Lehrer das Fach „Religion“ unterrichten dürfen. Der Hamburger Religionsunterricht ist überkonfessionell angelegt, wird aber von der evangelischen Kirche verantwortet. Das soll nach dem Willen des Ersten Bürgermeisters auch künftig so bleiben, allerdings unter Einbeziehung muslimischer Lehrer. Über die genaue Ausgestaltung des Religionsunterrichts muss noch weiterverhandelt werden. Der Vertrag gibt dafür fünf Jahre Zeit.

Darüber hinaus sieht der Vertrag vor, dass muslimische Feiertage wie das Opfer- und das Ramadanfest künftig wie kirchliche Feiertage behandelt werden. Arbeitnehmer haben ein Recht auf einen freien Tag, müssen die Zeit allerdings nacharbeiten oder Urlaub nehmen. Weiterhin regelt der Vertrag in der Stadt schon übliche Praktiken wie die sarglose Bestattung von Muslimen und den Bau von Gebetsstätten. Hamburg will sich zudem dafür einsetzen, dass die muslimischen Verbände einen Sitz in den Rundfunkgremien erhalten.

Finanzielle Leistungen sind mit dem Vertrag nicht verbunden. Vertragspartner der Stadt sind der Landesverband der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB), der Rat der Islamischen Gemeinschaften (Schura), der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) sowie die Alevitische Gemeinde Deutschland. Der Vertrag soll zunächst über zehn Jahre geschlossen werden (mehr).

Die Vertragspartner begrüßten den Abschluss der seinerzeit von Bürgermeister Ole von Beust (CDU) angeregten Verhandlungen. Daniel Abdin von der Schura sprach von einem „wichtigen Schritt hin zur auch institutionellen Anerkennung des Islam in Deutschland“. Die Verhandlungen hätten sich wohlthuend von Debatten anderswo über den Islam unterschieden. Zekeriya Altug von DITIB sagte, der Vertrag sei von „historischer Bedeutung“. Murat Pirildar vom VIKZ lobte, der Vertrag ermögliche eine stärkere Partizipation der Muslime am gesellschaftlichen Leben. Aziz Aslandemir von der Alevitischen Gemeinde betonte, in ihrer Heimat Türkei hätten die Aleviten nicht die Rechte, die ihnen in Hamburg zugebilligt würden. Die muslimischen Verbände vertreten nach eigenen Angaben etwa 130.000 Muslime, die Alevitische Gemeinde etwa 50.000 Aleviten.

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) würdigte den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen als „integrationspolitischen Fortschritt“ und als „Signal der Bereitschaft zu einem kooperativen Miteinander“. Mit dem Vertrag „wollen wir grundlegende Regelungen über das Verhältnis der Stadt zu den drei islamischen Verbänden DITIB, Schura und VIKZ sowie der Alevitischen Gemeinde treffen. Wir nehmen damit die Anwesenheit des Islam und des Alevitentums als in unserer Gesellschaft gelebter Religionen zur Kenntnis. Wenn auch viele Regelungen der beiden Verträge lediglich das geltende Recht wiederholen, so wollen wir den islamischen und alevitischen Gemeinden mit der Bestätigung ihrer Rechte und Pflichten den Platz in der Mitte unserer Gesellschaft einräumen. Hierfür gibt der Vertrag ein deutliches Signal. Er bezeichnet im Übrigen den Beginn einer Kooperation und nicht ihr Ende. Er wird sich zu bewähren haben. Daran werden wir gemeinsam arbeiten müssen“, so der Erste Bürgermeister (mehr).

### 2.2. Bremen: Muslime erstmals in Rundfunkausschuss vertreten

Die Bremische Landesmedienanstalt sieht erstmals in Deutschland einen Sitz für einen Vertreter der Muslime in ihrem Aufsichtsgremium vor. Das neue Landesmediengesetz passe den Landesrundfunkausschuss an die Lebenswirklichkeit in Bremen an, sagte der Ausschussvorsitzende Felix Holefleisch dem Evangelischen Pressedienst. „Es gibt in unserem Land so viele Muslime, die Rundfunkgebühren zahlen – da ist es nur konsequent, sie auch an der Aufsicht zu beteiligen“, sagte Holefleisch, der im Aufsichtsgremium der Bremischen Landesmedienanstalt die Grünen vertritt. „Das sollte nicht nur für die privaten, sondern auch für die öffentlich-rechtlichen Sender gelten.“

Bislang werden die Religionsgemeinschaften im Landesrundfunkausschuss durch Repräsentanten der christlichen Kirchen und der jüdischen Gemeinde vertreten. Der muslimische Vertreter muss von den drei islamischen Verbänden in Bremen noch bestimmt werden.

Die Landesmedienanstalten sind unter anderem für die Zulassung und Aufsicht der privaten TV- und Radiosender zuständig. Das neue Bremische Landesmediengesetz regelt die Zusammensetzung des zukünftig „Medienrat“ genannten Aufsichtsgremiums grundlegend neu. Neben dem Vertreter der Muslime werden in Zukunft auch ein Student und ein Mitglied eines Selbsthilfevereins behinderter Menschen vertreten sein. Der Medienrat wird ab September in neuer Zusammensetzung tagen (mehr).

### 2.3. Muslime kündigen „Initiative Sicherheitspartnerschaft“ des Bundesinnenministers

Wegen einer Anzeigenkampagne des Bundesinnenministeriums haben vier muslimische Verbände ihre Mitwirkung an der „Initiative Sicherheitspartnerschaft“ bis auf weiteres eingestellt.

Die „Vermisst“-Kampagne zeigt Bilder freundlich lächelnder junger Frauen und Männer. Die Plakate sind aufgemacht wie ein Steckbrief. Über den Passbildern steht „Vermisst“, unten ein Text wie „Das ist unser Sohn Ahmad. Wir vermissen ihn, denn wir erkennen ihn nicht mehr. Er zieht sich immer mehr zurück und wird jeden Tag radikaler. Wir haben Angst ihn ganz zu verlieren – an religiöse Fanatiker und Terrorgruppen“ (hier).

Nach Auffassung der Verbände verfehlt die Plakataktion ihr Ziel. Es werde „Misstrauen bis in die Tiefen der Gesellschaft“ gesät und die muslimische Bevölkerung unter Generalverdacht gestellt. Die mit den muslimischen Teilnehmern der „Initiative Sicherheitspartnerschaft“ nicht zureichend abgestimmte Plakataktion müsse gestoppt werden.

Unterschieden ist die Pressemitteilung von der Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB), vom Verband der Islamischen Kulturzentren, vom Zentralrat der Muslime und der Islamischen Gemeinschaft der Bosniaken (mehr). Kritik äußerte auch der Direktor des Islam-Zentrums an der Universität Osnabrück. Die Botschaft der Plakate laute: „Traue keinem Muslim. Hinter jedem Muslim könnte ein Radikaler stecken“, sagte Bülent Ucar der Nachrichtenagentur dapd (mehr).

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) bedauerte den Rückzug der Verbände und kündigte an, die Sicherheitspartnerschaft fortzusetzen. Im Vorfeld hätten alle Beteiligten die Plakate für gut geeignet befunden. Er habe „die Hoffnung, dass die Verbände im Sinne des gemeinsamen Kampfes gegen den Terrorismus sich eines Besseren besinnen“, so Friedrich (mehr).

### 2.4. Was sonst noch war

- Bestürzung und Solidarität nach Angriff auf Berliner Rabbiner (mehr)
- Preis für interreligiöse Internetseiten ausgeschrieben (mehr)
- Islamischer Religionsunterricht in Nordrhein-Westfalen startet (mehr)
- Debatte über Beschneidung geht weiter (mehr).

## 3. Meinungsforschung

Das Meinungsforschungsinstitut Info GmbH (Berlin) hat erneut eine repräsentative Studie zu „deutsch-türkischen Wertewelten“ durchgeführt. Dazu wurden 1.011 Personen mit türkischem Migrationshintergrund befragt. Wichtige Ergebnisse:

- 15 Prozent der Befragten betrachten Deutschland als ihre Heimat, 45 Prozent Deutschland und die Türkei gleichermaßen.
- 45 Prozent planen eine Rückkehr in die Türkei, allerdings nur 5 Prozent in den nächsten 2 Jahren.
- 63 Prozent fühlen sich in Deutschland als Türke und in der Türkei als Deutscher.
- 78 Prozent möchten sich „unbedingt und ohne Abstriche in die deutsche Gesellschaft integrieren“.
- 47 Prozent haben das Gefühl, in Deutschland unerwünscht zu sein.
- 72 Prozent sagen, der Islam sei „die einzig wahre Religion“.
- 10 Prozent finden die Koranverteilkaktion sehr gut, unter den 15 bis 29-jährigen 20 Prozent (mehr).

## 4. Veranstaltungen

### Endlich am Ziel? Gegenwart und Zukunft des Islamischen Religionsunterrichtes

Religionen im Gespräch

27. September 2012, 19 Uhr, Haus der Religionen, Böhmerstr. 8, Hannover

Gäste: Annett Abdel-Rahman, Friedhelm Kraft. Moderation: Wolfgang Reinbold

Veranstalter: Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers (mehr).

## 5. Literatur: Neuerscheinungen

R. Ceylan (Hg.), Islam und Diaspora. Analysen zum muslimischen Leben in Deutschland aus historischer, rechtlicher sowie migrations- und religionssoziologischer Perspektive, Frankfurt 2012

K.-F. Pohlmann, Die Entstehung des Korans. Neue Erkenntnisse aus der Sicht der historisch-kritischen Bibelwissenschaft, Darmstadt 2012.

Hannover, den 6. September 2012

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 9, 2012

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Landesbischof Meister fordert stärkere öffentliche Präsenz von Muslimen

Der Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, Ralf Meister, hat sich dafür ausgesprochen, Muslimen mehr Raum in der Öffentlichkeit zu geben. In einem Gespräch mit der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung sagte Meister, die große Mehrheit der Muslime in Deutschland wolle friedlich in einer gerechten Gesellschaft leben. „Es ist unsere Aufgabe, ihre Präsenz in der Öffentlichkeit zu fördern. Muslime sollten ihren Platz beispielsweise in Landesmedienanstalten bekommen und in Zeitungen regelmäßig mit einem geistlichen Wort zur Sprache kommen.“ Darüber hinaus müsse in den Schulen Islamischer Religionsunterricht angeboten werden, wie es auch die Landeskirche an der Evangelischen Gesamtschule in Wunstorf tue.

Zur Frage der Journalisten, ob Christen denn nicht besser unter Muslimen missionieren sollten statt Dialog zu führen, sagte Meister: „Da haben wir ein anderes Selbstverständnis. Als Christen gehört es zu unserem Friedensauftrag, anderen Religionen mit Respekt und Akzeptanz zu begegnen – und nicht ihre religiösen Überzeugungen zu verurteilen.“

#### 1.2. Osnabrück: Zwei neue Islam-Professoren berufen

Zum Start des Instituts für Islamische Theologie hat das niedersächsische Wissenschaftsministerium zwei weitere Islam-Wissenschaftler an die Universität Osnabrück berufen. Die Theologen Abdurrahim Kozalı und Hüseyin İlker Cinar werden künftig Islamisches Recht und Glaubenspraxis (Fiqh) sowie Koraninterpretation (Tafsir) unterrichten, teilte die Universität mit.

Abdurrahim Kozalı wurde 1973 in Braunschweig geboren. Er studierte Islamische Theologie an der Universität Marmara in Istanbul und promovierte im Fach „Islamisches Recht“. Seit 2006 ist er Assistenz-Professor an der Fakultät für Theologie der Uludağ-Universität in Bursa.

Hüseyin İlker Çınar wurde 1970 in Yozgat/Türkei geboren. Er studierte in Istanbul, Damaskus und Heidelberg, wo er im Jahr 2002 mit einer Arbeit zur Rechtslage im Frühislam promovierte. Im Jahre 2010 wurde er an der Theologischen Fakultät der Marmara Universität in Istanbul im Fach „Tafsir“ habilitiert (mehr).

#### 1.3. Diskussion um Verbot der Aufführung des Anti-Islam-Videos

Der Landesverband der Muslime in Niedersachsen (Schura) hat ein Verbot der Aufführung des Anti-Islam-Films „The Innocence of Muslims“ in Deutschland gefordert. Das Verbot von Hetzprodukten müsse möglich sein, sagte der Sprecher der Schura, Firouz Vladi. Zugleich unterstütze die Schura Forderungen, den Paragraphen 166 des Strafgesetzbuches zu verschärfen, der Schmähungen religiöser Bekenntnisse unter Strafe stellt. Der Vorsitzende der Schura, Avni Altiner, verlangte darüber hinaus eine Abschaltung der Internetportale Google und Youtube. So etwas müsse auch in Deutschland möglich sein, sagte Altiner. Es könne nicht sein, dass zum Schutz der Meinungsfreiheit unschuldige Menschen stürben. Gleichzeitig verurteilte der Schura-Vorsitzende die Morde und Überfälle auf westliche Botschaften.

Der evangelische Landesbischof Ralf Meister hält es für angemessen, eine öffentliche Aufführung des Films zu verhindern. Eine Verschärfung der Gesetze oder eine Abschaltung von Internetseiten lehnt Meister ab. Das Verhalten von Extremisten in anderen Teilen der Welt dürfe keine Auswirkungen auf das deutsche Rechtssystem haben, sagte der Bischof der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung. Ähnlich äußerte sich der Vizepräsident des Kirchenamts der Evangelischen Kirche in Deutschland, Thies Gundlach, gegenüber der Tageszeitung „Die Welt“ (mehr). Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) sagte dem NDR, eine Aufführung des Films könne nur im Einzelfall über das Polizeirecht verhindert werden (mehr).

#### 1.4. Göttingen: Anschläge auf Moscheen

In Göttingen sind Moscheen mit Mohammed-Karikaturen und Schweinsköpfen beschmiert worden. Vor einer Moschee lag ein Wildschweinkopf, in dessen Stirn ein Hakenkreuz geritzt war. Die Polizei nahm einen 26-jährigen fest, der die Schmierereien gestand (mehr).

Der Vorstand der Göttinger DITIB-Moschee äußerte sich besorgt über die zunehmenden Übergriffe. Man gehe davon aus, dass es in Südniedersachsen Zusammenschlüsse gebe, die systematisch islamfeindliche Propaganda betrieben und Angriffe auf Moscheen organisierten. Regelmäßig lägen im Briefkasten der Moschee Drohbriefe mit der Aufforderung, das Land zu verlassen. „Wir Muslime können diese feindlichen und hasserfüllten Übergriffe nicht fassen und begegnen ihnen mit Unverständnis und Angst.“ Mittlerweile habe man eine Überwachungskamera installiert (mehr).

### **1.5. Beirat für den Islamischen Religionsunterricht verteidigt Text der Lehrerlaubnis**

Im Streit um die Lehrerlaubnis für islamische Religionslehrer hat die Vertreterin des Landesverbandes der Muslime in Niedersachsen (Schura) den Text der sogenannten Idschaza verteidigt. Sie könne die Kritik nicht recht nachvollziehen, sagte Annett Abdel-Rahman in der Reihe „Religionen im Gespräch“. Eine Lehrkraft für das Fach Islamische Religion müsse nicht bloß ein Universitätszeugnis haben, sondern zugleich die charakterliche Eignung mitbringen und den Islam glaubwürdig vertreten. Die fünf Säulen seien „das Minimum religiösen Inhalts“, das von keinem Muslim in Frage gestellt werde. Wer Islamischen Religionsunterricht erteile, müsse sich verpflichten, vorbildhaft zu leben.

Der Rektor des Religionspädagogischen Institutes der hannoverschen Landeskirche, Friedhelm Kraft, sagte, er finde die Idschaza schrecklich. „Ich glaube, ich wäre nie evangelischer Religionslehrer gewesen, wenn es so einen Text gegeben hätte.“ Eine Idschaza müsse die Vielfalt des gelebten Islams widerspiegeln. Der vorliegende Text orientiere sich hingegen am römisch-katholischen Modell und werde nicht wenige Muslime abschrecken. „Ich sehe darin eine Katholisierung des Islams. Warum Sie das wollen, verstehe ich nicht“, so Kraft (mehr).

## **2. Allgemeine Lage**

### **2.1. Weiter Streit um Plakataktion des Bundesinnenministeriums**

Im Streit um die „Vermisst“-Plakataktion des Bundesinnenministeriums (s. Mitteilungen, 8, 2012, S. 3) hat Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) den muslimischen Verbänden Vortäuschung falscher Tatsachen vorgeworfen. Die Behauptung der Verbände, die Kampagne sei über ihre Köpfe hinweg entschieden worden und das Ministerium habe auf Kritik nicht reagiert, sei falsch, so das Ministerium. Tatsächlich habe man die Aktion mit allen Teilnehmern der „Sicherheitspartnerschaft“ abgesprochen.

In einer Antwort auf eine schriftliche Frage der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD, Aydan Özoğuz, nahm das Innenministerium zu den Einzelheiten Stellung. Tatsächlich habe man die Verbände mit Schreiben an den jeweiligen Vorsitzenden „schriftlich für den 16. Mai 2012 zu einer Präsentation“ ins Ministerium eingeladen. Den Termin hätten ein Vertreter des Zentralrats und ein Vertreter des Verbandes der Islamischen Kulturzentren wahrgenommen. Der Vertreter der DITIB habe seine Teilnahme krankheitsbedingt abgesagt, die übrigen angeschriebenen Verbände hätten trotz telefonischer Erinnerung kein Interesse gezeigt bzw. seien verhindert gewesen. In der Sache habe der Vertreter des Zentralrats gebeten, „zwei Worte im Text zu ändern. Diese Anregung wurde aufgenommen. Darüber hinausgehende Kritik wurde nicht geäußert“, so das Ministerium. Nach diesem Termin seien keine wesentlichen Änderungen mehr an den Plakaten vorgenommen worden. Am 21. August habe man schließlich in Anwesenheit mehrerer Verbandsvertreter „alle vier Motive in ihrer endgültigen Fassung gezeigt. Sie wurden von allen Anwesenden uneingeschränkt positiv bewertet.“ Vor diesem Hintergrund habe für das Innenministerium kein Anlass bestanden, an der Zustimmung der Verbände zu zweifeln, so Staatssekretär Ole Schröder (mehr).

Die Vorsitzende des Liberal-Islamischen Bundes, Lamyä Kaddor, äußerte sich im Magazin empört über das Verhalten der muslimischen Verbände. „Mangelndes Interesse. Fehlen bei Sitzungen. Teilnahmsloses Abnicken von Papieren. Keine Reaktion auf Emails – so schildert es das Ministerium und ich kann sagen, das kommt mir aus meiner persönlichen Erfahrung im Umgang mit manchen der großen Verbände durchaus bekannt vor“, so Kaddor. Die peinliche Affäre stelle die Frage nach dem Selbstverständnis der Verbände. „Wie ernst nehmen sie ihren Vertretungsanspruch – jenseits großer öffentlichkeitswirksamer Auftritte? Was bezwecken sie mit ihrer Arbeit? Welche Kompetenzen halten sie angesichts ihrer Größe und ihrer 40-jährigen Erfahrung vor?“ (mehr).

Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, wies die Kritik zurück. Zwar hätten einige Vertreter der Verbände die Entwürfe vorab gesehen. Das Innenministerium habe sie aber nie aus der Hand gegeben und zugleich versichert, es handele sich ohnehin nur um Entwürfe. In der fraglichen Sitzung im August sei es um ein ganz anderes Thema gegangen. Erst in der letzten Minute des Treffens habe man „unerwartet die letzten Versionen des Plakates“ gezeigt. Davon überrumpelt habe er selbst „lediglich sprachliche Verbesserungen“ vorgeschlagen. Das sei, wie er inzwischen wisse, ein Fehler gewesen. Das Versäumnis ändere aber nichts an der Gesamteinschätzung: Die Aktion sei ein Projekt des Bundesinnenministeriums gewesen, „zu dem wir lediglich und bedauerlicherweise unzureichend Stellung nehmen konnten“ (mehr).

Unterdessen hat das Innenministerium den Start der Kampagne „aufgrund einer aktuellen Gefährdungsbewertung des Bundeskriminalamtes“ nach dem Anschlag auf die deutsche Botschaft im Sudan und den Unruhen in einigen islamisch geprägten Ländern verschoben. Der Koordinationsrats der Muslime in Deutschland begrüßte die Entscheidung des Ministeriums. Allerdings müsse die Aktion „nicht nur verschoben, sondern eingestellt werden“ (mehr). Die Türkisch-Islamische Union DITIB forderte Bundeskanzlerin Merkel dazu auf, sich persönlich für den Stopp der Kampagne einzusetzen (mehr).

## 2.2. Bundeskanzlerin Merkel: Islam ist ein Teil Deutschlands

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich in einer interaktiven Telefonkonferenz mit CDU-Mitgliedern zur Frage des Zusammenlebens mit Muslimen geäußert. Auf die Frage, ob der Islam zu Deutschland gehöre, sagte die Parteivorsitzende: „Wir sollten offen sein und sagen, ja, es ist ein Teil von uns.“ Es gelte, zwischen Islam und Islamismus zu differenzieren. „Wir müssen unheimlich aufpassen, dass wir nicht alle über einen Kamm scheren. Die Islamisten sind nicht der Islam in Deutschland“, so Merkel. „Je mehr wir denjenigen, die zu uns gekommen sind mit einem anderen Glauben, sagen, ‚Ihr seid uns willkommen‘, umso besser ist das“ (mehr).

## 2.3. Reaktionen auf Angriff auf deutsche Botschaft im Sudan

Mit deutlichen Worten hat sich der Sprecher des Koordinationsrats der Muslime in Deutschland von der Gewalt distanziert, die seit Veröffentlichung des Anti-Islam-Videos gegen Einrichtungen westlicher Länder verübt wird. Der Film sei ein „Schundwerk übelster Machart“. Es könne nicht sein, dass ein solches Schundwerk „jedes Mal solche gewalttätigen Reaktionen nach sich zieht.“ Der Angriff auf die deutsche Botschaft in Khartoum zeige „den Irrsinn dieser Proteste“, so Ali Kizilkaya. Es sei offensichtlich, „dass den Gewalttätern der Anlass für ihre Taten völlig egal ist. Mit einer besonderen Sorge um den Propheten oder den Glauben hat und kann dieses Vorgehen nichts gemein haben“ (mehr).

## 2.4. Was sonst noch war

- Beschneidungsdebatte: Zustimmung und scharfe Kritik am Gesetzesentwurf (mehr)
- Wahl in Holland: Antiislamische „Partei für die Freiheit“ verliert stark (mehr)
- Bochum: Ehemaliger Leibwächter Bin Ladens kann nicht abgeschoben werden (mehr)
- Iranische Stiftung erhöht Kopfgeld für Salman Rushdie auf über 3 Millionen Dollar (mehr).

## 3. Veranstaltungen

### 3.1. So kommen wir weiter

Aktuelle Herausforderungen im christlich-muslimischen Gespräch

10. Forum zur Begegnung von Christen und Muslimen in Niedersachsen

19. Oktober 2012, 18–21.30 Uhr

Haus kirchlicher Dienste der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, Archivstr. 3, Hannover

Referent: Bülent Uzuner. Gesprächspartner: Avni Altiner, Yılmaz Kiliç, Ralf Meister. Moderation:

Wolfgang Reinbold (mehr).

### 3.2. Positionen der großen Religionsgemeinschaften in der digitalen Welt

Zum Umgang mit religiösem Extremismus im Internet. Zugleich Verleihung des „Suma-Awards“

4. Dezember 2012, 10–17 Uhr

Haus der Religionen, Böhmerstr. 8, Hannover

Referenten: Kerstin Radde-Antweiler, Henriette Fiebig; David Hober, Kathrin Klausung, Christian Oliver Moser, Hanno Terbuyken. Moderation: Peter Antes. Laudatio: Landesbischof Ralf Meister.

Veranstalter: Suma-Ev, Lutherisches Verlagshaus, Haus der Religionen (mehr).

## 4. Literatur: Neuerscheinungen

W. Benz, Die Feinde aus dem Morgenland. Wie die Angst vor den Muslimen unsere Demokratie gefährdet, München 2012

Evangelisch-lutherische Kirche in Bayern, Ein überzeugtes „Ja“. Praxishilfen für christlich-muslimische Trauungen, München 2012 (hier)

T. Güzelmansur, Gott und Mensch in der Lehre der anatolischen Aleviten, Regensburg 2012

L. Kaddor/R. Müller, Der Islam. Für Kinder und Erwachsene, München 2012

H. Özaktürk, Ehrenmorde in der Türkei, Pera-Blätter 22, Bonn 2012 (hier)

A. Yaşar, Die DITIB zwischen der Türkei und Deutschland. Untersuchungen zur Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V., Würzburg 2012.

Hannover, den 9. Oktober 2012

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 10, 2012

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Osnabrück/Münster: Institut für Islamische Theologie eröffnet

Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) und Niedersachsens Wissenschaftsministerin Johanna Wanka (CDU) haben das Zentrum für Islamische Theologie an den Universitäten Osnabrück und Münster eröffnet. „Glaube muss nicht nur geglaubt, sondern auch gedacht werden“, sagte Frau Schavan in Münster. Deutschland wolle dazu beitragen, dass die vier Millionen Muslime „in unserer Gesellschaft beheimatet sein können“. Dazu gehöre, dass die Kinder Religionsunterricht erhielten und die Religionsgelehrten in den Gemeinden aus den eigenen Reihen kämen. Der Leiter des Zentrums für Islamische Theologie Münster, Mouhanad Khorchide, sagte, die Eröffnung des Zentrums sei ein historischer Schritt. Ihn freue besonders, dass das Interesse der Studenten am neuen Studiengang groß sei.

Ministerin Wanka betonte bei der Eröffnungsfeier im Friedenssaal des Osnabrücker Rathaus, das neue Islam-Zentrum biete den in Deutschland aufgewachsenen Muslimen eine wissenschaftlich fundierte theologische Ausbildung als Religionslehrer oder Imam. Dies werde in den Moscheegemeinden zur Integration beitragen. Der Leiter des Osnabrücker Institutes, Bülent Ucar, hob die Bedeutung der Kontakte zu den deutschen muslimischen Verbänden und zu Hochschulen im In- und Ausland hervor. Partnerschaften gebe es unter anderem zur Al-Azhar Universität in Kairo und zu Fakultäten in der Türkei und in Bosnien-Herzegowina. Der Osnabrücker Weg sei der einer „Theologie der Mitte“, so Ucar. Wichtig sei eine „Balance zwischen Tradition und Moderne“. Zu der Feier waren auch der Großmufti von Istanbul sowie Professoren aus Malaysia und Sarajewo gekommen. Mit demnächst sieben Professoren ist das Osnabrücker Institut das größte Islaminstitut in Deutschland (mehr).

Geplant ist, dass die beiden Universitäten ihre jeweiligen Stärken in das gemeinsame Zentrum einbringen. In Münster sind das die Kooperation mit den christlich-theologischen Fakultäten, dem Exzellenzcluster „Religion und Politik“, den orientalischen Philologien und der Islamwissenschaft. Die Universität Osnabrück hat ihre Stärken insbesondere in der Religionspädagogik und der Migrationsforschung (mehr).

#### 1.2. Gesetzentwurf zur Beschneidung von Christen, Muslimen und Juden begrüßt

Christliche, muslimische und jüdische Repräsentanten haben den vorgelegten Entwurf für ein Gesetz zur Beschneidung begrüßt. Aus Sicht der Evangelischen Kirche stelle der Entwurf klar, dass die Entscheidung jüdischer und muslimischer Eltern zur Beschneidung eines Sohnes Teil der elterlichen Sorge sei, erklärte der Präsident des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hans Ulrich Anke, in Hannover. Die angestrebte gesetzliche Regelung entspreche der jahrzehntelangen Rechtspraxis in der Bundesrepublik. Der Gesetzesvorschlag berücksichtige, dass es zur elterlichen Sorge gehöre, ein Kind in das religiöse Leben der Familie hinein zu nehmen. Zugleich ziehe er die notwendigen Grenzen für den Schutz des Kindes, so Anke (mehr).

Bei einer Podiumsdiskussion an der Universität Hannover sagte der Berliner Staatsrechtler Christian Waldhoff, das Kölner Urteil sei falsch gewesen. „Es ist vermutlich ein Fehlurteil eines Untergerichtes, das nicht korrigiert werden konnte, weil keine Rechtsmittel eingelegt werden konnten“. Eine religiöse Beschneidung sei nicht als Körperverletzung anzusehen, weil die Eltern stellvertretend für das Kind ihre Einwilligung gäben, so Waldhoff. Auch der Vertreter des Zentralrates der Juden in Deutschland, der niedersächsische Verbandsvorsitzende Michael Fürst, begrüßte den Gesetzesentwurf. Das Kölner Urteil habe eine hysterische Debatte mit antisemitischen Zügen entfacht. In keinem Land der Welt sei die religiöse Beschneidung verboten. Nur in Deutschland meinten einige, dies ändern zu müssen, so Fürst (mehr).

Auch muslimische Verbände äußerten sich erfreut über die Grundzüge des Gesetzesentwurfes. Über Einzelheiten müsse allerdings noch einmal gesprochen werden, erklärte die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) in einer Stellungnahme (mehr).

#### 1.3. Osnabrück: Ucar kritisiert „zweitklassige“ Staatsverträge in Hamburg und Bremen

Der Leiter des Instituts für Islamische Theologie der Universität Osnabrück, Bülent Ucar, hat die volle Gleichberechtigung der Muslime mit Christen und Juden in Deutschland gefordert. Der Islam müsse in Staatsverträgen als Religionsgemeinschaft anerkannt werden und den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erhalten. „Ich halte nichts von zweitklassigen Verträgen mit Muslimen, um gute Medienpublicity zu haben“, sagte Ucar dem Evangelischen Pressedienst. Die in Hamburg und Bremen getroffenen Vereinbarungen seien vor allem Symbolpolitik. Er setze darauf, dass in Niedersachsen nach der Landtagswahl „ein echter Staatsvertrag“ geschlossen werde (mehr).

#### **1.4. Forum zur Begegnung von Christen und Muslimen betont Dialog-Fortschritte**

Das Forum zur Begegnung von Christen und Muslimen in Niedersachsen sieht große Fortschritte im christlich-muslimischen Dialog. Trotz vieler Schwierigkeiten sei man in wichtigen Punkten vorangekommen, sagte der Beauftragte für Kirche und Islam in der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, Wolfgang Reinbold, zur Eröffnung des Forums, das in diesem Jahr zum zehnten Mal stattfand. So seien etwa der von der Evangelischen Kirche stets unterstützte Islamische Religionsunterricht in der Schule und die Islamische Theologie an der Universität mittlerweile etablierte und allseits anerkannte Einrichtungen.

Die Normalität des Zusammenlebens von Christen und Muslimen betonte Bülent Uzuner, Vorstandsvorsitzender der Business Technology Consulting AG aus Oldenburg, in seinem Vortrag. Wie sein christlicher Nachbar wolle der Durchschnittsmuslim ein ganz normales Leben führen. „Auch er träumt von einem Häuschen im Grünen“. Dass er seit dem 11. September 2001 ständig nach seiner Religion gefragt werde, irritiere den Durchschnittsmuslim, so Uzuner. Er wünsche sich, dass man zur Kenntnis nehme, wie normal das Zusammenleben vielerorts mittlerweile sei, sagte der Ökonom, der mit einer Protestantin verheiratet ist und seine drei Töchter interreligiös und interkulturell erzieht.

In der sich anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten die Vorsitzenden der muslimischen Landesverbände, Avni Altiner und Yilmaz Kilic, mit Uzuner und Landesbischof Ralf Meister die Herausforderungen des Dialogs im nächsten Jahrzehnt. Auf die Frage, ob die Evangelische Kirche im Blick auf das 500jährige Reformationsjubiläum im Jahr 2017 ihre Position zum christlich-muslimischen Dialog überdenken müsse, sagte Meister, der 11. September 2001 habe zu Sätzen geführt, „die so heute nicht mehr richtig sind“. Allerdings dürfe man das Jahr 2017 nicht mit Themen überlasten. Wichtig sei, dass der Dialog auf einem guten Weg weitergehe (mehr).

#### **1.5. Hildesheim: Muslima verlässt wegen Schwimmunterricht die Schule**

Erstmalig hat eine niedersächsische Schülerin aus Glaubensgründen die Schule verlassen. Das zehnjährige Mädchen hatte sich geweigert, am Schwimmunterricht des Goethegymnasiums teilzunehmen. Schulleiter Reinhard Weddig erklärte, der Unterricht sei in den Klassen 5 und 9 jeweils für ein Halbjahr vorgeschrieben. Ausnahmen könne es nicht geben.

Die Eltern des Mädchens reagierten mit Unverständnis auf die Entscheidung. Der Islam verlange, dass die Menschen ihre Scham wahrten. Deshalb sei gemischter Schwimmunterricht für ihre Tochter unmöglich. Auch der „Burkini“ sei keine Lösung. „Weil in dem Unterricht auch Jungen sind, die in Badehose zu sehen wären“, so der Vater des Mädchens (mehr).

## **2. Allgemeine Lage**

### **2.1. Münster: Schavan lehnt Mitglied im Beirat für Islamische Theologie ab**

Wenige Tage nach Eröffnung des Zentrums für Islamische Theologie an der Universität Münster gibt es Streit um die Besetzung des Beirats des Institutes. Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) hat einen der vom Koordinationsrat der Muslime in Deutschland ernannten Kandidaten wegen Zweifel an seiner Treue zur Verfassung abgelehnt. Eine Überprüfung des Mannes habe ergeben, dass er der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs zuzurechnen sei, erklärte das Ministerium. Nach Auffassung des Verfassungsschutzes steht Milli Görüs trotz anders lautender Bekenntnisse nicht auf dem Boden des Grundgesetzes.

Der Koordinationsrat der Muslime reagierte empört. „Die vorgeschlagene Persönlichkeit gehört bereits zu einem Beirat des Schulministeriums von Nordrhein-Westfalen. Umso weniger können wir verstehen, dass Frau Schavan sie an der Uni als untragbar betrachtet“, erklärte der Sprecher des Rates, Erol Pürlü (mehr).

### **2.2. Köln: DITIB ernennt neuen Bundesvorstand**

Der Bundesverband der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V., DITIB, hat vorzeitig einen neuen Bundesvorstand ernannt. Der bisherige Vorstandsvorsitzende Prof. Ali Dere sowie die weiteren Vorstände Dr. Zekeriya Altuğ und Erdinç Altuntaş hätten nicht mehr kandidiert, erklärte der Verband in einer Pressemitteilung. Der ehemalige erste Vorsitzende wolle seinen Schwerpunkt wieder auf die akademische Lehre und Forschung legen, seine Stellvertreter sich verstärkt der Arbeit auf Landesebene widmen, so DITIB. Zum neuen Vorstand gewählt wurden die Theologen Prof. Dr. İzzet Er, Halife Keskin, Suat Okuyan, Dr. Bekir Alboğa und Kazim Türkmen, der Bauingenieur Selim Mercan sowie die Psychologin Dr. Emine Seçmez (mehr). Der neue Vorsitzende İzzet Er, der offenbar in Abwesenheit gewählt wurde, war bisher Botschaftsrat in Frankreich, der zweite Vorsitzende Keskin Botschaftsrat in Belgien, Generalsekretär Okuyan kommt aus dem türkischen Religionsministerium. Spekulationen, die wahren Gründe für die Neuwahl seien andere als die genannten, etwa ein Streit um die religiöse Ausrichtung des Verbands oder den Moscheebau in Köln (mehr), wies DITIB zurück.

### 2.3. Berlin: Erfolgreiche Klage gegen Kopftuchverbot in einer Zahnarztpraxis

Das Arbeitsgericht Berlin hat einer Frau Recht gegeben, die sich um eine Ausbildungsstelle als Zahnarztthelferin beworben hatte und wegen ihres Kopftuchs nicht eingestellt worden war. Damit habe der Zahnarzt gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verstoßen, urteilte das Gericht. Die Frau sei wegen ihrer Religion diskriminiert worden, denn das Kopftuch sei ein „Akt der Religionsausübung“.

Im Prozess berief sich die Zahnarztpraxis darauf, dass man ein Recht auf religiöse Neutralität habe. Diesem Argument folgte das Arbeitsgericht nicht. Eine Zahnarztpraxis sei keine Einrichtung einer Religionsgemeinschaft (mehr).

### 2.4. Nordrhein-Westfalen: Islamischer Religionslehrer empört über Eignungsprüfung

Der Bonner Lehrer Bernd Ridwan Bauknecht hat gegen die Art und Weise der Prüfung seiner Eignung als islamischer Religionslehrer protestiert. Der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sagte Bauknecht, er sei in dem zwanzig Minuten dauernden Gespräch vor allem nach seiner Loyalität zu den muslimischen Verbänden befragt worden. Ihm sei unterstellt worden, nicht gläubig genug zu sein. Zwei Wochen nach der Prüfung habe er einen Brief von einem Beiratsmitglied erhalten, das ihn aufforderte, in einen der vier großen Islamverbände einzutreten. „Das muss man sich mal vorstellen: Ich als deutscher Konvertit, als Islamwissenschaftler und bekennender Muslim. Warum sollte ich in einen von der Türkei aus gesteuerten Verband wie die DITIB eintreten? Oder mich den arabischen Kulturvereinen anschließen? Oder Mitglied im von Milli Görüş dominierten Islamrat werden? Das ist doch lachhaft“, so Bauknecht (mehr).

### 2.5. Islamische Zeitung: Erhebliche Zweifel an der offiziellen Version des 11. September 2001

Die Islamische Zeitung hat das Desinteresse der Medien an einer Aufklärung der Hintergründe des 11. September kritisiert. Das mangelnde Interesse „so genannter ‚Qualitätsmedien‘ an einer ernstzunehmenden Aufklärung der Hintergründe“ werfe „ein fragwürdiges Licht auf den medialen Betrieb“, schreibt die Zeitung in ihrer Oktoberausgabe. Tatsächlich gebe es erhebliche Zweifel an der offiziellen Version der Abläufe des 11. September. Diese Zweifel dürften nicht mit dem Hinweis auf angebliche „Verschwörungstheorien“ unter den Tisch gekehrt werden.

Im Interview erklärt der Journalist Paul Schreyer, es gebe in Deutschland eine „9/11-Denkblockade“. Journalisten mieden das Thema, weil sie nicht als Verschwörungstheoretiker gelten wollten. Auf diese Weise werde die „notwendige Debatte von vornherein abgewürgt.“ Tatsächlich seien nach wie vor viele Fragen offen, etwa die nach den Gründen für den Einsturz von Turm Sieben oder dem Versagen der Flugabwehr. Schreyer ist Autor der Internetseite 911-facts.info.

### 2.6. Was sonst noch war

- Erlangen/Nürnberg: Islam-Studiengang startet mit sehr wenigen Studenten (mehr)
- Bonn: Sechs Jahre Haft für Salafist Murat K. nach Messerangriff auf Polizisten (mehr)
- Münster: Islamzentrum will Islam ohne Angst lehren (mehr)
- Berliner Moschee mit Hakenkreuzen beschmiert (mehr)
- Türkei: Prozess gegen Fazil Say wegen religiöser Hetze vertagt (mehr)
- Saudi Arabien: Kritik an geplanter Zerstörung der historischen Moscheen in Medina (mehr).

## 3. Veranstaltungen

### Scharia. Eine Gefahr für das deutsche Recht?

Religionen im Gespräch

13. Dezember 2012, 19 Uhr, Haus der Religionen, Böhmerstr. 8, Hannover

Gäste: Mathias Rohe, Ibrahim Salama. Moderation: Wolfgang Reinbold

Veranstalter: Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers (mehr).

## 4. Literatur: Neuerscheinungen

M. Khorchide, Islam ist Barmherzigkeit. Grundzüge einer modernen Religion, Freiburg 2012

H. Schmid, Islam im europäischen Haus. Wege zu einer interreligiösen Sozialethik, Freiburg 2012.

Hannover, den 9. November 2012

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 11, 2012

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Ausbildungskurs „Seelischer Beistand für muslimische Patienten“ startet

Die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers unterstützt den Landesverband der Muslime in Niedersachsen (Schura) bei der Ausbildung von Frauen und Männern, die muslimischen Patienten und Patientinnen im Krankenhaus seelischen Beistand leisten. Am 12. Dezember begann der erste Kurs „Seelischer Beistand für muslimische Patienten“ in den Räumen des Pastoralklinikums Hannover. Die Krankenhausseelsorger Pastor Andreas Kunze-Harper und Pastorin Renate Otte werden fünf Frauen und fünf Männer in einem neunmonatigen Kurs für den Einsatz im Krankenhaus ausbilden.

Die von der Schura angeregte Ausbildung ist das erste Projekt dieser Art in Norddeutschland. „Auch Muslime brauchen seelischen Beistand im Krankenhaus“, sagt Projektleiter Abdul Nasser Al-Masri. „Wir wollen von den christlichen Seelsorgern lernen, worauf wir am Krankenbett achten müssen.“ Neben der hannoverschen Landeskirche, deren Seelsorger die Ausbildung leiten, sind auch das Bistum Hildesheim und der niedersächsische Landesverband der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) in das Projekt einbezogen.

Der Kurs orientiert sich an den Richtlinien der Deutschen Gesellschaft für Pastoralpsychologie. Wichtige Themen sind die Gesprächsführung und ihre ethischen Standards, die Reflexion der persönlichen Lebenserfahrungen und des Glaubens sowie die islamischen Lehren zu Krankheit, Schicksal, Tod und Sinn des Lebens. Nach Abschluss des Kurses wird der Landesverband der Muslime mit den Krankenhäusern in der Region Hannover über den ehrenamtlichen Einsatz der für den seelischen Beistand Ausgebildeten verhandeln. „Erfahrungen aus Frankfurt haben uns ermutigt, das Projekt zu wagen“, sagt Pastor Andreas Kunze-Harper. „Wir selbst werden dabei mindestens so viel lernen wie die Kursteilnehmer“ (mehr).

#### 1.2. Grüne kritisieren Umgang der Landesregierung mit Muslimen

Die Landtagsgrünen fordern ein umfassendes Konzept und Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Ausgrenzung, Stigmatisierung und Gewalt gegen Musliminnen und Muslime. Bei der Präsentation der Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage der Grünen zum Muslimischen Leben in Niedersachsen (hier) kritisierte die Partei einen „Schlingerkurs“ im Umgang mit den muslimischen Verbänden.

Die Landesregierung spreche „mit gespaltener Zunge“, sagten die migrationspolitische Sprecherin Filiz Polat und ihr Fraktionskollege Helge Limburg in Hannover. „Einerseits wird unablässig die Bedeutung des Dialogs mit den Muslimen betont; andererseits weicht Schwarz-Gelb allen Anläufen für verbindliche Vereinbarungen aus“, kritisierten die Abgeordneten. Aufgefallen sei die Landesregierung vor allem durch diskriminierende Maßnahmen wie die verdachtsunabhängigen Moscheekontrollen und die „Islamisten-Checkliste“. „Die schwarz-gelbe Ignoranz gegenüber der Stigmatisierung einer ganzen Glaubensgemeinschaft ist erschreckend“, so die Grünen. Das Problem der Islamophobie werde sträflich unterschätzt (mehr).

Die Landesregierung wies die Kritik zurück. Sozialministerin Aygül Özkan (CDU) sagte im Landtag, an der Universität Osnabrück sei mit der Ausbildung von Imamen begonnen worden, und ab dem Sommer werde der Islamische Religionsunterricht als ordentliches Unterrichtsfach in den Schulen eingeführt. „Damit sind wir in ganz Deutschland Vorreiter.“ Die Gespräche mit den islamischen Verbänden werde man künftig themenbezogen fortsetzen, so die Ministerin.

#### 1.3. Landesbischof Meister: Interreligiöser Dialog auf gutem Weg

Der hannoversche Landesbischof Ralf Meister sieht den Dialog der Religionen auf einem guten Weg. „Die Geschichten, die wir über das Gelingen berichten können, sind viel länger als jene über den Streit, den Dissens und den Niedergang“, sagte Meister bei einer interreligiösen Podiumsdiskussion beim vierten Schülerforum der Evangelischen Landeskirche im Kongresszentrum in Hannover. Zu einer kulturpessimistischen Sichtweise, die nur die Probleme hervorhebe, gebe es keinen Anlass.

Dua Zeitun, Mitarbeiterin einer katholischen Landvolkshochschule und Studentin der Islamischen Theologie an der Universität Osnabrück, unterstrich, als Studentin lerne sie, den eigenen Glauben kritisch zu hinterfragen. Toleranz gegenüber Christen und Juden sei für sie fundamental. Das Wort Muslim bedeute so viel wie „Gott ergeben sein“. Das treffe auch auf Juden und Christen zu.

Vor der Podiumsdiskussion hatten Schülerinnen und Schüler der Integrierten Gesamtschule Hannover-Linden eine moderne Version der Ringparabel aus Lessings Drama „Nathan der Weise“ gespielt. Der liberale Rabbiner Yuriy Kadnykow betonte eine der Grundaussagen Lessings. „Alle Religionen sollten die Menschen zum guten Handeln erziehen“, so Kadnykow (mehr).

#### **1.4. Direktor des Zentrums für Islam und Recht: Kopftuchgesetze zum Teil verfassungswidrig**

Im Streit um die Bekleidungs Vorschriften in deutschen Schulen hat der Jurist und Islamwissenschaftler Mathias Rohe die geltende Rechtslage kritisiert. Er halte die Gesetze einiger Bundesländer für verfassungswidrig, sagte Rohe in der Reihe „Religionen im Gespräch“. Die gegenwärtige Rechtslage führe zu absurden Urteilen wie dem, „dass eine Baseballkappe ein Kopftuch im Sinne des Gesetzes ist, wenn sie von einer Muslimin getragen wird“. Er könne sich nicht vorstellen, dass ein Gesetz wie das Baden-Württembergische vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand haben werde. Statt genereller Verbote seien Einzelfallentscheidungen nötig, so Rohe.

Auch Ibrahim Salama vom Institut für Islamische Theologie der Universität Osnabrück äußerte sich kritisch zur aktuellen Rechtslage. Dass eine Lehrerin das Kopftuch zwar beim Islamischen Religionsunterricht tragen dürfe, es dann aber auf dem Flur der Schule ausziehen müsse, um es schließlich auf der Straße wieder anziehen zu dürfen, sei für ihn „wirklich absurd“, so Salama (mehr).

#### **1.5. Altiner als Schura-Vorsitzender wiedergewählt**

Avni Altiner bleibt Vorsitzender der Schura, des Landesverbandes der Muslime in Niedersachsen. Der Vorsitzende sei einstimmig wiedergewählt worden, teilte die Schura mit.

Altiner erklärte auf der Jahreshauptversammlung des Verbandes, sein Ziel sei es, sich für eine freie, offene und religionstolerante Gesellschaft einzusetzen. „Den Islam kann man nur in einem freien, offenen Land leben, genauso wie das Christentum und das Judentum“, so Altiner. Als Gäste nahmen unter anderen Sozialministerin Aygül Özkan und der Kandidat der SPD für das Amt des Ministerpräsidenten, Stephan Weil, teil (mehr).

#### **1.6. Interreligiöse Homepage für Kinder gewinnt Internetpreis**

Das Portal [www.religionen-entdecken.de](http://www.religionen-entdecken.de) ist in Hannover mit einem Preis für herausragende Internetseiten ausgezeichnet worden. „Das Projekt hat überzeugt, weil es interreligiöse Verständigung bei denen fördert, für die es am wichtigsten ist: bei den Kindern“, sagte der Geschäftsführer des Vereins „Suma e.V.“, Wolfgang Sander-Beuermann, dem Evangelischen Pressedienst. Der Verein, der sich für den freien Wissenszugang im Internet einsetzt und der unter anderem die Suchmaschine „metager“ mitentwickelt hat, vergibt den mit 2.500 Euro dotierten Preis seit dem Jahr 2007. Die Laudatio hielt in diesem Jahr Landesbischof Ralf Meister.

[www.religionen-entdecken.de](http://www.religionen-entdecken.de) richtet sich vor allem an Kinder, aber auch an Pädagogen und Eltern. Die Seite soll im ersten Halbjahr 2013 online gehen. Das Konzept sieht unter anderem ein Lexikon mit zentralen Begriffen aus den Religionen Christentum, Islam, Hinduismus, Buddhismus, Judentum und Bahai vor. Darüber hinaus können die Kinder Fragen stellen, Spiele spielen und sich an Foren beteiligen.

Das Portal wird von den Journalistinnen Christiane Baer-Krause und Barbara Wolf-Krause herausgegeben. Förderer sind das Bundesfamilienministerium, der Kulturbeauftragte der Bundesregierung und die Hanns-Lilje-Stiftung (mehr).

## **2. Allgemeine Lage**

### **2.1. Gesetz zur Beschneidung im Bundestag beschlossen**

Nach hitzigen öffentlichen Diskussionen hat der Bundestag den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Beschneidung von Jungen mit großer Mehrheit gebilligt. Danach ist eine „nach den Regeln der ärztlichen Kunst“ durchgeführte Beschneidung erlaubt. Ist der Junge jünger als sechs Monate, „dürfen auch von einer Religionsgesellschaft dazu vorgesehene Personen“ Beschneidungen durchführen, „wenn sie dafür besonders ausgebildet“ sind (mehr).

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) sagte, das Gesetz bedeute eine Rückkehr zur Normalität. Einige Abgeordnete beklagten hingegen einen Rückschlag für die Kinderrechte in Deutschland (mehr).

Der Präsident des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hans Ulrich Anke, begrüßte das neue Gesetz. Es stelle nach den Irritationen in Folge des Urteils des Landgerichts Köln klar, „dass eine Entscheidung jüdischer oder muslimischer Eltern, einen Jungen beschneiden zu lassen, Teil der elterlichen Sorge ist“. Zugleich schütze das Gesetz das den Eltern anvertraute Kind, indem es die medizinischen Standards gewährleiste (mehr).

Kritik äußerte sich die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB). Der Bundestag verdiene „höchste Anerkennung“ dafür, dass er das Gesetz so schnell auf den Weg gebracht habe. Allerdings sei der Begriff „Kindeswohlgefährdung“ im Gesetzestext unangemessen. „Die Sorge um den Sinn dieses Gesetzes“ bleibe „mit der Assoziation zwischen Beschneidung und Kindeswohlgefährdung bestehen“. Es sei „unmöglich, die Beschneidung von Anfang an in dieser Assoziation zu belassen und gleichzeitig von Rechtssicherheit zu sprechen“, so DITIB (mehr).

## 2.2. Universität Münster plant Bau einer Moschee

Nach der Eröffnung des Zentrums für Islamische Theologie plant die Universität Münster den Bau einer Moschee in der Innenstadt. Man rechne mit Baukosten in Höhe von etwa vier Millionen Euro, sagte der Leiter des Zentrums, Mouhanad Khorchide. Die Gelder sollen durch Spenden finanziert werden. „Wir sind im Gespräch mit großen islamischen Stiftungen in Indonesien, Marokko und Katar“. Voraussetzung für die Annahme der Spenden sei, dass daran keine Bedingungen geknüpft würden. Er sei optimistisch, „dass die erforderliche Summe in einem Jahr zur Verfügung steht“, so Khorchide.

Die Moschee soll im Innenhof des Universitätskomplexes am Bispinghof errichtet werden, wohin dann auch das Islamische Zentrum umziehen soll, in unmittelbare Nachbarschaft zur Evangelischen und Katholischen Theologischen Fakultät. „Wir haben eine katholische und eine evangelische Universitätskirche“, sagte die Rektorin der Universität, Ursula Nelles. Da sei es nur konsequent, wenn die Islamische Theologie eine Moschee erhalte (mehr).

## 2.3. Neuer bosnischer Großmufti eingeführt

Husein Kavazovic ist neuer Großmufti von Bosnien-Herzegowina. Der 48-jährige trat im November das Amt des „Reis ul-Ulema“ an, das zuvor Mustafa Ceric knapp zwanzig Jahre lang innehatte.

Kavazovic studierte von 1985 bis 1990 islamisches Recht an der Al-Azhar-Universität in Kairo und war seit 1993 Mufti von Tuzla. Presseberichten zufolge will sich das neue Oberhaupt der rund zwei Millionen bosnischen Muslime vor allem für die Festigung der islamischen Gemeinschaft, für die Zusammenarbeit mit anderen Religionsgemeinschaften und für die stärkere Einbindung der Frauen in die islamische Religionsgemeinschaft einsetzen.

Das Amt des Reis ul-Ulema (Oberhaupt der Gelehrten) geht auf das Jahr 1878 zurück. Nach der Annexion der Gebiete von Bosnien und Herzegowina verordnete der österreichische Kaiser den Muslimen eine Struktur, die an die einer Bischofskirche erinnert (mehr).

## 2.4. Islamwissenschaftler Thomas Bauer erhält wichtigsten deutschen Wissenschaftspreis

Der Arabist und Islamwissenschaftler Thomas Bauer von der Universität Münster ist mit dem Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft ausgezeichnet worden. Bauer verbinde „auf vielleicht weltweit einmalige Weise die philologische Interpretation und Edition von Texten mit einem ebenso breiten wie innovativen kultur- und mentalitätsgeschichtlichen Ansatz“, begründet die Deutsche Forschungsgemeinschaft die Entscheidung. Seine Forschungen zur arabischen Dichtung hätten „grundlegend neue Erkenntnisse zur Kultur und Mentalität der vormodernen arabisch-islamischen Welt“ erbracht, seine Studien zur Literatur der Mamluken- und Osmanenzeit seien bahnbrechend. Thomas Bauer habe zudem den Islam als eine Kultur der Mehrdeutigkeit („Ambiguität“) wiederentdeckt (mehr).

## 2.5. Was sonst noch war

- Hamburg unterzeichnet Verträge mit Islamverbänden (mehr)
- Versuchter Anschlag auf Bonner Bahnhof: Dihadisten im Verdacht (mehr)
- Wien: Interreligiöses König-Abdullah-Zentrum eröffnet (mehr)
- FIFA erlaubt Kopftuch auf dem Fußballplatz (mehr).

## 3. Veranstaltungen

### Islamische Sozial- und Wirtschaftsethik

Hofgeismarer Islamtagung

25.–27. Januar 2013, Evangelische Akademie, Hofgeismar

Referenten: Mohammad Mojtahed Shabestari, Abdelaali El Maghraoui, Volker Nienhaus, Makram El Saghi, Bärbel Beinhauer-Köhler, Rüdiger Seesemann, Wilfried Fuhrmann, u.a. (mehr).

## 4. Literatur: Neuerscheinungen

R. Benzine, Islam und Moderne. Die neuen Denker, Berlin 2012.

**Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern frohe Weihnachten und ein gesegnetes neues Jahr.**

Hannover, den 18. Dezember 2012

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 1, 2013

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Land unterzeichnet Vereinbarung zur muslimischen Seelsorge im Justizvollzug

Das Niedersächsische Justizministerium hat eine Vereinbarung mit dem Landesverband der Muslime (Schura) und dem DITIB-Landesverband zur Seelsorge im Justizvollzug geschlossen.

Seelsorge sei ein wichtiger Bestandteil des Justizvollzugs. Sie könne eine Brücke zur Wiedereingliederung von Gefangenen in die Gesellschaft bilden, erklärte Justizminister Bernd Busemann bei der Unterzeichnung der Vereinbarung. „Es ist deshalb in unserem Interesse, Gefangenen aller Religionsgemeinschaften eine bedarfsgerechte religiöse Betreuung durch Seelsorgerinnen und Seelsorger ihrer Religionsgemeinschaft zu ermöglichen.“ Eine solche Betreuung gebe es für Muslime zurzeit nur sporadisch.

Im Einzelnen enthält die Vereinbarung Regelungen, mit denen es Gefangenen erleichtert werden soll, Kontakt zu muslimischen Seelsorgern aufzunehmen. Sie sollen „über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen“ und einer Justizvollzugsanstalt verlässlich zugeordnet werden. Auswahl, Qualifikation und Fortbildung regeln die muslimischen Landesverbände in eigener Verantwortung. Für ihre Tätigkeit im Justizvollzug sollen die Seelsorger eine finanzielle Entschädigung erhalten.

Die Vereinbarung beschreibt die religiösen Gegenstände, die Gefangene regelmäßig in Besitz haben dürfen und verpflichtet den Justizvollzug, bei Bedarf Räume zur Verfügung zu stellen. Zur Förderung des Verständnisses sollen gemeinsame Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen für Seelsorger und Justizvollzugsbedienstete entwickelt werden. Zur Evaluation der Zusammenarbeit soll eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Verbände, des Ministeriums und der Justizvollzugsanstalten eingerichtet werden.

„So stellen wir sicher, dass in Zukunft eine bedarfsgerechte und flächendeckende Seelsorge all denen angeboten werden kann, die sie wünschen. Damit zeigt sich das Land Niedersachsen einmal mehr als verlässlicher Partner aller Religionsgemeinschaften und Bevölkerungsgruppen“, so Minister Busemann (mehr).

#### 1.2. Landesbischof Meister predigt zum „Jahr der Toleranz“

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat das Jahr 2013 zum „Jahr der Toleranz“ erklärt, auf dem Weg hin zum 500-jährigen Jubiläum der Reformation im Jahr 2017. In seiner Predigt zum Jahr der Toleranz in der Hof- und Stadtkirche in Hannover ging Bischof Meister auf das gesellschaftliche Miteinander der Konfessionen und Religionen ein.

Leider reiche für viele schon das Wort „Muslim“, und dann „haben sie Bilder von Gewalt und Unterdrückung im Kopf“, sagte Meister. „Wir stecken so tief in bestimmten Vorstellungen, dass wir glauben, schon genug über einen Menschen zu wissen, wenn wir hören, dass er Muslim sei.“ Das Jahr der Toleranz rufe dazu auf, solche „Identitätsfallen“ zu erkennen und zu meiden. „Die Identität eines Christen wird ja auch nicht allein durch seine Religion bestimmt.“ Vielmehr habe jeder Mensch viele Facetten. Diese Vielfalt gelte es zu entdecken, so Meister (mehr).

#### 1.3. Universität Hannover eröffnet „Raum der Stille“

Die Leibniz-Universität Hannover hat einen Raum der Stille eingerichtet. Der Raum biete allen Universitätsangehörigen „Platz zum Entspannen, Beten und Meditieren“, erklärt die Universität auf ihrer Internetseite. Es sei „kein spezifisch religiöser Ort“. Jedoch seien „alle Religionsgemeinschaften herzlich willkommen“.

Verantwortlich für den Raum der Stille ist eine Arbeitsgemeinschaft der Leibniz-Universität, der unter anderen die Ombudsperson für Studium und Lehre, die evangelische Studentinpastorin, der Leiter der Katholischen Hochschulgemeinde sowie eine muslimische Studentin angehören (mehr).

### 2. Allgemeine Lage

#### 2.1. Bremen: Land unterzeichnet Staatsvertrag mit muslimischen Verbänden

Der Bremer Senat hat einen Staatsvertrag mit Vertretern der bremischen Islamverbände unterzeichnet. Der Vertrag regelt Rechte und Pflichten der muslimischen Gemeinden. Unterzeichner sind neben dem Senat der Dachverband islamischer Gemeinschaften in Bremen (Schura), der Landesverband Niedersachsen und Bremen der Türkisch Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) und der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ).

Die Vereinbarung dokumentiere die breite Verankerung der rund 40.000 Bremer Muslime im politischen Leben des Landes, sagte Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) bei der Unterzeichnung. „Es ist ein Zeichen des gegenseitigen Respekts“. Der Vertrag tritt nach Zustimmung der Bürgerschaft in Kraft.

Der Vertrag sei ein Bekenntnis zur Verfassung des Landes und zum Grundgesetz, betonte der Bürgermeister. Er bestätige die Freiheit der Religionsausübung. Dazu gehöre unter anderem das Recht der islamischen Bestattung, die religiöse Begleitung in Krankenhäusern und das Recht, Moscheen zu bauen und zu betreiben. Außerdem dürfen sich muslimische Arbeitnehmer und Schüler künftig an bestimmten islamischen Feiertagen freistellen lassen.

In Artikel eins des Vertrags wird erklärt: „Die islamischen Religionsgemeinschaften und ihre Mitgliedsgemeinden sind Religionsgemeinschaften im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.“ Artikel zwei bekennt sich „zur Gleichberechtigung der Geschlechter und zur vollständigen und gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern am familiären, gesellschaftlichen und politischen sowie am schulischen und beruflichen Leben (hier).“

Der Vorsitzende der Schura, Mustafa Yavuz, betonte, der Tag der Vertragsunterzeichnung sei ein historisches Datum. Er zeige, dass die Muslime in Bremen ein integraler Bestandteil der Gesellschaft seien. Bedauerlich sei allerdings, dass den muslimischen Gemeinden noch nicht der Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts zugestanden werde. Der DITIB-Vorsitzende Yilmaz Kiliç sagte, der Vertrag mache deutlich, dass die Muslime Bremen als ihre Heimat ansähen. Akin Özgenç, Vorstand des Verbandes der islamischen Kulturzentren, unterstrich, der Vertrag stärke das Gefühl der Muslime, dazuzugehören (mehr).

Nach Ansicht des Osnabrücker Islamwissenschaftlers Bülent Ucar geht der Bremer Vertrag wie schon der Vertrag in Hamburg nicht weit genug. Nötig sei volle Gleichberechtigung. Den muslimischen Religionsgemeinschaften müssten Körperschaftsrechte verliehen werden, damit sie etwa Steuern einziehen könnten und ihre Jugendarbeit staatlich gefördert werden könne, so Ucar (mehr).

## **2.2. Eschweiler: Erster öffentlicher Muezzinruf zum Freitagsgebet**

In der DITIB-Moschee im west-rheinländischen Eschweiler wurde erstmals öffentlich zum islamischen Freitagsgebet gerufen. An der Zeremonie nahmen unter anderen der Generalkonsul des türkischen Generalkonsulats Köln, Mustafa Kemal Basa, der Vorsitzende des Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen, Tayfun Keltok, sowie der DITIB-Vorsitzende Izzet Er teil. Er betonte in seiner Ansprache, der öffentliche Gebetsruf sei „ein Zeichen für gelebte Zugehörigkeit und Toleranz“.

Als Vertreter der Stadt sagte Bürgermeister Rudi Bertram (SPD), die Stadt habe sich für die Diskussion des Antrags der Moschee viel Zeit genommen. „Offen gesagt, wir haben dafür auch viel Kritik geerntet und machten diesen Schritt dennoch“, so der Bürgermeister. „Toleranz muss man täglich üben“ (mehr).

## **2.3. Bildungscampus der Gülen-Bewegung in Berlin geplant**

Ein dem Bildungsnetzwerk der Gülen-Bewegung zugerechneter Verein will in Berlin-Spandau einen großen Bildungscampus errichten. Auf 84.000 Quadratmetern soll in Zukunft „jeder Teil des Bildungsweges, von der Kindertagesstätte bis zur Hochschulreife“ angeboten werden, so eine Broschüre.

Träger des Projekts ist der Verein „TÜDESB Bildungsinstitut Berlin-Brandenburg e.V.“ (vormals „Türkisch-Deutsches Sozialbildungsinstitut Berlin-Brandenburg Tüdesb“). Nach seinen Angaben werden auf dem ehemaligen Kasernengelände „bereits das TÜDESB Gymnasium, die TÜDESB Realschule, eine Kindertagesstätte, eine Mensa, eine Sporthalle und ein Laborgebäude von TÜDESB e.V. betrieben“.

Die Spandauer Politik ist von den Plänen überrascht worden. Bildungsstadtrat Gerhard Hanke (CDU), der die bereits bestehenden Tüdesb-Schulen im Bezirk gut kennt, sagte dem Deutschlandradio, er wisse nichts davon. „Ich bin sehr überrascht, dass Sie mir heute diesen großen, sehr umfangreichen Plan präsentieren. Man hätte diesen Masterplan eines Bildungscampus natürlich mit uns vorab besprechen sollen“, so Hanke. Auch die Fraktionsvorsitzende der Grün-Alternativen Liste in der Spandauer Bezirksverordnetenversammlung, Angelika Höhne, hat erst kurz vor Weihnachten im Migrationsrat von dem Projekt erfahren. Sie befürchtet, dass Kinder, die vom Kindergarten bis zum Abitur nur mit Tüdesb-Pädagogen Kontakt haben, ideologisch beeinflusst werden könnten. Ihr selbst sei nicht klar: „Ist es eine sehr konservative Organisation oder ist es eher fundamentalistisch-islamistisch?“, so Höhne gegenüber dem Deutschlandradio.

Der Verein Tüdesb ist seit 1994 in Berlin aktiv. Er setzt sich nach eigenen Angaben für Bildungseinrichtungen für Kinder aus Migrantenfamilien ein. Eine Beziehung zu dem in den Vereinigten Staaten lebenden Gelehrten Fethullah Gülen bestreitet Tüdesb. Der Vorstand wollte sich auf Nachfrage des Deutschlandradios nicht zu den Plänen äußern. Auch auf der Internetseite des Vereins finden sich keine Informationen (mehr).

## 2.4. Was sonst noch war

- Europäischer Gerichtshof: Religiöse Symbole am Arbeitsplatz grundsätzlich zulässig (mehr).
- DITIB startet „Diyamet Saati“ (Stunde für religiöse Fragen) auf dem TV-Sender Kanal Avrupa (mehr).

## 3. Meinungsforschung

### Die Mitte im Umbruch

Nach einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat die Zahl der Deutschen, die zu rechtsextremen Positionen neigen, zugenommen. Die Studie „Die Mitte im Umbruch“ befragte 2.500 Personen unter anderem nach ihrer Juden- und Islamfeindschaft. Sie kommt zu folgenden Ergebnissen:

- 9 Prozent der Befragten haben ein „geschlossenes rechtsextremes Weltbild“.
- Rechtsextremes Denken hat in Ostdeutschland nochmals stark zugenommen (15,8 Prozent).
- Die Zufriedenheit mit der Demokratie ist in West und Ost sehr hoch (95,5 und 92,1 Prozent).
- 50–60 Prozent der Befragten stimmen islamfeindlichen Aussagen zu.
- Antisemitismus ist bei jedem elften Deutschen manifest (mehr).

In Politik und Medien wurde die Studie mit Erschrecken zur Kenntnis genommen. Muslimische Verbände mahnten insbesondere eine breite Aufklärung zur Islamfeindschaft an. Der Sprecher von DITIB-Deutschland, Bekir Alboğa, sagte, die Zahlen belegten, „dass die bedenkliche Saat der Diskriminierung, Ausländerfeindschaft und zunehmend auch der Islam- und Muslimfeindschaft in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen aufgeht.“ Eine breite gesellschaftliche Aufklärung sei notwendig, so Alboğa (mehr).

Die Studie ist allerdings nicht unumstritten. Kritiker bezweifeln ihre Aussagekraft. So werde etwa derjenige, der das mittlere von fünf zur Wahl stehenden Feldern ankreuze („Stimme teilweise zu“) von vornherein unter Verdacht gestellt: Es sei zu vermuten, „dass hinter diesen Antworten zumindest teilweise eine versteckte bzw. latente Zustimmung zu den vorgelegten Aussagen“ stehe, die nicht geäußert werde, „weil den Probandinnen und Probanden die soziale Unerwünschtheit der betreffenden Aussage“ bewusst sei. Auch seien die gestellten Fragen oft nicht aussagekräftig. So werde etwa „Islamkritik“ unter anderem gemessen durch die Zustimmung zu dem Satz „Unsere Unterstützung sollte denjenigen liberalen Moslems gelten, die sich von der fundamentalistischen Auslegung des Islams distanzieren“ (mehr).

## 4. Veranstaltungen

### 4.1. Ein Text, ein Sinn? Der Koran und seine Bedeutungen

Religionen im Gespräch

7. Februar 2012, 19 Uhr, Haus der Religionen, Böhmerstr. 8, Hannover

Gäste: Thomas Bauer, Kathrin Klausung. Moderation: Wolfgang Reinbold

Veranstalter: Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers (mehr).

### 4.2. Bibel und Koran im Dialog

20. Februar 2012, 19 Uhr, Haus der Religionen, Böhmerstr. 8, Hannover

Referenten: Dr. Hilal Al-Fahad, Kirsten Fricke

Weitere Termine vor den Sommerferien: 13. März, 17. April, 19. Juni (mehr).

### 4.3. Kirche und Umma

Theologisches Forum Christentum – Islam

1.–3. März, Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart (mehr).

## 5. Literatur: Neuerscheinungen

Christen und Muslime – Partner in der pluralistischen Gesellschaft. Eine gemeinsame Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Fragen. Erklärung des Gesprächskreises „Christen und Muslime“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Bonn 2012 (hier)

A. Middelbeck-Varwick u.a. (Hg.), Die Boten Gottes. Prophetie in Christentum und Islam, Regensburg 2013.

Hannover, den 28. Januar 2013

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 2, 2013

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Schura Niedersachsen: Muslime haben Schwarz-Gelb abgewählt

Der Landesverband der Muslime in Niedersachsen (Schura) sieht einen Grund für die Wahlniederlage der CDU/FDP-Landesregierung in ihrer verfehlten Integrationspolitik.

Innenminister Schönemann habe die Muslime „einem mehr als kritischen Maß an staatlicher Diskriminierung unterworfen“. Die CDU habe sich davon „bis heute nicht klar distanziert“. Eine solche Partei sei für die Mehrheit der „bis zu 100.000“ wahlberechtigten muslimischen Bürger Niedersachsens unwählbar. Das Wahlergebnis zeige, dass sich ein Wahlkampf gegen Migranten oder Muslime „oder auch nur eine rechtslastige Politik der mangelnden Willkommenskultur oder gar Diskriminierung“ nicht mehr auszahle. Ähnliches sei bei der Bundestagswahl im Herbst zu erwarten, so die Schura. „Schönemann war das Zünglein an der Waage; wird es der CDU im Bund samt Bundesinnenminister Friedrich ähnlich ergehen?“ (mehr).

#### 1.2. Göttingen: Al-Taqwa-Moschee zieht in ehemaligen Güterbahnhof ein

Die Al-Taqwa-Moschee in Göttingen hat eine neue Bleibe gefunden. Nachdem die Moschee einige Zeit vergeblich versucht hatte, eine geeignete Immobilie zu erwerben (s. Mitteilungen 2, 2012, S. 1), hat sie im Sommer 2012 den alten Güterbahnhof gekauft. Mittlerweile sei der Einzug vollzogen, sagte der Vorsitzende der Gemeinde, Mohammed Mansour Al-Masri dem Magazin Regjo-Südniedersachsen. „Leider erfährt man in Deutschland einen Widerstand gegen neue islamische Einrichtungen“, so Al-Masri. Es existiere eine diffuse Angst, die sich vor allem aus den Medien speise. „Ich führe das auf nicht vorhandenes Wissen über den Islam, den Koran und die Überlieferung des Propheten Mohammed zurück.“ Diese Wissenslücke zu schließen, liege ihm sehr am Herzen. Leider hätten allerdings nur wenige den Mut, in die Moscheen zu gehen und sich mit Muslimen auseinanderzusetzen.

Gegenwärtig habe die Moschee alle Hände voll zu tun mit der Renovierung des alten Gebäudes, mehr als 600.000 Euro werde die Renovierung wohl kosten, schätzt Al-Masri. „Alle versuchen zu helfen, wer ein Handwerk beherrscht, hilft mit, und wer kein Handwerk beherrscht, hilft auch mit.“ Vorrang habe die Renovierung des 500 Quadratmeter großen Gebetsraumes. In einem halben Jahr sollen die Renovierungsarbeiten fertig sein und der Gebetsteppich ausgerollt werden.

Für die Zukunft plant die Gemeinde, die dem Landesverband „Schura Niedersachsen“ angehört, ein vielfältiges Programm. Auch interreligiöse Veranstaltungen werde man anbieten, so der Vorsitzende gegenüber dem Regjo-Magazin (mehr).

#### 1.3. Studien über Salafismus gefordert

Islamwissenschaftler halten eine grundlegende Erforschung des salafistischen Milieus in Deutschland für dringend erforderlich. Sämtliche Zahlen beruhen zurzeit auf Schätzungen, sagte Rauf Ceylan vom Institut für Islamische Theologie der Universität Osnabrück bei einer Tagung über Salafismus. Auch über die Frage, wie die Salafisten Jugendliche erreichten, könnten bisher nur Vermutungen angestellt werden. „Es gibt keine einzige empirische Studie, das ist ein Armutzeugnis“, so Ceylan.

Zurzeit gehe man von etwa 4.500 Salafisten in Deutschland aus, so Ceylan weiter. Die gewaltbereiten unter ihnen seien eine kleine Minderheit. Allerdings gehe von ihnen eine reale Terror-Gefahr aus (mehr). Zur Bekämpfung des Salafismus müssten Bund und Länder insbesondere in die Sozial- und Jugendarbeit investieren, sagte die Salafismus-Expertin Claudia Dantschke vom Berliner Zentrum für demokratische Kultur. Die Jugendlichen suchten nicht in erster Linie nach religiösen Antworten: „Die suchen nach Anerkennung und einem Platz in der Gesellschaft.“ Bei der Vorbeugung könne man auf die Erfahrungen mit der Prävention vor Rechtsextremismus zurückgreifen, so Dantschke (mehr).

Der Düsseldorfer Islamwissenschaftler Michael Kiefer kritisierte, es werde sehr viel Geld für die Terrorismusbekämpfung, aber kaum etwas für präventive Projekte ausgegeben. Während Großbritannien die Vorbeugung mit etwa 165 Millionen Euro fördere, seien es in Deutschland nur einige wenige Millionen. Stephan Walter vom Verfassungsschutz erklärte, in Niedersachsen werde demnächst die erste Beratungsstelle für Salafismus eröffnet. Die Kritik, die Behörden arbeiteten noch immer zu wenig mit den Moscheegemeinden zusammen, wies Walter zurück.

#### 1.4. Osnabrück: Muslimisches Studienwerk gegründet

In Osnabrück ist ein muslimisches Studienwerk gegründet worden. Ziel des „Avicenna-Studienwerks“ ist es, „begabte muslimische Studierende und Doktoranden aller Fachbereiche materiell und ideell“ zu fördern. Vorsitzender des Studienwerks ist der Leiter des Osnabrücker Instituts für Islamische Theologie, Bülent Ucar (mehr).

### **1.5. Islamwissenschaftler: Der Begriff „Islamist“ führt in die Irre**

Angesichts der Allgegenwart der Rede von „Islamisten“ in den deutschen Medien hat der Arabist und Islamwissenschaftler Thomas Bauer dazu aufgerufen, das Wort so weit wie möglich zu vermeiden. Er habe „inzwischen einen besonderen Hass“ auf den Begriff entwickelt, sagte der Münsteraner Professor in der Reihe „Religionen im Gespräch“ (mehr). Selbst seriöse Tageszeitungen vereinten die Terror und Schrecken verbreitenden „Islamisten“ in Mali und den „Islamisten“ Präsident Mursi in Ägypten oft unter einer Überschrift. Das sei etwa so, „als würde man Peer Steinbrück und Kim Jong-un von Nordkorea unter eine Überschrift setzen, denn beide gehen letzten Endes historisch auf den Sozialismus zurück“ (mehr), so Bauer, der in diesem Jahr mit dem Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft ausgezeichnet wurde (mehr).

## **2. Allgemeine Lage**

### **2.1. Islamverbände fordern Münsteraner Professor zum Widerruf auf**

Vertreter dreier islamischer Verbände aus Hamburg haben den Leiter des Zentrums für Islamische Theologie an der Universität Münster, Mouhanad Khorchide, zur „Reue“ für seine Thesen über den Islam aufgefordert.

In einem zunächst in der türkischen Presse verbreiteten Interview kritisieren die Vorsitzenden der Schura Hamburg, des Bundes Islamischer Gemeinschaften und des Regionalverbandes Nord der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) die Thesen, die Khorchide in seinem Buch „Islam ist Barmherzigkeit“ vertritt. Der Münsteraner Professor versuche, „die Begrifflichkeit von dem und über den Islam neu zu definieren“, er gebe die Grundprinzipien der islamischen Religion her, „nur weil die Erwartungshaltung der deutschen Öffentlichkeit in diese Richtung geht“, man frage sich, wie jemand, dessen „Unkenntnis über die islamischen Glaubensgrundsätze“ offensichtlich sei, zum Professor habe werden können, so Zekeriya Altug, Mustafa Yoldas und Ramazan Ucar. Khorchide sei eingeladen, „die Reue abzulegen und sich wie ein Muslim zu verhalten“ (mehr).

Zuvor hatte bereits der Vorsitzende der Schura Niedersachsen, Avni Altiner, Khorchides Thesen scharf kritisiert. Die sogenannte Barmherzigkeitstheologie Khorchides sei „meilenweit von der Basis entfernt. Jeder in der muslimischen Community weiß, dass er damit die Residenzgesellschaft bedient. Klar ist und bleibt: Diese Thesen mögen auf Kirchentagen und in der deutschen Öffentlichkeit bejubelt werden, sie haben jedoch keinerlei Rückkoppelung in den Moscheegemeinden“, so Altiner (mehr). In eine ähnliche Richtung ging eine im Januar veröffentlichte Kritik des Marburger Islamwissenschaftlers Mohammed Khallouk (mehr).

Khorchide selbst nahm brieflich und auf seiner Homepage zu den Vorwürfen Stellung. Ihm sei von Insidern mehrfach bestätigt worden, „dass seit einiger Zeit eine organisierte Kampagne gegen meine Person und vor allem gegen unser Zentrum für Islamische Theologie in Münster läuft.“ Offenbar sei der Erfolg der akademischen islamischen Theologie „für bestimmte Machtinteressierte ein Dorn im Auge“. Zweck der Kampagne sei offenkundig, die Basis zu verunsichern.

In der Sache sei an den Vorwürfen, er wolle „die Glaubensprinzipien des Islam, vor allem den Glauben an Gott und seinen Propheten, aufgeben“, nichts dran, so Khorchide weiter. Seine These, dass „jeder, der sich zu Liebe und Barmherzigkeit bekennt und dies durch sein Handeln bezeugt, ein Muslim“ sei, „auch wenn er nicht an Gott glaubt“, sei vielfach missverstanden und aus dem Kontext gerissen worden. Die Kampagne sei der „krampfhafte Versuch einiger Personen und Institutionen, gerade den Standort Münster zu Fall zu bringen“, etwa durch die „realitätsferne Unterstellung, dem Standort Münster würde ein Staatsislam aufoktroziert“ (mehr).

### **2.2. Hamburg: Ehemalige evangelische Kirche wird Moschee**

Die ehemalige evangelische Kapernaum-Kirche in Hamburg-Horn soll zu einer Moschee umgebaut werden. Neuer Besitzer des bereits im Jahr 2002 entwidmeten Gotteshauses ist das islamische Zentrum Al-Nour.

Der Kauf sei bereits Ende 2012 erfolgt, sagte der Vorsitzende Daniel Abdin dem Evangelischen Pressedienst. Vor einer Nutzung als Moschee seien umfangreiche Sanierungsarbeiten nötig. Er hoffe, dass die Moschee zum Tag der offenen Moschee am 3. Oktober eröffnet werden könne. Bislang nutzt Al-Nour eine stillgelegte Autogarage im Stadtteil St. Georg als Gebetsraum.

Kritisch zu dem Verkauf äußerte sich der Präsident des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hans Ulrich Anke. Zwar setze sich die EKD dafür ein, dass Muslime ihre Religion frei und gleichberechtigt ausüben können. Die Umwandlung einer Kirche in eine Moschee sei allerdings „kein angezeigter Weg“. Man könne den christlichen Charakter des Hauses „nicht einfach abschalten und den Raum fürs Predigen anderer Gottesbilder zur Verfügung stellen“, so Anke.

Ähnlich äußerte sich der Osnabrücker Landessuperintendent Burghard Krause. Kirchen seien „steinerne Wahrzeichen des Evangeliums“. Es tue ihm weh, „wenn ein Raum, der bisher vom Bild des

Gekreuzigten geprägt war, zur Wohnung eines total anderen Gottesbildes wird“, so Krause in einem Beitrag in der Evangelischen Zeitung (mehr).

Der Präses der Synode der evangelischen Nordkirche, Andreas Tietze, sagte der Tageszeitung, ihm erschließe sich die gegenwärtig geltende Regelung, dass eine Kirche nicht zu einer Moschee umgewandelt werden dürfe, „nicht ganz“. Es sei wichtig, das Thema nicht dazu zu verwenden, „um Christen und Muslime gegeneinander in Stellung zu bringen“. Im Übrigen seien Rechtsverordnungen Menschenwerk, „man kann sie auch ändern“. Eine Diskussion darüber werde in der Nordkirche sicherlich jetzt beginnen. „Wir werden keine Diskussion unterdrücken, ganz im Gegenteil“, so Tietze (mehr).

Die Kapernaum-Kirche war bereits im Jahr 2005 an einen Investor verkauft worden. Vorgesehen war seinerzeit eine soziale Nutzung. Die Kirche wurde in den Jahren 1958–1961 nach Plänen des Hamburger Architekten Otto Kindt gebaut (mehr).

### **2.3. Pferdefleisch auch in Halal-Produkten – einheitliches Gütesiegel gefordert**

Auch in Rindfleisch-Produkten, die nach den islamischen Standards als „erlaubt“ (halal) zertifiziert worden waren, ist Pferdefleisch gefunden worden. Dazu sagte der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, der Nachrichtenagentur AFP, es sei höchste Zeit, dass die islamischen Religionsgemeinschaften in Deutschland endlich einheitliche Kriterien für die Zertifizierung von erlaubten Lebensmitteln festlegten. Derzeit seien „zu viele schwarze Schafe und Blender unterwegs“, die die Gutgläubigkeit der muslimischen Verbraucher ausnutzten, so Mazyek. Verbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) rief er auf, bei der Standardisierung Hilfe zu leisten. Nötig sei ein deutsches „Halal“-Gütesiegel (mehr).

Als ersten Schritt hin zu einer einheitlichen Klassifizierung hat sich im letzten Jahr der Verein „Gütegemeinschaft Halal-Lebensmittel e.V.“ gegründet. Er vergibt das „RAL-Gütezeichen Halal-Lebensmittel“. In dem Verein haben sich die Zertifizierer „Halal-World-Germany“, „Euro-Helal“, „Halal-Europe“ und „Halal-Zertifikat“ zusammengeschlossen (mehr).

### **2.4. Dänischer Islamkritiker entgeht Mordanschlag**

Auf einen prominenten dänischen Islamkritiker ist ein Mordanschlag verübt worden. Ein Unbekannter schoss in Kopenhagen auf den Vorsitzenden der dänischen Gesellschaft für Pressefreiheit, Lars Hedegaard. Der Attentäter hatte sich als Postbote verkleidet und mit einem Paket in der Hand geklingelt. Bei der Übergabe versuchte er, Hedegaard in den Kopf zu schießen. Der Journalist blieb unverletzt.

Seit der Veröffentlichung der Muhammad-Karikaturen im Jahr 2005 sind dänische Medien und Islamkritiker wiederholt zum Ziel djihadistischer Attentäter geworden. Das Kopenhagener Oberlandesgericht bestätigte im Januar ein Urteil zu zwölf Jahren Haft gegen einen 31-Jährigen. Er hatte im Jahr 2010 mit drei Komplizen ein Blutbad unter den Redakteuren der Zeitung Jyllands-Posten anrichten wollen, die seinerzeit die Karikaturen veröffentlichte. Hedegaard hatte kürzlich mit der Behauptung Aufsehen erregt, im Islam gebe es ein Recht auf Vergewaltigung (mehr).

### **2.5. Was sonst noch war**

- Protest gegen Vergleich von Evangelikalen und Salafisten (mehr)
- Bundesgerichtshof hebt Urteil gegen Al-Qaida-Unterstützer auf (mehr).

## **3. Literatur: Neuerscheinungen**

K. Amirpur, Den Islam neu denken. Der Dschihad für Demokratie, Freiheit und Frauenrechte, München 2013

F. Johannsen (Hg.), Die Menschenrechte im interreligiösen Dialog. Konflikt- oder Integrationspotential?, Stuttgart 2013.

Hannover, den 28. Februar 2013

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 3, 2013

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Christen und Muslime gratulieren neu gewähltem Papst

Der Ratsvorsitzende der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Landesbischof Ralf Meister aus Hannover, hat dem neuen Papst Franziskus zu seiner Wahl gratuliert. „Wir freuen uns mit allen katholischen Christen und Christinnen und besonders mit den unserer Landeskirche verbundenen Bistümern, dass sie einen neuen Pontifex haben“, erklärte Meister in Hannover. Die Tatsache, dass der gewählte Kardinal Jorge Mario Bergoglio aus Lateinamerika komme, unterstreiche die weltweite Bedeutung des Christentums. Der von ihm gewählte Name verweise auf Armut, Demut und Glaube. Die evangelischen Kirchen in Niedersachsen wünschten sich, dass der Dialog mit der Römisch-katholischen Kirche weitergehe, so Meister weiter. „Es ist wichtig, dass die großen Zukunftsfragen der christlichen Kirchen ökumenisch diskutiert werden“ (mehr).

Auch der Landesverband der Muslime in Niedersachsen gratulierte der katholischen Kirche zur Wahl des neuen Papstes. Die Muslime wünschten dem neuen Kirchenoberhaupt die Kraft und Weitsicht, im interreligiösen Dialog an das glaubwürdige Werk von Papst Johannes Paul II. und an das Zweite Vatikanische Konzil anzuknüpfen, sagte der Sprecher der Schura, Firouz Vladi, dem Evangelischen Pressedienst. „Ohne Frieden zwischen den Religionen und ohne Frieden in Nahost kein Frieden in der Welt!“ Franz von Assisi, der Namenspatron des neuen Papstes, werde von den Muslimen in besonderer Weise geachtet. Die Muslime hofften, dass Franziskus dazu beitragen könne, die immer größer klaffende Lücke zwischen Arm und Reich zu überwinden, so Vladi. „Brot, Wasser und Frieden: Dies muss ein zentrales Programm für sein Pontifikat werden.“

#### 1.2. Richterin aus Celle wird Präsidentin des Evangelischen Landeskirchenamts in Hannover

Das evangelisch-lutherische Landeskirchenamt in Hannover wird von September an erstmals von einer Frau geleitet. Die Richterin am Oberlandesgericht Celle, Stephanie Springer, werde Nachfolgerin von Präsident Burkhard Guntau, teilte die Landeskirche mit. Der Jurist geht im Mai in den Ruhestand. Er leitete die Verwaltung der mit rund 2,8 Millionen Mitgliedern größten evangelischen Landeskirche seit dem Jahr 2008.

Die in Hannover geborene promovierte Juristin war unter anderem Referentin im niedersächsischen Justizministerium und in der Landesvertretung bei der Europäischen Union in Brüssel. Zuletzt leitete sie die Präsidialabteilung II beim Oberlandesgericht Celle, die für Personalangelegenheiten des richterlichen Dienstes zuständig ist. Sie ist Mitglied der Europakommission des Deutschen Juristinnenbundes und des Kuratoriums des Evangelischen Studienwerks Villigst e.V. (mehr).

### 2. Allgemeine Lage

#### 2.1. Lejla Demiri ist neue Professorin am Zentrum für Islamische Theologie in Tübingen

Die Theologin Lejla Demiri ist auf den Lehrstuhl für Islamische Glaubenslehre an der Universität Tübingen berufen worden. Sie ist die erste Professorin an einem Zentrum für Islamische Theologie in Deutschland.

Die 37-Jährige Theologin wuchs im kommunistischen Jugoslawien auf. Sie studierte Islamische Theologie an der Marmara-Universität in Istanbul und katholische Theologie an der Päpstlichen Universität in Rom. In Cambridge promovierte sie über den Bibelkommentar des mittelalterlichen Gelehrten Najm al-Din al-Tufi.

Seit ihrer Studienzeit ist Demiri im interreligiösen Dialog engagiert. Einer der Gründe, nach Rom zu gehen, sei gewesen, dass sie das Christentum „nicht nur aus Büchern“ kennen lernen wollte, sagte sie dem Evangelischen Pressedienst. In der christlichen Gemeinschaft, ein Semester lang zusammen mit libanesischen Nonnen, habe sie sich sehr wohl gefühlt. Interreligiöser Dialog heiße für sie, Unterschiede zu respektieren und zu benennen. Dabei könne man von der Vergangenheit lernen: „Wir denken oft, wir sind die ersten, die interreligiösen Dialog machen“, so Demiri. Dabei gebe es seit der Entstehung des Islam viele Texte christlicher und islamischer Theologen, die sich mit dem jeweils anderen Glauben beschäftigten. Von diesen gelte es zu lernen (mehr).

In Tübingen will Demiri mit christlichen Theologen gemeinsam Seminare zu Themen wie Ökologie, Gottesbild oder Geschlechterrollen halten. Außerdem plant sie, mit ihren Studenten nach Istanbul und nach Rom zu reisen. Ihre Seminare und Vorlesungen hält die neue Professorin derzeit auf Englisch. Auf ihrer Homepage steht unter der Rubrik „Sprachen“: „Englisch, Türkisch (modern and osmanisch), Bosnisch, Mazedonisch, Arabisch und Italienisch; im Augenblick lernt sie Deutsch“ (mehr).

## 2.2. Expertenkommission sieht Handlungsbedarf beim Feiertagsrecht

Eine von der Robert-Bosch-Stiftung einberufene Expertenkommission zur Zukunft der Arbeitswelt hat vor einer Benachteiligung von Arbeitnehmern nicht-christlicher Religionen gewarnt.

Angesichts des wachsenden religiösen Pluralismus wirke sich das deutsche Feiertagsrecht „zunehmend als Ungleichbehandlung von Religionen aus“, heißt es in dem Bericht, der Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) in Berlin übergeben wurde. Erwogen werden „sollten Freistellungsansprüche an zwei ausdrücklich benannten höchsten Feiertagen der gesetzlich zu erfassenden nichtchristlichen Religionen“. Um den Einkommensverlust auszugleichen, solle den Arbeitnehmern das Wahlrecht eingeräumt werden, Urlaubstage einzubringen, so das Gremium (mehr).

## 2.3. Diskussion um Buch des Münsteraner Islam-Professors hält an

Die Diskussion um das Buch „Islam ist Barmherzigkeit“ hält an. Nachdem Vertreter vom Hamburger Islam-Verbänden mit den Worten zitiert worden waren, Professor Khorchide solle „Reue“ für seine Thesen zeigen, stellte der Vorsitzende des Verbandes DITIB-Nord, Zekeriya Altuğ, klar, dass er sich keineswegs in diesem Sinne geäußert habe. „Ihrem aufmerksamen Blick wird nicht entgangen sein, dass ich persönlich oder im Namen meines Verbandes Sie weder zur Reue aufgefordert, noch in anderer Weise ihr Verhalten als unislamisch bezeichnet habe“, so Altuğ. Nötig sei vielmehr eine „anspruchsvolle theologische Debatte“. Einige Thesen Khorchides könne er „nicht vollständig teilen“.

Kern der Kritik sei die Frage, wie Khorchide zu dem Ergebnis kommen könne, dass liebevolles und barmherziges Handeln ausreiche, „um Muslim zu sein, auch wenn der Mensch nicht an Gott glaubt.“ Er wolle, so Altuğ, „annehmen, dass Sie hier unglücklich formulieren“. Zu begrüßen sei, dass die Debatte öffentlich geführt werde. „Ich glaube, der islamischen Theologie in Deutschland ist am besten gedient, wenn wir der hiesigen Gesellschaft den Islam in seiner ganzen Komplexität und Gedankentiefe darlegen. Unser Austausch kann hierfür ein erster Schritt sein“ (mehr).

In einer ersten Reaktion begrüßte Khorchide die Klarstellung und dankte Altuğ für alle konstruktive Kritik. Meinungsunterschiede zeugten von Vielfalt, die den Islam immer bereichert habe. „Wir müssen uns nicht auf jedes Detail einigen, denn der Islam war in seiner Tradition immer vielfältig und flexibel ohne an Grundsätze zu rütteln“. Solche Vielfalt sei von Gott gewollt (mehr).

## 2.4. Scharfe Kritik an Alevitischem Bundesverband

Die Islamische Zeitung hat eine scharfe Kritik am Bundesverband der Aleviten in Deutschland (AABF) veröffentlicht. In einem Artikel des „Integrationsbloggers“ Kamuran Sezer heißt es, die Aleviten führten sich auf wie ein „zweifelhafter politischer Kampfverband“. Die Alevitische Gemeinde Deutschland vermittele den Eindruck, „als hätten sich dort unter faszinierten Blicken des deutschen Staates kurdische Nationalisten und türkische Linksradikale mit dem primären Ziel organisiert, Ressentiments gegen die Türkei“ sowie gegen das „sunnitische Leben in Deutschland insgesamt zu verbreiten.“ In der „türkischen Gemeinde“ in Deutschland sei man „außerordentlich beunruhigt“ über das „Treiben dieses als Religionsgemeinschaft anerkannten Verbandes“.

Sezer begründet seine Kritik insbesondere mit der Zusammenarbeit der AABF mit der „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V.“ (Yek-Kom). So habe man etwa die Demonstration gegen den türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan im Oktober 2012 gemeinsam veranstaltet. Yek-Kom stehe nach Einschätzung des Verfassungsschutzes (mehr) dem „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA GEL) nahe, der als Nachfolgeorganisation der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Deutschland verboten ist (mehr). Der Alevitische Bundesverband hat sich zu der Kritik bisher nicht geäußert.

## 2.5. Hürriyet löst Deutschland-Redaktion auf

Zum 1. März hat die türkische Zeitung Hürriyet ihre Zentralredaktion für Deutschland in Frankfurt aufgelöst. In Zukunft wird die Europa-Ausgabe in Istanbul erarbeitet. Die 14 Mitarbeiter der Frankfurter Redaktion würden entlassen, über die Zukunft weiterer 42 Mitarbeiter werde verhandelt, teilte der Verlag mit.

Die Gesellschafter der Dogan Media International GmbH begründeten die Entscheidung mit der Krise, die alle Printmedien erfasst habe. Auflage und Anzeigenerlöse gingen zurück, die Kosten für Papier und Vertrieb stiegen, die Konkurrenz des Internets setzte Hürriyet zu. In den neunziger Jahren verkaufte Hürriyet in Deutschland mehr als 100.000 Zeitungen pro Tag, zuletzt waren es nur noch 30.000.

Türkische Zeitungen in Deutschland seien besonders stark von der allgemeinen Krise betroffen, sagte die Geschäftsführerin der Dogan Media, Sevda Boduroglu, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Das hänge mit „der Sprachbarriere bei türkischen Jugendlichen“ zusammen und damit, dass diese sich „mehr für Deutschland interessieren als für die Türkei“. Die erste Generation der türkischen Migranten habe sich noch für innertürkische Politik und für Nachrichten aus Anatolien interessiert. Das sei heute vorbei. „Die junge Generation, die jünger als 20 Jahre ist, hat andere Verhaltensmuster entwickelt“, so Boduroglu. Ihr Lebensmittelpunkt liege in Deutschland (mehr).

## 2.6. Nordrhein-Westfalen: Polizei nimmt vier mutmaßliche Terroristen fest

Ein Spezialeinsatzkommando der nordrhein-westfälischen Polizei hat in Leverkusen, Essen und Bonn drei Deutsche und einen Albaner festgenommen. Die Männer, die dem salafistischen Milieu zugerechnet werden, stehen im Verdacht, Anschläge auf Funktionäre der Anti-Islam-Partei Pro-NRW geplant zu haben. Bei der Durchsuchung der Wohnungen fand die Polizei eine Liste, auf der neun Namen von Politikern rot markiert worden waren. Zudem stellte sie Sprengstoff, eine Pistole, drei Gasrevolver, einen Teleskopschlagstock und eine schussichere Weste sicher.

Seit Längerem kursieren im Internet Aufrufe zu gewaltsamen Aktionen gegen die Pro-NRW. Yassin Chouka, ein ehemaliger Student der Elektrotechnik aus Bonn, hatte in einem im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet aufgenommen Video dazu aufgerufen, die Funktionäre der Partei auszukundschaften. „Sammelt genug Informationen über ihre Wohnorte, über ihre täglichen Routen, ihre Arbeitsplätze. Und dann nach guten und ausreichenden Recherchen und einem strategischen Plan: Schlagt zu!“ (mehr).

Die Bundesanwaltschaft ermittelt gegen die vier Männer wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung. Unterdessen wurde bekannt, dass einer der Männer vor zwei Jahren um ein Haar in den Polizeidienst in Bremen aufgenommen worden wäre. Nach Informationen der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung versuchte der Mann, der in einem Schützenverein das Schießen gelernt hatte, unmittelbar vor seiner geplanten Vereidigung an eine Pistole zu kommen. „Ein bewaffneter Islamist inmitten einer feierlichen Vereidigung, in diesem Fall auch noch im Beisein des Bremer Innensensors“, das sei „eine ganz heiße Kiste“, zitiert die WAZ aus Sicherheitskreisen (mehr).

In einer aktuellen Stunde des Landtags warnte Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) vor einem weiteren Zulauf für den radikalen Salafismus im Land. Es handele sich um eine „sehr dynamisch wachsende Bewegung“, die Zahl der Salafisten mit verfassungsfeindlichen Bestrebungen steige „besorgniserregend“ an, sagte Jäger in Düsseldorf (mehr).

## 2.7. Was sonst noch war

- Einhellige Kritik an missratener Talk-Show über Salafisten (mehr)
- Eschweiler: Positive Reaktionen auf öffentlichen islamischen Gebetsruf (mehr)
- München: Christlicher Gottesdienst unter Polizeischutz nach Einladung eines Imams (mehr).

## 3. Veranstaltungen

### 3.1. Ehre ist das wichtigste. Einwandererkinder zwischen Familie, Schule und Religion

Religionen im Gespräch

18. April 2013, 19 Uhr, Haus der Religionen, Böhmerstr. 8, Hannover

Gäste: Ahmet Toprak, Ahmad Mansour, Hamza Dehne. Moderation: Wolfgang Reinbold

Veranstalter: Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers (mehr)

### 3.2. Vom Umgang mit Arbeit und Arbeitslosigkeit in Christentum und Islam

25. Christlich-Islamische Tagung am Pfingstfest

17. – 20. Mai 2013, Evangelische Jugendbildungsstätte Nordwalde (mehr).

## 4. Literatur: Neuerscheinungen

K. J. Bade, Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, „Islamkritik“ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft, Schwalbach 2013

L. Demiri, Muslim Exegesis of the Bible in Medieval Cairo. Najm al-Dīn al-Tūfī's (d. 716/1316) Commentary on the Christian Scriptures. A Critical Edition and Annotated Translation with an Introduction, Leiden 2013

B. Ucar (Hg.), Islam im europäischen Kontext. Selbstwahrnehmungen und Außensichten, Frankfurt 2013.

Hannover, den 2. April 2013

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 4, 2013

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Niedersachsen plant Staatsvertrag mit muslimischen Verbänden

Die Landesregierung und die beiden großen muslimischen Verbände in Niedersachsen wollen zügig Verhandlungen über einen Staatsvertrag aufnehmen. Vertreter des Landesverbandes der Muslime in Niedersachsen (Schura) und des Landesverbandes der Türkisch Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) seien zu einem ersten Gedankenaustausch in der Staatskanzlei zusammen gekommen, teilte die Landesregierung mit.

Niedersachsen setze sich für religiöse und kulturelle Vielfalt ein, erklärte Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) nach dem Treffen. Dazu gehöre auch ein Staatsvertrag mit den muslimischen Verbänden. In den nächsten Wochen wolle man die Mitglieder einer Verhandlungskommission benennen. Staatsverträge sind bereits in den Bundesländern Hamburg und Bremen geschlossen worden (mehr).

Die Vertreter der muslimischen Verbände begrüßten den raschen Beginn der Gespräche. „Wir wollen eine Gleichstellung mit den Kirchen und der jüdischen Gemeinschaft“, sagte der Vorsitzende von DITIB, Yilmaz Kilic. „Wir können den Muslimen berichten, dass unsere Anliegen als Bürger dieses Landes sehr ernst genommen werden“, erklärte der Schura-Vorsitzende Avni Altiner (mehr).

#### 1.2. Erste Lehrerlaubnisse für den Islamischen Religionsunterricht erteilt

Drei Grundschullehrerinnen und vier Grundschullehrer haben die ersten Lehrerlaubnisse für das Fach „Islamische Religion“ erhalten, das ab Herbst an Niedersachsens Schulen als ordentliches Fach unterrichtet werden wird. „Das ist ein historischer Tag“, sagte der Vorsitzende der Schura, Avni Altiner, in einer kleinen Feierstunde, bei der auch die Integrationsbeauftragte der Landesregierung, Doris Schröder-Köpf (SPD), anwesend war.

„Früher war es so, dass die Kinder, die einen islamischen Glauben hatten, im Förderunterricht versteckt worden sind“, sagte Yilmaz Kilic vom Landesverband DITIB Niedersachsen-Bremen. Die Entwicklung des Islamischen Religionsunterrichtes, der seit dem Jahr 2003 als Schulversuch erprobt wurde, sei ein hartes Stück Arbeit gewesen. „Wir haben jetzt sieben Lehrer, wir brauchen aber zweihundert“, ergänzte der Geschäftsführer des Beirats für den Islamischen Religionsunterricht, Firouz Vladi (mehr).

#### 1.3. Schura-Vorsitzender attackiert Islam-Professor in Münster

Der Streit um das Buch und die Äußerungen von Mouhanad Khorchide (s. Mitteilungen 3, 2013, S. 2) hält an. Nachdem der Münsteraner Professor die Kritik des Vorsitzenden der Schura Niedersachsen, Avni Altiner, in einem Atemzug mit Kritik von Salafisten genannt hatte (hier), verteidigt sich Altiner in einem langen Beitrag in der Islamischen Zeitung und verstärkt seine Kritik an Khorchide.

Khorchide werfe ihm vor, so Altiner, er wolle „gemeinsam mit den Salafisten nicht, dass der Islam mit Barmherzigkeit in Verbindung gebracht“ werde, und er habe behauptet, „dass die theologischen Thesen von Khorchide meilenweit von der muslimischen Basis entfernt seien“. Dazu erkläre er: „Bis auf den letzten Punkt entspricht nichts von dem weder meiner persönlichen Position, noch der meiner Religionsgemeinschaft, der Schura Niedersachsen. Ich habe so wenig mit den Salafisten zu tun, wie die Theologie von Khorchide selbst mit dem islamischen Mainstream und der muslimischen Basis in Deutschland zu tun hat.“

Khorchides Thesen widersprächen „unseren Glaubensüberzeugungen“, so Altiner weiter. Wer Imame und islamische Religionslehrer ausbilden wolle, müsse sich „auf die Glaubensgrundsätze der Muslime“ einlassen und sie teilen. „Seine randständigen Positionen als den unverfälschten Islam im wahrsten Sinne des Wortes zu verkaufen und die Repräsentanten der islamischen Religionsgemeinschaften als lebensfeindlich zu deklarieren, übertrifft jede Form von Dreistigkeit.“ Irritierend sei, dass die „wichtigsten Presseorgane dieses Landes in der nichtmuslimischen Öffentlichkeit massiv“ für das Buch geworben hätten und dass das Bundesforschungsministerium Khorchide „als modernen, aufgeklärten Theologen bewusst“ aufbaue.

Überhaupt sei, so Altiner weiter, zu bezweifeln, dass Khorchide die Kompetenz habe, theologische Bücher zu schreiben. „Soweit ich informiert bin, hat er weder einen Master, noch eine Dissertation im Bereich der islamischen Theologie.“ Die Suche nach einer Habilitation sei ebenfalls eine Fehlanzeige. „Lediglich über ein B.A. Fernstudium einer Universität in Beirut verfügt unser Autor.“ Auch sei er in Münster nicht für eine der Kerndisziplinen der Theologie zuständig, sondern lediglich für die islamische Religionspädagogik. „Wenn jemand mit diesen Abschlüssen und solch einer bescheidenen theologischen Ausbildung so weitreichende Thesen in der Gründungsphase der islamischen Theologie in Deutschland aufzustellen vermag, stellt sich bei mir die Frage: Wie kommt das?“ (mehr).

**1.4. Innenminister und neue Präsidentin setzen andere Schwerpunkte beim Verfassungsschutz**  
Niedersachsens neue Landesregierung wird neue Schwerpunkte beim Verfassungsschutz setzen. Das kündigten Innenminister Boris Pistorius (SPD) und die neue Präsidentin des Verfassungsschutzes, Maren Brandenburger, bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2012 an.

Sorge bereite ihm „das Entstehen von immer mehr islamfeindlichen Organisationen und Internet-Präsenzen“, erklärte Pistorius in Hannover. „Islamfeindlichkeit bildet die ideologische Brücke zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Mit ihrer aggressiven Agitation und der systematischen Abwertung von Muslimen schüren diese vorgeblichen Islamkritiker ein Klima des Hasses und der Angst.“ Um dem entgegenzuwirken, werde der niedersächsische Verfassungsschutz das Thema Islamfeindlichkeit zu einem Schwerpunkt seiner Arbeit machen, so Pistorius.

Das von der Vorgängerregierung beschlossene „Handlungskonzept zur Antiradikalisierung und Prävention im Bereich des islamistischen Extremismus und Terrorismus“ werde eingestellt, so Pistorius weiter. Die in den Medien als „Checkliste“ bezeichnete Radikalisierungsbroschüre werde nicht mehr verbreitet.

Das salafistische Milieu wird vom Verfassungsschutz weiterhin genau beobachtet. Unverändert sei der Salafismus der Nährboden für den islamisch motivierten Terrorismus, so der Innenminister. Das „Personenpotenzial“ sei in Niedersachsen auf ca. 300 Personen angewachsen (mehr).

## 2. Allgemeine Lage

### 2.1. Bayern: Verfassungsschutz stuft Islamgegner als verfassungsfeindlich ein

Die Partei „Die Freiheit“ und die Internetplattform „Politically incorrect“ sind in Bayern als verfassungsfeindlich eingestuft worden. Innenminister Joachim Herrmann (CSU) erklärte bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2012, die wachsende Islamfeindlichkeit bereite ihm Sorge.

So nutzten Rechtsextremisten etwa den Diskurs zum Bau von Moscheen, „um generelle Vorurteile gegenüber Muslimen und dem Islam zu wecken bzw. zu verstärken“. Islamfeindlichkeit formiere sich teilweise „als verfassungsfeindliche Bewegung“. Führender Kopf in Bayern sei der Landeschef der „Freiheit“, Michael Stürzenberger, der zugleich Sprecher der „Politically Incorrect“-Ortsgruppe München ist.

Die Aktivitäten dieser Gruppen zielten darauf ab, „pauschale Ängste vor Muslimen als nicht integrierbare Ideologieanhänger zu schüren und alle Muslime aufgrund ihres Glaubens als Feinde des Rechtsstaates zu verunglimpfen“, so der Innenminister weiter. Dadurch würden „die Religionsfreiheit, die Menschenwürde und der Gleichbehandlungsgrundsatz als Kernbestandteile unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung verletzt.“ Der Präsident des Bayerischen Verfassungsschutzes habe daher die Beobachtung der PI-Ortsgruppe München und des bayerischen Landesverbands der Partei „Die Freiheit“ angeordnet (mehr).

### 2.2. Berlin: Schöffin darf Hidschab-Kopftuch tragen

Nach einem Urteil des Kammergerichts Berlin darf eine Schöffin ein sogenanntes Hidschab-Kopftuch tragen.

Die Staatsanwaltschaft Berlin hatte gegen ein Urteil des Amtsgerichts Tiergarten Revision eingelegt, weil eine Schöffin „ein so genanntes Hidschab-Kopftuch trug, das ihre Stirn bis zu den Augenbrauen sowie ihre Ohren vollständig abdeckte und unter dem Kinn derart geschlossen war, dass der Hals der Schöffin vollständig verhüllt war“. Das sei, so die Auffassung der Staatsanwaltschaft, für eine Schöffin unzulässig, das Urteil folglich nichtig.

Dem widersprach das Berliner Oberlandesgericht in einer jetzt bekannt gewordenen Entscheidung vom Oktober 2012. Das Grundrecht der Religionsfreiheit garantiere, „dass der Einzelne sein gesamtes Verhalten an den für ihn verbindlichen Glaubenslehren ausrichten“ könne. Dazu gehöre auch „die religiös motivierte Gestaltung des äußeren Erscheinungsbildes durch Kleidung“. Ob das auch für Berufsrichter gelte, könne dahingestellt bleiben, denn das Schöffenamts sei ein Ehrenamt, für das „alle Gruppen der Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Beruf und sozialer Stellung angemessen zu berücksichtigen“ seien, so das Gericht (mehr).

### 2.3. Was sonst noch war

- Muslimische Frauen wehren sich gegen „Topless Jihad Day“ der „Femen“-Feministinnen (mehr)
- Steinbrück hält getrennten Sportunterricht für einen „denkbaren Weg“, Merkel widerspricht (mehr)
- Münster: Beirat des Islam-Instituts immer noch nicht vollständig (mehr)
- Münster: Universität hat keinen Raum für Vortrag eines Mitglieds des Islam-Beirats (mehr)
- Kairo: Großmufti warnt vor Angriffen auf die Al-Azhar-Universität (mehr)
- UNO rügt Deutschland wegen Sarrazin (mehr).

### 3. Meinungsforschung

Die Bertelsmann Stiftung hat erste Daten des internationalen Religionsmonitors 2013 veröffentlicht. Wichtige Ergebnisse:

- 26 Prozent der Christen und 63 Prozent der Muslime in Deutschland sagen, Religion sei ein „sehr wichtiger“ Teil ihres Lebens
- 51 Prozent der Befragten sehen den Islam eher als Bedrohung an, in Ostdeutschland (wo es kaum Muslime gibt) sind 57 Prozent dieser Auffassung
- 50 Prozent der Deutschen lehnen die Aussage ab, der Islam passe in die westliche Welt (unter den Konfessionslosen: 56 Prozent)
- 19 Prozent der Deutschen empfinden das Judentum als bedrohlich
- 88 Prozent der Christen und 80 Prozent der Muslime schätzen die Demokratie als Regierungsform (Westdeutschland insgesamt 88 Prozent, Ostdeutschland 76 Prozent)
- Je höher der Bildungsgrad ist, desto niedriger fällt die Bedrohungswahrnehmung gegenüber dem Islam aus, und umso größer ist die Offenheit gegenüber anderen Religionen
- Städter finden den Islam weniger bedrohlich und sind anderen Religionen gegenüber offener
- Jüngere Menschen finden Religion weniger wichtig und sind weniger religiös als ältere.

Für die negative Einschätzung nicht-christlicher Religionen sind nach Auffassung des Programmleiters der Bertelsmann Stiftung vor allem die Stereotype verantwortlich, die etwa über Juden und Muslime verbreitet werden. „Die Daten des Religionsmonitors belegen, dass der persönliche Kontakt mit Menschen anderer Religionen eng verbunden ist mit einer höheren Aufgeschlossenheit ihnen gegenüber“, so Stephan Vopel bei der Präsentation des Religionsmonitors 2013, in den Antworten von 14.000 Menschen aus 13 Ländern auf rund 100 Fragen eingeflossen sind (mehr).

Christliche und muslimische Repräsentanten erklärten in ersten Reaktionen, die Studie belege einmal mehr die Bedeutung des interreligiösen Dialogs und der sorgfältigen Berichterstattung in den Medien.

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Nikolaus Schneider, sagte, viele Menschen hätten offenbar ein verzerrtes Bild vom Islam in Deutschland. „Viele scheinen unsere muslimischen Bürgerinnen und Bürger mit Phänomenen des muslimischen Extremismus aus anderen Weltgegenden oder mit der kleinen Minderheit der Salafisten“ zu identifizieren. Dagegen helfe nur beharrliche Überzeugungsarbeit, so Schneider (mehr).

Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) kritisierte „pauschalisierende Berichterstattungen über Islam und Muslime“, eine „defizitorientierte Diskussion“ sowie „inszenierte Kulturkämpfe und Konfliktfelder“. Nötig sei mehr Begegnung sowie „eine Teilwerdung“ der Muslime in Deutschland (mehr).

Die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş forderte ausgewogenere Berichte in den Medien. Dazu gehöre auch, dass man überkommene Begriffe auf den Prüfstand stelle und eine Sprache entwickle, die das Zusammenleben fördere. So führe etwa der häufige Gebrauch des Wortes „Islamismus“ dazu, dass viele „den ‚Islam‘ insgesamt und damit auch die Muslime als Bedrohung wahrnehmen“ (mehr).

## 4. Veranstaltungen

### 4.1. Religionen stiften Frieden in Kommunen

28.–29. Mai 2013, Haus Villigst, Schwerte

Referenten: Karl-Josef Kuschel, Stefan Töpfer, Jürgen Lemmer, u.a. (mehr)

### 4.2. Salafisten. Wie gefährlich sind sie?

Religionen im Gespräch

20. Juni 2013, 19 Uhr, Haus der Religionen, Böhmerstr. 8, Hannover

Gäste: Claudia Dantschke, Moussa Al-Hassan Diaw. Moderation: Wolfgang Reinbold

Veranstalter: Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers (mehr).

## 5. Literatur: Neuerscheinungen

A. N. Al-Masri/G. F. Walter, Einblick in die traditionelle islamische Medizin, Berlin 2013.

Hannover, den 7. Mai 2013

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 5, 2013

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Innenminister: „Islam“ und „Islamismus“ müssen auseinander gehalten werden

Der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) hat eine klare Trennung zwischen „Islam“ und „Islamismus“ gefordert: „Diese Begriffe haben nichts gemein als die ersten beiden Silben“, sagte Pistorius bei einer Podiumsdiskussion des Instituts für Islamische Theologie der Universität Osnabrück. Politiker müssten das deutlicher zum Ausdruck bringen.

Pistorius kritisierte die verdachtsunabhängigen Kontrollen vor Moscheen seines Amtsvorgängers Uwe Schünemann (CDU). „Kein Mensch käme auf die Idee, so etwas wegen einiger gewaltbereiter orthodoxer Juden vor einer Synagoge zu tun.“ Auch die sogenannten „Sicherheitspartnerschaften“ seines Vorgängers halte er für nicht zielführend. Nahezu 99 Prozent der Muslime in Deutschland seien friedliebend und betrachteten die deutsche Verfassung auch als die ihrige, so Pistorius. Gegen die Extremisten gingen Verfassungsschutz und Polizei weiterhin entschieden vor (mehr).

#### 1.2. Islamische Landesverbände und Universität Osnabrück bekräftigen gute Zusammenarbeit

Das Institut für Islamische Theologie in Osnabrück hat die Bedeutung einer guten Zusammenarbeit mit den muslimischen Landesverbänden betont. Bei der Tagung der „Konferenz der Islamischen Landesverbände“ sagte der Leiter des Instituts, Bülent Ucar, der in den muslimischen Gemeinden praktizierte Glaube sei der unabdingbare Bezugsrahmen für die universitäre Forschung und Lehre.

Die Landesverbände begrüßten diese Sichtweise und betonten die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Osnabrücker Institut. Auch andernorts gebe es gute Kontakte zu den Universitäten, etwa zwischen der Schura Hamburg und der Akademie der Weltreligionen an der Universität Hamburg. Gemeinsames Anliegen sei die Etablierung eines „Islam der Mitte“, wie er in den meisten Moscheen gelebt werde. Dieser „Islam der Mitte“ müsse sich radikalen Abweichungen wie dem Salafismus und dem Liberalismus entgegen stellen, so die Verbände.

Die Konferenz der Islamischen Landesverbände besteht seit vier Jahren als Zusammenschluss der Schura-Verbände Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen sowie der „Islamischen Föderation“ Berlin, der „Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen“ und der „Islamischen Glaubensgemeinschaft Baden-Württemberg“. An den Tagungen nehmen auch Vereine aus Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern teil. Neu hinzugekommen ist die Ende 2012 gegründete Schura Rheinland-Pfalz. Die Landesverbände treffen sich drei- bis viermal jährlich. Die Tagungen dienen der Koordination und der Behandlung von Schwerpunktthemen (mehr).

#### 1.3. Hannover: Bundesinnenminister will religiöse Extremisten schneller ausweisen

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) will das Ausweisungsrecht für „Hassprediger“ verschärfen. „Wer religiösen Hass sät, wird eine Ausweisung ernten. Wir müssen gesetzlich klarstellen, dass die Gewaltanwendung zur Durchsetzung religiöser Ziele zwingend zu einer Ausweisung führt“, so Friedrich im Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung. Außerdem müsse das Ausweisungsrecht gegenüber Extremisten verschärft werden (mehr).

Bei der Innenministerkonferenz in Hannover legte Friedrich einen ersten Entwurf zur Änderung des Abschiebungsrechts vor. Der Vorsitzende der Konferenz, Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD), sagte dazu, der Entwurf sei mit den Innenministern und Senatoren noch nicht abgestimmt. Er habe erst nach dem Ende der Sitzung vorgelegen (mehr).

#### 1.4. Islamwissenschaftler wirft Osnabrücker Islam-Studie „Fundamentalismus“ vor

Der Islamwissenschaftler Hans-Thomas Tillschneider hat die Doktorarbeit eines Mitarbeiters des Instituts für Islamische Theologie der Universität Osnabrück als „fundamentalistisch“ bezeichnet.

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung kritisiert der Dozent der Universität Bayreuth, die in Wien entstandene und in der Reihe „Osnabrücker Islamstudien“ veröffentlichte Arbeit des Osnabrücker Post-Doktoranden Wolfgang Johann Bauer bestehe auf „einem Scharia-Islam ohne Abstriche“ und sei geprägt von einem ‚hölzernen Fundamentalismus‘. Erstaunlich findet Tillschneider, dass die ‚ultra-orthodoxe‘ Arbeit bisher keinerlei Kritik hervorgerufen habe.

Hart ins Gericht geht der Autor auch mit dem Buch „Islam ist Barmherzigkeit“ des Münsteraner Islam-Professors Mouhanad Khorchide. Zwar sei der Ansatz zu begrüßen, „den Islam von der Scharia zu befreien“. Das Buch leiste aber „keine echte Denkarbeit“, sondern definiere „den Islam einfach nach seinem Geschmack um“. Das Werk sei „in seinen intellektuellen Ansprüchen derart bescheiden, dass man sich wundert, seinen Autor auf einem theologischen Lehrstuhl zu sehen“ (mehr). Der Islamwissenschaftler Marco Schöller aus Münster wies die Kritik als „unverschämt“ zurück.

## 2. Allgemeine Lage

### 2.1. Hessen: Ahmadiyya wird Körperschaft des öffentlichen Rechts

Der Verband Ahmadiyya-Muslim-Jamaat ist in Hessen als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt worden. Damit sei die Religionsgemeinschaft im gesamten Bundesgebiet rechtsfähig, sagte eine Pressesprecherin des hessischen Kultusministeriums dem Evangelischen Pressedienst. Die mit dem Körperschaftsstatus verbundenen hoheitlichen Befugnisse seien jedoch auf das Bundesland Hessen beschränkt.

Die Ahmadiyya-Muslim-Jamaat ist die erste islamische Religionsgemeinschaft in Deutschland, die den Körperschaftsstatus erhält. Die aus Pakistan stammende Reformbewegung hat in Deutschland etwa 35.000 Mitglieder. Sie unterhält 39 Moscheen.

In Hessen hat Ahmadiyya nach eigenen Angaben etwa 15.000 Mitglieder. Im vergangenen Jahr hat sie ein „Institut für islamische Theologie“ zur Ausbildung von Imamen im südhessischen Riedstadt eröffnet. Zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts in Hessen im kommenden Schuljahr an zunächst 27 Grundschulen ist die Ahmadiyya-Muslim-Jamaat neben der sunnitischen „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion“ (DITIB) Partner des Landes.

„Die Vereinbarkeit des muslimischen Glaubens mit dem Rechtsstaat ist für Muslime der Ahmadiyya Muslim Jamaat gelebte Realität“, erklärt der Verband auf seiner Homepage. „Unser uneingeschränktes Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung basiert auf der Glaubenslehre des Islam, wie sie vom Heiligen Propheten Muhammad (saw) gelehrt und vom Gründer der Ahmadiyya Muslim Jamaat, dem Verheißenen Messias und Imam Mahdi Hadhrat Mirza Ghulam Ahmad Qadiani (as), zeitgemäß ausgelegt wurde“ (mehr).

Religionsgemeinschaften kann auf Antrag der Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts verliehen werden, „wenn sie durch ihre Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten“ (Weimarer Verfassung Art. 137,5 in Verbindung mit Grundgesetz Art. 140). Mit dem Status verbinden sich unter anderem die Rechte, einen Beamtendienst zu schaffen, Gesetze für die eigene Organisation zu erlassen oder Steuern von den Mitgliedern zu erheben und über das Finanzamt einziehen zu lassen (mehr).

### 2.2. Bremen: Senat beschließt Gleichstellung islamischer Feiertage

Der Bremer Senat hat eine Änderung des Sonn- und Feiertagsgesetzes beschlossen. In Zukunft sollen die islamischen Feiertage Opferfest, Ramadanfest und Aschura mit den christlichen und jüdischen Feiertagen gleichgestellt werden. Arbeitnehmer dürfen dann an Gottesdiensten teilnehmen, Schüler haben unterrichtsfrei. Bei den mehrtägigen Festen kann jeweils an einem Kalendertag von der Feiertagsregelung Gebrauch gemacht werden.

Außerdem sieht der Gesetzentwurf vor, dass der 500. Reformationstag am 31. Oktober 2017 denselben Schutz genießt wie ein Sonntag oder staatlich anerkannter Feiertag. Die Bürgerschaft muss dem Beschluss noch zustimmen (mehr).

### 2.3. Bremen: Rundfunkrat soll muslimischen Vertreter erhalten

Im Rundfunkrat von Radio Bremen soll künftig ein Vertreter der Muslime sitzen. Der Bremer Senat hat einen entsprechenden Entwurf für eine Änderung des Radio-Bremen-Gesetzes beschlossen. Die Änderung sei eine weitere Konsequenz aus dem Vertrag mit den Muslimen, erklärte Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) (mehr).

### 2.4. Offenbach: Fernsehteam von „Report Mainz“ vor Moschee angegriffen

Journalisten des Südwestrundfunks sind bei Recherchen für das Magazin „Report Mainz“ vor einer Offenbacher Moschee attackiert worden. Bei dem Angriff seien Teile der Kameraausrüstung zerstört worden, teilte der SWR mit. Die Polizei ermittelt wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung.

Die Journalisten waren mit einem Vorstandsmitglied der Moschee zum Interview verabredet. Sie gingen Hinweisen nach, dass sich im Umfeld der Moschee eine Gruppe junger Muslime gebildet habe, die in Syrien gegen das Assad-Regime kämpfen wollen. Als sie vor der Moschee warteten, seien sie plötzlich von jungen Männern angegriffen worden, so die Reporter.

„Eine solche Aggressivität habe ich bei meinen langjährigen Recherchen noch nicht erlebt“, sagte ein Mitglied des Teams. „Ich stellte allerdings auch fest, dass unter den Moscheebesuchern das Entsetzen über die Tat und die Täter groß war“. Der Imam der Moschee, Taher Nawaz, äußerte sich geschockt und distanzierte sich von der Tat. „Die Gruppe ist bisher nicht gewalttätig in Erscheinung getreten. Von daher hat es uns selbst überrascht, dieser plötzliche Ausbruch“, so Nawaz (mehr).

Der DITIB-Bundesverband verurteilte die Gewalttat. „Menschen, die Gewalt ausüben, vor allem vor oder in Gotteshäusern, haben in unseren Gemeinden keinen Platz“, so die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (mehr).

## 2.5. „Rat der Imame“ verurteilt Mord an britischem Soldaten

Der „Rat der Imame und Gelehrten in Deutschland e.V.“, ein Mitglied des Zentralrates der Muslime, hat den Mord an dem britischen Soldaten Lee Rigby in London verurteilt und der Familie des Getöteten sein tiefes Mitleid ausgesprochen.

Für die bestialische Tat gebe es keine Rechtfertigung, erklärte der Rat. Terrorismus und alles, was Terrorismus fördere, sei aufrichtig und konsequent abzulehnen. Der Rat der Imame appelliert an die britische Regierung und die Zivilgesellschaft, „diesen Einzelfall mit größter Weisheit zu behandeln, damit er den Zusammenhalt der britischen Gesellschaft nicht sprengt und damit dieser Vorfall nicht als Vorwand genützt wird, um den Muslimen in Großbritannien Schaden zuzufügen“. Die Medien fordert er auf, „über diesen Einzelfall ausgewogen zu berichten und die Werte des Zusammenlebens der Religionen und Kulturen nicht auszuhebeln“ (mehr).

Die Attentäter sind zwei britische Staatsbürger mit nigerianischen Wurzeln. Unmittelbar nach der Tötung des Soldaten mit einem Fleischermesser baten sie Passanten, sie mit dem Handy zu filmen. Mit blutverschmierten Händen sagte einer der Attentäter zu seinen Motiven: „Wir schwören bei Allah, dem Allmächtigen, dass wir nie aufhören werden, euch zu bekämpfen. Wir haben dies nur aus dem einzigen Grund getan, dass jeden Tag Muslime sterben. Dieser britische Soldat ist Auge um Auge, Zahn um Zahn“ (mehr).

## 2.6. Mordaufrufe gegen ägyptisch-deutschen Publizisten Hamed Abdel-Samad

Der Publizist Hamed Abdel-Samad ist zum Ziel einer Hetzkampagne geworden. Im ägyptischen Fernsehen sei mehrfach dazu aufgerufen worden, ihn zu ermorden, sagte Abdel-Samad im Interview mit Spiegel-online.

Nach einem Vortrag in der vergangenen Woche seien zunächst auf Facebook mehrere Seiten erschienen, auf denen sein Foto mit der Überschrift „Wanted Dead!“ zu sehen war. Dann sei die Kampagne von ägyptischen Fernsehsendern aufgegriffen worden. Schließlich habe Scheich Assem Abdel-Maged, einer der Führer der radikalen „Dschamaa Islamiya“ auf dem Sender Al-Hafez alle Ägypter dazu aufgerufen, ihn sofort zu ermorden, so Abdel-Samad. Auslöser der Drohungen sei seine These, „der religiöse Faschismus im Islam“ sei „im Islam selbst begründet, nämlich als der Prophet Mohammed den Islam als Monokultur durchsetzte“ (mehr). Abdel-Samads Verlag Droemer-Knauer teilte mit, der Autor nehme den Mordaufruf sehr ernst und sei derzeit untergetaucht.

Der Liberal-Islamische Bund verurteilte die Kampagne und erklärte, die Meinungsfreiheit müsse auch in Ägypten „unantastbar“ sein, gleichgültig wie man zu den provokativen Äußerungen Abdel-Samads über den Islam stehe (mehr). Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung forderte die Regierung in Kairo auf, die Sicherheit des ägyptisch-deutschen Politologen zu gewährleisten. „Ich erwarte, dass sich die ägyptische Regierung deutlich und unmissverständlich distanziert“, sagte Markus Löning der Süddeutschen Zeitung. Aus dem Auswärtigen Amt hieß es, die Bundesregierung rufe die ägyptischen Behörden dazu auf, die Veröffentlichung von Mordaufrufen zu unterbinden (mehr).

## 2.7. Was sonst noch war

- Protest gegen Islam-Diskussion bei „Anne Will“ (mehr)
- Türkei: Proteste gegen die Regierung halten an (mehr).

## 3. Sozialforschung

Das Statistische Bundesamt hat die Zahlen der Volkszählung aus dem Jahr 2011 veröffentlicht. Eines der Ergebnisse: In Deutschland ordnen sich mehr Menschen dem Christentum zu, als nach den Mitgliedszahlen der Kirchen zu erwarten gewesen wäre (66,8%). Als muslimisch bezeichnen sich 1,9% der Befragten. Allerdings hat jeder sechste eine Aussage zur Religionszugehörigkeit verweigert. Es sei davon auszugehen, dass Nichtchristen „überproportional häufig von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, auf die Beantwortung der Frage zur Religionszugehörigkeit zu verzichten“, erklärte der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Roderich Egeler (mehr).

## 4. Literatur: Neuerscheinungen

K. Darwisch, Islamischer Religionsunterricht in Deutschland. Darstellung und Analyse der islamischen Unterrichtsprojekte, Marburg 2013.

Hannover, den 13. Juni 2013

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 6, 2013

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Bund unterstützt muslimisches Avicenna Studienwerk

Das Bundesbildungsministerium hat das in Osnabrück ansässige Avicenna Studienwerk in den Kreis der vom Bund unterstützten Begabtenförderwerke aufgenommen. Zum Wintersemester 2014/2015 sollen die ersten fünfzig Studenten und Doktoranden Stipendien erhalten.

Der Bund stellt dem Studienwerk in den kommenden vier Jahren rund sieben Millionen Euro zur Verfügung. Die Stiftung Mercator übernimmt mit einer Million Euro den größeren Anteil der Summe, die die Religionsgemeinschaften zur Finanzierung ihrer Begabtenwerke selbst aufbringen müssen.

Der Vorsitzende des Avicenna Studienwerks und Leiter des Osnabrücker Instituts für Islamische Theologie, Bülent Ucar, sprach von einem historischen Tag für die deutschen Muslime. Die Aufnahme des Studienwerks in die Bundesförderung sei ein Signal der Anerkennung. Das Werk habe sich zum Ziel gesetzt, 400 Stipendiaten zu fördern und den innerislamischen Dialog zu intensivieren.

Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) sagte, mit den Stipendien würden herausragende Leistungen und gesellschaftliches Engagement anerkannt. Das neue Studienwerk sei ein wichtiger integrationspolitischer Schritt.

Das Avicenna Studienwerk ist nach dem muslimischen Universalgelehrten Ibn Sina (980–1037) benannt, dessen latinisierter Name Avicenna lautet. Sein bedeutendstes Werk ist ein Kanon der Medizin, der in Europa bis ins 17. Jahrhundert viel gelesen wurde. Mit dem Avicenna Studienwerk gibt es dreizehn Begabtenförderwerke in Deutschland, unter ihnen vier konfessionelle (mehr).

#### 1.2. NDR Kultur startet neue Sendereihe „Freitagsforum“

NDR Kultur hat im Juli mit einer neuen Sendereihe zu islamischen Fragen begonnen. Jeden ersten Freitag im Monat ab 15.20 Uhr informiert das „Freitagsforum“ über den Islam und das muslimische Leben in Norddeutschland.

Das Islambild vieler Deutscher sei geprägt von Klischees, erklärte der Sender zum Start der neuen Reihe. Nach wie vor leide die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Islam unter Unkenntnis. NDR Kultur wolle das ändern. „Mit dem ‚Freitagsforum‘ auf NDR Kultur geben wir muslimischen Themen einen festen Sendeplatz und wollen zum gegenseitigen Verständnis der Religionen und Kulturen beitragen“, so der Programmdirektor des NDR-Hörfunks, Joachim Knuth.

Der Vorsitzende der Schura Hamburg begrüßte die neue Sendereihe: „Wir müssen uns besser kennen lernen und Vorurteile abbauen“, so Mustafa Yoldas. Sendungen wie das Freitagsforum könnten dabei helfen.

Thema des ersten Freitagsforums am 5. Juli war „Modern und aufgeklärt: die Wissenschaftlerin Katajun Amirpur denkt den Islam neu“ (mehr).

#### 1.3. Hannover: Buhmann-Stiftung veranstaltet öffentliches Fastenbrechen

In Hannover ist erstmals ein öffentliches Fastenbrechen begangen worden. Zur „Langen Nacht der Begegnung“ auf dem Georgsplatz im Herzen der Stadt kamen an zwei Tagen etwa 700 Gäste.

Eingeladen zu der Feier hatte die Dr. Buhmann-Stiftung für interreligiöse Verständigung. „Wir wollen, dass wir durch solche Feste uns näher kommen und dass wir gucken, was wir gemeinsam für unsere Stadt tun können“, sagte Hamideh Mohagheghi vom Vorstand der Stiftung dem NDR (mehr).

Unter den Gästen waren unter anderen der türkische Religionsattaché Abdullah Gümüşsoy, der evangelische Stadtsuperintendent Hans-Martin Heinemann, der katholische Propst Martin Tenge und der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen, Michael Fürst. Vertreter der Lokalpolitik und des Landes Niedersachsen sprachen Grußworte (mehr).

#### 1.4. Braunschweig: Friedhof erhält interkulturelles Waschhaus

Auf einstimmigen Beschluss des Rates richtet die Stadt Braunschweig ein interkulturelles Waschhaus auf dem Stadtfriedhof ein. Der Bau des Hauses solle 140.000 Euro kosten und im Jahr 2014 fertig gestellt sein. Neben islamischen Gemeinden habe auch die jüdische Gemeinde Interesse bekundet, das Haus für rituelle Waschungen zu nutzen, erklärte die Stadt.

Das Gebäude soll aus einem 40 Quadratmeter großen Waschraum bestehen. Zwei weitere kleine Räume sollen der Trauergemeinde für die eigene rituelle Waschung zur Verfügung stehen. Die Stadt rechnet mit 35 Waschungen jährlich, die sie mit 185 Euro berechnen will. Bisher habe es für Muslime in vielen Fällen keine würdevolle Bestattungskultur gegeben, „die Waschung, Totengebet und Bestattung in sehr kurzer zeitlicher Abfolge unter Teilnahme der Angehörigen an der rituellen Waschung“ ermöglichte, so die Verwaltung (mehr).

### **1.5. Osnabrück: Hochschule schult Lehrer und Küchenfachkräfte in „interreligiösem Kochen“**

Ernährungswissenschaftler und Vertreter der Religionsgemeinschaften wollen den Schulen religiöse Speisevorschriften nahe bringen. Ab Herbst biete die Hochschule Osnabrück entsprechende Schulungen für Lehrer, Schulleiter, Küchenfachkräfte und Anbieter für Schulverpflegung an, erklärte die Leiterin des Projekts, Elisabeth Leicht-Eckardt.

Die Zahl der Ganztagschulen steige, zugleich gebe es immer mehr muslimische und jüdische Schüler, so Leicht-Eckardt. Es trage zum gegenseitigen Verständnis bei, wenn ihre Speisevorschriften berücksichtigt würden, und das bedeute mehr „als nur auf Schweinefleisch zu verzichten“.

Vertreter der Jüdischen Gemeinde, der Moscheegemeinden und der Kirchen lobten das Projekt. „Es bürgt für Toleranz und Verständnis“, sagte Rabbiner Moshe Baumel während eines gemeinsamen Schaukochens. Zwar könne wirklich koscheres Essen in einer allgemein bildenden Schule nicht zubereitet werden, weil die jüdischen Speiseregeln sehr kompliziert seien. Der Experten-Beirat habe sich daher für das sogenannte „koscher-style Essen“ ausgesprochen: „Ein solcher Kompromiss ist besser als gar nichts.“ Auch Dua Zeitun vom Landesverband der Muslime in Niedersachsen (Schura) äußerte sich zufrieden. Es sei wichtig, dass die Schüler sich mit dem Thema auseinandersetzen. Der evangelische Superintendent Friedemann Pannen sagte: „Ich hoffe, dass Schüler demnächst nebeneinander in der Mensa sitzen und über ihre verschiedenen Gerichte ins Gespräch kommen.“

Zum Start des Projekts, für das die Hochschule zwei Jahre lang Speiseregeln erforscht und Kochrezepte erarbeitet hat, ist das Buch „Inklusion durch Schulverpflegung“ erschienen (mehr).

### **1.6. Milli Görüs scheitert mit Klage vor Verwaltungsgericht**

Die Klage des Islamverbands Milli Görüs gegen ein Faltblatt des niedersächsischen Verfassungsschutzes ist abgewiesen worden. Milli Görüs sah sich durch die Publikation, die unter der Ägide von Innenminister Uwe Schönemann (CDU) gedruckt worden war, zu Unrecht mit Terrorgruppen gleichgesetzt. Auf dem Faltblatt war eine Collage abgebildet, die das Logo von Milli Görüs neben Emblemen mehrerer terroristischer Vereinigungen und einem Bild Osama Bin Ladens zeigte.

Das Verwaltungsgericht urteilte, bei der Tagung, für die mit dem Faltblatt geworben wurde, sei auch erörtert worden, welche Rolle Moscheegemeinden beim Engagement gegen Radikalisierung spielen könnten. Da Milli Görüs einer der größten Träger von Moscheegemeinden in Deutschland sei, sei es gerechtfertigt, die Organisation in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Die Verwendung des Logos sei „nicht diskriminierend, sondern mit Bezug auf den sonstigen Inhalt des Faltblattes und das Thema der Veranstaltung sachlich begründet.“ Gegen das Urteil kann der Verband Berufung beim Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht beantragen (mehr).

Milli Görüs wird in Deutschland und in Niedersachsen vom Verfassungsschutz beobachtet. Der Verband hat etwa 30.000 Mitglieder, in Niedersachsen etwa 2.600.

### **1.7. Studie: Studenten haben Vorurteile gegen Juden und Muslime**

Zahlreiche Studenten in Deutschland und Kanada haben einer Studie der Universitäten Osnabrück und Victoria zufolge antijüdische und antimuslimische Vorurteile.

Erziehungswissenschaftler der Universitäten Osnabrück und Victoria befragten 1.000 Studenten in Deutschland und 800 in Kanada anonym nach ihren Einstellungen zu Ausländern, fremden Religionen und Minderheiten, teilte die Universität Osnabrück mit. Heraus kam, dass sie sich nicht wesentlich von der Allgemeinbevölkerung unterscheiden. Rund 40 Prozent der Studenten hätten antisemitische und etwa 80 Prozent antimuslimische Vorurteile. Das sei „nicht wirklich beruhigend“, erklärte Projektleiter Wassilis Kassis. Die Universität müsse sich fragen, „welchen Beitrag sie zu einer offenen Gesellschaft leisten kann und möchte“ (mehr).

### **1.8. Innenminister Pistorius: Rechtsextreme nutzen Islamfeindlichkeit für eigene Zwecke**

Rechtsextremisten gehen in Deutschland zunehmend mit islamfeindlichen Parolen auf Stimmenfang. Das erklärte Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) Mittwoch bei einem Symposium zum Rechtsextremismus in Hannover. „Mit der systematischen Abwertung von Muslimen schüren diese vorgeblichen Islamkritiker ein Klima des Hasses und der Angst“, so Pistorius. „Islamfeindlichkeit bietet die ideologische Brücke zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus.“ Sie werde daher zu einem Arbeitsschwerpunkt des niedersächsischen Verfassungsschutzes werden.

Sven Schönfelder vom niedersächsischen Verfassungsschutz erläuterte, rechte Organisationen wie die NPD, die „Identitäre Bewegung“ und die mittlerweile verbotene Gruppe „Besseres Hannover“ nutzten emotionale Botschaften, die an vorhandene Ängste vor einer „Islamisierung“ anknüpften. Es gehe darum, eine „Wir gegen Die“-Stimmung zu erzeugen und so eine generell ausländerfeindliche Haltung gesellschaftsfähig erscheinen zu lassen. Rechtsextreme Einstellungen hätten es mithilfe moderner Medien bis in die Mitte der Gesellschaft geschafft, so der Leiter des Fachbereichs Rechtsextremismus im Verfassungsschutz, Wolfgang Freter. Das Internet sei das erste Massenmedium, das der extremen Rechten ungehindert zur Verfügung stehe (mehr).

### **1.9. Ministerpräsident sendet Segenswünsche für den Ramadan**

Ministerpräsident Stephan Weil und die Migrationsbeauftragte Doris Schröder-Köpf (SPD) haben den niedersächsischen Muslimen eine Grußbotschaft zu Beginn des Ramadans gesandt. Muslime seien „ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft“, so Weil und Schröder-Köpf. Jedem Menschen in Niedersachsen sei es möglich, seinen Glauben zu leben. „Rechtliche Benachteiligungen aufgrund des Glaubens gibt es bei uns nicht“ (mehr).

## **2. Allgemeine Lage**

### **2.1. Hamburgische Bürgerschaft stimmt Islam-Verträgen zu**

Hamburg hat als zweites Bundesland nach Bremen Staatsverträge mit islamischen Verbänden und der alevitischen Gemeinschaft geschlossen. Die Bürgerschaft stimmte den Verträgen mit großer Mehrheit zu.

Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) begrüßte die Entscheidung als „Meilenstein“. Sie stärke den Zusammenhalt in der Stadt. Die Verträge seien in jahrelanger, sorgfältiger und respektvoller Gemeinschaftsarbeit vorbereitet worden, sagte Scholz. Sie nähmen vielfach geltendes Recht auf, gingen aber über den rein juristischen Gehalt hinaus und setzten ein Zeichen: „Es sind Vereinbarungen auf Gegenseitigkeit, die den Respekt zum Inhalt haben“, sagte der Erste Bürgermeister.

Gegenstimmen kamen aus der CDU und der FDP. CDU-Fraktionschef Dietrich Wersich, selbst Befürworter des Vertrages, sagte in der Bürgerschaft, es sei „schwer hinzunehmen, dass auch radikale Moschee-Vereine innerhalb der Schura als organisatorische Vertretung des iranischen Regimes in Europa dabei“ seien. Die Mehrzahl der FDP-Abgeordneten lehnte den Vertrag aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Die FDP sei gegen Verträge des Staates mit Religionsgemeinschaften. „Die Trennung von Staat und Religionsgemeinschaft ist für uns wichtig“, sagte der Verfassungsexperte der FDP-Fraktion, Kurt Duwe (mehr).

### **2.2. Spitze der Evangelischen Kirche trifft Koordinationsrat der Muslime**

Die Evangelische Kirche in Deutschland und der Koordinationsrat der Muslime in Deutschland wollen den Dialog zwischen den Religionsgemeinschaften intensivieren und ihre Kooperation vorantreiben. Das sagten der Vorsitzende des Rates der EKD, Nikolaus Schneider, und der Sprecher des Koordinationsrates der Muslime, Aiman Mazyek, bei einem Treffen im Juni in Berlin.

„Eine Wagenburgmentalität, bei der jeder nur auf die eigene Abgrenzung und den eigenen Vorteil bedacht“ ist, helfe nicht weiter. Vielmehr gelte es, „sich für gemeinsame Interessen auch gemeinsam zu engagieren“, so Schneider und Mazyek zum Abschluss des diesjährigen Treffens. Vereinbart wurde, sich zukünftig enger abzustimmen, etwa bei Themen wie der Zurückdrängung der Religion aus dem öffentlichen Leben oder der Frage der religiösen Beschneidung von Jungen.

Das jährliche Treffen war nach einer Phase der Unterbrechung im letzten Jahr wieder aufgenommen worden und fand in diesem Jahr auf Einladung der EKD statt. Eine Steuerungsgruppe wird bis zum nächsten Treffen 2014 einen gemeinsamen Dialogratgeber entwerfen, der den evangelischen und muslimischen Gemeinden Hinweise und Impulse für das tägliche Miteinander geben möchte (mehr).

### **2.3. Was sonst noch war**

- Interreligiöses Internetportal für Kinder startet, [www.religionen-entdecken.de](http://www.religionen-entdecken.de) (mehr)
- Grußwort der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Ramadan (mehr)
- Köln: Flughafen eröffnet multireligiösen Gebetsraum (mehr)
- Mainz: Diskussion um salafistischen Einfluss auf öffentlich geförderten Kindergarten (mehr)
- Marburg: Grundsteinlegung für „Öko-Moschee“ (mehr).

## **3. Veranstaltungen**

### **Wie weiter mit den Religionen?**

Religionen im Gespräch

19. September 2013, 19 Uhr, Haus der Religionen, Böhmerstr. 8, Hannover

Gäste: Gerhard Wegner, Nils Friedrichs, Aiman Mazyek. Moderation: Wolfgang Reinbold

Veranstalter: Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers (mehr).

Hannover, den 31. Juli 2013

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 7, 2013

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Islamische Religion wird ordentliches Schulfach

Niedersachsen führt in diesem Schuljahr islamischen Religionsunterricht als reguläres Schulfach ein. Zunächst soll das neue Fach nach Angaben des Kultusministeriums an den Grundschulen angeboten werden. Im Schuljahr 2014/2015 soll dann die Sekundarstufe 1 folgen. Langfristiges Ziel ist ein flächendeckendes Angebot. An den 3.000 allgemeinbildenden niedersächsischen Schulen lernen etwa 49.000 muslimische Kinder und Jugendliche.

„Es geht um die Gleichberechtigung aller Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen“, sagte Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD). Der islamische Religionsunterricht trage der veränderten Zusammensetzung der Gesellschaft Rechnung. „Der Bildungsauftrag der Schule verlangt, die Schülerinnen und Schüler zu befähigen, nach ethischen Grundsätzen zu handeln sowie religiöse und kulturelle Werte zu erkennen und zu achten“, so Heiligenstadt.

Voraussetzung für die Erteilung des neuen Fachs ist eine Zahl von mindestens zwölf Schülern pro Jahrgang. Das Kultusministerium rechnet damit, dass vor allem in Ballungsgebieten genügend Schüler zusammenkommen. Allerdings fehlt es zurzeit noch an Lehrkräften. Auch in Hessen wird in diesem Schuljahr ordentlicher islamischer Religionsunterricht eingeführt.

#### 1.2. Aufhebung des Kopftuchverbots in der Schule gefordert

Lehrerinnen, Islamverbände und Islamwissenschaftler haben eine Aufhebung des Kopftuchverbots an niedersächsischen Schulen gefordert. Das Verbot diskriminiere Frauen, die ein Kopftuch trügen, erklärte Annett Abdel-Rahman, islamische Religionslehrerin und Lehrbeauftragte am Institut für Islamische Theologie an der Universität Osnabrück. Derzeit würden Lehrerinnen mit Kopftuch nicht einmal für das Fach Islamische Religion eingestellt.

Im niedersächsischen Schulgesetz ist geregelt, dass Lehrerinnen das Kopftuch ausschließlich während des islamischen Religionsunterrichts tragen dürfen. Zurzeit führt die Landesregierung Gespräche mit den muslimischen Verbänden über einen Staatsvertrag.

Abdel-Rahman kritisierte die bisherige Regelung als „total unrealistisch“. Sie führe dazu, dass die islamische Religionslehrerin das Kopftuch zwar in der Klasse tragen dürfe, dass sie es aber auf dem Weg zum Klassenraum, auf dem Schulhof und im Lehrerzimmer ablegen müsse. Auch das Zweitfach dürfe nur ohne Kopftuch gelehrt werden.

Das vom Bundesverfassungsgericht vorgegebene Neutralitätsgebot könne das Verbot nicht rechtfertigen, so Abdel-Rahman, die auch Mitglied des Vorstands des muslimischen Landesverbands Schura Niedersachsen ist. „Neutralität bedeutet, dass ich alles zulasse, das Kreuz an der Halskette ebenso wie das Kopftuch oder die jüdische Kippa.“ Sie selbst habe wegen des Verbots jahrelang nur deshalb als Lehrerin arbeiten können, weil sie als Förderlehrerin bei Verbänden wie der Arbeiterwohlfahrt angestellt war. Zurzeit unterrichtet sie an der privaten katholischen Drei-Religionen-Grundschule in Osnabrück, wo das Kopftuch zugelassen ist.

Auch Rauf Ceylan, Professor am Institut für Islamische Theologie der Universität Osnabrück, kritisierte die bestehende Rechtslage. Das Land benötige auf lange Sicht etwa 200 islamische Religionslehrer. Viele Frauen, die gern Religionslehrerin werden wollen, schrieben sich aufgrund der Rechtslage nicht für den Studiengang ein. Ceylan appellierte an die niedersächsische Landesregierung, das Verbot aufzuheben (mehr).

#### 1.3. Deutsch-ägyptischer Dialog abgesagt

Eine Dialogveranstaltung zwischen deutschen und ägyptischen Politikern, Theologen und Juristen in der Akademie Loccum und an der Universität Göttingen ist verschoben worden. „Einigen der ägyptischen Gäste liegen aufgrund ihrer politischen Einstellungen Morddrohungen vor, und die Büros einer protestantischen Organisation in Ägypten brennen“, sagte der Göttinger Theologieprofessor Martin Tamcke dem Evangelischen Pressedienst. Zu den geladenen Gästen zählte auch ein Berater des gestürzten Präsidenten Mursi, Samir Morcos.

Die Tagung zum Thema „Religionsfreiheit“ ist als Auftakt eines jährlichen deutsch-ägyptischen Austauschs auf Ende November verschoben worden, sagte Tamcke. Nur der Dialog könne dazu beitragen, dass aus den derzeitigen Eskalationen kein religiöser Konflikt entstehe. „In Ägypten sind die Chancen auf eine Lösung zwar schwerer geworden, aber noch vorhanden“, sagte der Theologe, der sich seit den 1970er Jahren im Orient engagiert.

Bei aller Bestürzung über rund 40 christliche Kirchen, die in den vergangenen Wochen zerstört worden seien, warnte Tamcke vor einer Unterdrückung der muslimischen Position. Die Muslimbrüder um den gestürzten Präsidenten Mohammed Mursi dürften nicht verteufelt werden. „Jede Militäraktion führt zu Chaos und noch mehr Gewaltpotenzial.“ Besonders jetzt müssten deutsche Vertreter ihre Solidarität durch Präsenz vor Ort bekunden, so Tamcke. Deutsche Politiker hätten versäumt, die Lage in Ägypten rechtzeitig zu unterstützen. „Sie haben das Militär einfach agieren lassen“.

#### **1.4. Landesbischof Meister sendet Grüße zum Ende des Ramadan**

Der hannoversche Landesbischof Ralf Meister hat den Muslimen zum Ende des Fastenmonats Ramadan eine Grußbotschaft gesandt. Als Ratsvorsitzender der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen wünsche er ihnen ein gesegnetes Ramadanfest, schreibt Meister in einem Brief an den Vorsitzenden des Landesverbandes der Muslime in Niedersachsen, Avni Altiner, und an den Vorsitzenden des DITIB Landesverbandes Niedersachsen und Bremen e.V., Yilmaz Kilic.

Auch in diesem Jahr hätten viele Muslime ihre Nachbarn wieder zum Fastenbrechen eingeladen, schrieb der Bischof der größten evangelischen Landeskirche in Deutschland. „Das ist ein Zeichen der Verbundenheit und des Vertrauens, das wir als evangelische Christen sehr zu schätzen wissen.“ Meister bekundete die Solidarität der evangelischen Kirche mit den Muslimen im Kampf gegen den Rechtsextremismus. „Mit Ihnen sind wir erschüttert über die teils unglaublichen Einzelheiten, die im Zuge des Verfahrens und des Untersuchungsausschusses ans Tageslicht gekommen sind und weiter kommen. Es ist unbegreiflich, wie so etwas mitten in unserem Land passieren konnte“, so Meister zum NSU-Prozess. Die Protestanten teilten auch die Sorgen der Muslime über die politischen Entwicklungen im Nahen Osten, besonders in Syrien und Ägypten. Positiv hob der Bischof hervor, dass die muslimischen Landesverbände mit dem Land Niedersachsen über einen Staatsvertrag verhandelten. Auch seien die ersten Lehrerlaubnisse für den islamischen Religionsunterricht erteilt worden (mehr).

## **2. Allgemeine Lage**

### **2.1. Rheinland: Liberal-muslimischer Landesverband gegründet**

Die ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Lale Akgün hat mit Gleichgesinnten einen liberalen muslimischen Landesverband gegründet, die „Muslimische Gemeinde im Rheinland“. Gemeinsam mit dem Liberal-Islamischen Bund und dem Verband Demokratisch-Europäischer Muslime wolle sie ein organisiertes, liberal-religiöses Gemeindeleben aufbauen, sagte die Publizistin der Zeitung „Die Welt“.

Viele Muslime praktizierten ihren Islam so, wie sie es verantworten könnten, so Akgün. Einige fasteten im Ramadan 20 Stunden, „andere zehn, wieder andere noch weniger“. Es sei wichtig, diesen Menschen eine religiöse Heimat zu geben. Zurzeit trafen sich die etwa 150 Muslime des rheinischen Verbands noch in Kirchen oder bei wechselnden Gastgeber. Eines Tages wolle man eine eigene Moschee errichten.

Wie viele Muslime lese sie gelegentlich im Koran und finde in schweren Stunden Kraft im Gebet, sagte Akgün der Welt. „Aber deshalb bin ich noch lange nicht bereit, mir von orthodoxen Gelehrten jedes Detail meines Lebens vorschreiben zu lassen, zum Beispiel, dass ich kein Hanuta essen darf, weil bei der Herstellung Aromen eingesetzt werden, die geringste Spuren von Alkohol enthalten.“ „Halal“ sei für sie „ein ethisches Gesamtkonzept. Dazu gehört ein verantwortungsvoller Umgang mit Lebensmitteln ebenso wie die Frage, ob das Geld, mit dem Lebensmittel gekauft werden, ehrlich verdient und versteuert wurde.“

Viele deutsche Islamverbände seien zu sehr von ausländischen Förderern abhängig, so Akgün weiter. Sie versuchten, die Deutungshoheit darüber zu gewinnen, wer ein guter Muslim sei und wer nicht. Die deutsche Politik müsse dagegen etwas unternehmen. „Die Pluralität des Islam muss in Deutschland gesehen und gelebt werden. Die Politik bewegt sich in die falsche Richtung mit ihrer ausschließlichen Konzentration auf den orthodoxen Islam. Damit schadet sie Deutschland“ (mehr).

### **2.2. Berlin: Rabbiner besorgt über zunehmenden Antisemitismus**

Der Antisemitismus in Deutschland ist nach Ansicht des vor einem Jahr zusammengeschlagenen Rabbiners Daniel Alter aus Berlin offener und aggressiver geworden. In der Bundeshauptstadt gebe es mittlerweile No-Go-Areas für öffentlich erkennbare Juden, sagte Alter dem Evangelischen Pressedienst. Teile von Wedding und Neukölln mit einem hohen Anteil von arabischen und türkischen Migranten seien für Juden gefährlich. „Was mir im August vergangenen Jahres passiert ist, ist kein Zufall, sondern ein Ausdruck all dieser Entwicklungen“, so Alter.

Auch in der Mitte der deutschen Gesellschaft ist der Antisemitismus nach Auffassung Alters stärker verbreitet als gemeinhin angenommen. Der antijüdische Hass in Mails und Zuschriften werde immer weniger verschleiert. „Antisemitismus zieht sich wirklich durch die gesamte deutsche Gesellschaft, sowohl durch gebildete, intellektuelle Kreise als auch durch den Rand der Gesellschaft“, so Alter.

Der Rabbiner war im August 2012 im bürgerlichen Stadtteil Friedenau vor den Augen seiner kleinen Tochter am helllichten Tag zusammengeschlagen worden. Der brutale Überfall löste international Entsetzen aus. Die Täter sind bisher nicht gefasst worden (mehr).

### **2.3. Nordrhein-Westfalen: Ministerpräsidentin Kraft entlässt Staatssekretärin Zülfiye Kaykin**

Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hat der seit langem umstrittenen Integrationsstaatssekretärin Zülfiye Kaykin das Vertrauen entzogen. Sie schlug dem Kabinett vor, die Beamtin zu entlassen, nachdem bekannt geworden war, dass die Staatsanwaltschaft Duisburg einen Strafbefehl gegen Kaykin beantragt hat. Die Ermittler werfen ihr das Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt sowie Beihilfe zum Betrug vor.

Kaykin soll im Jahr 2009, als sie Geschäftsführerin des Trägervereins der Begegnungsstätte der deutschlandweit bekannten DITIB-Moschee in Duisburg-Marxloh war, das Gehalt eines Mitarbeiters falsch angegeben haben. Dadurch seien Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von 1.400 Euro nicht abgeführt worden, erklärte die Staatsanwaltschaft. Zudem habe der Mann zu Unrecht Sozialleistungen in Höhe von 3.000 Euro erhalten.

Nach Informationen des Spiegels hat der Hausmeister der Begegnungsstätte ein halbes Jahr lang 500 Euro monatlich schwarz bekommen und zugleich Arbeitslosengeld bezogen. Darüber hinaus hätten mehrere Mitarbeiter des Bistros bis zu 1.000 Euro monatlich aus der schwarzen Kasse erhalten, so der Spiegel. Türkische Vereine hatten vor einem Jahr von einer „regelrechten Hetzkampagne“ gegen Frau Kaykin gesprochen. Der Türkischen Öffentlichkeit in Deutschland sei es „nicht entgangen, dass hier aus rein politischem Kalkül heraus gezielt versucht wird, Frau Kaykin zu schädigen, um so Ihren Rücktritt zu erzwingen und dadurch letztendlich der Landesregierung zu schaden“, heißt es in einer im März 2012 im „Migazin“ publizierten Stellungnahme (mehr).

Die Opposition im Düsseldorfer Landtag begrüßte die Entscheidung der Ministerpräsidentin. „Frau Kraft hat die Notbremse gezogen. Auch sie hat nun endlich eingesehen, dass Frau Kaykin angesichts der Vorwürfe nicht mehr tragbar ist“, sagte der Fraktionsvorsitzende der CDU, Karl-Josef Laumann (mehr).

Nach Auffassung der tageszeitung zeigt der Fall Kaykin, dass die Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen nicht den von der Regierung versprochenen hohen Stellenwert hat. „Kaykin war in erster Linie ein PR-Gag – und zwar von Beginn an ein höchst fragwürdiger. Denn Kraft setzte ausgerechnet auf eine frühere Ditib-Funktionärin. Dabei hätte auch ihr bewusst sein müssen, dass Ditib als Vorfeldorganisation der türkischen Regierung in Sachen Integration nicht gerade an vorderster Front steht“, so die taz (mehr).

### **2.4. Was sonst noch war**

- Studie „Wie hast Du's mit der Religion?“ in Hessen veröffentlicht (mehr)
- Versammlung der Baptist World Alliance findet 2014 in Izmir statt (mehr).

## **3. Veranstaltungen**

### **Wege zu einem europäischen Islam?**

15.–16. November 2013, Katholische Akademie Stuttgart-Hohenheim

Referenten, u.a.: Jorgen Nielsen, Heinz-Jürgen Axt, Levent Tezcan, Xhabir Hamiti, Riem Spielhaus, Naika Foroutan, Armina Omerika, Mouhanad Khorchide, Ertugrul Sahin (mehr).

## **4. Literatur: Neuerscheinungen**

R. Ceylan/M. Kiefer, Salafismus. Fundamentalistische Strömungen und Radikalisierungsprävention, Wiesbaden 2013

A. Omerika (Hg.), Muslimische Stimmen aus Bosnien und Herzegowina. Die Entwicklung einer modernen islamischen Denktradition, Freiburg 2013

M. Rohe, Das islamische Recht. Eine Einführung, München 2013

K. von Stosch/T. Işik (Hg.), Prophetie in Islam und Christentum, Paderborn 2013.

Hannover, den 6. September 2013

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 8, 2013

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Verhandlungen über Vertrag zwischen Landesregierung und muslimischen Verbänden

In Niedersachsen beginnen Verhandlungen über einen gemeinsamen Vertrag zwischen der Landesregierung und den muslimischen Landesverbänden DITIB und Schura sowie mit der Alevitischen Gemeinde Deutschlands.

Gegenstand des Vertrags soll die Gestaltung der künftigen Beziehungen zwischen den Beteiligten sein. Im Gästehaus der Niedersächsischen Landesregierung in Hannover unterzeichnete Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) zwei entsprechende Absichtserklärungen. Zu den Vertreterinnen und Vertretern der Glaubensgemeinschaften sei über die Jahre ein gutes und vertrauensvolles Verhältnis aufgebaut worden, sagte der Ministerpräsident. Er sei zuversichtlich, gute Verhandlungsergebnisse zu erzielen.

Auch die Vorsitzenden der Landesverbände DITIB und Schura, Yilmaz Kiliç und Avni Altiner, sowie Hüseyin Mat, Vorsitzender der Alevitischen Gemeinde Deutschlands e.V., bezeugten mit ihrer Unterschrift und einer mündlichen Erklärung den Willen, eine entsprechende Vereinbarung schließen zu wollen.

Die feierliche Unterzeichnung, zu der die Landesregierung und die Vorsitzenden der Verbände gemeinsam eingeladen hatten, fand im Beisein von Kultusministerin Frauke Heiligenstadt und der Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe, Doris Schröder-Köpf, statt. Das Niedersächsische Kultusministerium hat die Federführung der Vertragsverhandlungen übernommen. Darüber hinaus waren auch Vertreterinnen und Vertreter der beiden christlichen Kirchen sowie der jüdischen Landesverbände anwesend. Sie wünsche sich, sagte Heiligenstadt, dass die angestrebten Verträge die guten und bewährten Traditionen des Loccumer Vertrags, des Niedersachsenkonkordats und der Verträge mit den beiden jüdischen Verbänden Niedersachsens fortsetzten. Diese Vertragswerke erfreuten sich einer hohen gesellschaftlichen Akzeptanz, so die Ministerin (mehr).

#### 1.2. Ausstellung „Gesichter des Christentums“ eröffnet

In Osnabrück ist die Ausstellung „Gesichter des Christentums“ eröffnet worden. Die Wanderausstellung porträtiert sechzehn niedersächsische Christinnen und Christen verschiedener Konfessionen und Herkünfte. Träger des Projekts sind die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers und die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Niedersachsen. Landesbischof Ralf Meister hat die Schirmherrschaft übernommen.

Die „Gesichter des Christentums“ sollen zeigen, wie vielfältig der christliche Glaube in Deutschland geworden ist, sagte der Projektleiter, Pastor Dirk Stelter aus Hannover. „Das globale Christentum ist bei uns angekommen.“ In Niedersachsen lebten eben nicht nur Protestanten und Katholiken, sondern auch Baptisten, Mennoniten, Pfingstler und Orthodoxe: „Wir wollen diese Vielfalt als Gewinn wahrnehmen und Zugewanderte nicht nur als Objekte unserer Fürsorge betrachten. Sie sind Menschen, die Kirche und Gesellschaft mitgestalten.“

Die Ausstellung zeigt Fotos und persönliche Gegenstände der Porträtierten. Wie bei der vor einigen Jahren gezeigten Ausstellung „Gesichter des Islam“ wird ihr an jedem neuen Ort ein weiteres Portrait hinzugefügt. In Osnabrück wird Stephen Essah aus Ghana vorgestellt. Er ist Kulturreferent im Diakonie-Wohnstift für Senioren und im Ehrenamt Pastor einer afrikanischen Pfingstgemeinde. Er sei ein leidenschaftlicher Christ, sagt Essah über sich. „Das ist meine Berufung und das hat mir geholfen, in Deutschland Fuß zu fassen.“

Die Ausstellung ist in Osnabrück noch bis zum 17. Oktober im katholischen Forum am Dom zu sehen. Im Anschluss wird sie durch weitere niedersächsische Städte touren. Zu einem späteren Zeitpunkt ist geplant, die Ausstellung um Gesichter anderer Religionen zu erweitern (mehr).

#### 1.3. Hannover: Auszeichnung für das Haus der Religionen

Das Haus der Religionen ist einer von einhundert Preisträgern des bundesweiten Wettbewerbs „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“ 2013/14.

Erstmals stand der Wettbewerb im Zeichen eines Themas: „Ideen finden Stadt“. Ausgezeichnet wurden Projekte, die „Lösungen für die Stadt von morgen“ entwickeln. Der Preis und die von Bundespräsident Joachim Gauck unterzeichnete Urkunde werden am 7. Februar 2014 überreicht.

„Wir freuen uns riesig über die Auszeichnung“, sagte der Vorsitzende des Trägervereins „Haus der Religionen Hannover e.V.“, Wolfgang Reinbold. „Die Religionsgemeinschaften spielen eine ganz wichtige Rolle für das Zusammenleben in der multikulturellen Stadt des 21. Jahrhunderts. Die Auszeichnung bestärkt uns in unserem langjährigen Engagement für das Gemeinwohl der Stadt“.

Deutschlandweit bewarben sich rund 1.000 Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Vereine mit ihren zukunftsweisenden Projekten zum Thema „Ideen finden Stadt“. Unterstützt durch einen Fachbeirat wählte eine unabhängige 18-köpfige Jury die 100 Preisträger. Vorsitzende waren Prof. Dr. Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, und Prof. Dr. Martin Roth, Direktor des Victoria and Albert Museum, London.

Die im Jahr 2005 ins Leben gerufene Initiative Deutschland – Land der Ideen ist eine gemeinsame Standortinitiative der Bundesregierung und der deutschen Industrie. Schirmherren der Initiative waren die ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler und Christian Wulff (mehr).

#### **1.4. Osnabrück: Mehr Mittel für Salafismus-Prävention gefordert – Stelle gestrichen**

Die Osnabrücker Islam-Dozenten Rauf Ceylan und Michael Kiefer haben die Bedeutung rechtzeitiger Aufklärung über die Gefahren des Salafismus betont. Bei der Vorstellung eines neuen Buches zum Thema sagten sie der Neuen Osnabrücker Zeitung, viele Lehrer seien mit dem Thema überfordert. Es gebe einen „erheblichen Fortbildungsbedarf“, um der „inflationären Zunahme von neo-salafistischen Internetangeboten“ entgegenzuwirken.

Die kleine Gruppe der Salafisten sei in den letzten Jahren „rasant gewachsen“, und das Internet sei ihr wichtigstes Medium, so Ceylan und Kiefer. Die Schule sei darauf kaum vorbereitet. Auch werde in Deutschland zu wenig Geld für die Prävention zur Verfügung gestellt. „Es gibt eine große Diskrepanz zwischen Sicherheit und Prävention“, so Kiefer. So seien mittlerweile „einige Hundert“ Islamwissenschaftler bei den Sicherheitsbehörden beschäftigt, aber nur eine kleine Zahl kümmere sich um die Vorbeugung. Ziel der Wissenschaftler ist es, am Institut für Islamische Theologie in Osnabrück eine „Arbeitsstelle Radikalisierungsprävention“ einzurichten (mehr).

Zeitgleich wurde bekannt, dass ein Fortbildungskurs für Imame aus dem Ausland nicht fortgesetzt wird. Für die von dem österreichischen Pädagogen Moussa Al-Hassan Diaw durchgeführten Kurse zur sozialen Integration von Imamen stünde kein Geld mehr zur Verfügung, teilte die Universität mit. Ein Sprecher der Landesregierung erklärte dazu gegenüber der ZEIT, man bastele derzeit an einem Finanzierungsmix, der vielleicht in einem Jahr verfügbar sei. Aus den Mitteln für das Islamzentrum könne die Fortbildung nicht bezahlt werden. „Unsere Aufgabe ist wissenschaftliche Theologie und nicht soziale Integration. Dafür müssen andere zahlen“, sagte die Vizepräsidentin für Studium und Lehre der Universität Osnabrück, Martina Blasberg-Kuhnke (mehr).

## **2. Allgemeine Lage**

### **2.1. Bundesverwaltungsgericht: Muslimische Schülerin muss am Schwimmunterricht teilnehmen**

Muslimische Schülerinnen können keine Befreiung vom koedukativen Schwimmunterricht verlangen, wenn ihnen die Möglichkeit offensteht, einen „Burkini“ zu tragen. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden.

Geklagt hatte eine 11-jährige Schülerin aus Frankfurt am Main. Ihr Gymnasium hatte den Antrag, sie vom Schwimmen zu befreien, abgelehnt. Die Schülerin hatte argumentiert, die Teilnahme von Jungen und Mädchen am Schwimmunterricht sei mit den muslimischen Bekleidungs Vorschriften unvereinbar. Vor dem Verwaltungsgericht und dem Verwaltungsgerichtshof Kassel hatte die Klage keinen Erfolg. Dagegen legte die Klägerin Revision ein.

Das höchste deutsche Verwaltungsgericht wies die Revision nun zurück. Das Tragen eines Burkini sei zumutbar. Die Klägerin habe nicht hinreichend deutlich machen können, inwiefern die Teilnahme am koedukativen Schwimmunterricht in einem Burkini die aus ihrer Sicht maßgeblichen muslimischen Bekleidungs Vorschriften verletzt hätte. Eine Befreiung sei auch nicht deshalb geboten, weil sie im Schwimmunterricht den Anblick von Mitschülern in Badekleidung hätte ertragen müssen. Das Grundrecht der Glaubensfreiheit vermittele grundsätzlich keinen Anspruch darauf, im Rahmen der Schule nicht mit Verhaltensgewohnheiten Dritter konfrontiert zu werden, die außerhalb der Schule verbreitet sind. „Die Schulpflicht steht nicht unter dem Vorbehalt, dass die Unterrichtsgestaltung die gesellschaftliche Realität in solchen Abschnitten ausblendet, die im Lichte individueller religiöser Vorstellungen als anstößig empfunden werden mögen“, so das Gericht (mehr).

### **2.2. Frankfurt: Masterstudiengang „Islamische Studien“ beginnt, Bekim Agai wird Professor**

An der Universität Frankfurt am Main haben die ersten dreißig Studentinnen und Studenten mit dem Masterstudiengang „Islamische Studien“ begonnen. Der Studiengang biete erstmalig die Möglichkeit, vertiefte wissenschaftliche Kenntnisse der Islamischen Theologie in Deutschland zu erwerben, sagte Matthias Lutz-Bachmann vom Präsidium der Goethe-Universität. „Mit dem Masterstudium bilden wir erstmals hoch qualifizierte Nachwuchswissenschaftler heran, von denen es bisher sowohl in der Lehre als auch in der Forschung in Deutschland noch zu wenig gibt“.

Zum Professor für Kultur und Gesellschaft des Islam in Geschichte und Gegenwart berufen wurde der Islamwissenschaftler Bekim Agai. Zuvor leitete der 39-Jährige die Nachwuchsforschergruppe „Europa von außen gesehen“ an der Universität Bonn. Agai studierte Islamwissenschaft, Geschichte und Psychologie in Bochum, Bonn und Kairo. Der in Essen geborene Wissenschaftler hat sich intensiv mit der Erforschung moderner islamischer Diskurse und soziokultureller Entwicklungen im Nahen Osten, in Europa und der Türkei beschäftigt. In seiner Dissertation aus dem Jahr 2003 beschäftigte er sich mit dem Bildungsnetzwerk um Fethullah Gülen in der Türkei, Deutschland und Albanien. In seiner Habilitation geht es um die Abgrenzung und Integration von Ideen, die sich zwischen europäischen und nahöstlich-islamischen Identitäten entwickelt haben.

Neben Agai forschen und lehren zurzeit zwei Professoren, für zwei weitere Professuren laufen die Auswahlverfahren (mehr).

### **2.3. Berlin: Seelsorgeprojekt für muslimische Gefangene geplatzt**

Wegen Sicherheitsbedenken hat Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) ein Seelsorgeprojekt für muslimische Gefangene platzen lassen. Die muslimischen Verbände, die für das Projekt mehr als 30 Ehrenamtliche ausgebildet haben, reagierten mit Unverständnis. „Die Entscheidung ist ungerecht und nicht plausibel“, sagte der Vorsitzende der Islamischen Föderation Berlin, Fazli Altin, der Tageszeitung.

Die Idee, in den Gefängnissen eine muslimische Seelsorge einzurichten, war vor einigen Jahren im Berliner Islamforum entstanden. Sieben muslimische Verbände, unter ihnen die Islamische Föderation Berlin, die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) und das Muslimische Seelsorge-telefon, hatten dazu eigens einen Trägerverein gegründet, die Arbeitsgemeinschaft Muslimische Gefängnisseelsorge e. V.

Altin zufolge sollten die Seelsorger am 1. Januar mit der Arbeit beginnen. Die Justizverwaltung habe die Vertragsunterzeichnung allerdings verzögert und das Projekt schließlich wegen Sicherheitsbedenken gestoppt. Worum es im Einzelnen gehe, sei nicht mitgeteilt worden. Nach Informationen der taz soll es bei einigen Seelsorgern Hinweise auf einen salafistischen Hintergrund geben.

Die Integrationsbeauftragte des Senats, Monika Lücke, kündigte an, sich bei der Justizverwaltung für eine Fortführung des Projekts einsetzen zu wollen. In den Gefängnissen bestehe ein massiver Bedarf an muslimischen Seelsorgern. „Es ist wichtig, zu einer formalisierten Vereinbarung zu kommen“, so Lücke gegenüber der taz. Auch der Justizsenator möchte die Seelsorge in den Gefängnissen stärken. Die Zusammenarbeit mit dem Verein sei allerdings beendet, so eine Sprecherin (mehr).

### **2.4. Was sonst noch war**

- Papst Franziskus schreibt an Gross-Scheich der Al-Azhar-Universität in Kairo (mehr)
- Hamburg: Schiiten feiern erstmals in Deutschland das Ghadir Khumm-Fest (mehr)
- Türkisch-deutscher Widerstand gegen Türkische Gemeinde in Deutschland (mehr)

## **3. Veranstaltungen**

### **Neue Heimat Deutschland. Was tun die Religionen für die „Integration“?**

Religionen im Gespräch

28. November 2013, 19 Uhr, Haus der Religionen, Böhmerstr. 8, Hannover

Gäste: Norbert Trelle, Eren Güvercin, Alla Volodarska. Moderation: Wolfgang Reinbold

Veranstalter: Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers (mehr).

## **4. Literatur: Neuerscheinungen**

H. Aksünger, Jenseits des Schweigegebots. Alevitische Migrantenselbstorganisationen und zivilgesellschaftliche Integration in Deutschland und den Niederlanden, Münster 2013

M. Khorchide, Scharia – der missverständene Gott. Der Weg zu einer modernen islamischen Ethik, Freiburg 2013

Lexikon des Dialogs. Grundbegriffe aus Christentum und Islam, im Auftrag der Eugen-Biser-Stiftung hrsg. von Richard Heinzmann in Zusammenarbeit mit Peter Antes u.a., Freiburg 2013 (mehr)

B. Ucar/M. Blasberg-Kuhnke, (Hg.), Islamische Seelsorge zwischen Herkunft und Zukunft. Von der theologischen Grundlegung zur Praxis in Deutschland, Frankfurt 2013.

Hannover, den 21. Oktober 2013

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 9, 2013

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Braunschweig: Museum für Religionsgeschichte geplant

In Braunschweig soll ein neues Museum für Religionsgeschichte entstehen. Es solle die Geschichte der großen Weltreligionen in Europa und in der Region Braunschweig darstellen, erklärte die Direktorin des Braunschweigischen Landesmuseums, Heike Pöppelmann. Das Museum soll in die Räume des bisherigen Jüdischen Museums ziehen. Geplant ist eine Ausstellung, die einen Bogen von der Christianisierung der Region bis in die Gegenwart schlägt.

Vertreter von Christentum, Judentum und Islam begrüßten die Initiative. Der hannoversche Landesbischof Ralf Meister sagte, das Wissen um die eigene Religion und die fremden Religionen und ihre Geschichte sei elementar wichtig. „Alle Religionen stehen in der Gefahr, wenn sie ungebildet bleiben, fundamentalistisch zu werden“, so Meister. Das Museum müsse künftig mit Tagungen und Diskussionsrunden aktiv zur Auseinandersetzung mit der Religionsgeschichte einladen. Der jüdische Landesrabbiner Jonah Sievers betonte, in der heutigen Gesellschaft sei es notwendig, den Menschen die Religionen zu erklären. Der Sprecher des Rates der Muslime in Braunschweig, Hayri Aydin, sagte, durch diese Einrichtung werde ein „Dialog“ ermöglicht (mehr).

#### 1.2. Niedersachsen will gemeinsam mit Muslimen Radikalisierung verhindern

Niedersachsen will zusammen mit den muslimischen Verbänden gegen islamischen Extremismus und Terrorismus vorgehen. Das Kabinett beschloss, eine Arbeitsstelle einzurichten. Das Sozialministerium soll dafür gemeinsam mit den Verbänden ein Konzept erarbeiten. Ziel sei es, Jugendliche vor radikal islamistischen Einflüssen zu bewahren.

Innenminister Boris Pistorius (SPD) hatte bereits früher angekündigt, gemeinsam mit den Muslimen nach Wegen gegen die Radikalisierung zu suchen. Das Konzept der Vorgängerregierung aus CDU und FDP werde eingestellt, hieß es. Der CDU-Innenpolitiker Thomas Adasch warf der rot-grünen Regierung Untätigkeit vor. Dass die Landesregierung frühestens für 2015 ein Handlungskonzept zur Islamismus-Prävention plane, sei ein sicherheitspolitischer Offenbarungseid, so Adasch (mehr).

#### 1.3. Osnabrück: Musliminnen und Islamexperten kritisieren Burkini-Urteil

Musliminnen, Islamexperten der Universität Osnabrück und der Verband DITIB haben das Burkini-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (s. Mitteilungen 8, 2013, S. 2) kritisiert.

Der Vorsitzende der Osnabrücker DITIB-Gemeinde, Ramazan Karacan, sagte, die Schulen sollten akzeptieren, wenn Schülerinnen aus religiösen Gründen nicht am Schwimmunterricht teilnehmen wollten. Michael Kiefer von der Universität Osnabrück erklärte, es sei besser, andere Wege zu gehen. Der Ganzkörperbadeanzug sei ein eigenartiges Kleidungsstück, das in der Lage sei, die Mädchen zu stigmatisieren oder der Lächerlichkeit preiszugeben. Mädchengruppen im Schwimmunterricht seien eine bessere Lösung. Auch Rauf Ceylan vom Institut für Islamische Theologie steht dem Urteil kritisch gegenüber: „Dieses Verbot ist der falsche Weg. Es ist nicht gut, dass Richter über so eine sensible Frage entscheiden“, so Ceylan.

Die Vorsitzende der muslimischen Jugendlichen im Osnabrücker Land, Dua Zeitun, plädierte dafür, dass die Schülerinnen selbst entscheiden sollten, ob sie am Schwimmunterricht teilnehmen. Anderenfalls würden sie in ihrer Religionsfreiheit eingeschränkt. Ähnlich sehen es viele Schülerinnen. Ein Mädchen schrieb bei einer Umfrage auf Facebook: „Ich habe mich furchtbar gefühlt, wenn die deutschen Mädchen alle mit ihren Bikinis kamen und ich in meinem Badeanzug und Badeshorts. Es ist wirklich kein schönes Gefühl. Kinder können einfach grausam sein. Wie muss sich also ein junges Mädchen in einem Burkini zwischen all den Bikini-Trägerinnen fühlen?“ (mehr).

#### 1.4. Mitarbeiterin der Jüdischen Gemeinde beklagt Antisemitismus unter Christen und Muslimen

Antisemitismus ist für Juden eine alltägliche Erfahrung. Darauf hat die Sozialarbeiterin der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover, Alla Volodarska, hingewiesen. In der Reihe „Religionen im Gespräch“ sagte sie, Antisemitismus sei für sie ein Alltagsthema. So sei etwa ein Mädchen aus der Gemeinde kürzlich auf Facebook von einem Jungen aus einer muslimischen Familie als „Judensau“ beschimpft worden. „Der Junge hat mehrere hundert Likes bei Facebook bekommen“, so Volodarska. Sie selbst werde häufig auch von Christen belästigt. „Heute zum Beispiel hatte ich auf meinem Anrufbeantworter eine richtige Bekehrungsrede, abgeschlossen mit einem gesungenen Vaterunser.“

Der Journalist Eren Güvercin forderte die muslimische Gemeinschaft auf, offensiver mit dem Thema umzugehen. Auch er beobachte, dass „bei jungen Leuten zum Beispiel ‚du Jude‘ zu einem üblichen Schimpfwort geworden ist.“ Das dürfe auch in den Moscheen nicht ignoriert werden (mehr).

## 2. Allgemeine Lage

### 2.1. Diskussion um Islamische Theologie in Münster hält an, Bundespräsident zu Besuch

Die Diskussion um das Zentrum für Islamische Theologie an der Universität Münster zieht immer weitere Kreise. Nachdem Vertreter norddeutscher Islamverbände den Leiter des Zentrums, Mouhanad Khorchide, bereits zu Beginn des Jahres zur „Reue“ aufgefordert hatten (s. Mitteilungen 2, 2013, S. 2), beschäftigt sich nun das formal wichtigste muslimische Gremium in Deutschland, der Koordinationsrat der Muslime, mit der Angelegenheit. Man arbeite an einem Gutachten über Khorchides Theologie, hieß es aus Kreisen des Koordinationsrates. Es werde demnächst öffentlich zugänglich gemacht werden.

Im Vorfeld eines Gesprächs zwischen Khorchide und dem Koordinationsrat Anfang Dezember hatte der Sprecher des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek, in einem Interview erklärt, die im Koordinationsrat zusammengeschlossenen Religionsgemeinschaften seien sehr besorgt über das, was in Münster passiert. „Wir bekommen täglich Briefe von unseren Gemeindemitgliedern, die sich beschweren.“ Münster agiere nicht nach den verfassungsrechtlichen Vorgaben, wonach Lehrinhalt und Lehrpersonal in Abstimmung mit den Religionsgemeinschaften festgelegt werden müssen. Khorchide wolle „offenkundig diese Mitsprache auch noch ganz kappen.“ Das Hauptproblem sei, dass Khorchide „wie ein Orientalist und nicht wie ein Islamlehrer“ auftrete. Was er zu bieten habe, sei „theologisch und wissenschaftlich ziemlich dünn“, so Mazyek gegenüber der katholischen Nachrichtenagentur.

Mit seiner Opposition gegen das Beiratsmodell, so Mazyek weiter, stelle sich Khorchide „gegen die Verfassung“. Er wolle offenbar „alleiniger Master islamischer Rechtsprechung werden“. Es sei ein unhaltbarer Zustand, dass das Münsteraner Zentrum unter diesen Bedingungen weiter Bundesgelder bekomme. „Solche Vorstöße sind in der Öffentlichkeit vielleicht schick, weil sie gegen muslimische Verbände gerichtet sind. Sie gefährden aber nachhaltig den Standort Münster“ (mehr).

Unterdessen hat Bundespräsident Joachim Gauck das Islamische Zentrum in Münster besucht und gegen Kritik verteidigt. Die bundesdeutsche Gesellschaft wandle sich, weil ihr immer mehr Muslime angehörten, sagte Gauck bei seinem Besuch. Ebenso entwickle sich der Islam im Kontakt mit der Gesellschaft. Das berge Zumutungen für beide Seiten. Die Mehrheit wisse jedoch, dass es ein gedeihliches Zusammenleben nur geben könne, „wenn wir uns gegenseitig offen und respektvoll begegnen“.

Gauck würdigte die Verankerung der islamischen Theologie an deutschen Universitäten als „Akt der Selbstverständigung“, ohne die kein Verständnis wachsen könne. Dazu gehöre auch der Mut der Wissenschaftler und Verantwortlichen, sich möglichen Auseinandersetzungen zu stellen und kritisch befragen zu lassen. Implizit lobte Gauck den Ansatz des Islamischen Zentrums und seines Leiters Khorchide. Der Islam kenne nicht die eine religiöse Autorität. Er habe „vielmehr eine Religionskultur entwickelt, in der immer verschiedene Sichtweisen nebeneinander existieren, in der Auslegung ebenso wie in der Glaubenspraxis“, so Gauck. „Ich freue mich, dass nun auch in Deutschland Ausbildungszentren entstanden sind, in denen diese pluralistische Tradition in wissenschaftlicher Freiheit ohne politischen oder fundamentalistischen Druck weiter entwickelt werden kann. Und ich freue mich, dass dieser Ansatz auf so viel Interesse stößt. Den hohen Anmeldungszahlen nach zu schließen, sind viele Studenten offenkundig auf der Suche nach einem Islam, der – wie Mouhanad Khorchide es einmal formulierte – nicht im Widerspruch zu den deutschen Anteilen ihrer Identität steht“, so der Bundespräsident (mehr).

Nach wie vor unvollständig ist der Beirat des Instituts für Islamische Theologie. Der Islamrat hatte ein Mitglied der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs nominiert. Weil Milli Görüs vom Verfassungsschutz beobachtet wird, legte das Bundesinnenministerium sein Veto gegen den Kandidaten ein, und zwar über das Bundesbildungsministerium, den Hauptgeldgeber in Münster. Für Engin Karahan von Milli Görüs ist dieses Veto eine inakzeptable Einmischung des Staates in die Belange der Religion. „In Münster gehen sie derzeit so weit, dass staatliche Stellen meinen, bestimmen zu können, wer am islamischen Bekenntnis mitwirkt oder nicht mitwirkt. Das ist eine Einmischung, die verfassungsrechtlich nicht haltbar ist“, so Karahan gegenüber dem Deutschlandfunk.

Als Nachfolgerin für den abgelehnten Kandidaten haben die Verbände mittlerweile die Berliner Islamlehrerin Rukiye Kurtbecer nominiert. Sie arbeitet im Auftrag der Islamischen Föderation Berlin, die eng mit Milli Görüs verbunden ist. Allerdings hat ein weiteres Mitglied des Beirats, der Kölner Blogger und Journalist Eren Güvercin, sein Mandat unterdessen niedergelegt. Güvercin kritisiert sowohl die Universität als auch die Verbände und warnt davor, den Streit schwarz-weiß zu betrachten. Es gehe nicht um einen Konflikt zwischen einem „liberalen“ und einem „konservativen“ Islam. Es gebe sehr viele Muslime, die „sowohl bei Professor Khorchide interessante Aussagen finden, die sie unterstützen“ als auch die Bedenken der Verbände nachvollziehen könnten (mehr).

Professor Khorchide selbst wehrt sich gegen die Vorwürfe, die gegen ihn im Raum stehen, seit Kurzem mit Videobotschaften auf youtube (mehr).

## 2.2. Ahmadiyya plant Bau einer Moschee in Leipzig

Die islamische Glaubensgemeinschaft Ahmadiyya Muslim Jamaat will im Leipziger Stadtteil Gohlis eine Moschee errichten. Es wäre der erste Moscheebau in Ostdeutschland außerhalb Berlins. Die Stadtverwaltung steht dem Vorhaben aufgeschlossen gegenüber.

In der Leipziger Politik und der Stadtgesellschaft sind die Meinungen gespalten. Während sich ein überparteiliches Bündnis aus SPD, Linken, Piraten und Grünen für eine Genehmigung ausgesprochen hat, gibt es in der CDU Widerstände. Der Kreisvorsitzende der Union sagte der Leipziger Volkszeitung, er befürchte, dass der Moscheebau der islamischen „Sekte“ Unruhe in die stark sunnitisch geprägte muslimische Gemeinschaft der Stadt tragen könnte. Andere kritisieren, in der Nähe des Bauplatzes liege eine Schule. Das gehe nicht, denn die Gemeinde sei offensiv missionarisch. Eine Bürgerinitiative „Gohlis sagt Nein!“ hat sich gegründet. Ihr entgegen steht die Initiative „Leipzig sagt Ja“.

Die NPD versuchte mehrmals, das Projekt für ihre Zwecke zu nutzen. Anfang November hatten sich einige Hundert Demonstranten einem Aufmarsch der NPD entgegengestellt. Später spießten Unbekannte auf dem Baugelände fünf blutige Schweineköpfe auf Holzpflocke. Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) verurteilte die Tat. „Die Stadt Leipzig ist geschockt von diesem widerwärtigen Anschlag“, so Jung. Der Bundesvorsitzende der Ahmadiyya, Abdullah Uwe Wagishauser, zeigte sich unbeeindruckt. „Das bringt uns nicht aus der Fassung“, sagte er der Presse (mehr).

Die in Indien entstandene Ahmadiyya versteht sich als friedliche islamische Erneuerungsbewegung. Sie hat in Deutschland nach eigenen Angaben rund 30.000 Mitglieder und mehr als 30 Moscheen. Der Verband war kürzlich in Hessen als erste islamische Religionsgemeinschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt worden (s. Mitteilungen 5, 2013, S. 2).

## 2.3. Köln: DITIB gründet Frauenverband

Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) hat einen Frauenverband auf Bundesebene gegründet. Zur Vorsitzenden wurde die Pressesprecherin des DITIB-Landesfrauenverbandes Baden, Derya Şahan, gewählt. Die Gründung des Verbandes ist laut DITIB der letzte Schritt „zur vollumfänglichen Partizipation der Frau in den DITIB-Verbandsstrukturen.“ In den vergangenen Jahren hat die DITIB-Zentrale die Gründung von Landesjugendvertretungen und Landesfrauenvertretungen vorangetrieben. Außerdem wird in den Satzungen der DITIB-Moscheen Zug um Zug eine Frauenquote eingeführt. „Wenn Frauen in der Gesellschaft nicht die ihnen zustehenden Rechte bekommen, haben wir eine problematische Situation“, so DITIB auf der Homepage des Verbands (mehr).

## 2.4. Was sonst noch war

- Berlin: Islamforum platzt wegen Streit um islamische Gefängnisseelsorge (mehr)
- Mannheim: DITIB eröffnet islamischen Kindergarten (mehr)
- Verfassungsschutz: Zahl der Salafisten steigt stark (mehr)
- Basel: Empörung über Verteilung von Hetzschriften durch „Islamischen Zentralrat Schweiz“ (mehr)
- Türkei: Bruch zwischen Ministerpräsident Erdogan und der Gülen-Bewegung (mehr)
- Rom: Was der neue Papst über den Islam sagt (mehr).

## 3. Meinungsforschung

Religiöser Fundamentalismus ist unter Muslimen in Westeuropa weit verbreitet. Das ist das Ergebnis einer Studie, die das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung vorstellte. Gefragt wurden 9.000 Personen mit türkischem oder marokkanischem Hintergrund in sechs europäischen Ländern und eine einheimische Vergleichsgruppe. Zwei Drittel der befragten Muslime halten danach religiöse Gesetze für wichtiger als die Gesetze des Landes, in dem sie leben. Drei Viertel meinen, es gebe nur eine mögliche Auslegung des Korans. Jeder Zweite will zurück zu den Wurzeln des Islams. 44 Prozent stimmen allen drei Aussagen zu. Dieser Befund sei besorgniserregend, weil „mit religiösem Fundamentalismus ein erhöhtes Maß an Fremdgruppenfeindlichkeit einhergeht“, so der Migrationsforscher Ruud Koopmans. Unter Christen und Aleviten ist die Zustimmung zu fundamentalistischen Haltungen nach der Studie erheblich niedriger (4 Prozent „konsistente Fundamentalisten“ gegenüber 44 Prozent unter den befragten Muslimen) (mehr).

**Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern frohe Weihnachten und ein gesegnetes neues Jahr.**

Hannover, den 13. Dezember 2013

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.



Haus kirchlicher Dienste